Donnerstag, 6. November 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummer der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Bettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Schlußkurse an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 259 - 45.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 7,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts

Heute in der WELT

WELT-FORUM Arbeitslosigkeit

WELT-Forum „Arbeitslosigkeit"

Fast die Hälfte aller Arbeitslosen hat in den vergangenen sechs Monaten nicht auf Stellenanzeigen reagiert. Das hat Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann ermittelt. Über die Untersuchung – die WELT berichtete darüber – diskutierten gestern auf dem WELT-Forum „Arbeitslosigkeit – Report aus einer gesellschaftlichen Tabuzone" in Bonn Prof. Armin Gutowski, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg; Bernd Hebbering, Karstadt AG; Hermann Rappe, IG Chemie-Papier-Keramik; Peter Gillies, DIE WELT; Elisabeth Noelle-Neumann, Institut für Demoskopie, Allensbach; Heinrich Franke, Bundesanstalt für Arbeit, und Prof. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut (v. l. n. r.). Seite 3

POLITIK

Kernkraft: Der DIHT sieht längerfristig keinen Bedarf für neue Kernkraftwerke. In einem Positionspapier heißt es, bis 1990 würden in der Bundesrepublik nur noch wenige Atomkraftwerke ans Netz gehen. Danach mache der Strombedarf keine weiteren Atomkraftwerke notwendig.

Fluchtversuch: An der innerdeutschen Grenze bei Hünfeld (Hessen) ist die Flucht eines „DDR"-*Einwohners in den Westen* gescheitert. Er hatte den Metallgitterzaun bereits erklommen, als ihn eine Grenzstreife entdeckte. Er wurde festgenommen, durchsucht und abgeführt.

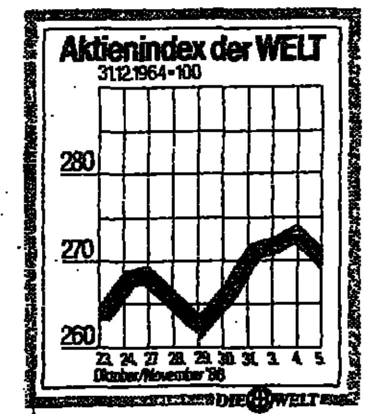
Heß: Die sofortige Freilassung von Rudolf Heß hat der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, der polnische Historiker Wladyslaw Bartoszewski, gefordert. Er warf den Sowjets bei einer Autorenlesung in München vor, mit der Person Heß „Heuchelei" zu treiben.

SDI: Israel und die USA haben nach offiziellen Angaben ein Abkommen über ein gemeinsames *Raketen-Forschungsprojekt* im Rahmen des amerikanischen SDI-Programms unterzeichnet. Es geht um Forschungen zur Weiterentwicklung des Schutzes vor ballistischen Raketen.

WIRTSCHAFT

Versicherer: 42 Milliarden Mark und damit sieben Prozent mehr als 1985 werden die deutschen Versicherer in diesem Jahr an Beiträgen zu Lebensversicherungen einnehmen. Diese Schätzung nennt der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft. Die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge werde bei über fünf Mio. liegen. (S. 11)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten tendierten die Kurse zur Wochenmitte leichter. Öffentliche Anleihen blieben am Rentenmarkt uneinheitlich. WELT-Aktienindex: 271,71 (274,12). BHF-Rentenindex: *106,023 (106,016)*. BHF-Performance-Index: 106,876 (106,839). Dollarmittelkurs: unverändert 2,0580 Mark. Goldpreis je Feinunze: 405,25 (408,00) Dollar.



KULTUR

„Psycho III": Norman Bates ist wieder da. Der neue Streifen unterscheidet sich von seinen Vorgängern nur dadurch, daß Anthony Perkins nicht nur die Hauptrolle spielt, hoch thronend in düsterer Festung, sondern auch die Regie führt – zum erstenmal. (S. 21)

Nordisch: Es fing an mit der Schweiz, die Niederlande folgten, und derzeit sind es gemeinsam die Länder des europäischen Nordens, die in Düsseldorf ein breit angelegtes Panorama ihrer Kulturen entfalten. „Nordische Wochen" bis Dezember. (S. 21)

SPORT

Radsport: Der 31jährige französische Radprofi Bernhard Hinault, fünfmaliger Gewinner der Tour de France und Weltmeister von 1980, beendet seine Karriere. Am kommenden Sonntag will er in Quessoy *in der Bretagne zu seinem* letzten Rennen starten. (S. 9)

Leistung: Die Bundesrepublik Deutschland hat Rang vier im Weltsport an China verloren. Dieses Fazit zog Helmut Meyer, Direktor im Bundesausschuß Leistungssport, nach den jüngsten *Großveranstaltungen in olympischen* Disziplinen. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Rucksäcke: Junge Italienerinnen (Foto), chic, waren die Vorboten einer neuen Modewelle, die den Rucksack „zivilisierte", ihn gesellschaftsfähig machte. (S. 22)

Dialog: Horizonte wurden erweitert, auch Flirts ließen sich trotz strenger Kontrolle nicht unterbinden – Erfahrungen aus dem ersten einwöchigen Schüleraustausch zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. (S. 22)

Schwere Wahlniederlage legt Reagan politische Fesseln an

Demokraten haben jetzt die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses

FRITZ WIRTH, **Washington**

Präsident Reagan erlitt am Dienstag eine der schwersten politischen Niederlagen seiner Amtszeit. Seine Partei verlor bei den 100. Kongreß*wahlen die Kontrolle über den Senat*. Das bedeutet, daß Ronald Reagan nach sechs Jahren gegen einen insgesamt oppositionellen Kongreß anregieren muß. Dies wird insbesondere auch Folgen für den außenpolitischen Handlungsspielraum des Präsidenten haben.

Das Senatsergebnis fiel mit 55 gegen *45 Stimmen zugunsten der De*mokraten wesentlich klarer als erwartet aus. Bisher hatten die Republikaner in dieser Kammer eine Mehrheit von 53:47 Stimmen. Nahezu unverändert bleibt das Stärkeverhältnis im Repräsentantenhaus, wo die Demokraten ihre bisherige Mehrheit von 253:182 Stimmen nach letzten Hoch*rechnungen wahrscheinlich auf 259* zu 176 Stimmen erhöhen werden. Deutliche Gewinne dagegen errangen die Republikaner bei den Gouverneurswahlen, wo sie voraussichtlich den Demokraten acht Gouverneurssitze abnehmen werden.

Ronald Reagan versuchte, die Niederlage mit Gelassenheit hinzunehmen und ließ durch seinen Sprecher Speakes versichern, daß er an seinem politischen Programm keine Abstriche und Konzessionen machen werde. Es könne keine Rede davon sein, daß nun die „Lame Duck-Periode" seiner Amtszeit begonnen habe, die Ende 1988 ausläuft.

Die Entscheidung gegen die Republikaner fiel vor allem in den Südstaaten und im Westen, obwohl Reagan in den letzten Wochen seinen Wahl*kampf besonders auf diese Gebiete* konzentriert hatte. Das Ergebnis ist vor allem für Reagan persönlich eine schwere Enttäuschung, denn dieser Wahlkampf war das letzte Wahlgefecht, „das letzte Hurra", wie er es nannte, seiner politischen Karriere.

Dramatische Kurswechsel der amerikanischen Politik werden nach dieser Wahl nicht erwartet. Der neue demokratische Senatsführer Robert Byrd versprach enge Kooperation, solange „keine extremen" politischen Initiativen von der Reagen-Administration gestartet würden.

Dennoch wird durch die neuen Kräfteverhältnisse im Kongreß nicht nur der amerikanische politische Ent*scheidungsprozeß gedrosselt, es sind* auch einige Kurskorrekturen im außen- und innenpolitischen Bereich zu erwarten. Die große Frage wird beispielsweise sein, ob sich der amerikanische Präsident so wirksam wie bisher den starken protektionistischen Tendenzen des Kongresses widersetzen kann.

Zugleich dürfte sich der Sanktionsdruck der amerikanischen Politik gegenüber Südafrika verstärken und die Bemühungen um eine Finanzhilfe *für die Widerstandskämpfer in Nica*ragua auf größere Hürden auflaufen. Zugleich wird der Einfluß liberaler Politik im Senat, wie er sich in den Personen Edward Kennedy und Joseph Biden darstellt, wachsen.

Im verteidigungspolitischen Bereich gilt der neue einflußreiche Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Senat, Sam Nunn, eher als ein stabilisierendes Element. Nunn wird innerhalb bestimmter Grenzen das SDI-Programm des Präsidenten unterstützen.

Für die Demokraten bedeutet die Rückeroberung des Kongresses das Ende einer langen politischen Durststrecke. *Es ist ihr bisher größter* Wahlerfolg seit zehn Jahren, als Jimmy Carter für sie die Präsidentschaft gewann. Ihre Hoffnungen auf eine große politische Wende in der amerikanischen Politik sind jedoch durch die bemerkenswerten landesweiten Erfolge der Republikaner bei den Gouverneurswahlen deutlich gedämpft worden.



Wieder ein Kennedy: Joseph, Neffe des ermordeten John F. Kennedy, gewann Massachusetts

Seiten 2 und 5: Weitere Berichte

Läßt die DGB-Spitze Lappas fallen?

Breit in Karlsruhe: Streikkasse darf nicht zum gläsernen Sarg für Streikrecht werden

DW. **Karlsruhe**

DGB-Chef Ernst Breit hat bei der Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht die Richter davor gewarnt, der Forderung des Untersuchungsausschusses Neue Heimat nach Herausgabe der Akten der Gewerkschaftsholding BGAG nachzukommen. Breit: „Mit der Beschlag*nahme, mit der Herausgabe der Ge*schäftsunterlagen der BGAG oder mit einem zu gewährenden Einblick in diese Unterlagen wäre die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit bedroht ... Darin kann in diesem Land niemand ein Interesse haben." Die BGAG, ihr Vorstandsvorsitzender Lappas, der DGB und die IG Metall, *deren Treuhandverwaltung und die* Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) wollen erreichen, daß Karlsruhe den Untersuchungsausschuß mit einer einstweiligen Anordnung in die Schranken weist.

Inzwischen zeichnet sich ab, daß die Einzelgewerkschaften offenbar *nicht mehr an Alfons Lappas als Vor*sitzendem der Gewerkschaftsholding BGAG festhalten wollen. Wie die Deutsche Presseagentur (dpa) gestern aus den Führungsetagen mehrerer Gewerkschaften erfuhr, steht das „Aus" für Lappas bevor: Vorsitzende großer DGB-Gewerkschaften haben seinen Rücktritt verlangt. Mit der *Entscheidung solle aber gewartet* werden, bis das Karlsruher Verfassungsgericht über die vom Untersuchungsausschuß verfügte Beugehaft und die Herausgabe der BGAG-Geschäftsbücher entschieden habe.

Wie im Laufe der Verhandlung in Karlsruhe deutlich wurde, bangen die Gewerkschaften um das Geheimnis ihrer Streikkassen. Breit: „Die Streikkasse darf, sowohl was Inhalt wie Mobilisierbarkeit angeht, nicht zu einem gläsernen Sarg für das Streikrecht werden." Der DGB-Chef wies die „weitverbreitete Meinung, die Beiträge unserer Mitglieder würden *auf den Konten* unserer Bank aufbewahrt", als „falsch" zurück. Die Kampfkraft des DGB werde durch einen Verbund leistungsstarker Unternehmen abgesichert.

Für den Untersuchungsausschuß forderte der Bonner Jurist Fritz Ossenbühl, in diesem speziellen Fall müsse der Geheimhaltungsschutz flexibel gehandhabt werden. Es könne nicht, wie die Gewerkschaften dies tun, von vornherein gesagt werden, alle Unterlagen seien schutzwürdig. *Dies müsse jeweils konkret* entschieden werden. Erlasse das Gericht die beantragte Einstweilige Anordnung, wäre dies „eine wesentliche Beeinträchtigung des Parlamentarischen Untersuchungsrechts", warnte er.

Ausschuß-Vorsitzender Hüsch erklärte, es liege an dem Ausschuß, die entsprechenden Unterlagen vorzusortieren. Es gehe jedenfalls nicht um ein „Ausspionieren der Streikkasse" des DGB.

Die Waldschäden nehmen weiter zu

54 Prozent der Bäume betroffen / Kiechle: Anlaß zur Sorge / Aber Besserung in Sicht

DIETHART GOOS, **Bonn**

Der deutsche Wald ist durch die anhaltende Luftverschmutzung weiterhin stark gefährdet. Waren bisher besonders Nadelbäume vom Absterben bedroht, sind jetzt zunehmend Laubbäume wie Buchen und Eichen erkrankt. Zu diesem Ergebnis kommt der Waldschadensbericht 1986, den das Bundeskabinett gestern verabschiedete. Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) sagte, wegen des insgesamt hohen Schadensniveaus *bestehe weiterhin Anlaß zur Sorge.* Es könne noch keine Entwarnung für den Waldbestand gegeben werden.

In diesem Jahr haben die durch Umwelteinflüsse geschädigten Waldbestände zwar nur noch um zwei Prozent zugenommen. Das ist der gleiche Zuwachs wie 1985. Vor zwei Jahren noch hatte sich die Situation mit dem damaligen Anstieg geschädigter Waldflächen von 34 auf 50 Prozent des Gesamtbestandes drastisch verschlechtert. Aber insgesamt sind jetzt 54 Prozent oder vier Millionen Hektar des deutschen Waldes in ihrer Vegetation geschwächt oder gar geschädigt. Erstmals seit 1982 haben die *mittleren bis starken Baumschäden* nicht weiter zugenommen, sie betreffen 19 Prozent der Waldfläche. Um vier Prozent verringerten sich die Bestände geschädigter Tannen, erreichten aber *immer noch 83 Prozent. Bei* Kiefern sind es 54 Prozent.

SEITE 2:
Der Wald kränkelt weiter

Der Waldschadensbericht spricht von einer Verlangsamung beziehungsweise Trendumkehr bei den Nadelbaumarten und einer besorgniserregenden Schadensausweitung der Laubbäume. Registriert wurden für dieses Jahr fünf Prozent mehr kranke Eichen und sechs Prozent mehr geschädigte Buchen als im letzten Jahr.

Die Waldgebiete mit den schwersten Schädigungen befinden sich im Südschwarzwald, im südlichen Bereich der bayerischen Alpen, den ostbayerischen Grenzgebieten und in der Rhön. Baden-Württemberg und Bayern, wo sich die Hälfte des Waldbestandes der Bundesrepublik befindet, melden insgesamt 60 Prozent dieser Flächen als geschädigt.

Hauptverursacher der Waldschäden sind die mit Kohle und Öl betriebenen Kraftwerke und der Straßenverkehr. Von dem für das nächste *Frühjahr erwarteten Verbot bleihalti*gen Normalbenzins und der strikten Anwendung der Großfeuerungsanlagenverordnung verspricht sich Bonn eine deutliche Abnahme der Waldschäden. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Waldbesitzerverbände forderte dazu auf, beim Kauf neuer Autos nur schadstoffarme Modelle zu berücksichtigen. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hauff nannte die Ergebnisse des Waldschadensberichts verheerend.

Geld für Hermes nur mit Auflagen

HH. **Bonn**

Der Haushaltsausschuß wird heute der Bonner Beteiligung an der Projektstudie für „Hermes" grünes Licht geben. Das Gremium hatte die für 1987 vorgesehenen 23 Millionen Mark am 22. Oktober qualifiziert gesperrt. Nach Auskunft des CDU-Haushälters Austermann ist die Freigabe an Auflagen gebunden. So muß eine entsprechende Beteiligung der deutschen Industrie am Hermes-Entwicklungs- und -Bauprogramm gesichert werden. Die Bundesregierung muß ihr Gesamtkonzept zur Raumfahrtforschung einschließlich Kostenschätzung rechtzeitig vorlegen.

Führerschein auf Probe bundesweit

DW. **Bonn**

Nach bestandener Prüfung erhalten Fahrschüler seit Montag bundesweit nur noch den für zwei Jahre ausgestellten Führerschein auf Probe. Alle Bundesländer wenden das am 1. November in Kraft getretene Gesetz an, obwohl Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die Ausführungsbestimmungen noch nicht unterzeichnet hat. Bangemann *ist mit den geplanten Gebührenerhö*hungen des TÜV nicht einverstanden und will außerdem die Zulassung privater Sachverständiger zur routinemäßigen Fahrzeugkontrolle erreichen.

Bonn fürchtet neue Anschläge

DW. **Wiesbaden**

Das Bundeskriminalamt hat die Bevölkerung aufgerufen, auf Auffälligkeiten in der Nachbarschaft zu achten, die auf die Vorbereitung terroristischer Gewalttaten hindeuten könnten. Das BKA erinnerte daran, daß für die Vorbereitung von Anschlägen „pulvrige Sprengstoffbestandteile wie zum Beispiel ‚Unkraut-Ex' und Metallbehälter" wie Feuerlöscher und Gasflaschen beschafft werden. Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) kündigte verstärkte polizeiliche Fahndungsmaßnahmen an; so sollen insbesondere Kontrollstellen auf den Straßen eingerichtet werden.

DER KOMMENTAR

Risiko Lappas

MANFRED SCHELL

Das Bild vom Kongreß der IG Metall in Hamburg ist noch gut in Erinnerung: Mit einer geschickt inszenierten Show sollte Alfons Lappas, ehe ihn die Polizei abführte, zum Märtyrer erhoben werden. Von einer „kalten Demütigung der Gewerkschaftsbewegung" (Brandt) war die Rede. Gestern kam nun die Nachricht, der DGB *werde sich von Lappas* trennen, nachdem das Bundesverfassungsgericht in seiner Sache entschieden hat. Das Schmierenstück mit Lappas und anderen Hauptdarstellern geht also zu Ende.

Der Druck kam von unten, von der Gewerkschaftsbasis, die sich mit einem Mann wie Lappas, der für das Debakel um die Neue Heimat steht, weder solidarisieren noch gar identifizieren mochte. Nicht mit einem Mann, der glaubte, er könnte seine Verantwortung ignorieren und hemdsärmelig Justiz und Parlament vor den Kopf stoßen.

Die DGB-Führung hat jetzt, wenn auch sehr spät, erkannt, daß sie nicht nur ein Milliarden-Opfer für die Neue Heimat erbringen muß, sondern auch zu personellen Konsequenzen genötigt ist. Und dabei steht Lappas an erster Stelle, zumal da Vorwürfe erhoben wurden, er habe seine Position auch zu privaten Vorteilen genutzt. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat bereits den Auftrag erteilt, *diesen Vorwürfen, die Lappas* bestreitet, nachzugehen.

Lappas soll also gehen. Manch einer in der DGB-Führung wird mit einer solchen Operation die Hoffnung verbinden, daß es damit, zumindest in personeller Hinsicht, sein Bewenden haben wird.

Der Bruch, nach der einen Seite hin bedacht, könnte allerdings auch zu einem Risiko werden. Denn wer könnte Lappas dann noch daran hindern, als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß diejenigen zu nennen, die in Transaktionen eingeweiht waren, die sie gebilligt haben, die mitverantwortlich sind?

Shultz-Liste: Wie Moskau die Menschenrechte verletzt

Gleiches Gewicht wie Abrüstung / Treffen mit Schewardnadse

DW./RMB. **Wien**

Die Außenminister der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, George Shultz und Eduard Schewardnadse, sind gestern in der amerikanischen Botschaft in Wien zusammengetroffen, um nach dem Gipfelgespräch von Reykjavik den Dialog wieder aufzunehmen.

Vor dem Gespräch hatten beide Minister in Reden vor der Wiener Nachfolge-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa *(KSZE)* ihre Standpunkte bekräftigt. Shultz betonte das Festhalten Washingtons am SDI-Programm. Gleichzeitig wies er auf die Bereitschaft der USA hin, den in Reykjavik eingeleiteten Prozeß „ohne Verzögerungen weiter zu verfolgen". Schewardnadse dagegen unterstrich, daß mit dem amerikanischen SDI-Pro*gramm keine Lösung der jetzt anste*henden Probleme möglich sei.

Heute werden beide Außenminister in der sowjetischen Botschaft zu *einem zweiten Gespräch zusammen*treffen.

Shultz legte den Teilnehmern der Konferenz eine detaillierte Liste von Verstößen gegen die Menschenrechte in den Ostblockländern vor: von der Verbannung Andrej Sacharows bis zur erzwungenen kulturellen Assimilierung der türkischen Minderheit *Bulgariens.*

Der amerikanische Außenminister sprach von einer „tragischen Lage der Menschenrechte" im Ostblock und nannte die Namen der wichtigsten in der Sowjetunion inhaftierten Mitglieder der „Gruppe zur Überwachung der Abkommen von Helsinki". Er erwähnte ferner die Verfolgung der ukrainischen, baltischen und jüdischen Minderheiten, die Verhaftung von Unterzeichnern der „Charta 77" und von Mitgliedern der „Jazz-Sektion" in der CSSR.

Es handele sich in allen Fällen um „direkte, klare, ausdrückliche und unzweifelhafte" Verletzungen der Schlußakte von Helsinki und der Erklärung der Menschenrechte. Diese beiden Dokumente seien „ebenso feierlich, ebenso zwingend, ebenso gut unterzeichnet, ebenso ausdrücklich wie jedwedes nur irgend denkbares Rüstungskontrollabkommen es sein könnte".

Ferner warf Shultz der Sowjetunion vor, weder die Pressezensur aufgehoben noch die Tätigkeit von Störsendern eingestellt zu haben.

Schewardnadse seinerseits beschuldigte die USA, Menschenrechte zu verletzen. Er schlug der Konferenz vor, ein Sondertreffen der KSZE über menschliche Kontakte, Bildung und Kultur sowie über Informationsaustausch nach Moskau einzuberufen. Der gesamte KSZE-Prozeß könne zu einem Muster für ein umfassendes europäisches Sicherheitssystem werden, meinte Schewardnadse. Er appellierte an die Europäer, Reykjavik als eine Chance zu begreifen und auf eine nukleare Abrüstung zu bringen sowie Verhandlungen über eine konventionelle Abrüstung zu beginnen.

Die Sowjetunion sei zu Kontakten beider Bündnisse über eine konventionelle Abrüstung in ganz Europa bereit, bevor noch die Wiener Konferenz ein förmliches Mandat zu Ver*handlungen aller 35 KSZE-Staaten* in Stockholm beschließt.

Das Treffen zwischen Schewardnadse und Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* vom Dienstag ist in den sowjetischen Medien nur mit einer Fünf-Zeilen-Meldung vermerkt worden. Über die Verhaftung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen ist bisher überhaupt nicht berichtet worden. Selbst die Ausladung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber wird bis heute verschwiegen.

Seiten 2,3 und 5: Weitere Berichte

Südkoreas Oppositionsführer verzichtet auf Kandidatur

Kim Dae Jung folgt einem Appell der katholischen Kirche

DW. **Seoul**

Der südkoreanische Oppositionsführer Kim Dae Jung will nicht für das Amt des Staatschefs kandidieren, falls die Regierung einer direkten Präsidentenwahl zustimmen sollte. Wie der 60jährige Politiker gestern auf einer Pressekonferenz in Seoul sagte, gilt dies auch für den Fall, daß er begnadigt und rehabilitiert werde. Kims 20jährige Haftstrafe ist lediglich ausgesetzt. Er darf sich nicht politisch betätigen.

Kim erklärte, er sei bereit, sich „zu opfern", um Präsident Chun Doo *Hwan zu helfen, sich in Richtung* Demokratie zu bewegen. Er drückte seine Sorge vor erneuten Vorkommnissen wie der Massenverhaftung von mehr als 1500 Studenten nach der Besetzung einer Seouler Universität Ende vergangener Woche aus.

Der Kandidaturverzicht des Katholiken Kim erfolgte offensichtlich auch auf Dringen der Kirche. Nur wenige Tage vorher hatte Kardinal Stephen Kim, einer der führenden Männer der katholischen Kirche Südkoreas, die Spitzenpolitiker des Landes aufgefordert, ihre persönlichen Ambitionen beiseitezulegen, um die derzeitige politische Krise zu lösen. Staatschef Chun Doo Hwan hat sich verpflichtet, zum Ende seines Mandats Anfang 1988 abzutreten und den Übergang zu einer friedlichen *Machtübergabe zu erleichtern.*

Die regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) und die größte Oppositionspartei New Korea Democratic Party (NKDP) sind sich bisher in der Frage einer neuen Verfassung, die dem Land eine demokratischere Zukunft sichern soll, nicht nähergekommen. Die DJP tritt weiterhin für ein parlamentarisches System ein. Seit Ende September boykottiert NKDP ein im Parlament ein*gerichtetes Verfassungssonderko*mitee. Sie fordert einen Volksentscheid in der Frage der künftigen Regierungsform sowie ein Treffen zwischen Präsident Chun Doo Hwan und mindestens einem der beiden Oppositionsführer, nämlich Kim Dae Jung oder dem derzeit in der Bundesrepublik Deutschland weilenden Kim Jung Sam.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Wald kränkelt weiter

Von Dankwart Guratzsch

Der Waldschadensbericht der Bundesregierung hat die Befürchtungen bestätigt. Trotz drei klimatisch geradezu idealen Jahren in unmittelbarer Folge ist der Anteil geschädigter Bäume weiter angestiegen. Vierundfünfzig Prozent des Waldes sind krank, zwei Prozent mehr als im Vorjahr, in den besonders erosionsgefährdeten Hochlagen Süddeutschlands sind es schon fast zwei Drittel. Und vor allem: Überproportional stieg der Anteil schwergeschädigter Bäume.

Erfreuliche Aspekte des jüngsten Berichtes, so bescheiden sie klingen, sollen nicht übersehen werden. Die Zunahme verlangsamte sich, der Zustand der Nadelbäume hat sich örtlich sogar leicht gebessert. Hier besteht neuer wissenschaftlicher Erklärungsbedarf. Noch vor zwei Jahren wurde eine Erholung geschädigter Bäume von der Fachwissenschaft für unmöglich gehalten.

Dennoch hat der Landwirtschaftsminister Recht: Für eine Entwarnung gibt es keinen Grund. Die technischen und gesetzlichen Instrumente zur Luftreinigung müssen weiter verbessert werden.

Wie ein Anachronismus muß da die Selbstgerichtigkeit erscheinen, mit der in diesen Tagen eine erneute Verlängerung der Fristen für die Entstickung der größten Stickoxidschleuder der Welt in Ibbenbüren verteidigt wird. Da die zuständige Landesregierung des Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten Johannes Rau mit der gesamten SPD den Ausstieg aus der Kernenergie und den Umstieg auf Kohle als Energieträger propagiert, wird an diesem Beispiel die ganze Doppelzüngigkeit dieser politischen Strategie klar: Die Belastung durch Hunderttausende Tonnen Stick- und Schwefeloxide aus den Schloten zusätzlicher Kohlekraftwerke würde für den Wald nach aller wissenschaftlichen Erkenntnis den Todesstoß bringen.

Verantwortungsbewußte Umweltpolitik muß auf eine konzertierte Aktion zur Entlastung der Natur drängen. Einseitige Schritte verstoßen gegen jede ökologische Moral.

Deutliches von Vranitzky

Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn die Groß- und Supermächte reden – so wie jetzt in Wien auf dem KSZE-Nachfolgetreffen – wird die Stimme der kleinen Staaten meist übertönt. Daß aber auch ein neutrales Land außerhalb der Militärbündnisse zu den Grundfragen unserer Zeit und unseres Kontinents etwas zu sagen hat, beweist die Eröffnungsrede, die der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky vor dem Wiener KSZE-Treffen hielt.

Der österreichische Regierungschef erlag nicht der Versuchung, es sich leicht zu machen und mit den üblichen diplomatischen Floskeln, ebenso wohltönend wie nichtssagend, aufzuwarten. Er nannte als Gastgeber die Dinge beim Namen – und zwar so deutlich, daß sich das Gesicht des Sowjet-Außenministers Schewardnadse erkennbar umwölkte.

Vranitzky sagte wörtlich, „daß ohne Verwirklichung der Menschenrechte und des ungehinderten Kontakts einzelner Menschen auch über die Grenzen unterschiedlicher Systeme hinweg ein dauerhafter Friede nicht mehr denkbar ist". Und in seiner Rede fand sich ein Satz, für den ihm besonders die geteilten Deutschen dankbar sein müssen: „Erst wenn unsere Grenzen von den Bürgern nicht mehr als unüberwindbare Mauern empfunden werden, haben wir die Helsinki-Schlußakte erfüllt." Jede europäische Grenze, „an der Menschen psychisch oder physisch scheitern" ist, wie Vranitzky es nannte „ein unerträglicher historischer Anachronismus".In Österreich, das in einer Länge von einigen hundert Kilometern von solchen anachronistischen Grenzen umgeben ist, weiß jeder, wen und was Vranitzky hier meinte.

Noch ein zweiter Gedanke aus der Ansprache des österreichischen Kanzlers verdient Beachtung: Vranitzky sprach davon, daß die KSZE-Schlußakte nicht nur die Beziehungen von Staaten untereinander, sondern auch die Beziehung zwischen jedem einzelnen Staat und seinen jeweiligen Bürgern regele. Schließlich warnte der Österreicher auch davor, einen Dialog um des bloßen Dialogs willen, also als Selbstzweck, zu führen. Daß sich ein Neutraler in dieser Deutlichkeit für die Grundprinzipien von Demokratie und Freiheit einsetzt, zeugt von politischer Klugheit – und von Mut.

Wie man sparen könnte

Von Paul F. Reitze

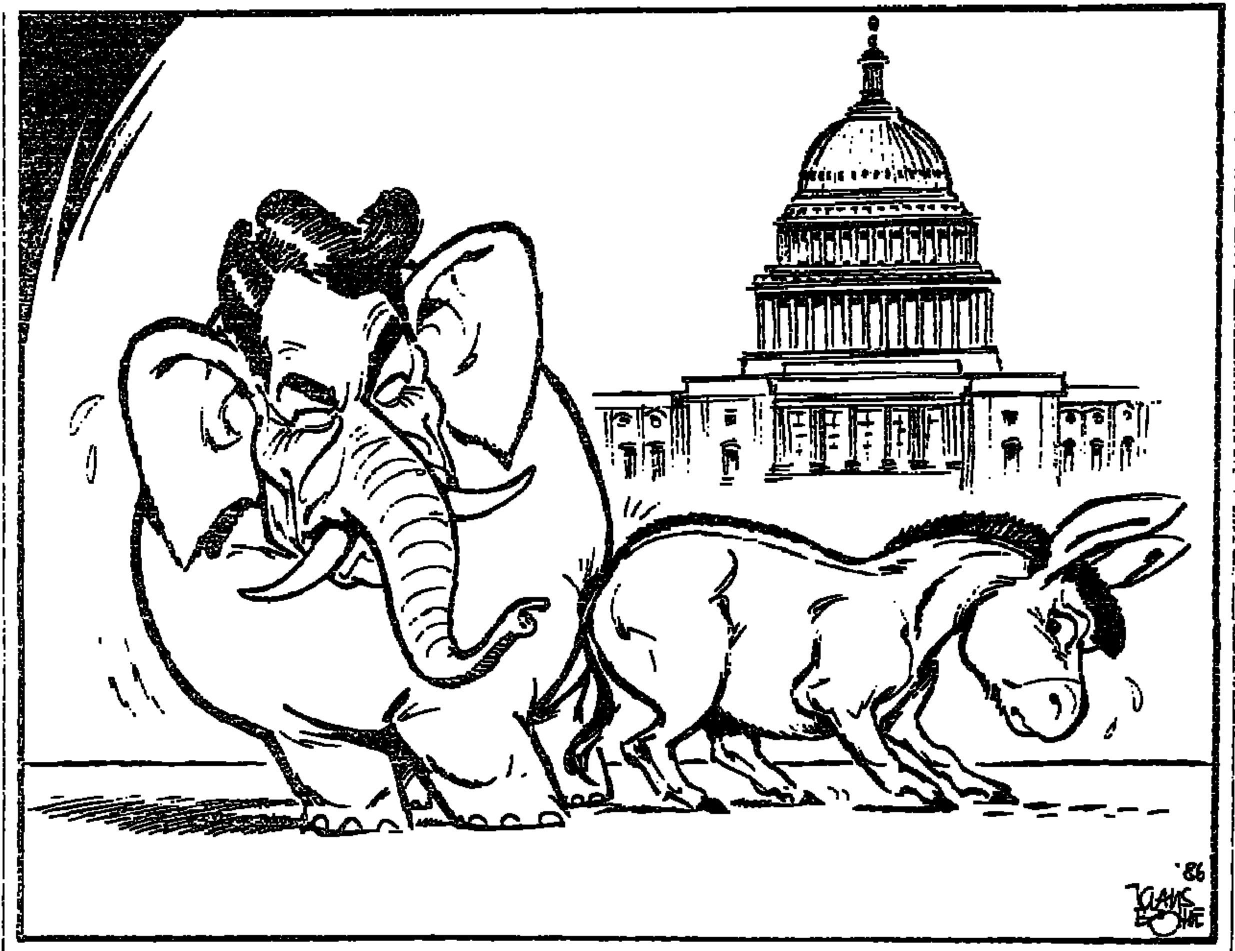
Die Spitze des „Abiturientenberges" ist – früher als erwartet – bereits 1983 erreicht worden. Die Folgen: Die Studienanfängerzahlen sind in diesem Semester nur an einigen wenigen Hochschulen (wie Bochum) gestiegen. Selbst an der Universität München, der größten im Lande, stagnieren sie. Meist sind sie jedoch schon deutlich rückläufig.

Eine Einladung an die Adresse der Finanzminister, nun zu einem Streichkonzert aufzuspielen? Die Kultusminister machen unisono eine Gegenrechnung auf. Darin sind sie sich mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz einig, bescheinigen ihr, daß sie hier nicht über der Interessenvertretung das Interesse der Allgemeinheit an einem sparsamen Umgang mit Steuergeldern vergesse.

1977 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern die Hochschulen dazu verpflichtet, eine „Überlast" in der Ausbildung zu erbringen, möglichst kostenneutral, also auch um den Preis von Leistungsminderungen in der Forschung. Politik und Wissenschaft einigten sich darauf, rund 850 000 Studienplätze zu schaffen. Dieses Ziel ist fast erreicht. Die Plätze teilen sich indes mittlerweile 1,3 Millionen Studenten.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die 190 Hochschulen vertritt, wendet sich nicht dagegen, daß die „Überlast" solche Ausmaße angenommen hat. Sie verwahrt sich aber dagegen, daß jetzt die „Überlast" zum Normalfall umgedeutet wird – mit der Konsequenz, daß mit sinkenden Studienanfänger-Zahlen die Etats immer weiter reduziert werden könnten.

Man sollte anders handeln und anders argumentieren: Wer dafür sorgt, daß der erste berufsqualifizierende Abschluß nach vier und nicht nach sechs oder gar sieben Jahren erreicht wird, erhält einen Anreiz in Form von zusätzlichem Personal, das Freistellungen für Forschungsvorhaben gestattet, ohne daß die Lehre zusammenbricht. Nebeneffekt: Dann hätten die besten Nachwuchskräfte endlich eine Chance, an der Hochschule eine Aufgabe zu finden. Gespart würde trotzem, nur einige Jahre später – durch Nichtbesetzung von Stellen, deren Inhaber in Pension gehen.



Verdrängungswettbewerb KLAUS BÖHLE

Kein Wendepunkt

Von Fritz Wirth

Ronald Reagan, der Präsident der triumphalsten Wahlerfolge dieses Jahrhunderts, der Mann der großen Siege und des permanenten unwiderstehlichen Optimismus – dieser Mann auf der Straße der Verlierer: Es war ein neues Erlebnis für Reagan selbst, für eine Nation, die diesen Mann auch heute, nach der Wahl, immer noch mehr verehrt und schätzt als jeden Präsidenten der letzten Jahrzehnte, und für die beglückten Demokraten, die nach den Wahlkatastrophen der letzten Jahre, die sie durch Ronald Reagan erlitten hatten, erlöst und befreit wieder mit der Zukunft zu kalkulieren beginnen.

Ein Wendepunkt also? Dämmerzeit für die sogenannte „Reagan-Revolution" und die Ära des Optimismus und des Patriotismus, die sie kennzeichneten? Man wird sich hüten müssen, dieses Wahlergebnis mit zu dramatischen Akzenten zu versehen.

Diese 100. Kongreßwahl hatte eigene Gesetze und verlief nach anderen politischen Mechanismen und Motiven. So wurde schnell und eindeutig klar: Die Amerikaner entschieden an diesem 4. November an der Wahlurne nicht so sehr nach Parteien und Ideologien, sie entschieden sich für Personen. Zu diesen Personen gehörte nicht der Präsident. Er stand auf keinem Stimmzettel.

Und das ist die erste Lehre der Republikaner aus dieser Wahl: Die politische Anziehungskraft dieses Mannes ist keine übertragbare Größe. Reagans Hauptformel dieses Wahlkampfs: Wer mich wählen will, wählt Linda Chavez, Ed Zschau oder wie die Kandidaten gerade hießen, für die er warb, wurde ihm vom Wähler nicht abgekauft. Dies waren keine Reagan-Stellvertreterwahlen. Die politischen Rockschöße dieses Mannes reichen nicht, um Dutzende sich daran klammernder Kandidaten in einen Sieg hineinzuschleppen.

Das ist im übrigen keine neue Erkenntnis. Sie wurde bereits vor zwei Jahren deutlich, als Ronald Reagan einen der größten Wahltriumphe dieses Jahrhunderts errang und doch nicht verhindern konnte, daß die Demokraten im Senat einige Sitze dazu gewannen. Den Republikanern jedoch muß die Tatsache, in welchem Maße die Reagan-Ära von diesem Mann selbst geprägt ist, zu denken geben. Wenn Ronald Reagan in zwei Jahren von der politischen Szene abtritt, nimmt er schwer ersetzbare Vorgaben an Goodwill mit, die nur auf seine Person konzentriert sind.

Reagans Popularität dürfte durch diese Niederlage keinen Schaden genommen haben, wohl aber seine politische Manövrierfähigkeit und sein Durchsetzungsvermögen. Sein politisches Geschäft wird mühsamer, das Tempo seiner angestrebten Reformen schleppender werden. Er muß gegen einen feindseligen Kongreß ankämpfen, der ihm Bremsklötze in den Weg stellen wird. Die Bremsspuren werden auch in der Außenpolitik sichtbar werden. Der Druck zu protektionistischen Maßnahmen aus dem Kongreß wird sich verstärken. Die Weltraumverteidigung SDI wird auf noch höhere Finanzhürden stoßen als bisher, das Verteidigungskonzept Reagans und Weinbergers wird weiter eingedampft werden.

Dennoch: Es wäre falsch, den 4. November bereits zum Datum einer Revision der amerikanischen Politik zu machen. Es wird Kurskorrekturen, doch keine Änderung der Zielrichtung geben. Zu mehr reichen weder das Mandat dieser Wahl noch das politische Temperament und das Programm der Sieger. Der amerikanische Senat ist mit dem Mehrheitswechsel nicht in die Hände von politischen Kraftprotzen gefallen, die mit aufgekrempelten Ärmeln die Reagan-Ära abzuwracken beginnen werden.



Wie man Wahlkampf macht: der demokratische Gouverneurs-Kandidat Goldschmidt in Oregon vor der Wahlurne. FOTO: AP

Eine Reihe der Neuzugänge sind Demokraten, deren Konservativismus kaum hinter dem des abgetretenen Republikaners Charles Mathias zurücksteht. Und der demokratische Senator Sam Nunn, der als Nachfolger Barry Goldwaters im Verteidigungsausschuß zu einer neuen Schlüsselfigur der amerikanischen Verteidigungspolitik wird, ist ein klar denkender, besonnener Kopf mit hohem Sachverstand, der in vielen Dingen mit der Reagan-Administration konform geht.

Insgesamt war es eine Wahl mit nicht ganz schlüssigen Signalen. Während beispielsweise die Demokraten im Kampf um den Senat bemerkenswerte Erfolge in den Südstaaten errangen, erlitten sie in den gleichen Staaten schwere Rückschläge bei den Gouverneurswahlen. Ebenso blieben ihre Gewinne in den Wahlen für das Repräsentantenhaus deutlich hinter den Erwartungen zurück. Es ist jedoch eine unverrückbare Faustregel der amerikanischen Politik, daß das große Roll-back der Wähler zurück in die Arme der Demokraten wenn, dann im Süden beginnen muß. Es gab dazu bei dieser Wahl erste Anzeichen, doch noch lange nicht den großen Treck zurück ins eigene Lager.

Dennoch aber reichen die Signale dieser Wahl, um in der amerikanischen Politik einen Trend zurück zur politischen Mitte zu registrieren. Für ideologiebezogene politische Initiativen wird in den nächsten zwei Jahren der Reagan-Amtszeit weniger Zeit und Raum vorhanden sein, wie sich ohnehin das oft atemberaubende Tempo der stürmischen ersten sechs Reagan-Jahre drosseln wird.

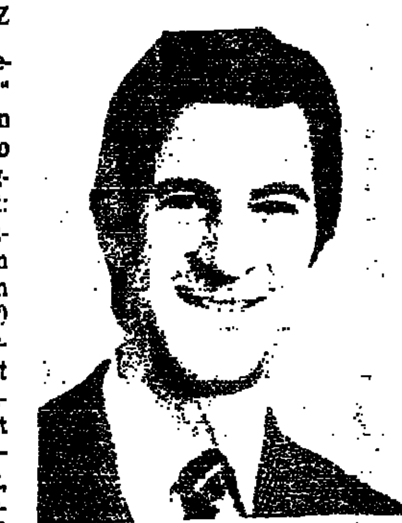
Psychologisch jedoch hat sich für die Demokraten an diesem 4. November ein kleines Wunder ereignet. Sie haben Selbstbewußtsein und ihren abhanden gekommenen Glauben an die Möglichkeit von politischen Siegen wiedergewonnen. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihnen zum großen Sieg immer noch das allerwichtigste fehlt: ein kohärentes politisches Programm. Sie mögen sich in ihrem Triumph wie Kaiser fühlen, doch sie sind immer noch Kaiser ohne Kleider.

IM GESPRÄCH Bernd Löhning

Finanzen, Fontane Fortüne

Von Hans-Rüdiger Karutz

„Politik läßt sich nur mit Geld gestalten – alles andere ist Lyrik!" Sätze wie diese gehen dem liberalen „Wunderkind" der Berliner Politik so flüssig von den Lippen wie der jüngste Stand im Einkommensteuerrecht: Bernd Löhning, 42jähriger Top-Jurist, Doktor der Rechte summa cum laude, übernahm jetzt im Hause von Finanzsenator Günter Rexrodt (FDP) die Bürde des Staatssekretärs. Vorgänger Günter Schackow (CDU) sitzt unter dem Verdacht der Bestechlichkeit im Untersuchungsgefängnis. Mit einem 23-Milliarden-Haushalt („Etat – das ist Leben in Zahlen") im Blick, hat Löhning die Order, Berlins Erscheinungsbild in den Banker- und Industriekapitäns-Kreisen Deutschlands weiter zu pflegen.



Man hat es oder hat es nicht: Löhning FOTO: DIE WELT

Seine Arbeit braucht Standfestigkeit, denn der liberale Politiker werkelt wie die Großen der Klassik am Stehpult. Scharf beäugt durch ein Porträt des Alten Fritz, der mit blauen Hohenzollernaugen von der städtischen Bürowand blickt. Soweit Blauäugigkeit heute als nachteilig gilt: der gebürtige Mitteldeutsche – aus Halle an der Saale – war es nie. Als Schüler schon Primus, ging er ein Jahr in die USA („Wie Amerika, verkauft sich Berlin manchmal unter seinem Wert"), baute seinen Doktor über Pädagogik in Schulgesetzen und enterte die Erfolgsleiter vom Finanzamt über die Geschäftsführung der FDP-Fraktion im Berliner Parlament, das Amt des Direktors beim Abgeordnetenhaus bis zur Aufgabe, Berlins Finanzen im Lot zu halten.

Spree-Athens Verwaltung krankt laut Löhning an einem: „Die Besten werden nicht genommen." Während Bayern zum Beispiel allenfalls zwei Prozent seiner Spitzenbeamten per Regelaufstieg nach oben hievt, gelangt in Berlin jeder vierte Staatsdiener durch die schlichte Ochsentour der Regelbeförderung in die dünne Luft höherer Gehaltsgruppen. Sarkastische Beobachtungen erreichen auch die eigenen Reihen: Als seine FDP-Fraktion einst mit einer Berlin-Zulage für Abgeordnete liebäugelte, belehrte er sie, daß Abgeordnete weder als Selbständige noch Arbeitnehmer, sondern rein steuerlich wie „Rentner, Bezieher von Spekulationsgewinnen und leichte Damen" zu betrachten seien.

Als sich nach der FDP-Wende und der Duldung des Weizsäcker-Senats durch eine 4:3-Fraktionsmehrheit das Schisma der Berliner Liberalen abzeichnete, trat Löhning für eine klare Spaltung ein. „Koalitionen sind Zweckbündnisse", sagt er trocken. Sein Glaubenssatz heißt Berlin: „Wir alle miteinander müssen die Leistungskraft dieser Stadt noch stärker mobilisieren." Theodor Fontane, seine Lieblingsfeder, formulierte es so: „Nur als Furioso nichts erstreben und fechten, bis der Säbel bricht / es muß sich dir von selber geben – man hat es oder hat es nicht."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Das Pariser Blatt meint zu Kohls Goebbels-Gorbatschow-Vergleich:

Der Bundeskanzler hat ausgedrückt, was viele seiner Landsleute denken. Alles in allem scheinen Kohls Äußerungen über Gorbatschow in den Rahmen zu passen. Es vergeht keine Woche, in der Radio Moskau oder die verschiedensten sowjetischen Sprecher die Deutschen nicht an ihre Nazi-Vergangenheit erinnerten.

Frankfurter Allgemeine

Sie meint zum Rundfunkurteil:

Die SPD ... dürfte kaum daran gedacht haben, den privaten Rundfunk, für sie ein Ärgernis, wieder aus der Welt schaffen zu können. Aber eine auch auf die anderen Länder wirkende Verzögerung, vielleicht eine für wirtschaftliche Unternehmen gefährliche Zwangspause – diesem Gedanken dürfte sie sich hingegeben haben. Daraus ist nichts geworden.

Saarbrücker Zeitung

Sie sieht Börner in Bedrängnis:

Alles in allem können mit dem Urteil, abgesehen von Niedersachsen, eigentlich alle Betroffenen zufrieden sein. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten, weil Karlsruhe ihren Bestand als gesetzlichen Auftrag garantiert haben will. Die Privaten, weil Existenz und Finanzierung nunmehr auch verfassungsrechtlich abgesichert sind. Und schließlich auch die Ministerpräsidenten, denen die Entscheidung den Abschluß eines neuen Medienstaatsvertrages der Länder nicht nur nicht verbaut, sondern im Gegenteil ausdrücklich nahelegt. Allenfalls die hessische SPD wird, zusammen mit dem politischen Gegner in Niedersachsen, medienpolitisches Bauchgrimmen empfinden. Denn Karlsruhe hat Holger Börner nun auch die letzten Argumente aus der Hand geschlagen, in Hessen keinen Privatfunk zuzulassen.

Frankfurter Rundschau

Sie sieht den Monopol-Anspruch beendet:

Das niedersächsische Privatfunkgesetz ... hat den Ersten Senat herausgefordert, das „duale Rundfunksystem" festzuschreiben. Das Schlagwort vom öffentlich-rechtlichen Monopol hat damit ausgedient. Jener Entwicklung, die vor allem die Unionsparteien in Gang gesetzt haben, wurde so Rechnung getragen. Der Status quo also festgeschrieben? Dies trifft jedenfalls für die Vorgaben zu, die das Gericht für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gegeben hat. Hier verlangt der Erste Senat – ohne es ausdrücklich zu erwähnen – eine Bestands- und Entwicklungsgarantie.

Fuldaer Zeitung

Sie sieht eine Bestandsgarantie für die öffentlich-rechtlichen ...

Der Spruch ist zwar eine Art von Bestandsgarantie für die beiden bestehenden Systeme, begründet jedoch keineswegs ein absolutes Anrecht auf „Alleinherrschaft".

Nordwest-Zeitung

... und sie für die privaten Sender:

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat mit seinem Urteil zum niedersächsischen Landesrundfunkgesetz eine wichtige Bestandsgarantie für den privaten Rundfunk verkündet. (Oldenburg)

Von einer ewigen Bestandsgarantie ist keine Rede

Was das Bundesverfassungsgericht wirklich sagte / Von Enno v. Loewenstern

Betrübt oder begeistert, aber einhellig folgern die Kommentatoren aus dem vierten Rundfunk-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (zum niedersächsischen Mediengesetz): das freie Fernsehen hat seine Bestätigung bekommen, das Rad der Geschichte läßt sich von der SPD nicht mehr zurückdrehen. Aber, so verkünden einige hoffnungsvoll: dafür habe der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch seine ewige „Bestands- und Entwicklungsgarantie" bekommen, die nächste Gebührenerhöhung und alle folgenden seien gesichert.

Das geht völlig fehl. Das Urteil zeigt vielmehr das Ende des öffentlich-rechtlichen Systems an. Es sagt eben nicht, daß der Staatsfunk erhalten werden müsse. Vielmehr spricht der erste Leitsatz vom dualen System (öffentlich-rechtlich neben Privatfunk), das sich „gegenwärtig ... herausbildet".

„Gegenwärtig" und „herausbildet" sind zwei Schlüsselworte des Urteils; das dritte ist „insoweit". Das Urteil geht davon aus, daß es früher nur den Staatsfunk gab und daß es jetzt zweierlei Funk gibt. Was morgen sein wird, läßt es ausdrücklich offen. In der „gegenwärtigen" Situation sei die „unerläßliche ‚Grundversorgung'" Sache der öffentlich-rechtlichen Anstalten, die „nahezu die gesamte Bevölkerung erreichen". Die „damit" gestellte Aufgabe „umfaßt die essentiellen Funktionen des Rundfunks für die demokratische Ordnung ebenso wie für das kulturelle Leben in der Bundesrepublik. Darin finden der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine besondere Eigenart ihre Rechtfertigung." Die „Aufgaben, welche ihm insoweit gestellt sind", machten es notwendig, die technischen, finanziellen usw. Vorbedingungen „ihrer Erfüllung" sicherzustellen.

Natürlich muß man sich darüber amüsieren, wie hier eine „unerläßliche" kulturelle „Grundversorgung" postuliert wird. Kultur gab es in diesem Land schon vor Erfindung des Rundfunks; Quiz und Rockpalast, Dallas und Denver haben sie kein bißchen verbessert; und wenn der Rundfunk aus irgendwelchen Gründen verschwinden sollte, würden Kultur und Demokratie (letztere gab es in verschiedenen Ländern auch schon vor Erfindung des Rundfunks) unbeeinträchtigt weitergehen. Wenn man die wirklich kulturellen Sendungen heranzieht, so findet man vielleicht alle Vierteljahr so etwas wie jüngst den „Maskenball" mit Pavarotti. Da bleibt von den Milliarden des Mammut-Grundversorgungsbetriebs nicht viel übrig.

Ebenso kann man sich darüber amüsieren, mit welch biederem Ernst das Urteil verlangt, das niedersächsische Gesetz so zu ändern, daß „Vielfalt", „Ausgewogenheit", „Auschluß einseitigen Einflusses" und „Verpflichtung zu sachgemäßer, umfassender und wahrheitsgemäßer Information" gesichert werden; „externe Gremien" sind das Wundermittel. Als wüßte der Senat nicht, daß seit Jahrzehnten breite Kreise der Politik und der Bevölkerung über die Einseitigkeit und Unwahrhaftigkeit des Monopolfunks klagen – haben die alle unrecht? Hat der Senat nie davon gehört, mit welchem Hohn die unkündbaren Programmacher den Ruf nach Ausgewogenheit zurückweisen; wie kläglich die Gremien scheitern, wenn sie schon einmal besonders krasse Übergriffe beanstanden?

Aber seien wir nicht zu kritisch. Das Urteil ist offenbar ein Kompromiß aus falschen, politisch bestimmten Ansichten eines Teils des Senats und den Erkenntnissen derjenigen Richter, die keine Tür zuschlagen lassen wollten. Entscheidend ist etwas anderes.

Laut Urteil müssen die Anstalten das bekommen, was sie für ihre „essentiellen Funktionen" brauchen. Nur „insoweit" haben sie (noch) einen Anspruch. Es kann also keine Rede davon sein, daß sie mehr kriegen müssen. Im Gegenteil, es ist zu prüfen, was über das „Essentielle" hinausgeht und daher nicht mit Zwangsgebühren finanziert werden darf; von Dallas bis zu dem absurden Einfall, nun müßten die Anstalten den Freien auch noch den Lokal- und Regionalfunk mit eigenen teuren Regionalfunkhäusern verstellen. Das gilt auch die Ausflüge des WDR in den Privatbereich.

Die Union muß also verstehen: Es kann keine Rede davon sein, daß das Bewilligungsrecht des Parlaments, diese „essentielle" Grundlage der Demokratie, der Befehlsgewalt und der Verschwendungssucht der Anstalten unterworfen wäre. Und gerade die Hilflosigkeit, mit der das Gericht über „Ausgewogenheit" und „Wahrheit" spekuliert, erinnert daran, daß beides nur im unbehinderten, offenen Meinungsstreit geklärt werden kann.

„Gegenwärtig" fehlt es noch daran; es ist die Pflicht des Staates, durch Kabellegung dafür zu sorgen, daß die „Grundversorgung" sobald wie möglich in Funk und Fernsehen so erfolgt wie auf bei Zeitungen, Büchern, Filmen – und bei den politischen Parteien: Es gibt keine Naturschutzparks, jeder darf sich stellen, keiner darf einen Gebühren- oder sonstigen Vorsprung haben. Erst dann ist die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht und gesichert.

Dissonanzen statt klarer Töne

Das Gespräch dauerte länger als erwartet, ein geplanter Konzertbesuch fiel aus: doch eine Versöhnung, ein Ende der Affäre brachte es nicht. Auch nach dem Treffen zwischen dem sowjetischen Außenminister Schewardnase und seinem deutschen Kollegen Genscher ist das Thema „Göbbels und Gorbatschow“ nicht vom Tisch.

Von BERNT CONRAD

Hans-Dietrich Genscher liebt Gespräche am Rande internationaler Konferenzen. Beim Small talk und dem sich anschließenden politischen Tauziehen in Wandelgängen, Hotelsuiten oder verschwiegenen Botschafterresidenzen lebt er auf. Ein voller Terminkalender während seiner *alljährlichen* New Yorker UNO-Woche oder in diesen Tagen beim Wiener KSZE-Folgetreffen ist für ihn eine fast schon unentbehrliche Droge.

Dem Treffen mit Sowjetaußenminister Eduard Schewardnadse in der Donau-Metropole aber hatte der wendige Hallenser mit gemischten Gefühlen entgegengesehen. Denn je näher die Begegnung in der russischen Botschaft am Rennweg – genau gegenüber dem modernistischen Botschaftsgebäude der Bundesrepublik – rückte, desto wuchtiger schien der Stein zu werden, den Genscher aus dem Weg der deutsch-sowjetischen Beziehungen räumen wollte.

Sein *neuer* politischer Abteilungsleiter Hermann von Richthofen hatte in der vergangenen Woche in Moskau noch in sachgerechter Weise das Wiener Tête-à-tête vorbereiten können. Zwar war er der erste gewesen, der – mit zehntägiger Verzögerung – den sowjetischen Ärger über das „Newsweek“-Interview des Bundeskanzlers zu spüren bekam. Aber eine in Aussicht gestellte öffentliche Distanzierung Helmut Kohls von dem Vergleich zwischen Gorbatschow und Goebbels schien die Russen zufriedenzustellen. Richthofen jedenfalls kehrte mit der Erwartung eines ersprießlichen Wiener Ministergespräches an den Rhein zurück.

Dann jedoch prasselten politische Schläge auf Bonn herab: Der Kreml sagte zunächst einen von beiden Seiten für wichtig gehaltenen Besuch des Bundesforschungsministers Heinz Riesenhuber und anschließend eine Visite des Leiters der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Barthold Witte, in Moskau ab. Würde jetzt auch Genschers Verabredung dem Zorn Gorbatschows zum Opfer fallen? Das war die große Frage.

Inzwischen handelte der Kanzler: Sein WELT-Interview vom 2. November kam einer Entschuldigung nahe und stellte gleichzeitig ein unzweideutiges Angebot an die Adresse Moskaus dar. Die Sowjets reagierten zurückhaltend. Hatten sie bis dahin ihrer eigenen Öffentlichkeit sowohl Kohls „Newsweek“-Äußerungen als auch den Ärger des Politbüros vorenthalten, so bezogen sie nun das WELT-Interview in ihr Schweigen ein. *Die nach Wien angereisten sowjetischen Sprecher* Gerasimow und Lomejko übten sich in sibyllinischer Vieldeutigkeit. „Ein Vögelchen, das entflogen ist, läßt sich nur schwer wieder einfangen“, kommentierten sie Fragen der WELT – beim Heurigen.

Der Bundesaußenminister, seit Montag abend in der österreichischen Hauptstadt vielfältig aktiv, hörte von den Sowjets gar nichts; das war ihm lieber als eine Absage. Als er schließlich *am Dienstag vormittag* kurz vor Beginn der KSZE-Konferenz seinen sowjetischen Amtskollegen erblickte, eilte er sofort mit ausgestreckter Hand auf ihn zu, und der *weißhaarige Georgier schlug* lächelnd ein. Das war ein Signal: Das Gespräch konnte stattfinden. Doch es wurde kein Honigschlecken. Immerhin konnte Genscher froh sein, es mit dem flexiblen Schewardnadse und nicht mehr mit dessen grimmigen Vorgänger Andrej Gromyko zu tun zu haben.

Der kaukasische Charmeur kam dem Bonner Abgesandten bis zur Tür der russischen Botschafterresidenz entgegen, führte ihn die breite Treppe hinauf in den 1. Stock und fragte ihn – *für die Fotografen* auf Sesseln plaziert – zugleich mitfühlend nach dessen zurückliegendem Krankenhausaufenthalt: „War es etwas Ernstes?“ Genscher: „Nein. Ich war nur kurz im Krankenhaus. Jetzt geht es mir, Gott lob, wieder sehr gut. Die gründliche Untersuchung hat mir sogar ein günstigeres Bild von mir selbst vermittelt, *als ich es vorher hatte.*“

Freundlich, doch es fehlte die Lockerheit

Das alles klang nett und freundlich. Doch es fehlte Schewardnadses *zwanglose Lockerheit*. Der Bundesaußenminister – sonst Symbol der Jovialität – wirkte angespannt. Als die Kameraleute und Fotoreporter abgezogen waren, ergriff er ein Blatt Papier und begann (ein bei ihm in solcher Lage höchst ungewöhnlicher Vorgang) wortgetreu abzulesen:

„Der Bundeskanzler hat in seinem *Interview mit der WELT* am 2. 11. 1986 festgestellt, daß sein Gespräch mit ‚Newsweek' nicht korrekt wiedergegeben worden ist. Er hat sehr bedauert, daß fälschlich der Eindruck entstanden ist, er habe den Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, mit Goebbels verglichen. Er hat sich davon mit Entschiedenheit distanziert. Er hat erklärt, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, den Generalsekretär zu beleidigen, und daß er die Bemühungen des Generalsekretärs um eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen ernst *nimmt. Der Bundeskanzler hat* diese Bemühungen stets anerkannt.“

Es folgten Hinweise auf die Verständigungspolitik Bonns und auf die *schweren Leiden und Opfer* der Sowjetvölker nach dem Überfall durch Hitler. Die Erklärung endete – wiederum auf Kohls WELT-Interview bezogen – mit der Bekräftigung des deutschen Willens zu guten Beziehungen mit der Sowjetunion und der gemeinsamen Absicht, „zum Frieden in Europa und der Welt beizutragen“.

Genscher schob den Text, den er Wort für Wort mit dem Kanzler abgesprochen hatte, auch in russischer Sprache über den Tisch, damit er schneller an Gorbatschow und das Politbüro weitergegeben werden konnte. Denn nur dort – das war dem Bundesaußenminister klar – konnte die Entscheidung über den künftigen *Kurs gegenüber Bonn fallen, und dies* mit Sicherheit erst nach dem auch Schewardnadse offiziell avisierten heutigen Auftritt Kohls im Bundestag.

Zunächst jedoch heizte der sowjetische Außenminister seinem deutschen Amtskollegen ein – allerdings auf kleiner Flamme und in verbindlicher Form. Das ganze Sowjetvolk sei über Kohls Vergleich zwischen Gorbatschow und Goebbels empört, betonte Schewardnadse. Genscher hütete sich vor der Zwischenfrage: „Woher wissen die Leute eigentlich davon? Aus den sowjetischen Medien haben sie doch nichts erfahren. Vielleicht von Radio Free Europe?“ Aber dies war nicht der Zeitpunkt für Retourkutschen.

Eindringlich erinnerte der Georgier an die Verbrechen der Hitlerzeit, an die vielen Millionen Toten in der Sowjetunion. Gerade angesichts dieser schrecklichen Vergangenheit sei ein Vergleich des ersten Mannes im Kreml mit dem Faschisten Goebbels eine schwere Beleidigung Gorbatschows und damit des ganzen Volkes.

Schewardnadse sagte dies alles mit großem Ernst, aber nicht eigentlich scharf. Seine Stimme klang, auch wenn sie historische Ungeheuerlichkeiten anprangerte, eher liebenswürdig. Jeder im Raum spürte: Gorbatschows Vertrauter aus dem Kaukasus bemühte sich um das Kunststück, seinem Gegenüber die Tragweite des Falles vor Augen zu führen, ohne ihn persönlich zu verletzten. Darum spielte immer wieder ein Lächeln um Schewardnadses Mund und kontrastierte zur Härte seiner Kritik.

Genscher antwortete ernst. Er interpretierte das WELT-Interview Kohls und unterstrich den Willen der Bundesregierung zum Ausgleich.

Eine knappe Stunde hatten die beiden Außenminister nur konferieren wollen; der Abend war eigentlich einer österreichischen Einladung zum Konzert und Abendessen vorbehalten. Doch allein das Goebbels-Thema *nahm rund 45 Minuten in Anspruch.* Danach blieb man noch mehr als eine Stunde zusammen, um zur eigentlichen Sache – KSZE, Abrüstung, Ost-West-Beziehungen, Ausreise deutscher Sowjetbürger – zu kommen. „Genscher und Schewardnadse hätten beim Konzert wohl ohnehin nebeneinander gesessen. Sie zogen es vor, *sich hier gegenüberzusitzen*“, meinte ein Bonner Diplomat.

Nachdenklicher Genscher vor den Fernsehkameras

Am Ende trat Genscher nachdenklich und ohne sein sonst obligates Lächeln vor die Fernsehkameras. Die erhoffte Mitteilung: „Für die Sowjets ist die ‚Newsweek'-Affäre jetzt erledigt“ konnte er nicht machen. Möglicherweise wird sie in dieser Form überhaupt nicht verkündet werden. Nach Ansicht von Experten spricht mehr für die Annahme, daß die Sowjets – wenn sie so weit sind, das Thema zu den Akten zu legen – einfach stillschweigend wieder zur Normalität der Beziehungen zurückkehren werden. Das sie dies grundsätzlich wünschen, kann niemand bezweifeln, der dieser Tage mit ihnen in Wien ins Gespräch kam.

Unzweifelhaft hatte Schewardnadse auch Helmut Kohl *im* Auge, als er in seiner gestrigen KSZE-Rede „europäische Führer“ der Unlogik zieh, weil sie angebotene Null-Lösungen mit neuen Forderungen konterkarierten. Das weniger ein Angriff als der Wunsch, die Europäer und nicht zuletzt die Deutschen für Moskaus Abrüstungspolitik zu gewinnen. In die*sen Rahmen paßt ein Streit um Goeb*bels-Vergleiche kaum hinein.

Angesichts der heiklen Situation verschob Genscher seine für gestern geplante KSZE-Rede kurzfristig auf Freitag, um noch die Ergebnisse der heutigen Bundestagsdebatte einbauen zu können. Der Außenminister wird heute im Bundestagsplenum in Bonn auf der Regierungsbank sitzen und abends wieder in Wien sein, um sich gemeinsam mit den anderen NATO-Außenministern von George Shultz über dessen Treffen mit Schewardnadse informieren zu lassen.

Gefährlich ist heute nur der Felsenkoller

Jahrelang war er willkommener Anlaß für Haßtiraden auf den „US-Imperialismus“. Kaum eine Rede Fidel Castros, in der er nicht über das „gestohlene“ Territorium sprach. Heute ist es still, beinahe friedlich geworden um den US-Stützpunkt Guantanamo, doch die Tore zu den Kubanern bleiben verriegelt.

Von WERNER THOMAS

Die Atmosphäre erinnert an eine kleine amerikanische Provinzstadt: Drugstores, Tankstellen, McDonald's, Schulen mit Baseball-Plätzen. Füllige Frauen tragen Lockenwickler. Unter der einzigen Verkehrsampel hängt ein Hinweisschild: „Verkehrsampel“.

Eine kurze Fahrt in die hügelige Umgebung offenbart jedoch rasch die geographische Besonderheit dieses Ortes: Wachtürme stehen entlang der Straßen, und oft wird vor Minenfeldern gewarnt. Stacheldrahtzäune markieren die Grenzen. Wachtürme auch auf der anderen Seite des Zauns. Dort weht nicht das Sternenbanner, sondern eine blau-weiß-rote Flagge.

Guantanamo Bay, im Südosten Kubas *gelegen, ist die einzige amerikani*sche Militäranlage in einem kommunistischen Land. Der Marinestützpunkt der US-Streitkräfte existierte bereits vor der Machtübernahme des marxistischen Revolutionärs Fidel *Castro. Er wurde* bereits 1903 eingerichtet, kurz nach der Gründung der Republik Kuba. Die Amerikaner schlossen damals einen Pachtvertrag für „unbegrenzte Zeit“ und verpflichteten sich, 4085 Dollar im Jahr zu zahlen. Fidel Castro hat den Scheck nur einmal eingelöst, 1959, im ersten Jahr seiner Herrschaft.

Oberst Sam Adams, der Kommandeur der Marineinfanteristen, meldet eine „ruhige Situation“. Vorbei seien die Zeiten der Spannungen in den *sechziger Jahren*, als Castro die Wasser- und Elektrizitätsversorgung stoppen ließ, bei jeder Gelegenheit „dieses Relikt des amerikanischen Imperialismus“ verurteilte und die *Rückgabe des „gestohlenen Territoriums“* forderte. „Die Kubaner verhalten sich friedlich“, sagt Adams, er berichtet jedoch: „Gelegentlich werfen sie Steine über den Zaun, die auf den Blechdächern landen und meine Männer aus dem Schlaf schrecken.“ Gelegentlich auch nächtliche Schüsse. Castro selbst erwähnt das Thema Guantanamo nur noch selten.

Dennoch bleiben die umfangreichen Vorkehrungen gegen einen Invasionsversuch in Kraft. Entlang der Grenze liegen mehr als 50 000 Minen. Zusätzliche Gräben sollen feindlichen Panzer aufhalten. Im Falle eines Angriffs kann das Straßennetz mit Sprengsätzen zerstört werden. Alle drei Monate finden Verteidigungs- und Evakuierungsübungen statt.

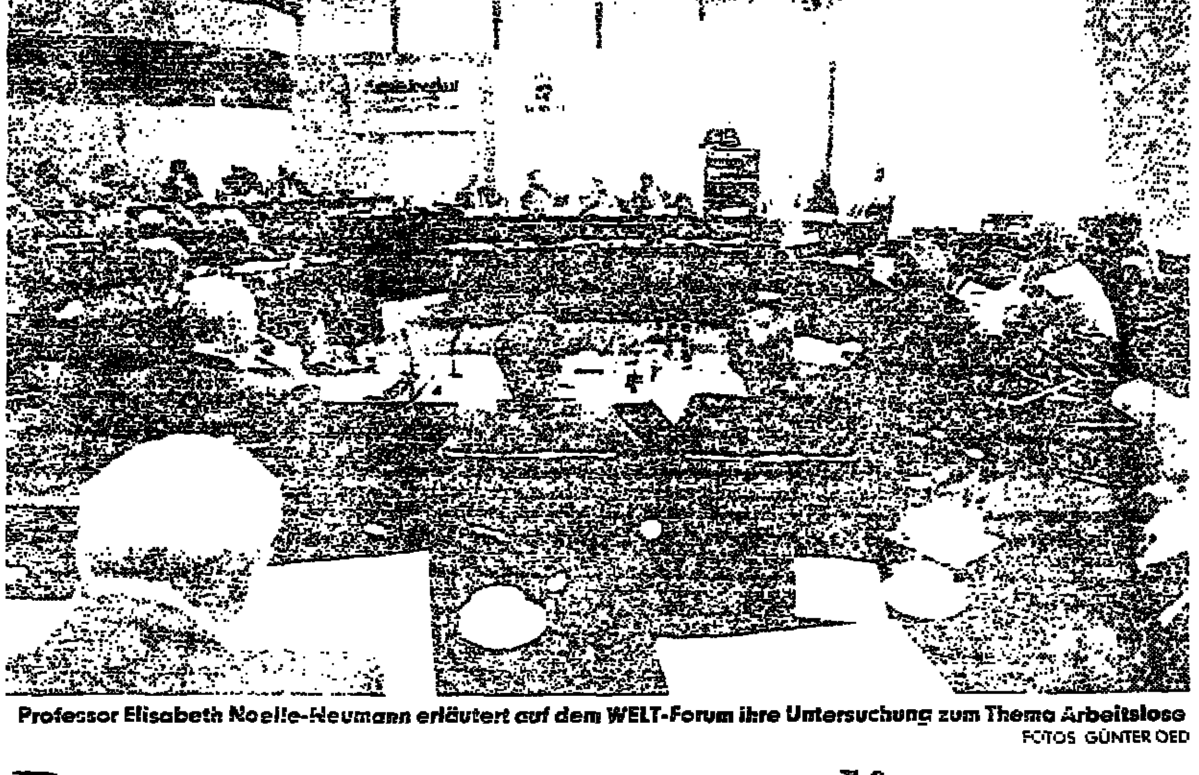
Fidel Castro mißtraut ebenfalls dem Frieden. Als die US-Streitkräfte im Oktober 1983 in Grenada militärisch intervenierten und ein marxistisches Regime stürzten, wurde das kubanische Grenzgebiet vermint. Doch die Angst ist unbegründet: Die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, den *Status quo zu ändern. Auf* der anderen Seite ist die Reagan-Regierung nicht bereit, Guantanamo zu räumen, im Gegenteil. *Zur Zeit* läuft ein Modernisierungsprogramm, das 40 Millionen Dollar verschlingt. In den letzten sechs Jahren erhöhte das Pentagon den Etat für die karibische Enklave von 25 Millionen Dollar auf *44,3 Millionen* Dollar.

Guantamamo, von den Amerikanern „Gitmo“ genannt, erfüllt verschiedene Funktionen. Der 72 Quadratkilometer große Stützpunkt dient der Atlantikflotte als Ausbildungszentrum. Etwa 40 000 Seeleute werden jährlich gedrillt. Guantanamo ist weiter ein wichtiger Tiefseehafen. *Auch Flugzeugträger können die* malerische Bucht anlaufen und vor Anker gehen. Schließlich eignet sich das Gelände für Spionage- und Aufklärungsarbeit. Durch die Guantanamo-Bucht dampfen regelmäßig sowjetische Schiffe, die Boqueron, Caimanera und Desco ansteuern, drei kubanische Hafenstädte. Die Sowjets und die Kubaner überwachen freilich auch die Aktivitäten der Amerikaner.

Auf dem Marinestützpunkt leben 6500 Menschen, Militärs und Zivilisten, Staatsbürger von 14 verschiedenen Ländern. Die meisten Angehörigen der Marine und der Marineinfanterie verbringen nur einige Monate oder wenige Jahre in dieser ungewöhnlichen Umgebung. Kaum jemand *klagt über die Lebensverhält*nisse, obgleich das Isolationsgefühl gelegentlich Schwierigkeiten bereitet. Der Informationsoffizier Rick Fischer spricht von einem „Felskoller“. „Man muß ab und zu mal raus, nach Florida oder Puerto Rico.“

Der Begriff Felskoller hängt zum Teil mit den Bodenverhältnissen zusammen. Guantanamo ist kahl und felsig. Iguanas huschen durch eine karge Kakteen-Landschaft. Erst jenseits des Stacheldrahtes wird die Ve*getation üppiger*. In Sichtweite des Stützpunktes erheben sich die Ausläufer der mächtigen Sierra-Maestra-Kette, wo Fidel Castro und seine bärtigen Revolutionäre Ende der fünfziger Jahre ihren aussichtslos erscheinenden Kampf gegen die Batista-Diktatur aufgenommen haben.

Am 1. Januar 1959, als die Guerilleros in Havana einmarschierten, wurden die Tore zum Stützpunkt geschlossen und sie blieben es.



Professor Elisabeth Noelle-Neumann erläutert auf dem WELT-Forum ihre Untersuchung zum Thema Arbeitslose
FOTOS GÜNTER OED

Patentrezepte gegen die Arbeitslosigkeit gibt es nicht

„Arbeitslosigkeit – Report aus einer gesellschaftlichen Tabuzone“, darüber diskutierten Wirtschaftler, Gewerkschafter und Wissenschaftler auf einem WELT-Forum in Bonn.

Von HANS-J. MAHNKE

Jeder fünfte Erwerbslose ist „freiwillig arbeitslos“, das hat Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann vom Institut für Demoskopie in Allensbach aufgrund von Umfragen ermittelt (Die WELT berichtete in der vergangenen Woche in einer Serie *darüber). Von den 3000 befragten Ar*beitslosen hätten sich 19 Prozent nach eigenen Angaben in den vergangenen sechs Monaten nicht um einen Arbeitsplatz bemüht, sich um keine Stelle beworben. Aber selbst ihre provokante These, daß dieses auch gegen die Arbeitslosen schlage, lockte ihre Mit-Diskutanten auf dem WELT-*Forum „Arbeitslosigkeit* – Report aus einer gesellschaftlichen Tabuzone“ in Bonn nicht aus der Reserve.

Unruhe? Nein, das hätten die Ergebnisse bei ihm nicht ausgelöst, betonte der Präsident der Bundesanstalt für *Arbeit in Nürnberg*, Heinrich Franke, nachdem die „Pythia vom Bodensee“ in einem kurzen Vortrag ihre Arbeit vorgestellt hatte. Allerdings setzten sich die Teilnehmer mit dem – sachlich, nüchtern, aber nicht unterkühlt – auseinander, was das Institut zur „Segmentation“ zusammengetragen hat: daß rund zehn Prozent der Arbeitslosen so agil sind, daß sie als potentielle Selbständige angesehen werden können, daß rund 23 Prozent als schwer vermittelbar eingestuft werden müssen und daß sich selbst der Rest nicht so einfach über einen Kamm scheren läßt. Ihr Schluß: Gezielte Maßnahmen für Arbeitslose seien notwendig.

Heinrich Franke stellte zunächst für sich klar, sein Thema sei nicht die Befindlichkeit *von Arbeitslosen*, sondern „uns fehlen zwei Millionen Arbeitsplätze“. Damit stimmte er gestern im Bonner Wissenschaftszentrum mit Hermann Rappe, dem Vorsitzenden der IG-Chemie-Papier-Keramik, dem es auch um das Problem ging, wie könne mehr *Arbeit geschaf*fen werden.

Und Armin Gutowski, der Präsident des HWWA-Instituts für Wirt*schaftsforschung, Hamburg*, sah seine „Vorurteile“ durch die Untersuchung gar bestätigt. Das Verhalten derjenigen Arbeitslosen, die sich nicht um einen Arbeitsplatz bemühen, interpretierte er anders. Er meinte, sie hielten sich wie jene, die zur stillen Reserve gezählt werden, noch zurück, weil sie sich gegenwärtig keine Chance ausrechneten. Er monierte, in der Allensbach-Untersuchung sei der Preis, also der Lohn, zuwenig vorgekommen. Er findet es „enorm“, wenn 43 Prozent der Arbeitslosen ihre Bereitschaft bekunden, für ein geringeres Entgelt zu arbeiten, wenn sie eine Beschäftigung bekommen.

Besorgt ist Bernd Hebbering, Vorstandsmitglied der Karstadt AG, über die Konzentration der Arbeitslosigkeit in einigen Gebieten. Es wies auf Teile von Duisburg als Beispiel hin, wo die Not an der Veränderung des Stadtbildes sichtbar sei.

Professor Eberhard Hamer, der Leiter des Mittelstandsinstituts in Hannover, meinte, es fehle nicht an Arbeit. Man dürfe nicht nur auf die gewerbliche Arbeit blicken, sondern müsse auch das einbeziehen, was zu Hause geschehe und eben auch die Schwarzarbeit.

Einwände gegen ihre Untersuchung konterte Frau Noelle-Neumann mit der Bemerkung, wer Statistiken mache, brauche für den Spott *nicht zu sorgen*. Und sie untermauer*te noch einmal ihre Aussage, daß un*ter den Katholiken in der Bundesrepublik der Anteil der Arbeitslosen geringer sei als in evangelischen Bevölkerungskreisen. Das hänge nicht mit dem Nord-Süd-Gefälle zusammen, analysierte sie.

Was sollte getan werden? Mobilität war ein Stichwort, das immer wieder aufgegriffen wurde. *Immerhin: Ein* Drittel der Arbeitslosen sind nach der Untersuchung zu einem Umzug bereit, um einen Arbeitsplatz zu finden. Allerdings würde in zwei von drei Fällen die Familie nicht mitspielen.

Für Heinrich Franke ist das verständlich, denn seit 1949 sei die Politik darauf gerichtet gewesen, Vermögen in Arbeitnehmerhand zu schaffen. Wer ein Eigenheim erworben habe, werde das nicht so leicht verkaufen. Überdies spiele doch auch eine Rolle, daß andere Familienmitglieder, die jetzt einen Arbeitsplatz haben, nicht zum Wechsel bereit seien. Der Mobilität seien enge Grenzen gesetzt, betonte auch Hermann Rappe. Armin Gutowski wies zusätzlich auf das Mobilitätshemmnis Schule hin und forderte Abhilfe.

Für Hermann Rappe ist das Problem der Arbeitslosigkeit kein konjunkturelles, sondern ein strukturelles. Daher fordere er auch kein kreditfinanziertes Konjunkturprogramm, sondern dauerhafte Maßnahmen des Staates zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Sicher sei eine zurückhaltende Tarifpolitik auch weiterhin notwendig wie auch alle Formen der Arbeitszeitverkürzung.

Es sei nicht die Pflicht der Unternehmen, Arbeitsplätze zu schaffen, meinte Eberhard Hamer, sondern das müßte ihr Interesse sein. Das hänge aber nun einmal vom Preis ab.

Bernd Hebbering griff den Aspekt der Standortpolitik auf. Der Staat sollte dort, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, gezielt eingreifen. *Das müßte zur* Beseitigung der Mobilitätshemmnisse noch hinzukommen. Überdies müsse die „Diskriminierung“ der Teilzeitarbeit durch die Gewerkschaften aufhören.

Eine gezielte Struktur- oder Arbeitsmarktpolitik stieß bei Armin Gutowski auf Ablehnung. Er forderte entsprechende Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Sein Ansatzpunkt ist die Steuer- und die Tarifpolitik. Den Königsweg gibt es für Heinrich Franke nicht, notwendig seien vielmehr 1000 kleine Schritte. Patentrezepten begegnet er mit Skepsis, so die Vorstellungen der SPD, die Arbeitslosigkeit bis zum Anfang der neunziger Jahre auf die Hälfte zu drücken. Arbeitslosigkeit – ein Thema für den Wahlkampf? Die meisten Teilnehmer äußerten sich zurückhaltend.



Auf dem Podium: Bernd Hebbering, Vorstandsmitglied der Karstadt AG, Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik, und Peter Gillies, Chefredakteur DIE WELT

DGB verweist auf Armut bei Arbeitslosen

AP, Köln

Armut unter Arbeitslosen ist nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Gerd Muhr, „wieder zum festen Bestandteil des Sozialstaates" geworden. Die finanzielle Situation der Arbeitslosen habe sich „während der Regierungszeit der christlich-liberalen Koalition in Bonn ständig verschlechtert", sagte Muhr in Köln bei einer Gewerkschaftsveranstaltung. Er forderte eine Anhebung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, damit Arbeitslose nicht länger den Weg zum Sozialamt gehen müßten.

Bei der Tagung unter dem Motto „An denen der Aufschwung vorbeigeht" stellte Muhr eine Studie über die Lage der Arbeitslosen in der Bundesrepublik vor. Danach hätten allein im vergangen Herbst bereits 702 000 der registrierten Arbeitslosen weder Arbeitslosengeld noch -hilfe erhalten. Würden die in die „stille Reserve" abgewanderten Entmutigten mitgerechnet, hätten im vergangenen Jahr rund 1,0 Millionen Menschen keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung gehabt, so Muhr.

Der GdP-Chef weicht seinem Stellvertreter

Spitze der Polizeigewerkschaft nominiert Hermann Lutz

DIETHART GOOS, Bonn

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) erhält eine neue Führung. Auf dem ordentlichen Gewerkschaftstag vom 11. bis 13. November im Mannheim wird der GdP-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Hermann Lutz, aller Voraussicht nach zum Chef der 165 000 Polizisten zählenden Gewerkschaft gewählt. Er löst den bisherigen Vorsitzenden Günter Schröder ab, der unter dem wachsenden Druck der Mitgliederschaft auf eine Wiederwahl verzichtet hat. Lutz ist bisher stellvertretender Bundesvorsitzender.

Mit seinem Verzicht auf die Wiederwahl zieht der bisherige GdP-Vorsitzende die Konsequenz aus seinem umstrittenen Auftritt beim Gewerkschaftskongreß der IG Metall am 19. Oktober in Hamburg. Auf der Eröffnungsveranstaltung war der DGB-Spitzenmanager Alfons Lappas verhaftet worden. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß Neue Heimat ließ Lappas in Beugehaft nehmen, weil der Chef der gewerkschaftseigenen Finanzholding BGAG vor dem Gremium jede Aussage verweigert hatte. In der emotional aufgeladenen Atmosphäre des Gewerkschaftskongresses ging der GdP-Vorsitzende zum Mikrophon und erklärte im Zusammenhang mit der Verhaftung von Lappas: „Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird."

Schon bald nach dieser Äußerung wurde dem GdP-Vorsitzenden massiv angelastet, zwischen dem Fall Lappas und dem Beginn der Nazi-Herrschaft eine Parallele gezogen zu haben. Schröder versuchte mehrfach, sich für seine umstrittene Äußerung zu rechtfertigen, erntete damit jedoch immer massivere Kritik in seiner eigenen Gewerkschaft und im DGB insgesamt.

Obwohl er bereits vom GdP-Bundeshauptausschuß einstimmig zur Wiederwahl auf dem Gewerkschaftskongreß in Mannheim nominiert worden war, distanzierten sich seit seinem Auftritt in Hamburg acht der insgesamt 12 Landesverbände von ihrem Vorsitzenden. Immer lauter wurde der Verzicht Schröders auf eine erneute Kandidatur gefordert.

Die Entscheidung fiel schließlich am Dienstagabend auf der Sitzung der GdP-Führungsgremien in Düsseldorf. Schröder verteidigte nochmals seine Hamburger Äußerung. Er habe damit verhindert, daß Polizisten im Zusammenhang mit der Verhaftung von Lappas beeinträchtigt worden seien und daß die IG Metall gesellschaftspolitischen Schaden nahm. Trotz seines Verzichts bleibt Schröder an der Spitze des nordrhein-westfälischen Landesverbandes. Der 54jährige Kriminalhauptkommissar aus Bielefeld behält außerdem seinen Posten als Präsident der Internationalen Polizei-Gewerkschaft. Sein Nachfolger Lutz ist Dozent für Politikwissenschaft im Fachbereich Polizei an der Verwaltungshochschule von Rheinland-Pfalz.



Günter Schröder räumt den Vorsitz für Hermann Lutz (rechts). FOTO: DPA

Börner: Die Hanauer Firmen arbeiten legal

‚Hessen will Betriebe nicht stillegen' / CDU: Wachsweiche Erklärung

gur, Wiesbaden

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) hat „mit aller Deutlichkeit" unterstrichen, daß seine Regierung nicht die politische Absicht verfolge, die Hanauer Nuklearbetriebe stillzulegen. Zwar spreche „alle energiepolitische Vernunft" dagegen, bei der Firma Alkem eine dauerhafte Plutonium-Verarbeitung zuzulassen. Im übrigen sei bekannt, daß seine Partei auch die Nutzung der Kernenergie im Bereich der Leichtwasserreaktoren beenden wolle. Die Vorstellung jedoch, man könne die Hanauer Betriebe als „Hebel" benutzen, um die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland zum Stillstand zu bringen, sei „naiv".

Die Regierungserklärung Börners war von der hessischen FDP gefordert worden, nachdem die Hanauer Staatsanwaltschaft gegen zwei Geschäftsführer der Firma Alkem am 16. Oktober Anklage wegen Verdachts des unerlaubten Betreibens einer kerntechnischen Anlage erhoben und drei Beamte des hessischen Wirtschaftsministeriums der Beihilfe beschuldigt hatte. Dazu erklärte Börner nun vor den Parlamentariern, unterschiedliche Rechtsauffassungen über die schwebenden Genehmigungsverfahren seien kein Anlaß für eine Stillegung der Betriebe. Laut Genehmigungsbehörde arbeiteten die Firmen auf legaler Grundlage.

Die Oppositionsparteien CDU und FDP warfen dem Ministerpräsidenten vor, er habe den Bestand seiner Koalition davon abhängig gemacht, daß der seit 1985 entscheidungsfähige Genehmigungsantrag von Alkem nicht weiterkomme. Börners „nichtssagende, wachsweiche Erklärung" (so CDU-Generalsekretär Kanther) habe keinen anderen Sinn, als das „mürbe Regierungswrack über den nächsten Wahltag zu bringen". Heftige Vorwürfe richtete Kanther gegen Teile der Justiz. In der Grünen-Szene gebe es eine „Anwaltschaft, die die Mittel des Rechtsstaats gegen diesen kehren will". Angesichts der zunehmenden Verunsicherung der Justiz wäre es die Pflicht des Justizministers gewesen, an dem Hanauer Verfahren mitzuwirken. Minister Günther sei dieser Pflicht jedoch nicht nachgekommen.

Der Grüne-Abgeordnete Jochen Vielhauer nannte Börners rechtliche Würdigung der Genehmigungssituation für die Hanauer Betriebe „falsch". Die Firmen arbeiteten illegal und müßten deshalb stillgelegt werden. Der Versuch freilich, die Hanau-Diskussion als „Hebel zum Platzen der rot-grünen Koalition zu gebrauchen", sei „naiv". So leicht würden es die Grünen auch ihrem Koalitionspartner nicht machen.

‚Mit uns für Schlesiens Zukunft'

dpa, Bonn

Die Landsmannschaft Schlesien will ihr nächstes Deutschlandtreffen am 20. und 21. Juni kommenden Jahres unter das Motto „Mit uns für Schlesiens Zukunft" stellen. Der Vorsitzende der Landsmannschaft, Hupka, wies in den „Schlesischen Nachrichten" darauf hin, daß das Schicksal Schlesiens „fremdbestimmt" sei. Im vergangenen Jahr hatte das Motto „Schlesien bleibt unser" zu öffentlichen Auseinandersetzungen geführt. Bundeskanzler Kohl hatte seine Teilnahme an dem Deutschlandtreffen von einer Änderung abhängig gemacht.

Union rügt Hessens Medienpolitik

DW, München

CDU-Generalsekretär Geißler und der bayerische Staatsminister Stoiber (CSU) haben nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das niedersächsische Landesmediengesetz in einer gemeinsamen Erklärung die SPD aufgefordert, „ihre Verweigerungshaltung" gegen neue private Programme aufzugeben. Aus dem Urteil ergebe sich, daß die „Vorenthaltung privater Programme" – wie in Hessen – „rechtswidrig ist", fügen die Unionspolitiker zur Begründung an. Die SPD solle jetzt mit der Union an der Neuordnung des Rundfunkwesens arbeiten.

„Das Medienurteil macht alle zu zweiten Siegern"

PETER SCHMALZ, München

Den Spruch des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts zum niedersächsischen Mediengesetz empfindet der Münchner Verfassungsrechtler Professor Peter Lerche als eine realitätsnahe Entscheidung, er spricht sogar von einer Meisterleistung, mit der die gemeinsamen Züge der verschiedenen Landesmediengesetze bestätigt wurden und die alle Beteiligten zu „zweiten Siegern" macht. Vor der Münchner Hochschule für Fernsehen und Film warnte Lerche gestern in einer ersten Würdigung vor der Versuchung, aus dem Urteil mehr herauslesen zu wollen, als in ihm steht.

So schweige sich der Senat aus zur Frage eines Verfassungsanspruchs auf eine teilweise Privatisierung und gebe auch nicht – wie schon tags zuvor zu hören gewesen – eine verfasssungsrechtliche Garantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Keineswegs sei diesen Rundfunkanstalten der Status quo, der jetzige Besitzstand, „für alle Ewigkeit und Zukunft" garantiert. Man müsse präziser lesen, riet der Verfassungsrechtler.

Und das sieht bei ihm dann so aus: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erhielt einen verfassungsrechtlichen Zuwachs an Legitimation und wurde damit auf eine Grundlage gehoben, die sich auch dann noch als tragfähig erweisen wird, wenn es keinen Frequenzmangel mehr gibt. „Damit aber", so Lerche, „ist keine rechtliche Bestandsgarantie gegeben, sondern nur die Legitimation der gegenwärtigen Situation." Darunter also auch die Finanzierung über Gebühren.

Als die im Kernbereich des Urteils wichtigste Formulierung sieht Lerche das höchstrichterliche Zugeständnis, die Unvollkommenheit privater Programme als verfassungskonform hinzunehmen: „Überspitzt könnte man sagen: Die Unvollkommenheit des privaten Angebots wird hingenommen unter der Voraussetzung, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Grundversorgung bietet."

Als Realanalyse bezeichnete Lerche die Erkenntnis des Senats, daß private Anbieter der den öffentlich-rechtlichen Anstalten auferlegten Pflicht zur umfassenden Information nicht nachkommen können. Ungleichgewichte im Programm also hingenommen werden, sofern sie nicht gravierend sind. Die vorangegangene dritte Karlsruher Rundfunk-Entscheidung hatte hier noch höhere Anforderungen gestellt, während die jetzige nur noch eine gleichgewichtige Ausgewogenheit im Gesamtangebot eines Landes fordert. Lerche spricht von einer „gewissen Reduzierung der Anforderungen an den privaten Rundfunk".

In Einzelfragen sieht der Verfassungsrechtler in dem Karlsruher Spruch jedoch noch einige interpretierbare Unklarheiten. So stört ihn beispielsweise der Begriff „Doppelmonopol", vor dem das Gericht für den Fall warnt, daß sich ein Presseunternehmen auch als privater Anbieter betätigt. Dies sei nicht ganz klar, da nach den rundfunkrechtlichen Bestimmungen ein Monopol ausgeschlossen werden müsse, ergo ein Doppelmonopol nicht entstehen könne. Ungeklärt bleibe auch die Frage, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch verpflichtet sei, im regionalen Bereich für eine Grundversorgung zu sorgen.

Wenn auch nur das niedersächsische Medienrecht zur Prüfung stand, so könne der Karlsruher Spruch doch im großen und ganzen als eine Billigung der neun anderen Landesmediengesetze gesehen werden. Professor Lerche rechnet deshalb damit, daß dieses Urteil auch Auswirkungen hat auf das von SPD und DGB angestrengte Verfahren gegen das bayerische Mediengesetz vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Dieses Urteil wird am 21. November verkündet.

Protest gegen neues „Sonderrecht"

dpa, Bonn

Vor der Einführung eines eigenen Unterhaltsrechts hat der „Bürgerbund gegen Scheidungsunrecht" die Abgeordneten des Deutschen Bundestags gewarnt. Anlaß der Kritik, die der Vorsitzende der Organisation, Erik Hienstorfer, formulierte, ist die geplante Änderung des Abgeordnetengesetzes. Danach soll künftig die steuerfreie Kostenpauschale der Abgeordneten in Höhe von 5000 Mark aus der Unterhaltsberechnung herausfallen.

Kommt Antonow nach Bonn?

dpa, Moskau

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Antonow werden möglicherweise noch in diesem Jahr zu Gesprächen in Bonn zusammenkommen. Wie aus Moskau verlautete, sei bei der jetzt abgeschlossenen Arbeitssitzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission ein solches Treffen vereinbart worden.

„Die Hilfe reicht nicht"

Diakonie-Präsident: Konzertierte Aktion soll Arbeitslosen helfen

H. OHNESORGE, Bad Salzuflen

Eine konzertierte Aktion aller Parteien, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber-Verbände soll nach der Bundestagswahl 1987 über das Schicksal der Langzeitarbeitslosen nachdenken. Auf eine solche Initiative hofft Pfarrer Karl-Heinz Neukamp, Präsident des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

In seinem Bericht vor der Synode der EKD in Bad Salzuflen wies Neukamp auf die wachsende Zahl alter Menschen hin und auf das Problem, wie ihre Würde und vor allem die des pflegebedürftigen Menschen gewahrt werden könne. „Schon jetzt stehen wir vor der Frage, wie groß wohl in den neunziger Jahren die Zahl junger Menschen sein wird, die sich für den *Dienst in der Krankenpflege* gewinnen lassen. Die schwachen Geburtsjahrgänge zwingen zu rechtzeitiger Planung und Überlegung", sagte der Präsident des Diakonischen Werks, das einer der größten Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland ist. Nachdrücklich dankte Pfarrer Neukamp den Zivildienstleistenden, ohne deren Einsatz vieles in der Diakonie nicht möglich wäre.

„Wir sind dankbar, daß wir seit 25 Jahren das Bundessozialhilfegesetz mit seinen Segnungen haben", sagte Neukamp. Dennoch reiche für viele – Einzelne und Familien – die materielle Hilfe nicht aus: „So lange die Sozialhilferegelsätze nicht angehoben werden und der Inhalt des ‚Warenkorbs' nicht neu festgelegt wird, werden Menschen an die Türen der Diakonie klopfen, auch an die Türen der Speisezimmer, der Wärmestuben und der Kleiderkammern."

Neukamp, der unmißverständlich die christlichen Grundlagen der Diakonie betonte, stellte auch die Frage nach der Zukunft. Zum einen sei sie von der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Länder und des Bundes abhängig. Jede Veränderung der sozialpolitischen Landschaft hat Folgen für die Diakonie, die von ihr bekleideten Menschen und für die diakonische Mitarbeiterschaft.

Umfrageergebnisse zeigten eine veränderte Einstellung gegenüber den freien Wohlfahrtsverbänden insgesamt: „Während ältere Menschen besondere Sympathie für die Wohlfahrtsverbände zeigen", sagte Neukamp, „erwarten jüngere Menschen offensichtlich mehr vom Staat, der nach ihrer Meinung für die Wohlfahrt aller zuständig ist."

„Modell auch für andere"

Rektoren ziehen positive Bilanz der Auswahlgespräche für Mediziner

PAUL F. REITZE, Bonn

In diesem Semester konnten die Universitäten erstmals 15 Prozent der Studienplätze in Zahn-, Tier- und Humanmedizin in direkten Auswahlgesprächen mit den Bewerbern vergeben. Entgegen anfänglicher Skepsis auch in den Hochschulen ist man dort inzwischen mit den Ergebnissen sehr zufrieden, wie der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Professor Theodor Berchem, zum Abschluß der 150. Plenarsitzung seiner Organisation mitteilte.

Um die rund 1800 Plätze kann sich nur bewerben, wer im Hauptverfahren scheiterte, da weder die Abitursnote noch das Testergebnis für eine Zulassung reichte. Die Universitäten versuchen zusätzliche für Studien- wie Berufserfolg erhebliche Faktoren, etwa die Motivation, zu erfassen.

Die bisherigen Resultate sprechen nach Berchems Auffassung dafür, daß auch in anderen harten Numerus clausus-Fächern nach und nach ein Teil der Plätze über eine solche Sonderquote vergeben wird.

Mit der Qualität der Medizinerausbildung liege es in der Bundesrepublik vielerorts im argen, räumte der WRK-Chef ein. Es stünden an den Universitätskliniken nach internationalen Vergleichsmaßstäben zu wenig Patienten für eine praxisnahe Ausbildung am Krankenbett zur Verfügung.

Pläne der Bundesregierung, zwischen dem Studienabschluß in Medizin und der Approbation eine Praxisphase vorzuschreiben, hält Berchem für nicht realistisch, da das Stellenpotential dafür nicht vorhanden sei. Er fürchtet, daß „das wieder einmal an den Universitätskliniken hängen bleibt". Da „unfertige Ärzte" nicht verantwortlich handeln dürften, seien negative Auswirkungen auf die Krankenversorgung vorprogrammiert. Er habe daher die Sorge, daß zum Numerus clausus am Studienbeginn bald ein weiterer am Ende kommen werde.

Heute studieren in der Bundesrepublik und in Berlin rund 1,3 Millionen. Das noch nicht ganz erreichte Ausbauziel für die Hochschulen liegt indes nur bei 850 000 Plätzen. Die Differenz schlägt als „Überlast" zu Buche. Außer den Stadtstaaten Bremen und Hamburg stellen dafür zur Zeit alle Länder gesonderte Mittel zur Verfügung. Dies sei positiv zu verzeichnen, sagte Berchem. Aber man dürfe dabei nicht übersehen, daß in den regulären Hochschuletats kräftig eingespart worden sei, bei den Sachmitteln beispielsweise real um knapp fünf Prozent. Der Manövrierspielraum werde damit immer enger.

„Politiker aus Hirnholz"

Schulz nimmt Abschied vom Hamburger Parlament

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Wir sind dem Senat lästig, aber er fürchtet uns nicht" – diese Bilanz machte der Hamburger Bürgerschaftspräsident Peter Schulz am Ende der Legislaturperiode auf. Der 56jährige SPD-Politiker sieht diesen mangelnden Respekt in einer Verzettelung des Parlaments begründet. Wenn das Instrument der Kleinen Anfrage im Monat hundertmal gebraucht wird, dann werde es, „vom Gegenspieler, dem Senat, nicht mehr ernst genommen".

Acht Jahre lang saß Peter Schulz auf dem Stuhl des Bürgerschaftspräsidenten. Nach der Wahl vom 9. November will er nicht in das Landesparlament zurückkehren. Diesen Entschluß hat er seinen Parteifreunden schon vor einem Jahr mitgeteilt. Die meisten Genossen bedauern den Verzicht des Mannes außerordentlich, den Helmut Schmidt mit den Worten beschrieb: „Er ist ein Politiker aus Hirnholz, für seine Überzeugung läßt er sich totschlagen." Doch Schulz will nach einem Vierteljahrhundert Arbeit in Bürgerschaft und Senat nicht mehr wie bisher am Sonnabend in seinem Büro sein, „sondern das tun, was andere Bürger am Sonnabend auch machen".

Der Hanseat aus Rostock – er floh 1949 nach West-Berlin und begann 1950 ein Jura-Studium in Hamburg – war ein guter Bürgerschaftspräsident. Erfahren, geduldig, fair – doch äußerst sensibel, wenn es um die Bewahrung der jungen Demokratie und des Rechtsstaates ging. Als Schulz 1978 in dieses Amt gewählt wurde, war er ein geläuterter Mann, der seinen Frieden mit den Genossen gemacht hatte, die ihn vor zwölf Jahren als Erster Bürgermeister zum Rücktritt gedrängt hatten. Schulz stürzte damals über das rigorose Sparprogramm des Senats – geschwächt durch die kurz zuvor erlebte Niederlage, die den Stimmanteil der SPD im März 1974 von 55 auf 45 Prozent abrutschen ließ.

Tief verletzt verließ der damals jüngste Hamburger Bürgermeister dieses Jahrhunderts das Rathaus. Doch er ging nicht in den Schmollwinkel, sondern arbeitete an der Basis. Die Partei dankte ihm das vier Jahre später mit der Wahl zum Bürgerschaftspräsidenten. Schulz, heute Senior einer Anwaltskanzlei mit Spezialisierung auf Presserecht, hat sich als höchster Vertreter der Hamburger Bürgerschaft mit Nachdruck gegen eine Professionalisierung des Parlaments gewehrt. Er war immer ein Befürworter des Feierabendparlaments – des letzten in der Bundesrepublik. Die Hamburger Abgeordneten bilden bei den Diäten mit Abstand das Schlußlicht – mit 1800 Mark im Monat. Als Aufwandsentschädigung hält Schulz diesen Betrag für angemessen.

Zum Abschied macht er seinen 119 Abgeordneten-Kollegen ein großes Kompliment. Schulz zu WELT: „Ich kenne kein Parlament, das fleißiger wäre als unseres."

Für die Bundesländer ist der Sondermüll ein heißes Eisen. Die gefährlichen Abfälle sehen viele Politiker oft lieber in fremden als in eigenen Deponien. Doch wohin mit dem Gift, wenn dem „Mülltourismus" ein Riegel vorgeschoben wird? Hessens Umweltminister Fischer sieht sich da in einem ganz besonderen Dilemma.

Problemberg Müll in Hessen

Daten und Fakten auf einen Blick

1. **Gesamtmüllaufkommen in Hessen:** 2,5 Millionen Tonnen, davon Sondermüll insgesamt: 500 000 Tonnen.
2. **Müllexport:** 100 000 Tonnen, davon 70 000 in die „DDR". Das offizielle Beseitigungsdefizit (Kategorie II) an Sonderabfällen beträgt 135 000 Tonnen.
3. **Müllimport:** 47 000 Tonnen, davon 9000 Tonnen aus dem Ausland.
4. **Deponie-Kapazitäten:** für Sondermüll keine.

Eine „Mülluniversität" als Fassade für Fischers Entsorgungsruine

Von D. GURATZSCH

Als der hessische Landtag gestern zusammentrat, ließ er es sich nicht nehmen, zum wiederholten Mal ein „Leib- und Magenthema" aufzugreifen: den Müll. Kein anderes Länderparlament hat die verzwickte Problematik so oft, so intensiv, so genüßlich ausgebreitet wie das von Wiesbaden. Die hessischen Parlamentarier, so läßt sich vermuten, sind heute samt und sonders Abfallexperten, buchstäblich mit allen Ab- und Klärwässern gewaschen.

Dennoch ist jede dieser Debatten für Überraschungen gut. Und auch für die gestrige war ein „Knaller" angekündigt. Der grüne Umweltminister Joseph Fischer hatte ihn schon vor zwei Tagen aus der Tasche gezogen und öffentlich herumgezeigt: das 500-Millionen-Mark-Projekt eines Forschungs- und Beratungszentrums für die gesamte Müllproblematik, gekoppelt mit einer Hochtemperatur-Müllverbrennungsanlage und dem Pilotprojekt einer Hochsicherheitsdeponie für boden- und grundwassergefährliche, rückholbare Sonderabfälle.

Auch wenn das ungewöhnliche Projekt, für das es in der ganzen Bundesrepublik bisher keinen Vorläufer gibt, im Landtag durchleuchtet und zerpflückt wurde, wird es seinem Erfinder Fischer in einer Region, in der er bisher zu den bestgehaßten Leuten gehörte, gleichwohl eine kräftige Portion Aufsehen bescheren. Der grüne Politiker würde nämlich, wie er unterstrich, seine Verbrennungs- und Denkfabrik für Abfälle am liebsten am Kraftwerksstandort Borken errichten, wo Kumpel und Kraftwerker auf den Umweltkurs ihrer Landesregierung fluchen, weil er das Aus nicht nur für das Braunkohlekraftwerk (eine der größten Schwefeldioxidschleudern der Bundesrepublik), sondern auch für ein Nachfolge-Atomkraftwerk bringt: Den dafür unabdingbaren Kühlwassersee hat der fixe Umweltminister bereits zum Naturschutzgebiet erklärt.

Fischers Müllzentrum würde nun mit einemmal frischen Wind in die industrielle Ansiedlungspolitik bringen. 300 hochqualifizierte Arbeitsplätze, 40 bis 70 Ausbildungsplätze im hochtechnologischen und weitere 100 im gewerblich-technischen Bereich, Anbindung an die Gesamthochschule Kassel, Kooperation mit hochspezialisierten Firmen, umfangreiche Beratungstätigkeit für die mittelständische Wirtschaft – so sieht das Szenario des Ministers aus, für das sich der um Fühlung zur „Basis" Bemühte auch gleich Rückendeckung vom einheimischen Stadtparlament besorgte. Fischer selbstgefällig: „Ich glaube an eine sehr wohlwollende Prüfung."

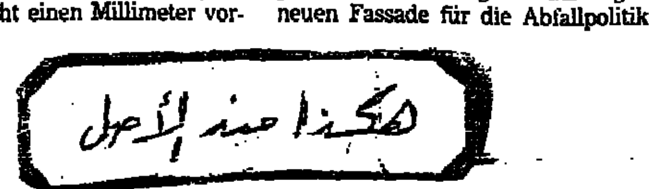
Auch wenn der fabelhafte Plan die hessische Sondermüllproblematik nach Fischers eigenen Worten bis zum Vorliegen erster Forschungsergebnisse nicht einen Millimeter voranbringt – in der Verbrennungsanlage können nur 60 000 Tonnen extrem giftigen Mülls verbrannt werden, für den Massenanfall von Chemie-Sondermüll wäre das Verfahren zu aufwendig –, wird Fischer mit dem Projekt in der Landespolitik Furore machen. Innerhalb weniger Wochen legt er – nach dem Plan für einen hessischen Nationalpark mit touristischen und landwirtschaftlichen Begleitprojekten im hessischen Rothaargebirge – damit bereits das zweite wirtschaftliche Entwicklungsprojekt für den strukturschwachen hessischen Norden vor, während sich der eigentlich für Strukturmaßnahmen in Nordhessen zuständige Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) sozusagen in Diensten der Grünen mit Genehmigungs-, Prüfungs- und Abschaltungsverfahren für Atomanlagen abrakkert.

Nun ließen sich die Oppositionsparteien im Landtag von der nagelneuen Fassade für die Abfallpolitik natürlich nicht blenden. Sie wollten wissen, wohin Hessens Sondermüllzug rollt, der allen Grundsätzen nicht nur der grünen Parteiprogramme, sondern einer verantwortungsvollen Umweltpolitik überhaupt Hohn spricht. Und da mußte Fischer einräumen, daß dieser endlos anmutende Un-Güterzug nach wie vor kaum von der Stelle kommt. Obwohl das Bundesland zu den größten Chemiestandorten nicht nur der Bundesrepublik, sondern der Welt gehört, sind ausgerechnet hier keine Sondermülldeponien vorhanden – bis auf die Minideponie von Kleinseelheim mit ihrer Jahreskapazität von 8500 Tonnen (auch sie reicht nur noch für fünf Jahre).

Aber da ist „Joschka" Fischer mindestens für seine Person fein heraus: Er hat das Planungsdesaster für die hessische Müllentsorgung nicht zu verantworten, denn seine sozialdemokratischen Amtsvorgänger haben nun einmal nur für einen einzigen und – wie inzwischen erwiesen scheint – fragwürdigen Deponiestandort vorgesorgt: Mainhausen an der bayerischen Grenze.

In Hessen fallen im Jahr 500 000 Tonnen Sondermüll an – und zwar ohne jene vielberedeten 25 000 Tonnen Filterstäube aus Müllverbrennungsanlagen, die hier auf Grund früherer Beschlüsse sozialdemokratischer Minderheitskabinette wegen ihrer Dioxin- und Schwermetallgehalte nicht auf Hausmülldeponien entsorgt werden dürfen. Um die Masse dieses Giftmülls loszuwerden, hat sich Fischer in einen schwunghaften Mülltourismus über die Landesgrenzen geflüchtet und mußte sich deshalb nicht nur Proteste französischer Umweltschützer, sondern auch Einfuhrverbote französischer Gerichte gefallen lassen.

Mit dem Scheitern der Pläne für die Inbetriebnahme der einzigen von den Vorgängerkabinetten Börner projektierten und inzwischen im wesentlichen fertiggestellten Sondermülldeponie Mainhausen ist die Hoffnung zerstoben, in einem überschaubaren Zeitraum aus dem Müllchaos herauszufinden. Erst haben die Kasseler Verwaltungsrichter einen Strich durch die Rechnung gemacht und Verfahrensfehler im Genehmigungsprozeß aufgedeckt. Dann haben, vor wenigen Tagen, auch noch die von Fischer eingesetzten Sondergutachter ein vernichtendes Urteil über die Eignung des Deponiestandorts abgegeben – vermutlich der endgültige Todesstoß für das Projekt in der jetzigen Form. Ehe ein neues Konzept ausgearbeitet und umgesetzt ist und ehe Alternativstandorte zur Verfügung stehen, werden Jahre vergehen. Wie beredt Fischer seine Planungen auch „verkauft", beim Sondermüll wird er für die ganze Dauer dieses Verfahrens immer da stehen bleiben, wo er angefangen hat: am Nullpunkt.



Wahl zwingt Reagan zu Kompromissen im Senat

FRITZ WIRTH, Washington

Es war kein politischer Ausrutscher, der die Republikaner am 4. November die Mehrheit im Senat kostete, es war eine schwere Niederlage mit für viele Senatoren langfristigen Folgen. Was die verlorene Schlacht um den Senat für Ronald Reagan so schmerzhaft macht: Es gingen vor allem jene Sitze verloren, für die er sich so stark gemacht hatte und sein gesamtes persönliches Prestige aufs Spiel gesetzt hatte: im amerikanischen Westen, vor allem in Nevada und in Kalifornien, wo man auf eine Ablösung des Demokraten Alan Cranston gesetzt hatte.

So fiel die Niederlage der Republikaner im Kampf um den Senat deutlicher aus, als es selbst Pessimisten befürchtet hatten. Die Erfolge bei den Gouverneurswahlen können für die Republikaner bestenfalls ein Trost, aber kein Ersatz sein. Hauptursache der Niederlage im Kampf um den Senat: Die Republikaner setzten hier zu stark auf die magnetische Wirkung Reagans und wurden dabei von den Demokraten durch einen taktischen Schachzug ausmanövriert. Sie ließen die Wahl-Lokomotive Reagan ins Leere fahren, indem sie dies zu einem Wahlkampf der Lokalgrößen und der Lokalfragen machten. Die Politik Reagans stand in dieser Wahl nicht zur Debatte.

Die anderen großen republikanischen Verlierer dieser Wahl sind jene Männer, deren Präsidentschafts-Hoffnungen in dieser Woche jäh zu Bruch gingen. Es sind Paul Laxalt, einer der engsten Freunde des Präsidenten, der das Opfer einer beträchtlichen politischen Fehlkalkulation wurde. Er gab seinen Senatssitz in Nevada auf und erlitt in dieser Nacht eine doppelte Niederlage: Zunächst einmal scheiterte der von ihm ausgewählte Nachfolger an den Demokraten und zudem verlor Laxalt selbst an politischem Prestige. Er darf als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat der Republikaner abgeschrieben werden. Das gleiche gilt für den bisherigen republikanischen Senatsführer Robert Dole. Er konnte zwar sicher seinen Senatssitz in Kansas verteidigen, doch ihm fehlt künftig das Forum, um sich als Präsidentschaftskandidat zu profilieren.

Dagegen hat mit dieser Wahl die Stunde jener Männer geschlagen, die im Senat seit Jahren im Schatten operieren. Einer der interessantesten und wichtigsten wird Sam Nunn sein, der als Nachfolger des abgetretenen Barry Goldwater den Verteidigungsausschuß im Senat übernehmen wird.

Nunn wird keineswegs ein verteidigungspolitisches Kontrastprogramm zu Präsident Reagan und Verteidigungsminister Weinberger vorlegen, sondern vielmehr eine bedeutende Rolle spielen, die radikaleren Kräfte seiner Fraktion in Verteidigungsfragen in Schach zu halten. Nunn arbeitete stets eng mit Goldwater zusammen und ist ein Befürworter des SDI-Programms, obwohl seine Visionen über die Möglichkeiten dieses Programms nicht so weit reichen wie die des Präsidenten.

Nunn steht jedoch äußerst skeptisch den debattierten Vorschlägen des Islandgipfels, besonders den von beiden Seiten angedeuteten Plänen zu einer vollständigen Null-lösung im Bereich der strategischen Waffensysteme gegenüber. Außerdem gehört Nunn zu jenen amerikanischen Verteidigungsexperten, die auf einen großen europäischen Verteidigungsbeitrag drängen.


Bislang im Schatten: Nunn

Sicher ist ferner, daß Edward Kennedy eine signifikantere Rolle im Senat spielen wird als bisher. Ihm stehen zwei Ausschüsse als Vorsitzendem offen, der für Arbeits- und Sozialfragen und der Rechtsausschuß. Kennedy selbst hat sich noch nicht festgelegt, welchen Ausschuß er übernimmt. Sollte er den Rechtsausschuß übernehmen, wird er besonders den Versuch Reagans zu stoppen versuchen, das amerikanische Richterkollegium mit konservativen Männern aufzustocken. Als Ersatzmann der Demokraten für den Vorsitz des Rechtsausschusses steht Senator Joseph Biden bereit.

Ein in der Sache wie für die Republikaner selbst herber Verlust ist das Ausscheiden von Senator Lugar als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses. Sein demokratischer Nachfolger Pell gilt als farblos und wird bei weitem nicht den gleichen Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik haben wie sie Lugar besaß.

Praktisch unverändert bleibt die Lage im Repräsentantenhaus. Jim Wright als voraussichtlicher Sprecher des Hauses ist politisch etwas gemäßigter als sein Vorgänger O'Neill, dessen Mandat im Repräsentantenhaus vom Sohn Robert Kennedys, Joe II., übernommen wird.

Dienst für die Nation à la carte

Frankreich reformiert seinen Wehrdienst / Reichhaltiges Angebot für alle Jugendlichen

PETER RUGE, Paris

Die neue bürgerliche Mehrheit in Frankreich erlahmt auch im achten Monat ihrer Regierungszeit nicht an ihrem Reformwillen. Nun ist der Wehrdienst an der Reihe. Mehr Wehrgerechtigkeit verspricht ein Programm, das Verteidigungsminister Giraud dem Ministerrat vorlegte. doch geplant ist mehr: Ein „Solidaritätsdienst" für alle Jugendlichen.

Kein Nachwuchsmangel

„Was wir vorhaben, ist kein Reförmchen", sagt André Giraud. „Das wird tiefgreifende Auswirkungen für die ganze Nation haben". Absehen läßt sich bereits, daß eine doppelte Reform anvisiert ist: Es soll sich die geistige Einstellung der Jugendlichen zu einem „vaterländischen Dienst" verändern, indem sich die Möglichkeiten der Dienstleistung so erweitern, daß sie von Jugendlichen eher angenommen werden. Der Zahl von etwa 500 000 wehrerfaßten jungen Männern eines Jahrganges in Frankreich steht nämlich gegenüber, daß nur knapp rund 50 Prozent tatsächlich zur Armee einrücken.

Der augenblickliche Bedarf liegt bei 270 000 Jugendlichen, wobei die Landesverteidigung auch jungen Frauen offensteht. Frankreich hat also, anders als in der Bundesrepublik, auf Jahre keinen Nachwuchsmangel. In der 5. Republik galten daher bisher hohe Tauglichkeitsanforderungen. Dadurch wurden viele Jugendliche ausgemustert, andere aber verlockt, durch Simulieren dem Dienst zu entkommen.

Auch den erfaßten Wehrtauglichen boten sich noch weitere Schlupflöcher, die großzügig gehandhabt wurden: soziale Verhältnisse, medikamentöse Abhängigkeit, familiäre Umstände, aber auch Drückebergerei – wie es der Verteidigungsminister nennt. „Das muß aufhören", sagt André Giraud „das ist eine Ungerechtigkeit gegenüber denen, die den Dienst leisten".

Die Reform will jedoch nicht noch mehr junge Männer in die Kasernen pressen, etwa durch Verkürzung des Wehrdienstes, was die Sozialisten vorgeschlagen hatten. Es soll generell bei 12 Monaten bleiben mit der Offerte, bis zu 24 Monaten dienen zu können, was viele Jugendliche ohne Arbeit bereits vorziehen. Frankreich weist eine der höchsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten in Europa auf, von vier Jugendlichen ist einer ohne Beschäftigung.

Die Formel „Weg von der Straße" dürfte daher mit das ausschlaggebende Motiv für die beabsichtigte Einführung des neuen, einjährigen „Solidaritätsdienstes" sein. Für alle vom Wehrdienst „Freigestellten" wird dabei ein „Grunddienst" in der Armee von drei Monaten obligatorisch. Das, so Minister Giraud, wird ihre Haltung zu den Werten der Nation und zum Sinn der Verteidigung beeinflussen. „Wir werden ihnen aufzeigen, was unsere Freiheit bedroht und was für Mittel wir haben, um diese Bedrohung abzuwehren."

Lange Wunschliste

Eckstein der Reform aber ist das Dienstleistungsangebot „à la carte" danach. Wer statt bei der Armee zu bleiben, lieber im Heimatschutz nahe seinem Wohnort eingesetzt werden will, kann diesen Wunsch äußern. Gleichgestellt der Wehrverwendung sollen künftig der Entwicklungsdienst sein, der Gendarmerie-, der Polizei-, der Katastrophendienst, sowie Aufgaben beim Gewässer- und Waldschutz. André Giraud dazu: „Es ist vielleicht wichtiger, künftig im Tschad 1000 junge Landwirte als Entwicklungshelfer einzusetzen, als 1000 französische Soldaten."

„Wir müssen von Sowjets Gegenseitigkeit fordern"

WELT-Interview mit Wladimir Maximow über die KSZE

Der russische Dissident und Schriftsteller *Wladimir Maximow* hat in Wien gemeinsam mit anderen prominenten Intellektuellen aus dem Osten eine Art *„Gegen-KSZE"* veranstaltet. Anläßlich der Eröffnung einer Ausstellung über die Lage der Menschenrechte im sowjetisch beherrschten Teil Europas führte Carl Gustaf Ströhm ein Gespräch mit dem Exil-Russen, der zugleich Vorsitzender der *„Internationale des Widerstandes"* ist.

Herr Maximow, was halten Sie von der Liberalisierung, die manche Leute in der Sowjetunion zu erkennen meinen ?

Maximow: Man muß da gar kein politischer Prophet sein. Man muß nur auf die sowjetische Geschichte schauen – da hat es bereits früher einige Male solche Liberalisierungen gegeben, und es ist allgemein bekannt, womit sie endeten. Solche Liberalisierungen – ich nehme hier nur die Chruschtschow-Zeit aus – sind nichts anderes als Taktik. Es verändert sich zwar der Stil, aber leider nicht das Wesen dieses Systems. Deshalb sehe ich nichts Neues in der sowjetischen Politik – außer vielleicht der Absicht, den Westen hinters Licht zu führen.

In der Bundesrepublik herrscht etwas Aufregung über den angeblichen Vergleich zwischen Parteichef Gorbatschow mit Goebbels . Was meinen Sie dazu ?

Maximow: Wenn die Sowjetregierung die Regierung der Bundesrepublik des Revanchismus beschuldigt – das geschieht fast täglich in allen Moskauer Zeitungen – , wenn Moskau die Bonner Politiker als Nachfolger Hitlers bezeichnet, dann gibt es in Deutschland darüber keine Diskussionen. Und im übrigen – soweit ich es gelesen habe, hat Kohl Herrn Gorbatschow nicht mit Goebbels verglichen. Was hier jetzt getrieben wird, ist politische Demagogie. Und wenn man schon politische Korrektheit verlangt – dann muß das auf Gegenseitigkeit beruhen. Anders gesagt: Wenn die Sowjets von den Deutschen Korrektheit verlangen, dann haben diese das Recht, von den Sowjets korrektes Verhalten zu fordern. Aber den Deutschen gegenüber legen die Sowjets diese Korrektheit nicht an den Tag. Vierzig Jahre nach Ende des Krieges beschuldigen die sowjetischen Zeitungen ständig die Bundesrepublik, eine Wiedergeburt des Faschismus anzustreben. Und mich wundert, daß ein Teil der deutschen öffentlichen Meinung nicht auf der Seite ihres Kanzlers steht, sondern die Partei eines totalitären Führers ergreift.

Sie haben hier gestern eine große Menschenrechts-Ausstellung der osteuropäischen und sowjetischen Opposition eröffnet. Was denken Sie über die Wiener KSZE-Nachfolgekonferenz ? Wird sie im Sinne der Menschenrechte Erfolg haben ?

Maximow: Der Westen geht aus den Helsinki-Beratungen immer mit Verlusten hervor. Indem man dem Westen hier und da einen sowjetischen politischen Gefangenen übergibt, wird doch das Problem der politischen Häftlinge nicht gelöst. Ich verlange vom Westen keinerlei extreme Schritte – man muß nur von den Sowjets Reziprozität verlangen.

Was die Ziele unserer Konferenz hier betrifft, so bemühen wir uns lediglich, den westlichen Delegationen eine alternative Information zur Verfügung zu stellen. Und wir schlagen den westlichen Delegationen vor, den Sowjets die Frage zu stellen: Wenn die sowjetische Opposition und die Dissidenten wirklich so bedeutungslos sind, wie Moskau immer behauptet – warum tritt die offizielle Sowjetunion nicht in einen offenen Dialog mit uns ein ? Das würde doch genau der neuen Linie Gorbatschows entsprechen . Wenn aber die Sowjets Angst vor einer solchen Diskussion haben, ist das ein Zeichen dafür, daß wir im Recht sind."

USA schweigen zu Spekulationen über Abkommen mit Iran

DW. Washington

Vor dem Hintergrund der Spekulationen über ein amerikanisch-iranisches Geheimabkommen zur Freilassung der amerikanischen Geiseln in Libanon betonte der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, das Waffenembargo gegen Iran bleibe vorläufig bestehen. Es sei zunächst „keine entscheidende Änderung" in der Iran-Politik abzusehen.

Speakes äußerte sich nicht zu Meldungen aus Teheran, wonach der ehemalige Sicherheitsberater von Präsident Reagan, McFarlane, illegal in Iran eingereist sei, um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen einzuleiten. Diese Nachricht vom Dienstag, die als Quelle Parlamentspräsident Rafsandschani angab, hat die iranische Nachrichtenagentur IRNA gestern eingeschränkt: „Ein Mann, der behauptete, McFarlane zu sein", sei mit vier anderen Amerikanern „aufgrund einer geheimen Vereinbarung" mit einem Flugzeug, das „Waffen aus Europa nach Iran brachte" in Teheran angekommen.

Der Sicherheitsexperte selbst hat versichert, „im vergangenen Monat" nicht nach Teheran gereist zu sein. Die „Washington Post" meldete aber unter Berufung auf Geheimdienstquellen, McFarlane habe „vor zwei Monaten" in Iran Geheimgespräche geführt. Gut informierte Kreise schätzen, daß die USA parallel zu Frankreich eine neue „Ausbalancierung" ihrer Iran-Politik anstreben.

Pekings Signal für Moskau

Erster amerikanischer Flottenbesuch in China seit 1949

JOCHEN HEHN, Hongkong

21 Schüsse Salut zu Ehren des Gastlandes China feuerten drei amerikanische Kriegsschiffe ab, als sie gestern in die chinesische Hafenstadt Qingdao einliefen. Der einwöchige US-Flottenbesuch – der erste seit der Machtübernahme der Kommunisten im Jahre 1949 – wird von Peking und Washington als sichtbarer Beweis für die verbesserten staatlichen Beziehungen im allgemeinen und die militärischen im besonderen gewertet.

Bei den drei Schiffen der US-Pazifikflotte handelt es sich um den Zerstörer „Oldendorf", die Lenkwaffen-Fregatte „Rentz" und den Lenkwaffen-Kreuzer „Reeves", von denen zwei, nämlich die „Oldendorf" und die „Rentz" Atomwaffen mitführen können. An der Frage der Atombewaffnung war der Flottenbesuch im Juli vergangenen Jahres in Shanghai gescheitert. Daß der Flottenbesuch jetzt in Qingdao zustande kam, ist einer eleganten Lösung zu verdanken: Die Chinesen unterlassen die Frage nach der Art der Bewaffnung der US-Schiffe, und die Amerikaner lehnen – wie schon bisher – jede Auskunft darüber ab.

Wenn auch von offizieller Seite der rein freundschaftliche Charakter des Besuchs hervorgehoben wird, so ist es dennoch kein Geheimnis, daß es sich dabei um eine Reaktion auf die zunehmende militärische Präsenz der Sowjetunion im asiatisch-pazifischen Raum handelt. China wie die USA nennen hier vor allem die Operationen der sowjetischen Pazifikflotte, die – vom Hauptstützpunkt Wladiwostok einmal abgesehen – von den Marinebasen in Vietnam (Da Nang und Cam Ranh) und Kambodscha (Kompong Som) aus ihre Kreise zieht. Als besonders beunruhigend wird in Peking registriert, daß sowjetische Kriegsschiffe nun auch zwei Häfen in Nordkorea – Wonsan am Japanischen Meer und Nampo am Gelben Meer, also direkt gegenüber der chinesischen Ostküste – anlaufen können.

Mit der Einladung für die amerikanischen Kriegsschiffe will China zum einen klarstellen, daß es die militärische Expansion Moskaus vor seiner Haustür nicht hinzunehmen bereit ist, zum anderen versucht es, skeptische Stimmen in Washington zu besänftigen, die angesichts der chinesisch-sowjetischen Normalisierungsbemühungen schon wieder eine rotrote Allianz heraufziehen sehen.

Der Balanceakt Pekings ist geeignet, in Moskau Irritationen auszulösen. Parteichef Gorbatschow, der schon in seiner „Asienrede" von Wladiwostok Ende Juli von einem „militärischen Dreieck Washington–Tokio–Seoul" gesprochen hatte, beschuldigte vor einer Woche beim Besuch des nordkoreanischen Parteichefs Kim Il Sung in Moskau die Vereinigten Staaten, sie versuchten in der pazifischen Region mit Japan und Südkorea einen militärischen Block nach dem Vorbild der NATO zu formen und auch „andere asiatische Staaten" miteinzubeziehen.

Shamir lehnt Stellungnahme ab

DW. Jerusalem

Israels Premier Shamir hat sich erstmals öffentlich zur Affäre um den angeblich vom israelischen Geheimdienst „Mossad" aus London nach Israel verschleppten Nukleartechniker Vanunu geäußert: Seine Regierung „habe ausreichende Gründe, keine Stellung zu diesem Fall zu nehmen".

Unterdessen hieß es in israelischen Presseberichten, Vanunu sei zunächst „fanatisch rechts" gewesen, dann Mitglied der kommunistischen „Rakach"-Partei geworden. Israels Presse fordert nun Aufklärung darüber, wie es möglich war, Vanunu in der streng geheimen Reaktoranlage Dimona zu beschäftigen.

Frankreich baut Rüstung aus

dpa, Paris

Frankreich wird in den nächsten fünf Jahren seine atomare Abschreckung ausbauen. Die Regierung stimmte gestern im Ministerrat unter Vorsitz von Staatspräsident François Mitterrand dem Gesetz über die militärische Planung für die Jahre 1987 bis 1991 zu. Es sieht Ausgaben von 474 Milliarden Franc (rund 155 Milliarden Mark) vor und erlaubt sowohl die Modernisierung der strategischen U-Boote mit ihren Atomraketen als auch die Entwicklung von bodenstationierten Atomraketen. Außerdem ist der Bau des atomar getriebenen Flugzeugträgers „Richelieu" vorgesehen.

USA befürchten neue Dimension des Terrorismus

AFP, San Antonio

Der militärische Geheimdienst der USA rechnet damit, daß Terroristen in den kommenden fünf Jahren zum Einsatz chemischer oder biologischer Waffen übergehen könnten. Der Leiter der Defense Intelligence Agency (DIA), General Leonard Perroots, sagte vor Militärärzten, einige Terroristen verfügten bereits jetzt über tragbare Boden-Luft-Raketen. Diese Leute könnten heute nicht mehr als „verwirrte Idealisten oder asoziale Gestalten" angesehen werden, denen es lediglich darum gehe, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Perroots wies darauf hin, daß seit Januar mehr als 100 US-Bürger bei 26 Terroranschlägen verletzt oder getötet worden seien.

Reagan als Vermittler

rtr. Buenos Aires

Argentinien wird nach den Worten von Präsident Alfonsin im Konflikt mit Großbritannien über die Falkland-Inseln nur Worte und keine Gewehre sprechen lassen. Vizepräsident Martinez teilte in Buenos Aires mit, Alfonsin habe US-Präsdident Reagan *in einem* Telefonat versichert, Argentinien werde die Differenzen ausschließlich in „internationalen Foren und auf friedliche Weise" austragen. Großbritannien hatte in der letzten Woche ein 150 Seemeilen großes Gebiet um die Südatlantik-Inseln zur Fischereischutz-Zone erklärt. Martinez erklärte, Reagan habe Alfonsin angerufen, um seine Vermittlungsdienste anzubieten. In Brüssel rief Argentiniens stellvertretender Außenminister Sabato die EG auf, Großbritannien zur Zurücknahme der Fischereizone zu drängen.

Chiles Kirche fordert Amnestie

dpa, Santiago de Chile

Chiles Katholische Kirche hat die Regierung von Präsident Pinochet angesichts des für April kommenden Jahres geplanten Papst-Besuches um eine Amnestie gebeten und sich für ein Ende der Exilierungen eingesetzt. Bischof Francisco Jose Cox sagte, die Kirche sorge sich um die Auswirkungen des Exils, die für die Familien schmerzlich seien und auch Unschuldige träfen. Nach inoffiziellen Schätzungen leben gegenwärtig rund 3000 Chilenen im Exil, in der überwiegenden Mehrzahl aus politischen Gründen. Im Oktober hatten die Militärbehörden der Rückkehr von 200 Exilierten zugestimmt, unter denen sich allerdings keine prominenten Politiker oder Arbeiterführer befinden.

Schwere Kämpfe in Beirut

dpa, Beirut

Bei schweren Kämpfen zwischen Palästinensern und schiitischen Amal-Milizen um das Flüchtlingslager Burdsch el Baraschne im Süden von Beirut sind am Dienstag mindestens 19 Menschen ums Leben gekommen. Etwa 60 wurden verletzt. Nach Angaben aus Beiruter Polizeikreisen wurden von beiden Seiten Panzer, schwere Artillerie und Granatwerfer eingesetzt. Die Palästinenser hatten mehrmals vergeblich versucht, den Belagerungsring der Amal-Milizen zu durchbrechen. Seit Ausbruch der Kämpfe vor rund zwei Wochen sind 71 Menschen getötet und 190 verletzt worden.

Luschew befehligt Militärparade

AFP/dpa, Moskau

Der sowjetische Verteidigungsminister Sokolow wird die diesjährige Militärparade zum Jahrestag der Oktoberrevolution nicht abnehmen. An seiner Stelle befehligt sie nach Angaben der „Prawda" sein Stellvertreter, General Luschew. Dies nährt Gerüchte, daß Sokolow erkrankt ist. Denn die Abnahme der Parade ist traditionell Aufgabe des Verteidigungsministers. *Von Sokolows Ablösung* ist schon länger die Rede.

Häftlinge werden in Nicaragua gequält

AFP, Washington

Über physische und psychische Foltern haben sich nicaraguanische Häftlinge beklagt, die aus ihrer Haftanstalt Tipitapa eine Erklärung herausschmuggeln konnten. Die Häftlinge, einige seit 1979 inhaftiert, beklagen sich, ohne Beweise und Verteidigung verurteilt sowie im Gefängnis mißhandelt worden zu sein. Auch der nach einem Flugzeugabsturz festgenommene Amerikaner Eugene Hasenfus ist in Tipitapa inhaftiert.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Die Rübenernte des Jahres 1986 ist auf ihrem Höhepunkt: Für die Landwirte ist dabei weniger die Ertragsmenge als der Zuckergehalt von Bedeutung FOTO: DPA/BERTRAM

Dem Boden das Leben versüßen

Ein neues Nachweisverfahren bestimmt den genauen Nährstoffbedarf von Kulturpflanzen

Von ARNO NÖLDECHEN

Zum Anbau von Zuckerrüben braucht man kräftige, nährstoffreiche Böden. Da Rüben aber die Schollen auszehren, neigen viele Landwirte dazu, des Guten zu viel zu tun: mit stickstoffhaltigen Düngern oder mit Gülle und Stallmist aus ihren Tierhaltungen bemühen sie sich, ihre Äcker zu verbessern.

Nach mehrjährigen Untersuchungen fanden allerdings die Rüben verarbeitenden Zuckerfabriken heraus, *daß überdüngte Zuckerrüben nicht* etwa den höchsten Hektarertrag erbringen. Das Gegenteil ist der Fall: Überdüngte Zuckerrübenfelder erbringen deutlich geringere wirtschaftliche Erträge.

Für den Gewinn ist die Rohzuckermenge wichtig

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die meisten Zuckerfabriken schon seit mehreren Jahren ihre Bauern nicht mehr nach dem Erntegewicht bezahlen, sondern nach der Rohzuckermenge, die aus den angelieferten *Rüben gewonnen wurde.* Beim Vergleich der einzelnen „Ernteschläge" kam zum Erstaunen aller heraus, was Botaniker schon lange vermuteten: Überdüngung mindert die verwertbaren Erträge; der extrahierbare Zukkeranteil ist geringer als bei einer maßvollen Stickstoffdüngung.

Darüber hinaus schadet eine „über-intensive" *Landwirtschaft* auch der Umwelt. Der in Kunstdünger, Gülle oder Stallmist enthaltene Stickstoff und die Nitratsalze werden nicht im Boden gehalten. Nur ein bestimmter Anteil kann von den Rüben zum Zellaufbau benutzt werden. Ein Großteil versickert dagegen ins Grundwasser.

Zwar sind die biologischen Zusammenhänge heutzutage erkannt, aber ihre Umsetzung in der Landwirtschaft kommt nur langsam voran. Das liegt nicht an den Bauern alleine. Ihnen mangelt es an verläßlichen, praktikablen und schnellen Untersuchungsmöglichkeiten. Das betrifft die Stickstoffdüngung ebenso wie die Versorgung mit anderen Pflanzennährsalzen. Die Düngung zu verbieten, wäre unsinnig. Aber das richtige Maß zu finden ist schwierig und mit relativ hohen Kosten verbunden. Es ist allerdings einfacher, nur die tatsächlich erforderlichen Stickstoffmengen auf die Äcker zu bringen, als mehrere Millionen Mark auszugeben, um das Trinkwasser später wieder von den durchgesickerten Nitraten zu befreien.

Es ist daher ein begrüßenswerter Anfang, wenn eine der großen Zukkerfabriken (Südzucker AG, Mannheim) ihren Zuckerrübenlieferanten mitteilt, welche Stickstoffdüngermengen zu einem optimalen Zuckerertrag führen. Nur zu diesem Zweck hat die Firma für rund vier *Millionen Mark ein Analyselabor* in Rain am Lech einrichten lassen.

Allein in diesem Jahr wurden bereits 32 000 Untersuchungen an über tausend Bodenproben durchgeführt. Das bedeutet, daß rund 50 000 Hektar auf den tatsächlichen Stickstoffbedarf zum Rübenanbau untersucht wurden. Dieses Analyseverfahren wird ebenfalls in Österreich und Ungarn mit Erfolg eingesetzt.

Das Prinzip dieser Untersuchung ist, daß man die in der Erdprobe vorhandenen geladenen Teilchen (Ionen) mit Hilfe eines elektrischen Feldes gezielt und schnell trennt. Sie wird daher auch als „Elektro-Ultrafiltration" (EUF) bezeichnet. Da sowohl mit unterschiedlichen Spannungen als auch Temperaturen gearbeitet werden kann, sind freie und gebundene Salzkomponenten eines bestimmten Bodentyps gut zu erkennen. Das Analyseverfahren kann durch den Einsatz von Computern rationalisiert werden und ermöglicht die Untersuchung selbst großer Probenmengen.

Im Gegensatz zu den bislang verwendeten Analysen-Schnellmethoden erlauben die EUF-Meßwerte direkte Aussagen über die jeweilige Verfügbarkeit der Nährstoffe an den Pflanzenwurzeln. Denn gerade die Löslichkeit der Düngemittel ist für die Aufnahme durch Pflanzenwurzeln wichtig. Diese wird erfaßt, wenn die EUF-Meßwerte bei 20 Grad und 80 Grad Celsius verglichen werden.

Bei der niedrigen Temperatur werden die schnell verfügbaren Salzionen gemessen und bei der höheren Temperatur diejenigen, die als Nährstoffreserve im Boden vorhanden sind. Der bestehende Düngemittelbedarf eines Bodens kann daher gezielt für eine geplante Kulturpflanze errechnet werden. Und darauf beruhen nun auch die zu errechnenden Stickstoff-Düngermengen für die Zuckerrübenkultur, die den Landwirten empfohlen werden.

Noch vor wenigen Jahren streuten die Bauern durchschnittlich 200 bis 240 Kilogramm Stickstoffdünger pro Hektar auf ihre Äcker. Jetzt reicht etwa die Hälfte aus: Der Zukauf von Stickstoffdünger kann deutlich reduziert werden, was auch den Geldbeutel schont.

Auch den Düngebedarf für Mais kann man ermitteln

Die Analysetechnik ist natürlich nicht auf die Bestimmung des Nährstoffbedarfs der Zuckerrübenkultur beschränkt. Es liegen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen für den Nahrungs- und damit auch für den Düngebedarf für Weizen-, Mais- und andere Kulturen vor.

Das EUF-Verfahren steht heute als modernes und aussagekräftiges Analyseninstrument zur Verfügung. Es ist geeignet, vielen Forderungen zum Schutz des kultivierbaren Bodens zu entsprechen. Überdüngungen sind in Zukunft leicht zu vermeiden. Es wäre zu wünschen, daß es europaweit eingesetzt wird, *weil* es Bodenauszehrungen verhindern und gleichzeitig die Umwelt- und Bodenschutzforderungen verwirklichen kann. Es zeigt einen Weg auf, der betriebs- und volkswirtschaftlich „vernünftig" ist.

Genug Zeit für Gesetze

Die Gen-Manipulation bei Tieren kommt nur langsam voran

Von ANATOL JOHANSEN

Die Gen-Technik ist bislang noch weit davon entfernt, die Zukunftsvisionen vom „*gezüchteten Menschen*" als realisierbar erscheinen zu lassen. Dies ließ sich aus den Ausführungen entnehmen, die Professor Ernst Winnacker und Dr. Gottfried Brehm von der Universität München vor der Wissenschaftspressekonferenz machten. Als Ergänzung zur politisch orientierten Bundespressekonferenz hat sie sich Ende Oktober zum ersten Mal in Bonn etabliert.

Bislang arbeitet man in der Gen-Technik mit Mäusen, Kaninchen, Schweinen, Schafen und Rindern. Einen eindeutigen Erfolg konnte man aber nur bei Mäusen erzielen, mit denen man schon seit Anfang der 80er Jahre arbeitet. Durch das Einfügen eines Wachstums-Gens in das genetische Material von embryonalen Zellen gelang es in den Vereinigten Staaten und in München, eine Maus über ihr normales Wachstum hinaus zu vergrößern.

Für die Gen-Technik bieten sie einen wichtigen Vorteil: Bei Mäusen vergehen von einer Generation bis zur nächsten nur neun Wochen, beim Schwein dauert es ein Jahr, beim Rind muß man sogar jeweils drei bis vier Jahre warten, bis man den Erfolg einer gentechnischen Maßnahme an den Jungtieren erkennen kann.

Deshalb sind Mäusen bisher auch schon mehr als 50 verschiedene Gene injiziert worden. Einige davon sollen eine Resistenz gegenüber bestimmten Krankheiten bewirken. Die Einbringung der Gene in die befruchteten Eizellen, die außerhalb des Muttertieres unter dem Mikroskop erfolgt, ist eine sehr schwierige Angelegenheit. Weniger als ein Prozent der injizierten Gene führen auch zu einem „transgenen" Tier. Bei Schweinen, Schafen und Rindern ist der Erfolg der Übertragung noch geringer.

Brehm berichtete, daß man gegenwärtig im Institut für Tierzucht bemüht sei, ein transgenes Schwein zu entwickeln, das gegen die sogenannte Schweine-Influenza *resistent ist und* diese Eigenschaft auch an seine Nachkommen vererbt. Derweil experimentiert man in Australien mit transgenen Schweinen, die weniger Fett ansetzen, aber schneller und größer wachsen sollen als ihre Artgenossen. Mit dem sogenannten Keratin-Gen will man bei Schafen versuchen, die Qualität der Wolle zu verbessern. Versuche für die Züchtung transgener Rinder stecken noch in den Kinderschuhen und zeigten bislang keinen Erfolg.

Dagegen ist es bereits gelungen, durch gentechnische Maßnahmen einen Impfstoff gegen die gefürchtete Maul- und Klauenseuche zu entwikkeln. Ebenso hat man durch Veränderung von Viren einen Impfstoff gegen die Tollwut entwickelt. Beide Impfstoffe werden zur Zeit erprobt.

Die erste Bonner Wissenschaftskonferenz machte deutlich, daß die Anwendung der Gen-Technik bei Nutztieren noch ganz am Anfang steht. Allerdings bekommt man zur *Zeit die weitgehende Manipulierung* des tierischen – und damit langfristig wohl auch des menschlichen – Erbgutes immer besser in den Griff. Das Standard-Argument der Gen-Techniker, daß solche Veränderungen von Tieren und Pflanzen durch spezielle Züchtungen seit altersher üblich sind, mag angesichts der Qualität und des *Ausmaßes der neuen Manipulationsmöglichkeiten* nicht unbedingt beruhigen.

So mag man mit Befriedigung konstatieren, daß die Entwicklung offenbar langsamer vorangeht, als von manchen Kulturpessimisten derzeit befürchtet wird. Das gibt den Gesetzgebern eine Chance, den Verlauf der Dinge sorgfältig zu beobachten und unter Kontrolle zu behalten.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

25 Jahre Solling-Projekt

Göttingen (dpa) – Das erste globale Vorhaben der Ökoforschung in der Bundesrepublik, das „Solling-Projekt", besteht in diesen Tagen 25 Jahre. *Etwa 120 Wissenschaftler* der verschiedensten Fachrichtungen haben daran mitgearbeitet. Die Ergebnisse dieses Schwerpunktprogramms, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert worden war, wurde jetzt in einem umfassenden, 500 Seiten starken Bericht unter dem Titel „Ökosystemforschung – Ergebnisse des Solling-Projekts" vorgestellt.

Sauerstoff in der Nordsee

Hamburg (dpa) – Die Sauerstoffverhältnisse in der Nordsee sind wieder günstiger als im Sommer, als so kritische Werte erreicht wur*den, daß einige Fischarten* abwanderten. Die Lebensverhältnisse für die Bodentiere haben sich ebenfalls verbessert. Dies ist das Ergebnis einer Fahrt von Wissenschaftlern der „Biologischen Anstalt Helgoland" in Hamburg mit dem Forschungsschiff „Friedrich Heincke" in die Deutsche Bucht.

Lagerung von Abfallsalz

Colmar (AFP) – Die internationale Rheinschutzkommission hat am Dienstag für die provisorische Lagerung von Abfallsalzen der südelsässischen Kaliminen ihre „uneingeschränkte Billigung" gegeben. Die provisorische Regelung war im Oktober von Frankreich vorgeschlagen worden, um im Einklang mit der Konvention von Bonn die Verschmutzung des Rheins zu verringern. Das von Frankreich ratifizierte Vertragswerk sieht eine Verminderung der Salzeinleitung ab dem 5. Januar um 20 Kilogramm pro Sekunde vor, was eine jährliche Verringerung um eine Million Tonnen darstellt. Ab 1988 soll eine weitere Verminderung um 40 Kilogramm in der Sekunde vorgenommen werden.

Quantenoptik-Institut

München (dpa) – Mit der gestrigen Eröffnung eines Instituts für Quantenoptik ist das Max-Planck-Forschungszentrum in Garching bei München erweitert worden. Das neue Institut, in dem 105 Mitarbeitern beschäftigt sind, betreibt Grundlagenforschungen auf dem Gebiet der Laser-Wissenschaft. Dazu gehören die Licht-Materie-Wechselwirkung, die Anwendung von Lasersystemen in Chemie, Plasmaphysik, bei atomarem Wasserstoff sowie die Messung von Gravitationswellen. Der Neubau, für den das Bonner Ministerium 42,7 Millionen Mark bereitgestellt hat, umfaßt eine Nutzfläche von 6600 Quadratmetern. Die Fertigstellung des Instituts wird als Einschnitt für die physikalische Grundlagenforschung der Bundesrepublik gewertet.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

Die Strömungsverhältnisse in winzigen Blutgefäßen werden jetzt in Modellversuchen erforscht. Von Vera Zylka.

*

Wie Purpurbakterien mittels Photosynthese aus dem Sonnenlicht Energie gewinnen, *schildert Ludwig Kürten.*

*

„Zeltstadt auf dem Mond" – Neue hochfliegende Zukunftspläne der Nasa beschreibt Hildegard Steimel.

Halb Sommer – halb Winter

Von MARTIN BOECKH

Oktober – das war ein Monat mit zwei Gesichtern: Die erste Hälfte ausnehmend sonnig und trocken, die zweite Hälfte unfreundlich und viel zu naß. Insgesamt aber lagen die Temperaturen deutlich über dem langjährigen Durchschnitt.

Der Oktober begann so, wie der September aufgehört hatte: Mit dem vielzitierten Altweibersommer, der in diesem Jahr besonders ausgeprägt war. Die Höchstwerte der monatlichen Temperaturen betrugen zwischen *Flensburg* und Garmisch fast 25 Grad. Ursache für die beständige Schönwetterperiode war eine Hochdruckbrücke, die sich vier Wochen lang von der Iberischen Halbinsel bis nach Osteuropa spannte.

Der Schwerpunkt dieser Hochdruckbrücke verlagerte sich im Verlauf des Oktobers mehrmals nach Osten und schien den heranrückenden Fronten der Island-Tiefs immer wieder weichen zu wollen. Pünktlich zu den Wochenenden wurde in den Vorhersagen der schöne Herbst verabschiedet – aber die Hochdruckbrücke hielt stand. Selbst *kräftige Kaltfronten* verloren über dem europäischen Festland rasch an Wetterwirksamkeit und endeten bestenfalls als Hochnebelfelder.

Lediglich im Norden der Bundesrepublik gelang einer Kaltfront der Durchbruch: Es entstand eine sogenannte „Okklusionsfront", die zwar kräftige Gewitter, aber kaum Regen auslöste. Doch auch diese Störung blieb nur ein kurzes Intermezzo, denn der wetterbestimmende Hochdruckkeil reichte bis in die obersten Schichten der Atmosphäre. Das Niederschlagsdefizit steuerte somit auf eine neue Rekordmarke zu. Seit dem 17. September blieben die „Ombrometer" (Meßbehälter für Regen oder geschmolzenen Schnee) der meisten bundesdeutschen Meßstationen trocken.

Hätten nicht häufige Nebelfelder den Blick zur Sonne getrübt, wäre die durchschnittlich zu erwartende Zahl der Sonnenstunden sicherlich weit übertroffen worden. So aber blieb die Bilanz mit 103 Prozent und 118 Stunden ausgeglichen. Mitte des Monats bildete sich über dem *französischen Mittelmeerraum* ein kräftiges Gewittertief aus, das feuchtwarme Luft nach Deutschland steuerte. Dichter Nebel in den Morgenstunden machte besonders den Autofahrern das Leben schwer.

Gleichzeitig deutete sich der endgültige Abschied vom Spätsommer an: Der europäische Hochdruckkeil verlagerte sich und machte einer „zonalen Zirkulation" Platz. Mit diesem meteorologischen Fachbegriff wird der Grenzbereich zwischen tropischer Warmluft im Süden und polarer Kaltluft im Norden bezeichnet, der genau von West nach Ost verläuft. Für den Wetterbeobachter ist das der Hinweis, daß Tiefdruckgebiete nicht mehr nach Norden abgedrängt werden, sondern entlang dieser Linie über Europa *hinwegziehen.*

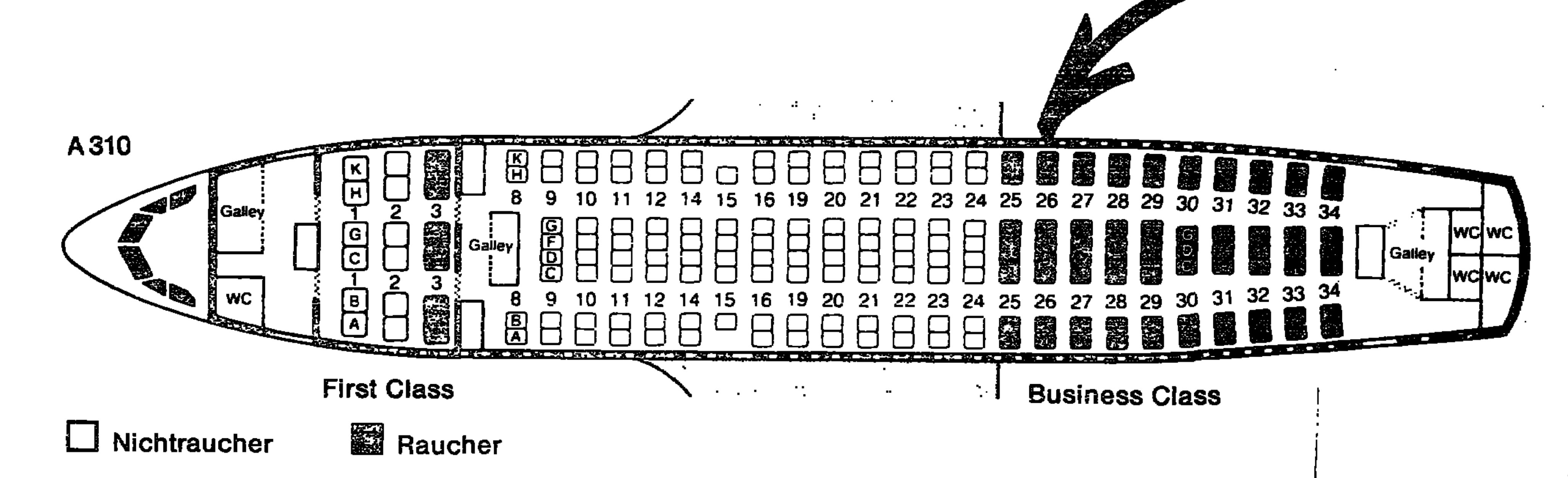
Im Oktober war dieser Temperatur- und Luftdruckgegensatz besonders scharf ausgebildet: Der Luftdruck im Kern eines Island-Tiefs fiel unter 960 Hektopascal und ließ einen Orkanwirbel entstehen, der mit einem Schlag das beständige *Wetter beendete. Nun fegten* über die Zugspitze Orkanböen mit einer Geschwindigkeit von fast 190 km/h. Über Wasserflächen wurden Wind*hosen beobachtet, und in Fachkrei*sen diskutierte man sogar die Erweiterung der Windstärken-Skala auf 13 Einheiten. Was an Regen bisher ausgeblieben war, schüttete es nun in der zweiten Monatshälfte innerhalb weniger Tagen vom Himmel. Die Rekordmenge von über 100 Liter Regenwasser innerhalb von 24 Stunden wurde im Schwarzwald gemessen.

Weitere kräftige Tiefdrucknebel bestimmten bis zum Monatsende *dann unser Wetter: Auf Warmfron*ten folgten Kaltfronten mit kurzen, heftigen Schauern, die den deutschen Mittelgebirgen den ersten Schnee brachten. Auf der Zugspitze wuchs bei Schneesturm und Temperaturen unter minus 13 Grad eine Schneedecke, die am Monatsende eine Höhe von 42 Zentimeter erreicht hatte. Die Regenmengen (gemessen an sechs Wetterstationen in Hamburg, Berlin, Essen, Mannheim, Stuttgart und München) *überstiegen das langjährige Mo*natssoll dabei im Schnitt um 25 Prozent, in Stuttgart sogar um 55 Prozent.

Trotz der Kältewelle waren die Temperaturen am Monatsende sowohl am Tag als auch in der Nacht im Bundesdurchschnitt um 0,7 Grad höher als erwartet. Sie lagen im Mittel bei 10,3 Grad. Warme Oktobertage schützten die Münchener jedoch nicht vor dem ersten Bodenfrost. In jeder zweiten Nacht wurden Temperaturen bis minus sechs Grad über dem Erdboden gemessen. Alles in allem war der Oktober *ein Herbstmonat,* der das aufholte, was der September versäumt hatte.

Lufthansa heute:

Seit 1. November können Sie bei Lufthansa zusammen mit dem guten Flug gleich den guten Sitzplatz buchen.



Nun sieht das Angebot der Lufthansa in Europa für Geschäftsreisende so aus:

1. Eine exzellente First Class, die neue Business Class, keine Tourist Class.

2. Ihren bevorzugten Sitzplatz können Sie für alle grenzüberschreitenden Flüge zum Normaltarif schon bei der Buchung reservieren.

3. In der neuen Business Class erwarten Sie neue, bequemere Sitze. Mit nunmehr 86 cm Beinfreiheit.

4. Auch das gastronomische Angebot auf internationalen Flügen wurde erweitert: Zu jeder Tageszeit gibt es eine komplette Mahlzeit. Ab 2 Stunden Flugzeit ein warmes Menü.

Nichts geändert hat sich daran, daß Lufthansa Sie mit einer der modernsten Flotten der Welt pünktlich und zuverlässig zu allen wichtigen Zielen der Welt fliegt. Willkommen an Bord.

Lufthansa



RADSPORT / Am Sonntag fährt der Franzose Bernard Hinault das letzte Rennen seiner Karriere

„Mit 32 Jahren ist Schluß – Ich habe schon zu viele Rennfahrer gesehen, die zu spät aufgehört haben"

dpa, Berlin

Von Paris-Montmartre fährt in der Nacht zum Sonntag ein Sonderzug nach Quessoy in der Bretagne. Grund für die außerplanmäßige Reise: Einer der größten Radrennfahrer aller Zeiten rüstet bei einem Querfeldein-Rennen zur letzten Fahrt seiner Karriere – anschließend wird groß gefeiert. Fünf Tage vor seinem Geburtstag sitzt Bernard Hinault zum letzten Mal im harten Rennsattel und löst damit ein Versprechen ein, das er sich selbst schon vor sechs Jahren gegeben hat: „Mit 32 ist Schluß."

Seine mit Blut, Schweiß und Entbehrungen erkämpften Erfolge können ihm ein weiches Ruhekissen sein. Dem Tritt in die Pedale, Jahr für Jahr an die 45 000 Kilometer, verdankt der Vater zweier Söhne Ruhm und Millionen. Wie Eddy Merckx, dessen Nachfolger er wurde, hielt Hinault die Konkurrenz in ähnlich überlegener Manier nahezu ein Jahrzehnt lang in Schach. Aber anders als der berühmte Belgier hat der 1,73 Meter große Bretone praktisch auf dem Höhepunkt seines Leistungsvermögens aufgehört und ist damit seinen Vorsätzen treu geblieben.

Hinault ließ sich nicht beirren: „Ich habe schon zu viele Rennfahrer gesehen, die zu spät aufgehört haben." Sein starker Abgang wiegt noch einmal mindestens so schwer wie ein großer Sieg. Auch wenn ihm der sechste Erfolg bei der Frankreich-Rundfahrt nicht ganz gelang, und er gemeinsam mit seinem Landsmann Jacques Anquetil und Merckx Rekordsieger bleibt – bei seiner letzten Tour de France fuhr Hinault ein grandioses Rennen.

Das große Duell zwischen den Mannschaftskollegen und Rivalen Greg Lemond und Bernard Hinault erinnerte an die schon legendären Tour-Zweikämpfe zwischen den Italienern Fausto Coppi und Gino Bartali oder den Franzosen Anquetil und Raimond Poulidor. Lemond und Hinault trennten im Ziel auf den Champs Elysées in Paris nur 3:10 Minuten. Der Schweizer Meister Urs Zimmermann lag als Dritter bereits fast elf Minuten zurück.

Höhepunkt des Zweikampfes war die sogenannte Königsetappe nach Alpe d'Huez. Gemeinsam deklassierten Lemond und Hinault das gesamte Feld, fuhren lachend, Schulter an Schulter über die Ziellinie. Die Entscheidung fiel aber erst im Einzelzeitfahren von St. Etienne, als Hinault zwar sein 28. Etappensieg bei der Tour de France gelang, er jedoch dem führenden Amerikaner nur 25 Sekunden abnehmen konnte. Anschließend erfüllte der Bretone sein im Vorjahr gegebenes Versprechen und attackierte nicht mehr. Nur böse Zungen behaupteten, Hinault habe womöglich künstlich eine Spannung hochgehalten, die schon lange keine mehr war. Wie auch immer, seinen letzten Sieg feierte Bernard Hinault anschließend beim „Coors Classic" in Lemonds Heimat USA.

Hinaults Wirken auf dem Rad widmet der in Belgien erscheinende Radsport-Gotha fünf Seiten. Ganz oben stehen natürlich seine Tour-Siege von 1978, 1979, 1981, 1982 und 1985. Dazu wurde Hinault 1980 in Sallanches Weltmeister, gewann ein Jahr später den Klassiker der Klassiker Paris–Roubaix, dreimal den Giro d'Italia (1980/1982/1985), zweimal die Vuelta in Spanien (1978/1983), fünfmal den „Grand Prix des Nations" (1977–1979 und 1982/1984) und von 1979 bis 1982 die Super-Prestige-Wertung. Hinzu kamen weitere Siege in den Frühjahrs- und Herbst-Klassikern.

Eine seiner größten Qualitäten sah man ihm förmlich an: „Le Blaireau", der Dachs, wie ihn die Franzosen nennen, konnte die Zähne zusammen- und sich durchbeißen wie kaum ein zweiter. Die französische Sportzeitung „L'Equipe" schrieb einmal über Hinault, daß er nach dem Rennen immer etwa 20 Minuten brauche, ehe seine Gesichtszüge wieder menschliche Formen hätten.

Auf diese Weise überstand er 1983 eine schwere Knie-Operation und verdaute auch die Schmähungen, die er sich 1980 im eigenen Land gefallen lassen mußte, als er wegen eines schmerzenden Knies die Tour in Pau aufgab. Erst als ihn seine radsportnärrischen Landsleute 1984 bei der Tour zum ersten Mal verlieren und bravourös weiterkämpfen sahen, war er auch für die Franzosen, die spätestens seit Raimond Poulidor ein Faible für Verlierer haben, zum Idol geworden.

Aber Hinault kann die Tour auch nach seinem Rücktritt nicht genommen werden: Im Oktober wurde er von den greisen Direktoren Levitan und Goddet in Paris feierlich zum „Technischen Berater" der Frankreich-Rundfahrt benannt. Als Berater der Organisatoren, sagte Hinault vor zwei Wochen in Paris, sehe er seine Hauptaufgabe „darin, keine unmenschlichen Anforderungen an die Fahrer zu stellen".

Dies bleibt für den vom aktiven Rennsport zurückgetretenen Bernard Hinault nicht die einzige Aufgabe. Dazu wird er für seinen letzten Arbeitgeber Bernard Tapie zukünftig auch beim Ski-Weltcup und bei Tapies Fußball-Klub Olympique Marseille tätig sein. Einmal als Public-Relations-Vertreter für Skibindungen, zum anderen als Diät-Berater einer Reformhauskette.



Ein verbissener Kämpfer auf dem Rad beendet seine Laufbahn: Bernard Hinault FOTO: DPA

STAND⊕PUNKT / Leverkusen – es gibt doch noch viel zu lernen

Dem Hoch folgte unerwartet schnell das Tief, hart und trokken. Bayer hier, Bayer da. Bayer in den Schlagzeilen, im Fernsehen. Eine neue deutsche Hoffnung. Ein Fußball-Team, das durch herrlichen Offensiv-Fußball, wie beim 3:0 in München, begeistert. Endlich ein ernst zu nehmender Gegner für den Meister Bayern München. Dennoch: Im Europapokal kam in der zweiten Runde bereits das Aus. 0:0 bei Dukla Prag, dann ein 1:1 in Leverkusen. Wieder raus aus den Schlagzeilen. Der Alltag hat die Bayer-Elf schnell eingeholt.

Trainer Erich Ribbeck hat gerade nach dem 3:0 in München gewarnt, daß seine Mannschaft längst noch nicht so weit sei. Er müsse sich zur Favoritenrolle bekennen, bekam er daraufhin als Antwort von Bayern-Manager Uli Hoeneß. „Erich, sei ehrlich", forderte das Fußball-Fachblatt „Kicker". Gegen Dukla Prag lieferte Ribbeck, auch wenn es ihm bestimmt nicht paßte, den Beweis dafür, daß er mit dem Tiefstapler Otto Rehhagel schon gar nicht unter einen Hut paßt und daß ihm auch abzunehmen ist, was er sagt.

Die Bayer-Elf zog auch im Europapokal gegen die Tschechoslowaken ein temporeiches Spiel auf. Torchancen wurden en masse herausgearbeitet, nur eben nicht verwertet. Schön haben sie wieder gespielt fürs Auge des Betrachters. Gekämpft haben sie auch. Nur der Kopf hat nicht mitgespielt.

„Vielleicht", so vermutet Erich Ribbeck, „ist das alles zu viel für meine Mannschaft. Das kommt alles zu schnell. Wir müssen noch viel lernen." Es ist so: Die Bundesliga hat derzeit einen Tabellenführer, der noch einiges lernen muß.

Ein gesunde Härte der Prager hat schon ausgereicht, um die international unerfahrenen Bayer-Profis zu Verlierern zu machen. Zu sehr hat es sich in ihren Köpfen festgesetzt, bei Heimspielen den Gegner durch schwungvolles Spiel unter Druck zu setzen. Kommt aber einmal das Pech (zwei Lattentreffer, ein Pfostenschuß), ein guter gegnerischer Torwart und eine Mannschaft, die nach einem Rückstand nicht gleich nach vorne rennt, sondern die Abwehr immer noch sichert, sind die Leverkusener geradezu hilflos. Sie können nicht plötzlich ihr Spiel ändern. Sie können körperlich nicht dagegenhalten. Sie besitzen nicht den Willen wie beispielsweise die Bayern, irgendwie das erlösende 2:0 zuwege zu bringen, unter welchen Umständen auch immer.

Sieben Jahre waren sie die Mitläufer in der Bundesliga. Erst in dieser Saison fallen sie einmal auf. Wo sollte also die Abgebrühtheit auch herkommen. Sie können sich derzeit nur damit trösten: Es wird ein nächstes Mal geben. ULRICH DOST

SPORT-NACHRICHTEN

Platz eins für Becker

München (DW) – Nach einer Umfrage der Münchner Illustrierten „Bunte" ist Tennis-Profi Boris Bekker Deutschlands beliebtester Sportler aller Zeiten. Der 18jährige belegte mit 31 Prozent Platz eins vor Max Schmeling und Franz Beckenbauer, die jeweils neun Prozent erreichten.

Sieg für Graham

London (dpa) – Der 27jährige Brite Herold Graham verteidigte in London erfolgreich seinen Titel als Box-Europameister im Mittelgewicht. Der Herausforderer, sein Landsmann Marl Taylor, wurde in der achten Runde aus dem Kampf genommen.

At Talaq gewann

Melbourne (sid) – Der sechsjährige At Talaq gewann mit Mick Clarke im Sattel den Melbourne Cup auf der Galopprennbahn in Flemmington, Australien. Al Talaq sicherte seinem Besitzer, Scheich Hamdan al Maktoum, rund eine Million Mark.

Remis gegen Karpow

Tilburg (dpa) – Der englische Schach-Großmeister Anthony Miles spielte beim internationalen Schachturnier im holländischen Tilburg Remis gegen den ehemaligen sowjetischen Weltmeister Anatoli Karpow. Die Partie des Deutschen Robert Hübner gegen den Jugoslawen Ljubojevic wurde abgebrochen.

Mögenburg nach Berlin

Berlin (sid) – Hochsprung-Olympiasieger Dietmar Mögenburg wird sich im kommenden Jahr dem OSC Berlin anschließen. Mögenburg verpflichtete sich, für mindestens zwei Jahre in Berlin zu bleiben.

Gebrüder Hermann siegten

Madrid (sid) – Roman und Sigmund Hermann aus Liechtenstein gewannen das Sechstagerennen von Madrid vor René Pijnen/Pello Ruiz Cabestany (Holland/Spanien).

Philipp Fürst wird 50

Ludwigshafen (dpa) – Kunstturn-Bundestrainer Philipp Fürst wird am Samstag 50 Jahre alt. Fürst war Olympiateilnehmer 1960 in Rom und 1964 in Tokio, wo er mit der letzten gesamtdeutschen Mannschaft eine Bronzemedaille gewann.

Steffi Graf bleibt Dritte

New York (sid) – Die 17jährige Brühlerin Steffi Graf belegt in der Tennis-Weltrangliste der Damen weiterhin Rang drei hinter der Weltranglisten-Ersten Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd (beide USA).

ZAHLEN

FUSSBALL

UEFA-Pokal, 2. Runde, Rückspiel: Bayer Leverkusen – Dukla Prag 1:1 (Hinspiel 0:0, Prag weiter), Boavisto Porto – Glasgow Rangers 0:1 (Hinspiel 1:2, Glasgow weiter), Trakia Plovdiv – Hajduk Split 2:2 (Hinspiel 1:3, Split weiter), Dynamo Ost-Berlin – Bröndby Kopenhagen 1:1 (Hinspiel 1:2, Kopenhagen weiter), Stahl Brandenburg – IFK Göteborg 1:1 (Hinspiel 0:2, Göteborg weiter). – **Pokal der Landesmeister:** Steaua Bukarest – RSC Anderlecht 1:0 (Hinspiel 0:3, Anderlecht weiter). – **Freundschaftsspiel:** Tottenham Hotspur – Hamburg 5:1.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Schweden in Stockholm (435 000 Mark), 1. Runde: Zivojinovic (Jugoslawien) – Eriksson 2:6, 6:3, 6:4; 2. Runde: Carlsson (beide Schweden) – Schapers (Holland) 6:2, 6:2, Gunnarsson (Schweden) – Masur (Australien) 6:3, 6:4, Curren (USA) – Carlsson (Schweden) 6:2, 6:2, Hlasek (Schweiz) – Bates (England) 6:7, 6:4, 7:6. – Doppel, 1. Runde: Popp/Navratil (Bundesrepublik Deutschland/CSSR) – Nelson/Tim Wilkison (USA) 5:7, 7:6, 7:6. – **Grand Prix der Damen** in Worcester (250 000 Dollar), 1. Runde: Gildemeister (Peru) – Kohde-Kilsch 7:6, 6:1, Bunge (beide Bundesrepublik Deutschland) – White (USA) 6:4, 6:0, M. Maleeva (Bulgarien) – Casale (USA) 6:2, 6:4. – **Internationales Turnier** der Damen in North Little Rock/USA (75 000 Dollar), 1. Runde: Meier (Bundesrepublik Deutschland) – Paz (Argentinien) 5:7, 6:2, 6:3.

BASKETBALL

Europapokal der Pokalsieger, Achtelfinale, Rückspiel: Racing Mechelen – BG Bayreuth 105:74 (Hinspiel 85:83, Mechelen weiter). – **Ronchetti-Pokal** der Damen, Achtelfinale, Rückspiel: Deborah Mailand – Barmer TV 80:56 (Hinspiel 84:55, Mailand weiter).

VOLLEYBALL

Europapokal der Landesmeister, Qualifikation, Rückspiel: Sollentuna/Schweden – Hamburger SV 3:2 (Hinspiel 0:3, Hamburg weiter).

TISCHTENNIS

Bundesliga Herren, 7. Spieltag: Grün-Weiß Hamm – ATSV Saarbrücken 9:7, TTC Grenzau – TTC Jülich 8:8.

BAL-BILANZ

„Der vierte Platz im Weltsport ist schon verloren"

sid, **Düsseldorf**

„Der vierte Platz im Weltsport ist bei den Olympischen Spielen 1988 schon jetzt an China verloren. In Seoul droht nach den Erkenntnissen der Asienspiele sogar die Gefahr, daß Südkorea im eigenen Land einmalig an uns vorbeizieht." Dieses Fazit zieht Helmut Meyer, Leitender Direktor im Bundesausschuß Leistungssport (BA-L), zur olympischen Halbzeit. Entscheidendes Terrain im Vergleich zu den führenden Sportnationen habe der Spitzensport in der Bundesrepublik Deutschland im Frauenbereich verloren. Meyer: „Unsere Männer sind weltweit dicht am vierten Platz dran."

Der 60 Jahre alte Leistungsplaner, seit 1970 im BA-L, hat die Resultate der Weltmeisterschaften fast aller bedeutenden olympischen Disziplinen und der Leichtathletik-EM in Stuttgart analysiert. Seine Hochrechnung für Seoul '88: „38 Medaillen, allerdings nur sieben in Frauen-Wettbewerben." Vor Los Angeles hatte Meyer 66 Medaillen vorausgesagt, es waren schließlich nur 59, „weil uns schon 1984 die Asiaten sichergeglaubte Medaillen weggeschnappt haben."

Große Hoffnung setzt der BA-L auf die neuen Olympiastützpunkte, auch wenn sie für 1988 vielleicht zu spät kommen. Aber in diesem Jahr feierte der Sport hierzulande große Erfolge im Juniorenbereich, die, effiziente Förderung vorausgesetzt, für die nächsten Jahre einiges erwarten lassen. Noch nie standen so viele Welt- oder Europameister zur Wahl des Juniorsportlers an wie in diesem Jahr.

Durch die Optimalförderung der Sporthilfe, aber auch durch individuelle Werbeverträge glaubt Helmut Meyer sichergestellt, daß Stars wie Michael Groß oder Peter-Michael Kolbe auch noch 1988 in Seoul um olympisches Gold kämpfen werden. Selbst eine mögliche Integration der Tennis-Großverdiener Steffi Graf oder Boris Becker in ein Olympia-Team birgt für den Leistungssport-Experten keine Probleme: „Im Tennis wie auch im Tischtennis haben wir mit den zuständigen Fachverbänden die Weichen gestellt."

TENNIS

Mats Wilander hat sich wieder zurückgemeldet

sid, **Düsseldorf**

„Ich habe wieder so richtig Lust auf Tennis, und das war ja auch der Sinn der Sache", sagte ein lachender Mats Wilander trotz der Doppel-Niederlage zum Auftakt des Stockholmer Grand-Prix-Turniers, „aber um ehrlich zu sein, ich habe jede Minute meines Urlaubs genossen." Nach 72 Tagen Tennisabstinenz meldete sich der Schwede aus Växjö, der in der Weltrangliste auf Platz vier und im Grand-Prix an die achte Stelle abgerutscht ist, in dieser Woche wieder in der Szene zurück.

In der Kungliga Tennishalle verlor er 1985 in der ersten Runde gegen den Franzosen Thierry Tulasne. „Spielerisch ist das alles kein Problem", sagt Wilander über sein Comeback nach zuletzt täglich dreistündigem Training, „aber es wird nicht so ganz leicht sein, das Selbstbewußtsein wieder zurückzubekommen." Gegner in der ersten Runde beim mit 435 000 Dollar dotierten Turnier ist diesmal der gefährliche Linkshänder Mike Depalmer aus den USA.

Zwei Tage nach seinem 22. Geburtstag am 22. August hatte sich Wilander mit dem Finalsieg in Cincinnati gegen den Amerikaner Jimmy Connors (USA) vom Tennisgeschäft frei genommen. Nach einem Einzelrekord von 69 Siegen und nur 21 Niederlagen sowie 1 081 697 erkämpften Dollars des Vorjahrs nehmen sich seine Zahlen 1986 eher bescheiden aus. Neben Cincinnati gewann Wilander noch Brüssel (gegen Brod Dyke), stand in Boca Raton (gegen Ivan Lendl) und Bastaad (gegen Emilio Sanchez) im Finale und verdiente bislang 456 360 Dollar. Am meisten noch durch den Wimbledonsieg und die Finalteilnahmen in Monte Carlo und Flushing Meadow im Doppel, in dem er mit Joakim Nystroem auf Platz drei steht.

„Es wurde im Sommer höchste Zeit, Pause zu machen, denn ich hatte Angst, die Lust zu verlieren, auszubrennen", begründete Wilander seine Tennisabstinenz, „das ewige Training hat mir keinen Spaß mehr gemacht, und für die Zukunft plane ich, jedes Jahr für ein bis zwei Monate völlig aus der Szene zu verschwinden."

Briefe an DIE ⊕ WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Offiziere und Beamte der SPÖ

„Wörners Vortrag in Österreich von Parteienstreit begleitet"; WELT vom 25. Oktober

Sehr geehrter Herr Ströhm,

als stellvertretender Obmann der „Sozialistischen Offiziere und Beamten im Österreichischen Bundesheer" darf ich mir folgende Anmerkung erlauben:

1. Die „Sozialistischen Offiziere und Beamten im Bundesheer" sind eine Teilorganisation des „Bundes Sozialistischer Akademiker", mit mehr als 250 Mitgliedern, worunter sich immerhin „unmaßgebliche" Persönlichkeiten, wie der Generaltruppeninspektor und der Leiter der Personalsektion im Bundesministerium für Landesverteidigung befinden. Dies zur zitierten Aussage des Haslauer-Sekretärs, wonach es sich bei den „BSA-Offizieren" lediglich um eine kaum mehr als zwei Dutzend Personen umfassende Splittergruppe handelt, die nur minimalen Einfluß im Heer besitzt.

Dieser „Briefkastenverein" ist überdies eine Teilorganisation der SPÖ. Es hat im übrigen auch die einhellig ablehnende Reaktion in den (konservativen) österreichischen Medien gezeigt, daß (der Salzburger Landeshauptmann) Haslauer und sein Sekretär mit ihrer Meinung relativ isoliert waren.

2. Auch der parlamentarische Wehrsprecher der SPÖ, Abg. zum Nationalrat Alois Roppert, und der parteiunabhängige Österreichische Milizverband haben sich in scharfen Worten gegen die Vorgangsweise Haslauers anläßlich des österreichischen Nationalfeiertages ausgesprochen, den Festvortrag einem deutschen Gast zu überantworten.

Es bleibt Ihrer journalistischen Bewertung überlassen, ob auch diese Aussagen mit dem Argument der Bedeutungslosigkeit beiseite geschoben werden können. Ausdrücklich betonen möchte ich allerdings, daß sich die Kritik der genannten Gruppen nicht gegen den Verteidigungsminister Wörner, sondern ausschließlich gegen Haslauer und seinen Sekretär richtet.

Dr. Friedrich Klocker,
Sekretär
Sozialistische Partei Österreichs
Zentralsekretariat, Wien

„Opfer der eigenen Eitelkeit"

„Diesmal gab es für den Professor kein Zurück mehr"; WELT vom 31. Oktober

Die Entscheidung des bayerischen Landesvaters, den Kultusminister Hans Maier Opfer seiner eigenen intellektuellen Eitelkeit werden zu lassen, verdient uneingeschränktes Lob.

Was die Schulen in Bayern anbetrifft, so läßt sich für den dort auf den sprichwörtlichen Hund gekommenen Lehrbetrieb und das ungesunde psychische Reizklima, unter dem Lehrer wie Schüler unverschuldet leiden müssen, folgende als hypothetisches Konstrukt vorgestellte Annahme mit dem Gütesiegel „uneingeschränkt wahr" versehen: Hans Maier kommt trotz eingestandenen besten Willens zu dem gleichen Ergebnis wie die Kultusminister aus den sozialdemokratisch regierten Bundesländern. Bei ihm stand in schönster Regelmäßigkeit einem Überfluß an fein gedrechselten Worten ein Defizit an Taten gegenüber. Unter seiner Betreuung konnten die modernen Sozialingenieure und sterile Verwaltungsjuristen ihrem hehren Traum von der Verwirklichung des „neuen sozialen" Menschen nachhängen. Der Fürchtet-Euch-nicht-Christ lehrte so manchen idealistisch eingestellten Lehrer das große Fürchten. Sein einziges Verdienst bei ungerechtfertigt hohem Verdienst war der Widerstand gegen die Gesamtschule: Das ist als Ergebnis sechzehnjähriger Tätigkeit nicht viel.

Barbara M. Kenzler,
Baiersdorf

Polen und Deutschland

„Dialog von gegenseitigen Vorwürfen freimachen"; WELT vom 27. Oktober

Mit dem „Revisionismus"-Vorwurf soll der Eindruck erweckt werden, daß Polen nun der legitime Eigentümer Ostdeutschlands sei und wir den rechtlichen Status verändern wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Ostprovinzen gehören völkerrechtlich weiterhin zu Deutschland, und Polen hat illegitime Gebietsansprüche an Deutschland. Dagegen müssen wir uns wehren. Es sind in diesem Jahrhundert viele Verbrechen von Deutschen an Polen und von Polen an Deutschen verübt worden. Dieses Nachbarvolk ist unser Schicksal: wir wollen einen gerechten und vollständigen Ausgleich mit Polen. Dabei darf aber nicht nur immer eine Seite fordern und nichts geben wollen, denn die Oder-Neiße-Linie ist als Grenze unannehmbar.

Michael Gabriel,
Bundesvorsitzender des Jugend- und Studentenbundes
Danzig-Westpreußen,
Lübeck

Kurt Schumacher

Es herrschte bisher Konsens darüber, daß Diktaturen, ob rechts oder links, früher oder heute, sich der Propaganda als besonderes Stilmittel der Unterdrückung bedienen. Dies offen anzusprechen, kann nicht falsch sein. Die SPD, samt Rau, wäre gut beraten, sich auf Kurt Schumacher zu besinnen, der von Kommunisten als rotlackierten Nazis sprach und dafür den Beifall aller Demokraten bekam. Aber es scheint, als ob sich die SPD von heute nicht nur in diesem Punkt von Godesberg mit Siebenmeilenstiefeln entfernt.

Reinhard Hochkirchen, Essen 1

Wachbataillon

Nachdem zu Ehren König Friedrichs des Großen von Preußen bedeutsame Reden gehalten, wichtige Bücher geschrieben und Ausstellungen veranstaltet wurden, erscheint es mir nachdenkenswert, zu bleibenden Taten zu schreiten. Der östliche Staat hat sein Wachbataillon mit dem Namen von Friedrich Engels ausgezeichnet. Es erscheint mir naheliegend, das Wachbataillon der Bundeswehr mit dem Namen „Friedrich der Große" zu ehren.

Friedrich Tillmann, Hattingen

„Totschweigen"

„Unflott in die Erdbeerbowle gepinkelt!"; WELT vom 27. Oktober

Sicher wäre es das Beste, solche bösartigen Tiraden totzuschweigen.

Dr. Hans Georg Hess,
Wunstorf-Idensen

*

Es empört mich seit geraumer Zeit, daß Steuergelder für Leute aufgewendet werden, die unsere Kunst in den Straßenkot hinabziehen!

Dr. F. W. Ossenbrink, Erbach 3

Wahlprüfsteine

Der DGB sollte das Sprichwort beherzigen: „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Wahlprüfsteinen werfen"!

Dr. W. Jedlitschka, Augsburg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Erst durch die Geschichte wird ein Volk sich seiner selbst vollständig bewußt."

Arthur Schopenhauer, deutscher Philosoph (1788–1860)

Personen

VERNISSAGE

Erstmals seit 25 Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland wieder eine Gesamtausstellung der Werke des Malers Henri Toulouse-Lautrec zu sehen. Die Präsentation von insgesamt 130 Gemälden und Bildstudien wird am Freitag in der Kunsthalle Tübingen von Baden-Württembergs Ministerpräsidenten **Lothar Späth** eröffnet und ist bis Mitte März 1987 zu sehen. Ein Teil der Tübinger Exponate, die Kunsthallenleiter **Götz Adriani** aus Museen und Privatsammlungen in aller Welt zusammengetragen hat, wurden noch nie öffentlich gezeigt. Einen ähnlich umfassenden Überblick über das künstlerische Wirken des Franzosen, der zu den bedeutendsten Künstlern der Jahrhundertwende gehört, vermittelten zuletzt Ausstellungen in Chicago (1979) und München (1961).

GEBURTSTAG

Der in Düsseldorf lebende Maler **Bruno Goller** wurde gestern 85 Jahre alt. Goller, gebürtiger Gummersbacher, ist eine singuläre Gestalt der deutschen Malerei. Ausgezeichnet mit zahlreichen deutschen und internationalen Kunstpreisen, gehört der in stiller Zurückgezogenheit lebende Künstler zu den „unbekannten Berühmtheiten" der zeitgenössischen Kunst. Seine von Kindheitseindrücken geprägte Malerei behauptet, ungeachtet der wechselnden Kunstmoden und Stilrichtungen, ihre souveräne Eigenart und Selbständigkeit, die mit gängigen Kategorien nicht zu fassen ist. Er verbindet Tradition und Modernität, er malt gegenständlich mit abstrakten Mitteln, er stellt banale Alltagsdinge dar und gibt ihnen gleichzeitig heraldische Würde und Exklusivität. Er löst die Dinge aus ihrem natürlichen Zusammenhang, verfremdet sie zum Ornament, verleiht ihnen gewissermaßen einen zeitlosen Eigenwert, ohne Sentimentalität, aber auch ohne Ironie. Es geschieht vielmehr aus jenem „ruhigen, stillen willensfreien Gemütszustand", den Schopenhauer an den alten Niederländern schon lobte, „der nötig war, um so unbedeutende Dinge so objektiv anzuschauen". Bruno Goller hat diese Anschauungsweise äußerst reizvoll und unverwechselbar kultiviert. Die Düsseldorfer Landesgalerie hat ihm eine große Retrospektive gewidmet, die noch bis zum Sonntag zu sehen ist (WELT vom 23. Oktober).

EHRUNGEN

Christoph Hein, in Ost-Berlin lebender Autor, erhält den mit 3000 Mark dotierten Literaturpreis „Der erste Roman" 1986 der Hamburger „Neuen Literarischen Gesellschaft". Ausgezeichnet wurde Heins Roman



Christoph Hein

„Horns Ende" (Luchterhand-Verlag). Der mitteldeutsche Schriftsteller ist bereits durch Theaterstücke wie „Cromwell" und „Die wahre Geschichte der Ah Q" in der Bundesrepublik Deutschland bekannt geworden. Die Preisverleihung ist für den 17. November vorgesehen. Der Preis „Der erste Roman" wird seit 1979 jährlich vergeben.

*

Die wissenschaftlichen und journalistischen Leistungen des 1905 in Heilbronn geborenen und heute in New York lebenden Journalisten **Will Schaber** hat die Universität Dortmund mit der Verleihung des Titels eines Ehrendoktors phil. gewürdigt. Will Schaber, der 1933 ins amerikanische Exil gegangen war, legte nach Kriegsende unter anderem durch wissenschaftliche Publikationen und durch Archivarbeit den Grundstock für die geschichtliche Aufarbeitung des deutschen Journalismus der Weimarer Epoche. In den 15 Jahren ihres Bestehens hat die Dortmunder Universität eine Ehrenpromotion erst sechsmal verliehen.

ERNENNUNG

Die „Bank of China" plant schon in der nächsten Zeit eine Niederlassung in Frankfurt/Main zu errichten. Eine entsprechende Mitteilung erhielt dieser Tage in einem Fernschreiben aus Peking Frankfurts Bürgermeister Dr. **Hans-Jürgen Moog**, der zugleich Wirtschaftsdezernent der Stadt ist. Erster Leiter der neuen Niederlassung soll **Yang Hutian** werden, der bereits in Europa tätig ist, und zwar als stellvertretender Generalmanager der „Bank of China" in Luxemburg. In Frankfurt gibt es heute mehr als 380 Bankenrepräsentanzen mit über 41 000 Arbeitsplätzen.

WAHL

Michael Kröselberg, bisher Diözesanvorsitzender der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) im Erzbistum Köln, ist zum neuen Bundesleiter der KJG gewählt worden. Der bisherige Bundesvorstand mit **Ulrich Thomaßen** und **Luise Schiffer** hatte nicht mehr kandidiert. Eine Nachfolgerin für Frau Schiffer wurde bei der KJG-Bundeskonferenz in Essen nicht gefunden.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hans Jürgen Refior** vom Lehrstuhl für Orthopädie an der Medizinischen Hochschule Hannover hat mit Wirkung vom 1. November den Lehrstuhl für Orthopädie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und die Leitung der Orthopädischen Kliniken übernommen. Er tritt die Nachfolge von Professor Dr. **Michael Jäger** an, der Ende Dezember 1984 verstorben ist.

*

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes Professor Dr. **Roman Herzog** und der Richter des Bundesverfassungsgerichtes Dr. **Dietrich Katzenstein** sind auf Vorschlag der juristischen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen vom baden-württembergischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu Honorarprofessoren bestellt worden.

Paris spricht mit Diepgen auch über Status-Fragen

Frankreich pocht auf seine Verantwortung für Berlin

PETER RUGE, Paris

Mit [illegible] ungewöhnlichen Ehren wird Berlins Regierender Bürgermeister in Paris empfangen. Eberhard Diepgen ist eingeladen, zur Lage der geteilten Stadt heute vor der Nationalversammlung im Palais Bourbon zu sprechen. Ihn erwarten Gaullisten, aber auch Sozialisten.

Berlin ist für nahezu alle Franzosen ein Symbol. Paris erinnert immer wieder gerne daran, daß die Viermächte-Verträge der frühen siebziger Jahre mit ihren genau definierten Klauseln zur Bindung West-Berlins an den Bund mit ein Verdienst französischer Unterhändler sind. Irritiert zeigte man sich daher an der Seine über das Hin und Her im Berliner Senat bei der Behandlung der Diepgen-Einladung zu den Ost-Berliner 750-Jahr-Feiern durch Erich Honecker und dem SED-Oberbürgermeister Erhard Krack. Damit seien Statusfragen berührt. Paris rechnet daher mit einer klaren Antwort von Eberhard Diepgen.

Berlins Regierender Bürgermeister trifft bei seiner dreitägigen Paris-Visite die Führungsspitze Frankreichs. Gestern abend ein Besuch bei Staatspräsident Mitterrand im Elysee-Palast, heute mehrere Treffen mit Frankreichs Außenminister Raimond und dem Präsidenten des Parlaments, Chaban-Delmas. Morgen dann die Begegnung mit Jacques Chirac, dem Premierminister.

Dieses Protokoll unterstreicht nicht nur das Interesse, das vor allem die regierenden Gaullisten und Unionsdemokraten diesem Mann entgegenbringen. Es ist auch ein Signal der 5. Republik für die Verbundenheit mit dem deutschen Freund und Partner.

Diepgens Äußerung im Vorfeld des Besuches, er wolle für seine eventuelle Teilnahme an dem „DDR"-Staatsakt in Berlin keine Ablehnungsgründe suchen, wird an der Seine als Versuch gewertet, den Berlin-Status „dynamisch" auszulegen. Demgegenüber weisen französische Gesprächspartner auf die besonderen Rechte und Pflichten in Berlin hin, die sich für Frankreich aus seiner Rolle als Schutzmacht ergeben. Man wolle nicht einer Verständigung entgegentreten, heißt es. Wenn aber eine Annäherung zur Aufgabe oder Unterhöhlung von Rechtspositionen führe, werde Frankreich seine Verantwortung für Berlin deutlich machen.

Mehr „DDR"-Flüchtlinge

In den ersten zehn Monaten kamen 3774 über die Grenze

WERNER KAHL, Bonn

In diesem Jahr sind bisher mehr als doppelt soviele „DDR"-Bewohner wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres in den Westen geflüchtet. Das geht aus der jetzt der WELT vorliegenden Statistik über Zuwanderer, Flüchtlinge und freigekaufte politische Häftlinge bis zum 31. Oktober hervor.

In den ersten zehn Monaten meldeten sich 3774 Personen aus Mitteldeutschland und Ost-Berlin, denen zum Teil über Drittländer die Flucht gelungen war, bei den Notaufnahme-Behörden in der Bundesrepublik Deutschland.

Die höchste Zahl an „Sperrbrechern" seit Jahresanfang – Flüchtlinge, die Mauer, Drahtzäune und Todesstreifen überwinden konnten – wurde im Oktober mit 50 Flüchtlingen registriert. Insgesamt konnten bisher lediglich 172 „DDR"-Bewohner die tief gestaffelten Hindernisse überwinden. Im Vorjahr betrugen die Vergleichszahlen 1995 Flüchtlinge, darunter 96 „Sperrbrecher".

Mit einer Ausreise-Erlaubnis trafen im vergangenen Monat 1325 Übersiedler in der Bundesrepublik Deutschland ein. Damit erhöhte sich die Zahl der 1986 eingetroffenen Übersiedler, unter ihnen viele Angehörige von hohen Funktionären, auf 17 415. Dies entspricht etwa der Zahl im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Durch Freikauf politischer Häftlinge erreichte die Bundesregierung in diesem Jahr bisher die vorzeitige Entlassung von 1347 Gefangenen. Die Entlassenen berichteten über anhaltende Schikanen in den „DDR"-Gefängnissen.

FDP-Fraktion billigt den „Kronzeugen"

DIETHART GOOS, Bonn

Heute nachmittag berät der Deutsche Bundestag in erster Lesung den Gesetzentwurf der Koalition zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Vorlage wird nach einer Debattenrunde an den zuständigen Rechtsausschuß überwiesen, der für den 14. November eine ausführliche Anhörung von Experten angesetzt hat.

Kernstück der neuen Maßnahmen ist die umstrittene „Kronzeugen"-Regelung. Dazu heißt es im Artikel 3 des Gesetzentwurfs: „Offenbart der Täter oder Teilnehmer einer Straftat nach Paragraph 129 a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung) oder einer mit einer solchen Tat zusammenhängenden Straftat selbst oder durch Vermittlung eines Dritten gegenüber einer Strafverfolgungsbehörde Tatsachen, die geeignet sind, 1. eine solche Straftat über seinen eigenen Tatbeitrag hinaus aufzuklären oder 2. zur Ergreifung eines Mittäters oder Teilnehmners zu führen, so kann der Generalbundesanwalt mit Zustimmung des Ermittlungsrichters von der Verfolgung absehen." Diese Bestimmung gilt auch für die Offenbarung von Tatsachen, „die geeignet sind, 1. eine solche Straftat aufzuklären an der er nicht beteiligt war, oder 2. zur Ergreifung des Täters oder Teilnehmers einer solchen Straftat zu führen". Diese Regelung ist bis zum 31. Dezember 1988 befristet.

FDP-Fraktionschef Mischnick erklärte gestern, seine Fraktion habe sich am Dienstag abend trotz der bei einigen Mitgliedern bestehenden Bedenken nochmals mit überwältigender Mehrheit für die Verabschiedung des Gesetzes in der vorliegenden Form ausgesprochen. Der FDP-Vorsitzende Bangemann verlas vor der Fraktion das ausführliche Protokoll der Präsidiumssitzung vom 20. Oktober, in der die Antiterrormaßnahmen ausdrücklich gebilligt worden waren.

Bayern setzt sich für schärfere Strafvorschriften ein. Bei lebenslanger Haftstrafe soll die Mindestzeit der Verbüßung von 15 auf 20 Jahre erhöht werden, erklärte Justizministerin Berghofer-Weichner bei der Vorlage einer entsprechenden Bundesrats-Initiative. Außerdem sieht der Entwurf schärfere Strafen beim Diebstahl von Waffen, Munition und Sprengstoff sowie bei Geiselnahme vor.

Londoner Experten: Die sowjetischen Programme entsprechen SDI der USA

Institut für Strategische Studien sieht nukleares Gleichgewicht im wesentlichen erhalten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die sowjetischen Programme zur Erforschung, Entwicklung und Erprobung einer weltraum- und bodengestützten Technologie zum Abfangen strategischer Angriffswaffen sind in ihrer Größenordnung dem amerikanischen SDI-Programm vergleichbar. Zu diesem Schluß gelangt das Londoner Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in seiner jüngsten Studie „Military Balance".

Während die Ausgaben der USA für SDI sich im zurückliegenden Jahr von 1,4 auf 2,7 Milliarden Dollar Forschungsaufwendungen fast verdoppelt hätten, seien Zahlen für die sowjetische Seite kaum festzustellen, heißt es in der Analyse.

Vor- und Nachteile

Die Feststellungen des unabhängigen Instituts lassen die Forderung Moskaus, die USA müßten SDI aufgeben oder die Forschung auf die Labors beschränken, damit Abrüstungserfolge bei den Atomwaffen strategischer oder semistrategischer Reichweite möglich würden, in einem anderen Licht erscheinen.

Wie das Institut generell feststellt, herrscht zwischen den Weltmächten ein ungefähres strategisches Gleichgewicht „mit Nach- und Vorteilen auf beiden Seiten". Während die Sowjets einen deutlichen Vorsprung bei landgestützten Interkontinentalraketen hätten, verfügten die Amerikaner über einen 2:1-Vorteil bei U-Boot-gestützten Raketen und einen 4:1-Vorteil bei von Bombern getragenen Atomwaffen.

Die USA und die Sowjetunion seien dabei, die strategischen Angriffswaffen zu modernisieren. Die USA hätten die ersten beiden MX-Raketen in modifizierten Silos von ausgemusterten Minuteman-III-Raketen stationiert. Das erste mit 19 B 1-Bombern ausgerüstete strategische Bombergeschwader sei in Dienst gestellt worden, und der Umbau der älteren B 52-Bomber zu Trägern von Marschflugkörpern schreite voran.

Die Sowjetunion führe die neue mobile Rakete vom Typ SS 25 mit Feststoffantrieb und einem Sprengkopf ein. Der andere Typ SS 24 mit mehreren Sprengköpfen werde weiter getestet. Als wichtigstes strategisches System sei in der Sowjetunion der Bomber mit dem NATO-Codenamen „Blackjack" in der Entwicklung.

In der Analyse wird erstmals öffentlich darauf hingewiesen, daß die NATO in der Bundesrepublik nicht nur 108 Startgeräte für amerikanische Pershing-2-Raketen einsatzbereit stationiert habe, sondern über diese Zahl hinaus in den USA weitere 42 Werferfahrzeuge „als möglicher Ersatz oder Verstärkung" bereitstünden.

„Höchst risikoreich"

Weiter seien 128 US-Marschflugkörper in Westeuropa in Dienst gestellt, und die NATO setze die Verwirklichung des „Doppelbeschlusses" mit der Stationierung weiterer Marschflugkörper fort. Die Sowjetunion habe 270 SS 20-Werfer in Reichweite westeuropäischer Ziele im Einsatz und 171 in Zentralasien sowie im Fernen Osten.

Zum konventionellen Kräfteverhältnis in Europa führt das Institut eine Reihe von „Wenn und Aber" an, unterstreicht aber, daß ein Generalangriff eine „höchst risikoreiche Unternehmung" für beide Seiten wäre. Für den Aggressor wären die Folgen nicht vorhersagbar, besonders wegen des Risikos der nuklearen Eskalation.

Sympathietreffen für RAF verhindert

Münchner Polizei nahm acht Personen fest / Generalbundesanwalt ermittelt

hd./DW. München

Ein Aufgebot von 500 Beamten der Münchner Polizei und des Bundesgrenzschutzes hat in der bayerischen Landeshauptstadt München eine Werbeveranstaltung des sogenannten legalen Umfelds der linksextremistischen „Rote Armee Fraktion" (RAF) verhindert.

Trotz eines Verbots der Münchner Stadtverwaltung hatten sich zu dem RAF-Sympathietreffen zum Thema „Situation der politischen Gefangenen in der BRD" 112 zumeist junge Leute im Saal einer Gaststätte getroffen. Die Polizei nahm vorübergehend acht Besucher fest und kontrollierte im Bereich der weiträumigen Absperrungen insgesamt 199 angereiste Personen, die an dem Treffen teilnehmen wollten.

Für die Veranstaltung war mit Flugblättern und Plakaten geworben worden. Der Generalbundesanwalt leitete gegen die unbekannten Herausgeber der Schriften ein Ermittlungsverfahren wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung ein. Widerstand gegen den massiven Polizeieinsatz und die Beschlagnahme von Materialien habe es nicht gegeben, teilte ein Polizeisprecher mit. Von den Festgenommenen, die später wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, besaßen einige Gasrevolver und Messer. Fast alle sollen wegen Diebstahls, Körperverletzung, Brandstiftung und ähnlicher Delikte der Polizei bekannt sein.

Das Versammlungsverbot, das vom Münchner Kreisverwaltungsreferat im Einvernehmen mit Oberbürgermeister Georg Kronawitter ausgesprochen worden war, hatten die Sicherheitsbehörden nach der Prüfung von Werbeschrfiten für notwendig erachtet. Aus dem Inhalt sei deutlich geworden, daß sich die Teilnehmer der Veranstaltung mit den Mordanschlägen der RAF identifizieren sollten. Der als Treffpunkt vorgesehene Saal war von einer 21jährigen Frau gemietet worden. Die Sicherheitsbehörden rechnen für die nächste Zeit verstärkt mit Aktionen zugunsten inhaftierter Terroristen.

Der neue bayerische Innenminister August Lang (CSU) machte in einer Stellungnahme deutlich, es werde in Bayern auch in Zukunft nicht geduldet, daß bei „oberflächlich als Informationsveranstaltungen kaschierten Treffen offen für Ziele der terroristischen Bande RAF geworben, Unterstützer rekrutiert und Straftaten verherrlicht werden sollen".

Strougal rügt Unfähigkeit des RGW

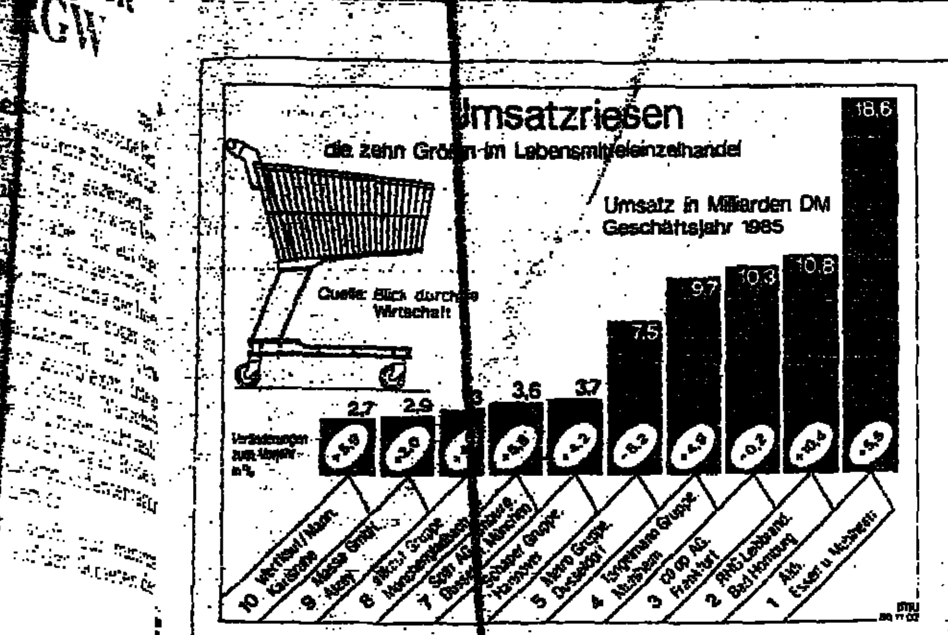
dpa. Prag

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Lubomir Strougal hat dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) schwere Vorwürfe gemacht. Er habe „die auf dem Gipfeltreffen 1984 festgesetzten Aufgaben zur Koordinierung der Investitionen nicht erfüllt und sogar entscheidende Maßnahmen zur Verwirklichung einer komplexen Integration der sozialistischen Wirtschaft aus dem Jahr 1971 noch nicht realisiert". Dies geht aus Strougals Rede auf der RGW-Ministerpräsidententagung in Bukarest hervor.

Es habe auch „nur minimale Ergebnisse" auf den Gebieten der sozialistischen Arbeitsteilung, des Außenhandels, der Währungs-, Preis- und finanziellen Angelegenheiten gegeben. Strougal beklagte ferner, daß die Pläne zum Aufbau der Kernenergie bisher „nicht einmal zu 50 Prozent erfüllt" worden seien.

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hat gestern in Bukarest angekündigt, daß sich die Parteichefs der RGW-Mitgliedsländer in den „nächsten Tagen" in Moskau treffen werden, um über den „Stand des Aufbaus des Sozialismus" zu diskutieren.





Die Umsatzkonzentration im Lebensmittelhandel ist noch nicht beendet. Allein die zehn Größten des Lebensmittelhandels steigerten im vergangenen Jahr ihre Umsätze um 2,5 Mrd. DM. Damit wurde das Umsatzwachstum des gesamten Einzelhandels mit Nahrungs- und Genußmitteln, das bei 2,3 Mrd. DM lag, übertroffen. QUELLE: IMU

FÜR DEN ANLEGER

Massa: Ab sofort werden nominal 60 Mill. DM Stammaktien zum Preis von 515 DM angeboten. (S. 13)

Daimler-Benz: Das Grundkapital wird durch Ausgabe neuer Inhaberstammaktien um 176,5 Mill. DM erhöht. (S. 14)

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 271,71 (274,12); Chemie: 162,17 (165,60); Elektro: 336,17 (339,84); Auto: 719,32 (718,06); Maschinenbau: 151,67 (153,36); Versorgung: 163,01 (163,99); Banken: 394,28 (396,78); Warenhäuser: 185,27 (187,20); Bauwirtschaft: 531,39 (538,83); Konsumgüter: 179,86 (179,45); Versicherung: 1347,38 (1366,99); Stahl: 142,32 (146,18).

Kursgewinner:	DM	+ %
Sumitomo Metal	1,90	8,57
Kawasaki Kisen	2,20	7,32
AAC South Afr.	29,00	5,45
Volvo A Skr. 25	110,00	4,76
Gen.Mng. Union N	24,50	4,26

Kursverlierer:	DM	– %
Mitsui Osk-Line	2,80	6,67
Canon Inc. Nam. A	13,10	6,43
Frankona Rückv.	920,00	5,06
Dyckerhoff	228,00	5,00
Stumpf	116,00	4,92

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Leichter

MÄRKTE & POLITIK

Kammergericht: Die coop AG kann den schleswig-holsteinischen Filialisten Wandmaker übernehmen. Damit wurde eine Untersagungsverfügung des Bundeskartellamtes aufgehoben. Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof wurde zugelassen.

Industrieproduktion: Für den September hat das Statistische Bundesamt einen Rückgang um etwa 1,5 Prozent errechnet.

Treffen: Noch 1986 soll es zu Gesprächen zwischen den Vorsitzenden der Deutsch-Sowjetischen Wirtschaftskommission, Bangemann und Antonow, kommen.

Probleme: Die westeuropäische Lkw-Industrie wird auch in Zukunft einen schweren Stand gegen die japanische Industrie haben. Besonders im Fernen Osten haben sie erhebliche Marktanteile an die japanische Konkurrenz verloren, heißt es in einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	4.11.86	3.11.86	1.7.86	1.8.85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	144,50	145,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	65,75	66,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	116,50	117,00	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

DGB: Die BfG-Tochter Bank für Spareinlagen und Vermögensbildung (BSV) soll nicht verkauft werden, erklärte DGB-Finanzchef Helmut Teitzel in der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit".

Alfa Romeo: Heute soll die Entscheidung über den Verkauf des Automobilherstellers in den Verwaltungsräten fallen.

Trennung: Die zum B.A.T.-Konzern gehörende Batig Gesellschaft für Beteiligungen will sich von der Pegulan Werke AG, zuständig für den Heimausstattungsbereich, trennen. (S. 14)

Fischerei: Rund 1,77 Mrd. DM hat die EG-Kommission für Strukturmaßnahmen in den nächsten fünf Jahren aus dem Agrarfonds angefordert.

Bertelsmann: Mit seinen beiden Neuerwerbungen RCA und Doubleday wird der Bertelsmann Konzern zum weltweit größten Medienunternehmen. (S. 13)

NAMEN



Eberhard von Kuenheim: Der BMW-Vorstandschef hat in Tokio die japanische Regierung aufgefordert, die immer noch bestehenden Importhemmnisse für ausländische Automobile energisch abzubauen.

Iata: Der Chef der venezolanischen Fluggesellschaft, Luis Mendoza Machado, ist zum neuen Präsidenten des Internationalen Luftverkehrverbandes gewählt worden.

WER SAGT'S DENN?

Auch wenn die staatlichen Einnahmen noch so hoch sind, wird stets das dringende Bedürfnis vorliegen, sie voll auszugeben.

C. N. Parkinson

Stillstand der Teuerung beschert stabile Versicherungsprämien

Gestiegener Lebensstandard macht zusätzlichen Assekuranz-Schutz notwendig

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

„Stabiles Geld macht die Risiko- und Altersvorsorge lohnender denn je. Nicht zuletzt bewirkt ein stabiler Geldwert auch stabile Versicherungsprämien." So hebt der Präsident des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Georg Büchner, von den erzielten wirtschaftlichen Fortschritten den Stillstand der Teuerung als wichtigsten hervor. Anläßlich der Mitgliederversammlung des GDV betonte Büchner allerdings, daß es keine vollkommene Stabilität bei den Versicherungsprämien geben könne, da die Schadeninflation wie diesmal in der Autokasko- und in der allgemeinen Haftpflichtversicherung nicht selten eigene Wege gingen.

Neben den stabilen Preisen wirken sich die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt und das anhaltende Wirtschaftswachstum *nachhaltig positiv* auf die Versicherungswirtschaft aus. Gestiegener Lebensstandard in den *privaten Haushalten*, verstärkte Investitionstätigkeit der Unternehmen, Sachkapitalbildung und steigendes *Produktionsvolumen haben zusätzlichen* Versicherungsschutz notwendig gemacht. Die mehr als 400 Unterneh*men der deutschen Assekuranz* werden 1986 mit rund 114 Milliarden Mark 4,5 Prozent mehr an Prämien buchen. Wenn auch das Plus im Vorjahr mit 5,7 Prozent höher ausgefallen ist, war es – anders als 1986 – nicht frei von inflationären Einflüssen.

Der GDV-Jahresbericht 1986 zeichnet die Prämien- und Schadenentwicklung in den einzelnen Sparten durchaus differenziert. So stammt der größte Anteil am Beitragswachstum der Branche aus der Lebensversicherung mit einem Plus von sieben (4,1) Prozent auf 42,1 Milliarden Mark. 1986 wurden mehr als fünf Millionen Verträge mit einer Versicherungssumme von 154 (150,7) Milliarden Mark neu abgeschlossen. Die Kraftfahrtversicherung (plus drei nach 8,4 Prozent auf 33,3 Milliarden Mark), die private Krankenversicherung (plus 1,7 nach 3,4 Prozent auf 13,3 Milliarden Mark) und die Feuerversicherung (plus 2,5 Prozent auf 4,4 Milliarden Mark) blieben unter dem Prämien-Branchenschnitt.

Mehreinnahmen aufgrund ver*tragsbedingter Anpassungen der Ver*sicherungssummen gibt es 1986 kaum oder – wie in der Wohngebäu*deversicherung – gar nicht*. Die privaten Krankenversicherer setzten die Beitragsstabilität der letzten Jahre *fort, in der Auto-Haftpflicht wollen* die Versicherer die Tarife bis Mitte 1988 durchhalten, für Geschäftsversicherungen stehen sogar vereinzelte Prämiensenkungen an.

In der Schadenentwicklung ist nach dem Abflauen im Vorjahr 1986 wieder mit einem verstärkten Schadendruck zu rechnen. Eine Massierung von Großbränden wird der Industrie-Feuerversicherung Verluste von mindestens 100 Millionen Mark aufbürden. Auch die Produkthaftpflicht für Umweltrisiken und USA-Exporte, Schäden durch Verkehrsunfälle, Automarder und Wasserrohrbrüche werfen Schatten auf einzelne Sparten.

Mittel- und längerfristig zeichnet *sich für die Assekuranz eine günstige* Zukunft ab, nicht zuletzt vor dem Hintergrund wachsender Bereit*schaft zu privater Vorsorge*. Angesichts der erheblichen Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung und der *aus demographischen Gründen* zunehmenden Zahl künftig pflegebedürftiger Men*schen sehen vor allem die Lebens-* und Krankenversicherer Auswege in der eigenverantwortlichen Vorsorge. *Die angebotenen Pflegerenten- und* Pflegekrankenversicherungs-Tarife sollten allerdings durch entsprechen*de steuerliche Rahmenbedingungen* gefördert werden.

Wegfall der „Bonisperre" im Gespräch

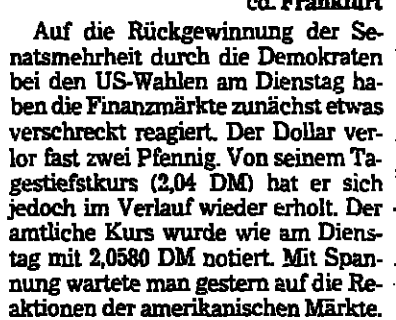
cd. **Frankfurt**

In Bankkreisen wird das bisherige System der Unterbringung von Bundesanleihen durch das Bundesanleihe-Konsortium infrage gestellt. Es beruht darauf, daß sich die Mitgliedsbanken des Konsortiums zu einer langfristigen Unterbringung der Anleihen verpflichten und dafür eine Bonifikation von 1 3/8 Prozent kassieren, die zurückgezahlt werden muß, wenn Anleihestücke innerhalb eines Jahres im Rahmen der Kurspflege an *die Bundesbank zurückfließen*.

Die Bankiers Ratjen (Delbrück & Co) und Menzel (Citibank) forderten eine Abschaffung der einjährigen Bonifikationssperrfrist. Hintergrund dieser Forderungen, die auch von vielen anderen Banken mitgetragen werden: Die Bonifikationssperrfrist verhindert einen Handel von Bundesanleihen zu marktgerechten Kursen. Die Folge ist, daß Konsortialmitglieder in den letzten Monaten, in denen die Rentenkurse unter Druck standen, auf einen erheblichen Teil ihrer Konsortialquoten sitzenblieben.

Mit dem Wegfall der „Bonisperre" dürften zugleich die anderen Fundamente des Bundesanleihekonsortiums auf dem Spiel stehen. Die Bundesbank als Führerin des Konsortiums ist zu Gesprächen mit den Banken bereit.

AUF EIN WORT



„Man wird auch über die Public Relation nie einen Kunden davon überzeugen können, auf einen anderen Konsumartikel zu verzichten, um sich ein modisches Bekleidungsstück anzuschaffen. Denn das wäre ja gerade die logische Konsequenz des Denkens, das der Industrie fälschlicherweise ‚Konsumterror' vorwirft."

Hermann Irringer, Vorsitzender des Verbands der Damenoberbekleidungsindustrie, Köln. FOTO: DIE WELT

Die US-Wahlen lösten kaum Reaktionen aus

cd. **Frankfurt**

Auf die Rückgewinnung der Senatsmehrheit durch die Demokraten bei den US-Wahlen am Dienstag haben die Finanzmärkte zunächst etwas verschreckt reagiert. Der Dollar verlor fast zwei Pfennig. Von seinem Tagestiefstkurs (2,04 DM) hat er sich jedoch im Verlauf wieder erholt. Der amtliche Kurs wurde wie am Dienstag mit 2,0580 DM notiert. Mit Spannung wartete man gestern auf die Reaktionen der amerikanischen Märkte.

Willard C. Butcher, *Chairman* der Chase Bank New York, sagte auf eine entsprechende Frage der WELT, er *rechne nicht mit wesentlichen Ände*rungen in der Finanz, Handels- und Geldpolitik der USA; er begründete dies damit, *daß nicht* Parteidisziplin für die Stimmen im Senat ausschlaggebend sei, sondern die persönliche *Entscheidung der Senatoren*.

An der deutschen Aktienbörse kamen gestern Befürchtungen auf, daß die USA nun einen verstärkt protektionistischen Kurs steuern könnten. Das war für die Börsianer Anlaß zu Positionslösungen, die Kursverluste bis zu fünf Mark zur Folge hatten. Deutliche Abschläge mußten vor allem die Großchemieaktien unter Führung von Hoechst (-7,20 DM) hinnehmen, ferner Stahaktien wie Thyssen und Klöckner.

Saubere Technik und schlampiger Ausdruck

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Den Zeitschriftenverlegern müssen die Worte Otto Schlechts auf der Zunge zergangen sein. Auf der Generalversammlung des Verbandes zerstreute der Staatssekretär im Bundeswirtschaftministerium die *Furcht* vieler, die Expansion der neuen Medien verdränge Leser und Anzeigen. Schlecht glaubt nicht, daß der einzelne sein Medien-Nutzungsverhalten plötzlich ändert.

Durch die neuen Techniken entstehe vielmehr eine Ergänzung, mit deren Hilfe ein gesteigertes Informationsbedürfnis – geweckt durch ein vermehrtes Angebot – gedeckt wird. Außerdem verfügten Zeitschriften über „spezifische kommunikative Leistungen auch für die Werbung", die das Fernsehen nicht erfüllen könne.

Flankenschutz erhielt der Staatssekretär von Gerhard Unholzer, Geschäftsführer von Infratest, München, der voraussieht, daß die privaten Haushalte in den nächsten Jahren sehr viel mehr für Massenmedien aufwenden werden. Zwar würden die *„Neuen" den größten Bissen des zusätzlichen Kuchens verzehren*. Aber für die Druckmedien bleibt nach sei*ner Meinung noch eine Steigerung* von 23 Prozent pro Jahr.

Im Leseverhalten der Bevölkerung *sieht also auch* Unholzer keine Schwierigkeiten. Nur: Mehr Zeitschriften und Zeitungen werden in Zukunft eben schneller verschlungen. Düsterer beurteilt Unholzer hingegen die Entwicklung der Werbeeinnahmen. *Durch* eine Strategieänderung der Werbewirtschaft sieht er Druck entstehen, unter dem die Pu*blikumszeitschriften stark zu leiden* haben, während die Tageszeitungen weitgehend ungeschoren davonkom*men werden*.

Und welche Mängel entstehen im ethischen Bereich durch die Massen*medien, besonders durch die elektro*nischen Medien? Auf der Podiumsdiskussion beschied die Mehrheit, *daß die neuen Möglichkeiten sich zu* informieren nicht die Kultur ruinieren werden. Vielmehr lobte ein Teil *die mögliche Horizonterweiterung*.

In diesem Zusammenhang erinnerte Wolfgang Bergsdorf, Leiter der Abteilung Inland des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, *auch an die Diskussion im 18. Jahr*hundert, als viele Menschen die angehende „Lesewut" als Übel für die Gesellschaft werteten. Es ist anders gekommen. Also zieht Bergsdorf den Schluß, daß die aufkeimende Furcht vor einer schwindenden *Leselust* ebenso unbegründet sein wird.

Gefahr droht allerdings der Sprache, konstatierte Wolf Schneider, Geschäftsführer der Henri-Nannen-Schule. Die modernen Techniken haben dazu geführt, daß bis zu 400 Millionen Worte in einer Stunde auf einen Menschen niederprasseln können. Selber aussprechen wird der einzelne erheblich weniger. Die neuen Medien verstärkten diese Kluft zwischen dem aktiven und dem passiven Sprachgebrauch. Außerdem: Das makellose Schirmbild, das durch die elektronische Texteingabe entsteht, verleitet in den Redaktionen zur Schlampigkeit beim Korrigieren und Redigieren.

Kasse für Massa?

adh. – Runde 900 Millionen Mark bringt der Verkauf der Mehrheit an der Massa AG der Gründerfamilie Kipp in die Kasse. Und doch, schiere Freude will bei den Kipps angesichts des warmen Geldregens nicht aufkommen. Die Trennung von der Mehrheit an dem selbstgeschaffenen Handelsunternehmen ist dem Unternehmensgründer und seinem Sohn mit Sicherheit nicht leicht gefallen. Der nunmehr 63jährige Vollblutunternehmer Kipp gehorcht vielmehr der Not – oder besser dem Steuerrecht. Denn er will sein Lebenswerk beim Eintritt des Erbfalls auf keinen Fall zerschlagen sehen. Das könnte aber leicht passieren, wenn die Erben Erbschaftssteuer, berechnet nach dem Börsenwert des Unternehmens, zahlen müßten. Für diesen Fall soll mit dem „Kasse-machen" vorgesorgt werden: ein konsequenter Schritt nach dem Gang an die Börse über Vorzugsaktien im April dieses Jahres. Auch die Abgabe von mehr als der Hälfte des Grundkapitals macht steuerlich Sinn. Das ist *nämlich steuerrechtlich* eine Betriebsauflösung, und der Erlös daraus wird nur mit dem halben Steuersatz belastet.

Ein totaler Rückzug ins Nichtstun ist freilich von Kipp senior nicht zu erwarten. Er wird weiterhin vom Massa-Aufsichtsrat her dem Management im positiven Sinne auf die Finger schauen. Als Ideengeber steht ihm freilich sein Sohn Ernst-Ludwig, Sprecher im Massa-Vorstand, in nichts nach. Die agile Händler-Familie war bisher immer für Überraschungen gut und wird es wohl auch bleiben. Die angekündigte Zusammenarbeit mit der britischen Nobel-Kaufhaus-Adresse Marks & Spencer ist nur ein Beispiel dafür.

Beginnt der Exodus?

Von HEINZ HECK

Brasilien ist unter allen Entwicklungsländern wohl das dynamischste. Mit einem geradezu tropischen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum hat es die letzten Jahrzehnte zurückgelegt. Das hat insgesamt erstaunliche Fortschritte gebracht, aber auch zahlreiche Probleme verschärft.

Nahezu aus eigener Kraft – mit eigenen Unternehmen internationalen Standards und Tochtergesellschaften ausländischer Elektrokonzerne – entsteht in Itaipu an der Grenze zu Paraguay das mit 12 600 Megawatt größte Kraftwerk der Welt. Eine eindrucksvolle Demonstration der inzwischen erreichten Wirtschaftskraft, aber bei weitem nicht die einzige.

Doch der Energiehunger des einstmals schlafenden Riesen *unter dem Äquator* ist inzwischen so gewaltig, daß *damit selbst bei* konservativer Schätzung gerade der Zubaubedarf für drei Jahre befriedigt wird. Mit anderen Worten: Brasilien braucht alle drei Jahre ein neues Itaipu, wenn *das Wirtschaftswachstum* nicht durch Kapazitätsdefizite schon in den 90er Jahren empfind*lich beeinträchtigt werden soll*. Fachleute sehen jedenfalls in den heutigen Planungen für das Jahr *2000* eine *Erzeugungslücke* von rund 30 000 Megawatt voraus.

> **Nicht nur deutsche Unternehmen ziehen Kapital aus Brasilien ab. Dies vor dem Hintergrund, daß das Land von allen Ländern der Dritten Welt mit über 100 Milliarden Dollar am höchsten verschuldet ist.**

Entsprechend gewaltig ist der Kapitalbedarf. Jahrzehntelang war Brasilien d e r Magnet für Auslandsinvestitionen. Umso bedenklicher, daß dieser für das Land lebenswichtige Zufluß nicht nur ins Stocken gerät, sondern daß es neuerdings sogar zu Abflüssen kommt. Die Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer hat gestern mitgeteilt, daß die Investitionsbilanz mit der Bundesrepublik 1985 erstmals mit 69,2 Millionen Dollar negativ war. 1984 seien dagegen noch 130 Millionen in deutsche Tochterunternehmen geflossen, 1981 sogar 731 Millionen Dollar.

Nicht nur deutsche Unternehmen ziehen Kapital aus Brasilien ab. Die brasilianische Zentralbank beziffert den Abfluß allein im ersten Halbjahr auf insgesamt rund 278 Millionen Dollar und schätzt ihn für das ganze Jahr auf etwa 780 Millionen. Dies vor dem Hintergrund, daß Brasilien von allen Ländern der Dritten Welt mit über 100 Milliarden Dollar am höchsten im Ausland verschuldet ist, von der Inlandsverschuldung nicht zu sprechen.

Staatspräsident José Sarney beteuert im Gespräch mit deutschen Unternehmern und Journalisten, Brasilien werde die bisherige liberale Behandlung des Auslandskapitals beibehalten. Es sei nicht geplant, so Finanzminister Dilson Funaro, Beschränkungen nach dem Vorbild des vor allem auf den Elektronik-Riesen IBM zielenden Informatikgesetzes auch für andere Wirtschaftszweige – etwa die Feinchemie – einzuführen.

Das umstrittene Informatikgesetz reserviert brasilianischen Unternehmen bestimmte Marktanteile. Ausländische Unternehmen haben dies angesichts einer ohnehin zu beobachtenden Verschlechterung des Investitionsklimas als weiteres deutliches Negativ-Signal empfunden. Hinzu kommt, daß sich mit Blick auf die bevorstehenden Parlaments- und Gouverneurswahlen am 15. November Vertreter aller Parteien in auslandskapitalfeindlichen Erklärungen überbieten.

Das neue Parlament wird zugleich als verfassunggebende Versammlung tätig. Die hierfür von einer hochrangigen Kommission vorbereiteten Entwürfe lassen ebenfalls nichts Gutes erwarten.

Rein wirtschaftliche Gründe verstärken die *politisch bedingten Tendenzen*. Brasilien wiederholt den alten Fehler, die Inflation nicht wirklich zu *bekämpfen*, sondern einfach für tot zu erklären. Mit Preis- und Lohnstopp sowie anderen künstlichen Beschränkungen ist diesem Grundübel, das müßte jeder brasilianische Minister wissen, nicht beizukommen. Der Devisen-Schwarzmarktkurs liegt derzeit etwa 100 Prozent über dem offiziellen. Funaro gibt vor, davon nicht sonderlich beunruhigt zu sein und schließt einfach vorübergehend die Wechselstuben.

Wenn der Cruzado-Kurs aber so hoffnungslos überbewertet ist, ergreift jeder Dollar die Flucht, von neuem Kapitalzufluß ganz zu schweigen. Um die Inflation nicht als das alles verschlingende Ungeheuer erscheinen zu lassen, das sie ist, dürfen auch die Staatsbetriebe ihre Preise nicht der Kostenentwicklung anpassen – mit dem Ergebnis nicht nur sinkender Investitionen, sondern auch wachsender Defizite, die über die Notenpresse wiederum die Inflation anheizen.

Ein Beispiel von vielen: Der durchschnittliche Stromtarif ist von 1973 bis 1985 von umgerechnet 8,4 auf 4,8 Pfennig zurückgegangen. Hätte man das Preisniveau nur gehalten, so wäre der Stromverbrauch nicht künstlich angeheizt worden. Es gäbe auch keine drohenden Kapazitätsdefizite. Denn der Bau der in der Bundesrepublik bestellten zwei Kernkraftwerke und anderer Anlagen wäre nicht aus finanziellen Gründen um viele Jahre verzögert worden.

USA behindern Tech-Transfer

Exportbeschränkungen treffen nicht nur den Ostblock

WILHELM HADLER, Brüssel

Die amerikanischen Exportbeschränkungen für sensible Technologien stoßen in der Wirtschaft auf massive Kritik. Industrielle beiderseits des Atlantiks sind nach Ermittlungen von Nato-Parlamentariern durchweg der Ansicht, daß die Embargo-Bestimmungen zu extensiv sind und Geschäfte unnötig behindern.

In einem Ausschußbericht, der für die Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung in Istanbul (14./15.November) bestimmt ist, erwähnt der holländische Abgeordnete Ton Struick van Bemmelen „zahlreiche Beschwerden" über die Bestimmungen Washingtons. Obwohl anerkannt werde, daß es Zweck der Regelungen sei, den Transfer an den Ostblock zu verhindern, gäbe es Besorgnisse, daß dadurch auch der Transfer innerhalb des atlantischen Bündnisses beeinträchtigt werde.

Nach allgemeinem Gefühl beträfen die Kontrollen ein zu breites Spektrum von Gütern. Außerdem gäbe es Klagen darüber, daß selbst für den innereuropäischen Transfer von Waren, die amerikanische Technologie enthalten, Exportlizenzen erforderlich seien. Es könne ferner selbst bei gemeinsamen Verteidigungsprojekten zu Verzögerungen in der Datenübermittlung kommen. Schließlich seien europäische Wisenschaftler gelegentlich von Konferenzen ausgeschlossen worden, die keine geheimen Angelegenheiten betrafen.

Die Prozeduren für die Bearbeitung von Anträgen auf Exportgenehmigung im COCOM (Koordinierungsausschuß für multilaterale Exportkontrollen) sind nach Informationen des Parlamentarierausschusses in letzter Zeit weniger schwerfällig geworden. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Ansicht würden die meisten Anträge genehmigt. Auch gäbe es keinen Anhaltspunkt dafür, daß die USA systematisch von ihrem Vetorecht Gebrauch machten, um Handelsvorteile zu erhalten. „Wenn es wahr ist, daß die Vereinigten Staaten einen härteren Kurs bei Ausnahmewünschen steuern, so deshalb, weil sie zum Ärger vieler ihrer eigenen Gesellschaften einen härteren Kurs bei Exporten in den Ostblock führen." So hätten die USA für den innerstaatlichen Gebrauch eine längere Embargoliste als ihre Alliierten.

Die Amerikaner fürchteten zu Recht den Verlust an Sicherheit durch eine Lockerung ihrer Exportkontrollen. Die Alliierten seien – ebenso zu Recht – besorgt über eine dadurch bedingte Erschwerung ihrer Exporte. Dabei übersehe das Bündnis jedoch die Vorteile eines Kompromisses. So könnten bei einer Annäherung der Exportkontrollen Doppelarbeit im Bereich von Forschung und Entwicklung reduziert und eine schnellere allgemeine Nutzung der Technologie des Bündnisses gesichert werden.

Abstriche bei französischer Konjunktur

Statistikamt revidiert die meisten Prognosen – Günstige Entwicklung beim Preisanstieg

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Konjunkturlage Frankreichs dürfte sich bis zum Ende dieses Jahres weiter verbessern – aber die wirtschaftlichen Ziele, die sich die neue Regierung für 1986 gesetzt hat, würden nicht ganz erreicht. Zu diesem Ergebnis kommt das Nationalinstitut für Statistik (Insee) in seiner vorläufigen „Wirtschaftsbilanz", die allerdings auch von eigenen früheren Prognosen Abstriche macht.

Nachdem das französische Bruttosozialprodukt 1985 nur um 1,4 Prozent gestiegen war, sollte es nach den Regierungsplänen 1986 um 2,5 Prozent zunehmen. Das Insee erwartet jetzt 2,3 Prozent, wobei eine Steigerung des privaten Verbrauchs um real 3,3 (2,5) Prozent und der Unternehmensinvestitionen um drei (zwei) Prozent unterstellt ist. Während der starke Verbrauchsanstieg der letzten Monate nachläßt, würde die Investitionstätigkeit „zumindest in den nächsten Monaten" zunehmen. Außerdem stocken die Unternehmen ihre Vorräte auf.

Dagegen läßt der Außenhandel noch sehr zu wünschen übrig. Von Mitte 1985 bis Mitte 1986 waren die Exporte um real 0,7 Prozent zurückgegangen, während die Importe um 5,7 Prozent zugenommen hatten.

Die französische Handelsbilanz, deren Passivsaldo (dank der Importverbilligung) von 30,7 Mrd. Franc 1985 auf 5,4 Mrd. Franc in den ersten neun Monaten zurückgegangen war, könnte für 1986 ingesamt mit einem Aktivsaldo von 5 Mrd. Franc abschließen, heißt es in dem Bericht. Der Weltmarktanteil Frankreichs wird wie in den letzten zwei Jahren so auch 1986 um real ein Prozent schrumpfen.

In dem Bericht wird ausdrücklich festgestellt, daß die französische Industrie gegenüber den meisten ausländischen Konkurrenten nicht genügend wettbewerbsfähig ist. Das führe vor allem in Zeiten eines starken Verbrauchsanstiegs, wie im ersten Halbjahr, zu übermäßigen Importen. Andererseits leiden die französischen Exporte darunter, daß sie der ausländischen Nachfrage nicht genügend angepaßt sind.

Dies erschwert in Frankreich ein gesundes Wirtschaftswachstum und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, heißt es weiter. Mehr als ihre Stabilisierung sei vorerst nicht zu erwarten.

Am günstigsten ist die Insee-Prognose bei den Preisen. Im Jahresvergleich Dezember dürfte die Inflationsrate nicht mehr als 2,4 Prozent erreichen – die Regierung erstrebt 2,3 Prozent –, wobei der Preisanstieg außerhalb der Energie (Ölprodukte usw.) auf gut 3,5 Prozent veranschlagt wird. Dies ist auch die Rate, um die die Löhne in etwa steigen dürften.

Was die Entwicklung des nächsten Jahres betrifft, so vertritt das Insee im allgemeinen die Auffassung, daß unter einer weiteren Verlangsamung des privaten Verbrauchsanstiegs die Produktion leiden müßte, während sie sich im umgekehrten Fall stärken dürfte – bis sie an die Grenzen der Kapazität stößt, was sehr schnell der Fall sein kann. Der Einfluß der Investitionstätigkeit auf die französische Konjunkturentwicklung wird also sehr gering eingeschätzt. (Die Regierung erwartet für 1987 eine Wachstumsrate von 2,8 Prozent – die privaten Konjunkturinstitute dagegen von nur etwa zwei Prozent.)

Gauner, Diebe, Kommunisten

Frankreich: Stahlaktien und -bezüge sind nichts mehr wert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

„Diebe und Gauner", sogar „Kommunisten", das waren die mildesten Schimpfworte, mit denen die Usinor-Verwaltung zur Generalversammlung von den aufgebrachten Kleinaktionären im Wagramsaal, nahe dem Pariser Triumphbogen, begrüßt wurde. Dort werden sonst Boxkämpfe und Freistilringen veranstaltet. Diesmal ging es um die entschädigungslose Totalverstaatlichung des zweitgrößten französischen Stahlkonzerns. Sacilor, der größte Konzern, kam gestern an die Reihe.

Durch eine „Akkordeon-Aktion" von diversen Kapitalschnitten und -erhöhungen sollen die beiden Ende 1981 nationalisierten Konzerne, in die der Staat in den letzten Jahren rund 100 Mrd. Franc an Subventionen gepumpt hat, auf eine gesunde Grundlage gestellt werden. Im ersten Akt, der mit überwiegender Mehrheit des staatlichen Aktionärs auf der Generalversammlung gebilligt wurde, werden alle derzeitigen Aktien für nichtig erklärt. Da die beiden Konzerne schon seit Jahren hoch verschuldet sind, haben diese Aktien nach Auffassung der Verwaltung längst ihren Wert verloren.

Dasselbe gilt für die Bezugsrechte für neue Aktien. Denn trotz der Sanierungsaktion ist noch nicht abzusehen, wann die beiden Konzerne aus den roten Zahlen kommen. Ihr gemeinsamer Präsident, Francis Mer, rechne damit entgegen bisherigen Erwartungen auch für das nächste Jahr noch nicht. Die diesjährigen Verluste von Usinor veranschlagte er auf 1,- Mrd. Franc, Sacilor dürfte sogar auf 2,8 Mrd. Franc kommen.

So werden wohl kaum Kleinaktionäre von ihren Bezugsrechten Gebrauch machen. Vielmehr wollen sie über ihre Schutzverbände die Verwaltung wegen angeblicher Bilanzfälschung verklagen. Denn Teile des Vermögens der Holdinggesellschaft seien unzulässig auf die Töchter übertragen worden. Außerdem habe man die Bilanz durch Rückstellungen für spätere Verluste belastet.

Wird der Fall also ein Nachspiel haben? Betroffen sind bei Usinor immerhin 19 und bei Sacilor acht Prozent – größtenteils von Institutionellen gehalten – des Kapitals.

PERSONALIEN

Lawrence G. Tesler (41) wurde zum *Vice President of Advanced Technology* der Apple Computer Inc., Cupertino, berufen worden. In der neugeschaffenen Position ist er gleichzeitig Mitglied des Vorstands.

Horst Giegel (44) ist als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand der Franz Haniel & Cie GmbH, Duisburg, berufen worden. Er wird Nachfolger von **Heinz Dieter Hoffmann**, der Ende 1986 in den Ruhestand tritt. **Hoffmann** bleibt dem Unternehmen durch seine Mitgliedschaft in mehreren Aufsichtsgremien verbunden.

Dr. **Hans-Georg Mangold** ist zum Vice President International – Europe, der Masco Corporation, Taylor, Michigan, USA, ernannt worden.

Horst Hinderlich, bisher Vorstandsmitglied Personal bei der HAG General Foods AG, Bremen, ist ab 1. Oktober als Partner in die Personalberatung John Stork & Partners Internationale Unternehmensberater GmbH, Frankfurt, eingetreten.

Chase: Trend zur Universalbank

cd. Frankfurt

Die Chase Manhattan Corporation, Holding der drittgrößten US-Bank (Chase Manhattan Bank, New York) mit 88 Milliarden Dollar Bilanzsumme, entwickelt sich mehr und mehr zu einer Universalbank. Mit dieser Entwicklung steht Chase aber nicht allein da. Diese Erkenntnis sollte den Gesetzgeber veranlassen, das von Auslandsbanken ohnehin unterlaufene amerikanische Trennbanksystem aufgeben, forderte Chase-Chairman Willard C. Butcher in Frankfurt.

Das weltweite Investmentbanking ist bei Chase, deren Erträge etwa zur Hälfte aus dem internationalen Geschäft stammen, die seit einiger Zeit am stärksten wachsende Sparte und das größte Profit-Center der Bank, das ein Viertel zum Gesamtgewinn beisteuert; noch vor drei Jahren brachte es praktisch nichts.

Wie bei anderen Instituten auch, gab vor allem die Verbriefung von Krediten dem Investmentgeschäft starken Auftrieb. Den weltweit zu beobachtende Ersatz klassischen Kreditgeschäfts durch Wertpapiere hält Butcher für gefährlich, weil die Schuldner nach der Auflösung der traditionellen Bank-Kunde-Verbindungen in kritischen Phasen nicht mehr so selbstverständlich mit der Hilfe der Banken rechnen können.

Internationale Finanzen

Tokioter Lizenzen: Acht Auslandsunternehmen, unter ihnen die Commerce Securities Co., Hongkong, hat das japanische Finanzministerium um Genehmigungen zum Betrieb von Wertpapiergeschäften erteilt.

Eurobonds: 7,25prozentige Eurobonds über 150 Mill. Dollar begibt die Crédit Agricole mit Fälligkeit 19. Dezember 1991. Ausgabekurs ist 100,5 Prozent.

Konditionen: Mit einem Kupon von 5,5 Prozent und einem Zeichnungskurs von 99,75 Prozent hat die Weltbank ihre 25jährige Anleihe über 150 Mill. sfr ausgestattet.

Volvo in Japan: Als erstes europäisches Automobilpapier wird die Volvo-Aktie voraussichtlich ab Dezember an der Tokioter Stock Exchange notiert.

Kupon-Kürzung: Von ursprünglich vorgeschlagenen 2,75 Prozent auf 2,625 Prozent hat die Yuasha Funashuko Co. den Kupon für ihre Optionsanleihe über 30 Mill. sfr mit Fälligkeit 1991 gekürzt.

Dollar-Anleihe: Eurobonds in einem Volumen von 100 Mill. Dollar legt die Banca Commerciale Italiana auf. Sie sind mit einem Kupon von 7,5 Prozent und einem Ausgabekurs von 100,875 Prozent ausgestattet. Fälligkeit ist 13. November 1991.

Rothschild: 5,625prozentige Bonds über 100 Mill. sfr begibt die Rothschild Unterberg Holdings Co. Fälligkeit ist 19. Dezember 1993, der Ausgabekurs liegt bei 100,25 Prozent.

Hoher Kupon: Mit einem zehnprozentigen Kupon stattet die Montreal Trustco ihre Euroanleihe über 50 Mill. kanad. Dollar aus. Ausgabekurs ist 101,5 Prozent, Fälligkeit 17. Dezember 1991.

Montedison: In Form verlängerbarer Eurobonds bietet die Montedison Finance Overseas Ltd. eine Anleihe über 500 Mill. F zum Verkauf. Bis zum 4. Dezember 1991 wird für die Pari-Emission ein Kupon von 8,375 Prozent gezahlt.

Interspectorate International: Eine Euroanleihe über 60 Mill. Dollar mit Fälligkeit 3. Dezember 1993 und Optionsscheinen zum Kauf seiner Aktien legt das Unternehmen auf. Der Ausgabekurs liegt bei 100 Prozent, der Kupon ist mit 3,5 Prozent indiziert.

Middenstandsbank: Eine siebenjährige Anleihe über 400 Mill. hfl legt das niederländische Kreditinstitut mit einem Kupon von 6,25 Prozent auf. Der Ausgabekurs wird noch festgelegt. (mdl)

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Weniger Preiskontrollen

Peking (VWD) – Die chinesische Regierung hat sich zur Aufhebung der Preiskontrollen für 749 Güter entschlossen. Dies berichtet „China Daily". Danach gibt es nun u. a. keine Preiskontrollen mehr für Hardware, Sportartikel, Papiererzeugnisse, Spielzeuge und Kosmetika.

„Nugget" ausverkauft

Perth (VWD) – Auf große Nachfrage stieß nach Angaben des Verkaufsagenten Goldcorp. Australia die australische Goldmünze „Nugget". Die erste Serie von 12 000 Sets, bestehend aus jeweils vier Münzen, hätte vollständig an ausländische Interessenten verkauft werden können. Es wurden jedoch 50 Prozent der Auflage für den Inlandsmarkt reserviert. Das komplette Set wird zu 2004 AustrDollar angeboten.

Freies Australien

Canberra (VWD) – Die Regierung hat gestern die Aufhebung einer der letzten Devisenbeschränkungen angekündigt. Künftig werde auch ausländischen Notenbanken und Währungsbehörden der Kauf von australischen Wertpapieren genehmigt.

Teure Pfundstützung

London (dpa/VWD) – Die Interventionen der Bank von England zur Stützung des Pfundes haben die Gold- und Devisenreserven im Oktober um 668 Mill. Dollar auf knapp 22 Mrd. Dollar schrumpfen lassen.

Werftenkrise spitzt sich zu

Paris (J. Sch.) – Die französische Schiffbaukrise hält an. Nach dem Zusammenbruch der privaten Werftgruppe Normed hat jetzt auch die staatliche Chantiers de l'Atlantique einen Rückschlag erlitten. Ein französischer und ein amerikanischer Großauftrag gingen an Italien und Südkorea. Dadurch entfallen 3,5 Mill. Arbeitsstunden. Vor allem enttäuschte, daß Sitmar Cruises den Anschlußauftrag für einen zweiten Kreuzfahrtriesen von 150 Mill. Dollar annullierte.

Hermes-Bürgschaft

Bonn (dpa/VWD) – Argentinien erhält eine Hermes-Bürgschaft in Höhe von 80 Mill. DM. Dies wurde bei den deutsch-argentinischen Wirtschaftsgesprächen vereinbart. Die Bürgschaft erfaßt nur einen Teil der deutschen Exporte, die 1985 ein Volumen von 1,46 Mrd. DM erreichten.

Weniger Autoexporte

Tokio (dpa/VWD) – Die japanischen Autoproduzenten rechnen für 1986 wegen der Yen-Aufwertung erstmals seit vier Jahren mit einem Exportrückgang. Das „Japan Economic Journal" berichtete in seiner jüngsten Ausgabe, die Hersteller erwarteten einen Rückgang der Ausfuhren um 2,1 Prozent auf 6,58 Millionen Autos.

1900 km „All American"

Bonn (DW.) – Der erste, rund 1900 km lange Bauabschnitt der geplanten „All American"-Pipeline von Kalifornien bis zum Golf von Mexico ist fertiggestellt. Mit rund 2800 km wird die geamte Ölleitung gut doppelt so lang wie die berühmte Trans-Alaska-Pipeline. Die Fertigstellung des Baus ist für 1987 geplant.

2 Mrd. Dollar für Fokker

Amsterdam (dpa/VWD) – Der niederländische Flugzheug-Hersteller Fokker hat gestern einen Auftrag für die Lieferung von 40 Maschinen des Typs Fokker-100 im Wert von 2 Mrd. Dollar und eine Option auf weitere 60 Fokker-100 erhalten.

Preispolitik der Opec quält US-Ölfirmen

G. BRÜGGEMANN, Washington

Die Erdölindustrie der Vereinigten Staaten ist in Bedrängnis. Die Fördermenge des nach der Sowjetunion zweitgrößten Ölproduzenten ist von neun Millionen Barrel pro Tag auf unter 8,7 Millionen gefallen; ein weiterer Rückgang ist trotz steigender Nachfrage im eigenen Lande abzusehen. Diese Entwicklung ist eine Folge der Ölpolitik Saudi-Arabiens, die im Verlauf des letzten Jahres die Rohölpreise von über 30 Dollar pro Barrel auf gegenwärtig etwa 14 Dollar hat fallen lassen. Das hat dazu geführt, daß viele amerikanische Ölfelder unwirtschaftlich geworden sind.

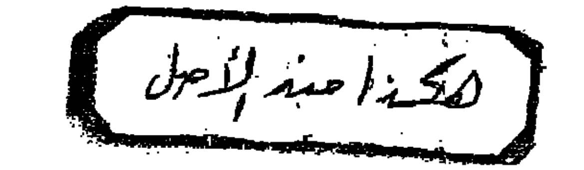
Als in der vergangenen Woche der mächtige saudische Ölminister Ahmed Zaki Yamani, der als der Erfinder der Politik des Preisverfalls gilt, überraschend sein Amt verlor, kam in den Manager-Suiten der Ölindustrie die Hoffnung auf, die Zeiten könnten wieder besser werden. Auch die Anleger reagierten prompt. Ölaktien gehörten zu den Wall-Street-Favoriten der vergangenen Woche. Aber schon wenige Tage später kehrte der Alltag zurück und damit die Einsicht, daß die Zeiten vorerst schlecht bleiben.

Zwar will Yamanis Nachfolger offenbar eine Politik betreiben, die zu Preiserhöhungen führt; aber die angestrebten 18 Dollar pro Barrel – sofern sie denn überhaupt am Markt durchzusetzen sind – bleiben weit hinter den Preisen zurück, die die amerikanische Erdölindustrie benötigt, um wieder profitabel zu werden. Manche Experten vertreten die Ansicht, daß ein Barrel-Preis von mindestens 24 Dollar erforderlich wäre, um den weiteren Rückgang der Ölförderung in den Vereinigten Staaten aufzuhalten. Die Aufschließung neuer Quellen rechnet sich in Amerika wegen der vielfach nur geringen Ergiebigkeit und der hohen Förderkosten jetzt erst ab 28 Dollar pro Barrel.

Nach einer Untersuchung des American Petroleum Instituts könnte die US-Produktion bei einem Preis von 28 Dollar pro Barrel wieder auf neun Millionen Barrel pro Tag zurückkehren. Bei einem Preis von 20 Dollar werde sie 1987 auf 8,5 Millionen und 1991 auf 7,5 Millionen Barrel fallen. Bei 15 Dollar pro Barrel, dem gegenwärtigen Preisniveau, darf 1987 mit einer Förderung von acht Millionen und 1991 mit 6,2 Millionen Barrel pro Tag gerechnet werden. Sollte der Preis auf zehn Dollar je Barrel fallen, was nicht völlig ausgeschlossen werden könne, würden nur noch 7,1 Millionen 1987 und 5,1 Millionen Barrel pro Tag 1991 gefördert.

Härter noch als die größten Öl-Multis sind die unabhängigen Ölproduzenten von dem Preisrückgang betroffen. Eine beträchtliche Zahl ist aus dem Markt ausgeschieden; die verbleibenden Unternehmen erlitten im 1. Halbjahr 1986 bei einem Umsatz von rund 45 Milliarden Dollar einen Verlust von 3,45 Milliarden Dollar. Der zuständige Verband hat jetzt Präsident Reagan aufgefordert, Sofortmaßnahmen zu ergreifen.

Sie denken dabei vor allem an eine Importabgabe, die dann angewendet werden soll, wenn – wie es in einem Verbandsbericht für den Präsidenten heißt – „die führenden arabischen Opec-Länder fortfahren, die Ölpreise unter dem Niveau festzuhalten, das erforderlich ist", um angemessene amerikanische Ölreserven sicherzustellen. Es kann durchaus sein, daß der Präsident, der sonst von Importabgaben nur wenig hält, in diesem Fall eine Ausnahme machen könnte.



Stammaktien von Massa

Zeichnung beginnt sofort zum Preis von 515 Mark

INGE ADHAM, Frankfurt

Zum Preis von 515 DM je 50 DM-Aktie bietet ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank nominal 60 Mill. DM Stammaktien der Massa AG, Alzey, ab sofort zur Zeichnung an. Die erste Börsennotiz in Frankfurt und Düsseldorf ist für den 24. November vorgesehen. Während die Vorzugsaktien im April dieses Jahres (Volumen nominal 23 Mill. DM) bei einem Ausgabekurs von 225 DM mit dem 14,5fachen des Jahresgewinns bewertet wurden, errechnet sich jetzt für die Stammaktien das 23,4fache.

Für deutsche Handelswerte liegt das Kurs/Gewinn-Verhältnis zur Zeit zwischen 25 und 30, vor diesem Hintergrund und angesichts des anhaltend günstigen Konsumklimas sieht Ulrich Weiss, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank für die Massa-Stämme noch Kurspotential nach oben. Die Massa-Vorzugsaktien notierten zuletzt knapp unter 500 DM.

Der breiten Streuung der Massa-Stammaktien vorangegangen ist bereits die Plazierung von nominal 30 Mill. DM bei in- und ausländischen institutionellen Anlegern und der Familie Kipp, den bisherigen Anteilsinhabern, nahestehenden Kreisen. Mit der Auflage, vor Ablauf bestimmter Fristen keine Aktien an den Markt zu bringen, war für diese Erwerber ein etwas günstigerer Preis verbunden, aber insgesamt bringt die Trennung von der Mehrheit der Massa-Stammaktien der Familie rund 900 Mill. DM in die Kasse. Massa-Gründer und Aufsichtsratsvorsitzender Karl-Heinz Kipp will mit diesem Schritt das Bestehen der Massa AG von zukünftigen steuerlichen Belastungen für die Gründerfamilie unabhängig machen.

Nach der Plazierung werden weiter 37 Mill. DM des Kapitals (gesamt 150 Mill. DM) und gut 30 Prozent der Stimmrechte von der Familie Kipp gehalten, ein Anteil, der möglichst an Wert gewinnen soll, so Ernst-Ludwig Kipp, Vorstandssprecher der Massa AG. In diesem Jahr erwartet die Gruppe einen Außenumsatz (ohne Mehrwertsteuer) von 3,15 (2,93) Mrd. DM. Bei der rund zehnprozentigen Umsatzsteigerung, die vor allem aus neuen Aktivitäten stammt, soll der Jahresüberschuß auf zwischen 55 und 60 Mill. DM mehr als verdoppelt werden. Je Aktie erwarten die Deutsche Bank-Analysten ein Ergebnis von 18,50 (10) DM je Aktie, für das nächste Jahr werden 22 DM je Aktie erwartet.

Angesichts der bisher positiven Entwicklung wird auch die Dividende – die neuen Stammaktien sind für das ganze Jahr 1986 dividendenberechtigt – höher ausfallen als bei der Einführung der Vorzüge und im Prospekt mit 8 (Vorzüge: 9) DM angekündigt, meint Ernst-Ludwig Kipp.

Für die nächsten 5 Jahre hat sich die Gruppe unter Kipps zupackendem Management einiges vorgenommen, um bis 1990 den Umsatz bis auf 5 Mrd. DM und gleichzeitig den Gewinn (vor Abschreibungen und Steuern) auf über fünf Prozent vom Umsatz zu bringen. Nach Einführung des Autogeschäfts (Rover) mit in diesem Jahr rund 8000 verkauften Fahrzeugen, dem Angebot von Dienstleistungen in den 27 Märkten (Friseure, Optiker, Versicherungen und Finanzkauf), dem Start von Einrichtungsmärkten und Versandhandel plant Kipp für das nächste Jahr die Einführung einer Kundenkarte („massa card").

Ab März werden in Zusammenarbeit mit der britischen Kaufhauskette Marks & Spencer erste Textilfachmärkte in Massa-Märkten eingerichtet. „Wir haben auch für die neunziger Jahre ein unschlagbares Konzept", meint Kipp. Mit dem Weg zum „Discount Shopping Center" sollen die Märkte attraktiver, aber nicht teurer werden: Auch Massa will Einkaufen zum Erlebnis machen.

Fusionswelle an der Wall Street

„Torschlußpanik" vor Auslaufen des Steuerrechts

dpa/VWD, New York

Das auslaufende amerikanische Steuerrecht hat in der US-Wirtschaft eine Welle von Firmenzusammenschlüssen in Gang gesetzt. Unternehmen beeilen sich, Übernahme- oder Verkaufspläne noch vor Jahresultimo abzuwickeln, weil danach eine Reihe wichtiger Steuersparmöglichkeiten wegfällt. Wall-Street-Kenner und Firmenmakler sprechen von einer „wahren Torschlußpanik", die selbst Weltkonzerne wie die Hoechst AG erfaßt hat: Am Montag wurde die Übernahme der amerikanischen Celanese Corporation durch den Frankfurter Chemie- und Pharmariesen für rund 6 Mrd. DM bekanntgegegeben.

Nach einer Erhebung der Fachzeitschrift „Mergers + Acquisitions" wurden im September 431 Zusammenschlüsse und Übernahmen mit 21,6 Mrd. Dollar (43,2 Mrd. DM) Gesamtwert bekanntgegeben. Im September 1985 waren es 343 mit 17,1 Mrd. Dollar (derzeit 34,2 Mrd. DM) Gesamtwert.

Unternehmensmakler an der Wall Street werden mit Transaktionen nahezu überschwemmt, und manche müssen lukrative Aufträge mangels Personal zurückweisen. Bei Merrill Lynch, dem führenden Maklerunternehmen, ist zu hören, daß die leitenden Partner oft mehrere Übernahmen zugleich abfertigen. „Was sonst Wochen in Anspruch nahm, müssen wir heute in ein paar Tagen erledigen, um den Steuertermin nicht zu verpassen", klagte ein Merrill-Lynch-Spezialist.

Die Umwälzungen in der amerikanischen Unternehmenswelt lassen sich in allen möglichen Formen beobachten. Die einen verschaffen sich an der Börse Kontrolle über einen Konkurrenten. Dabei tut das Management des Übernahmeobjekts meist alles, um die Pläne des Eindringlings zu durchkreuzen. Andere ändern im Einvernehmen mit dem Management die Besitzverhältnisse.

Wieder andere Firmen krempeln ihren Betrieb von Grund auf um, veräußern Unternehmensteile, kaufen eigene Aktien zurück, um im Rahmen solcher Restrukturierungen den Börsenwert der Gesellschaft anzuheben. Ein Musterbeispiel dafür ist die Celanese, deren Aktie sich seit Ende 1984 im Zuge der Neuordnung mehr als verdreifacht hat. Entsprechend hoch war für Hoechst auch der Kaufpreis.

Einige Unternehmen nennen die ab 1. Januar in Kraft tretende Steuerreform als Hauptgrund für ihre Entscheidungen. Im Oktober zum Beispiel gab SFN Companies den Verkauf von zwei ihrer Verlagshäuser an Time Inc. und International Thomson Organisation Ltd. für 790 Mill. Dollar bekannt. „Wenn unsere Steuerschuld nicht so hoch gewesen wäre", sagt SFN-Chef Jack Purcell, „hätten wir nicht so hastig gehandelt".

Das neue Steuergesetz ist sowohl für den Verkäufer als auch für den Käufer ein Grund, noch vor dem Ende des Jahres zu handeln. Interessant für den Erwerber ist das schnelle Zuschlagen deshalb, weil die Wirtschaft vom 1. Januar an auf die Gutschrift von sechs bis zehn Prozent für Investitionen verzichten muß. Aktionäre, die ihre Anteile noch in diesem Jahr verkaufen, zahlen weniger Kapitalertragssteuer als im nächsten Jahr.

Amerikanisches Engagement in drei Jahren verdaut

Finanzierungspaket für Firmenkäufe in den USA schon geschnürt – Ertragskraft bewegt sich weiter auf hohem Niveau

DOMINIK SCHMIDT, Gütersloh

Der Erwerb des US-Verlagshauses Doubleday und der Musikaktivitäten von RCA durch die Bertelsmann AG wird von dem Gütersloher Medienkonzern als eine „historische Chance" begriffen, die genau der Unternehmensstrategie entspricht. Mit der systematischen Suche nach geeigneten Projekten in den USA, so Bertelsmann-Vorstandschef Mark Wössner, sei bereits 1985 begonnen worden. Wer international erfolgreich am Medienmarkt operieren wolle, brauche ein starkes Standbein in den USA.

Das zeitliche Zusammentreffen der beiden Akquisitionen – mit dem Abschluß der Verträge wird Anfang Dezember gerechnet – wirke natürlich belastend, meinte Wössner. Dies gelte aber mehr für den Arbeitsaufwand als für die finanzielle Seite. Finanzvorstand Hermann Hoffmann beziffert den benötigten Finanzrahmen auf 850 Mill. Dollar. Probleme bei der Mittelbeschaffung gebe es nicht. Bertelsmann verfüge über liquide Mittel von 800 Mill. DM. Umgerechnet 250 Mill. Dollar davon seien für die US-Engagements „greifbar". Weitere 200 Mill. Dollar fließen aus einer bereits aufgelegten US-Anleihe zu; an Bankendarlehen (bereits anfinanziert) werden 300 Mill. Dollar aufgenommen. Die restlichen 100 Mill. Dollar stammen aus Genußkapital, das in Kürze in den USA emittiert wird.

Wössner geht davon aus, daß beide Projekte „in drei Jahren verdaut" sind. Dies gelte auch für die Entwicklung der Eigenkapitalquote, für den Schuldentilgungsfaktor und die Genußkapital-Verzinsung. Vorgesehen sind 160 Mill. DM Abschreibungen pro Jahr. Den Vorwurf, Bertelsmann habe speziell für Doubleday zu viel bezahlt, wies Wössner zurück. Zudem habe es drei ernsthafte Mitbewerber gegeben. Für das RCA-Musikgeschäft sei ein Kaufpreis von über 300 Mill. Dollar gezahlt worden.

Nach der Einbeziehung von RCA und Doubleday wird Bertelsmann in den USA einen Umsatz von über 3 Mrd. DM repräsentieren. Davon entfallen auf RCA 1,9 Mrd. DM und auf den Verlag 0,9 Mrd. DM. Der hohe Abschreibungsbedarf wird sich vor allem im Jahresüberschuß niederschlagen. Er wird im laufenden Geschäftsjahr 1986/87 (30. 6.) nach vorläufiger Rechnung auf 190 Mill. DM und 1987/88 auf 150 Mill. DM absaken. Mit dem Jahr 1988/89 (300 Mill. DM), so Wössner, wird der „Durchhänger" dann aber beendet sein.

Mit den üblichen Attributen („erfolgreich und ertragsstark") kommentieren Wössner und Hoffmann die Entwicklung im Geschäftsjahr 1985/86. Der konsolidierte Umsatz nahm um 2,2 Prozent auf 7,61 (7,44) Mrd. DM zu. Bei Ausklammerung der Währungskurseffekte hätte sich ein Plus von fast neun Prozent errechnet. Das Auslandsgeschäft erreichte einen Anteil von 57 (58) Prozent. Vom Gesamtumsatz entfielen auf Gruner + Jahr 2,43 (2,35) Mrd. DM, auf das Buchklubgeschäft 1,95 (1,86) Mrd. DM und auf die Verlage 1,14 Mrd. DM. Die Ausgliederung von Sonopress ließ den Umsatz der Druckbetriebe auf 1,52 (1,56) Mrd. DM zurückgehen. Den gleichen Effekt gab es beim Unternehmensbereich Musik und Video nach der Ausgliederung der ausländischen Teile (410 nach 532 Mill. DM). Elektronische Medien verzeichneten einen Umsatz von 154 Mill. DM.

Höhere Steuerzahlungen und Gewinnausschüttungen führten zu einem Rückgang des Netto-Cash-flow um 14 Prozent auf 456 (531) Mill. DM. Der Jahresüberschuß dürfte bei 325 (337) Mill. DM liegen. Die Eigenkapitalquote erreicht 27,4 (27,3) Prozent. Das ursprüngliche Ziel von 28,5 Prozent wurde verfehlt, weil die Erhöhung der liquiden Mittel auf 800 (400) Mill. DM bilanzwirksam wurde. Die Investitionen erreichten gut 400 Mill. DM. Hinzu kommen 300 Mill. DM an investitionsähnlichen Belieferungsrechten. Die Ertragskraft hat sich auf 760 (662) Mill. DM verbessert.

Über die Ergebnisbeiträge der einzelnen Unternehmensbereiche wollte Wössner keine detallierten Angaben machen. Immerhin sei jetzt aber auch die Sparte Musik/Video in der Gewinnzone (rund 20 Mill. DM). Ertragsstärkster Bereich sei Gruner + Jahr. Unter den Buchklubs zeige sich der französische Klub weiter in blendender Verfassung (Überschuß rund 200 Mill. DM). In der Bundesrepublik sei der Mitgliederschwund erheblich gebremst worden; die eingeleiteten Reformmaßnahmen würden jetzt zu wirken beginnen. Sorgen gebe es noch immer in England. Bei den Elektronischen Medien stehe Bertelsmann an der „Schwelle zum Durchbruch". In diesem Bereich seien bis 1988/89 Investitionen von 450 Mill. DM geplant.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wachwechsel bei Esso

Hamburg (JB.) – Wolfgang Oehme (63), der seit 15 Jahren Vorstandsvorsitzender der Esso AG, Hamburg, ist, wird zum Jahresende ausscheiden und nach der Hauptversammlung 1987 den Vorsitz im Aufsichtsrat der Esso übernehmen. Zu seinem Nachfolger ist Thomas Kohlmorgen (58) bestellt worden, der dem Vorstand seit 1975 angehört und Stellvertreter von Oehme ist. Esso-Vorstandsmitglied Eckart Edye (61) scheidet ebenfalls zum Jahresende aus. Der Esso-Vorstand verringert sich damit von 5 auf 4 Mitglieder.

Auf Erfolgskurs

München (sz.) – Bei der auf Zeitschriften und Bücher des Elektronikbereichs sowie Software spezialisierten Markt & Technik Verlag AG, München, richten sich jetzt alle Hoffnungen darauf, zum Jahresende die Umsatzmarke von 100 (86) Mill. DM überschreiten zu können. Bereits die ersten neun Monate 1986 brachten, wie es im jüngsten Zwischenbericht heißt, ein Umsatzplus von 36 Prozent auf 82,8 (60,7) Mill. DM. Der Gewinn vor Steuern per Ende September stieg um 26 Prozent auf 7,7 (6,1) Mill. DM. Nach den bisherigen Erfahrungen sei das vierte Quartal üblicherweise besonders umsatzstark.

Fusion

Bielefeld (hdt.) – Die Druckerei und Buchbinderei Richard Dohse & Sohn („rido"), Bielefeld, steigt schrittweise beim bisherigen Wettbewerber J. D. Broelemann GmbH & Co. KG ein. Damit wird es zu einer Fusion der beiden Kalenderhersteller am traditionellen Standort Bielefeld kommen. Zusammen mit zwei weiteren Unternehmen, der E. Gundlach KG und den Eilers-Werken, vereinigen sie etwa 65 Prozent der deutschen Kalender-Produktion auf sich. Dohse beschäftigt rund 330 Mitarbeiter, der Jahresumsatz liegt bei 40 Mill. DM. Umsatz und Mitarbeiterzahl bei Broelemann liegen nur wenig darunter.

Neues Kopierwerk

Hamburg (dpa/VWD) – Das japanische Unternehmen Konishiroku Photo Industries (Konica) wird für rund 20 Mill. DM in Lüneburg ein Werk zur Herstellung von Fotokopierern errichten. Ende 1987 sollen die ersten Geräte zusammen mit zukünftigen Neuentwicklungen für die Bürokommunikation vom Band laufen. In der Anfangsphase werden in Lüneburg 100 Mitarbeiter beschäftigt. Geplant ist der Ausbau des Werkes auf „einige hundert" Arbeitsplätze.

Nachfrage gestiegen

München (sz.) – Von der sprunghaft gestiegenen Nachfrage nach Compact-Disc-Tonträgern und -Abspielgeräten profitiert zunehmend auch die Spritzgießmaschinen-Sparte der Münchner Krauss-Maffei AG. Mit einem Auftragsvolumen von über 80 Maschinen für die Herstellung von CD-Platten (etwa 40 sind bereits ausgeliefert) ist das Unternehmen nach eigenen Angaben inzwischen sogar zu einem der führenden Anbieter dieser neuen Produktionstechnik geworden. Weltweit seien derzeit insgesamt 400 bis 500 solcher Maschinen installiert oder bestellt. Den Wert einer kompletten CD-Herstellungslinie beziffert Krauss-Maffei auf 1,5 bis 2,0 Mill. DM. Und auch für die Zukunft rechen sich die Münchner noch gute Chancen aus, da bis 1900 die Produktionskapazitäten von derzeit rund 200 Mill. CD-Platten auf annähernd 1 Mrd. Einheiten erweitert werden dürften.

Gemeinsame Forschung

Bochum (dpa/VWD) – Die Krupp Stahl AG, Bochum, hat mit dem japanischen Stahlhersteller Nippon Metal Industry ein Forschungs- und Entwicklungsabkommen für das direkte Bandgießen rostfreier Stähle abgeschlossen. Die beiden Gesellschaften wollen damit die industrielle Anwendung der neuen Technologie, mit der Stahlband direkt aus der Schmelze hergestellt wird, beschleunigen.

Weiterer Gesellschafter

Hannover (dos) – Die Gundlach & Sülter AG Neue Medien, Hannover, die sich mit der Beschaffung von Kapital für städtische Verkabelungsprojekte befaßt, hat ihren Gesellschafterkreis erweitert. Wie der Vorstand mitteilt, hat die BB-Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, eine Tochter der Berliner Bank AG, 5 Prozent des Ende September um 5 auf 6 Mill. DM erhöhten Grundkapitals erworben. Mit der Hannover Finanz GmbH – die HDI-Tochter hält bei Gundlach & Sülter eine Schachtelbeteiligung – sind jetzt zwei institutionelle Gesellschafter engagiert.

Versicherungsverluste mit Kapitalerträgen wettgemacht

Frankona Rück hat nur auf wenigen spezialisierten Märkten die Wachstumsmöglichkeiten wahrnehmen können

DANKWARD SEITZ, München

Mit einem wesentlich stärkeren Wachstum der Prämieneinnahmen als zuletzt auf dann erstmals einiges über 1,5 Mrd. DM rechnet die Frankona Rückversicherungs-AG, München, für das laufende Jahr. Allerdings ist dabei nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Achim Kann eine sehr differenzierte Entwicklung des Versicherungsgeschäfts zu verzeichnen. Während sich nämlich Prämienerhöhungen vor allem in der Haftpflicht positiv auswirkten, verharrten die Sätze für industrielle Risiken dagegen weiterhin auf einem „zu niedrigen" Niveau. Doch vom bisher „wesentlich günstigeren" Schadenverlauf gesehen, erscheine vorsichtiger Optimismus angebracht, daß das versicherungs-technische Ergebnis diesmal besser ausfallen wird als im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Daß das Prämienwachstum 1985/86 (30. 6.) relativ bescheiden ausfiel, begründete Kann zum einen mit dem „generell geringen Angebot zu akzeptablen Ertragschancen". So habe man nur auf wenigen spezialisierten Märkten (Kredite, Luftfahrt) Wachstumsmöglichkeiten wahrnehmen können. Zum anderen sei zu berücksichtigen, daß allein durch die gesunkenen Wechselkurse von Dollar und Pfund ein Plus von etwa sechs Prozent verloren gegangen sei, was auch in dem gesunkenen Auslandsanteil zum Ausdruck komme.

„Nicht zufrieden, obwohl die Frankona in Relation zu anderen Rückversicherern noch ganz gut dasteht", zeigte sich Kann mit dem versicherungs-technischen Ergebnis. Obwohl in wichtigen Sparten Verbesserungen erzielt worden seien, kamen diese vor allem wegen des „betrüblichen" Verlaufs bedingt durch Großschäden und der permanenten Untertarifierung in der Feuerversicherung (30 Prozent Anteil am Bestand) nicht zum Tragen.

Die Kapitalerträge von Brutto 124 (116) Mill. DM erlaubten es, diesen Verlust auszugleichen und neben einer höheren Schwankungsrückstellung noch 27,6 Mill. DM den versicherungs-technischen Rückstellungen zuzuführen. Aus dem Jahresüberschuß von 7,0 (4,6) Mill. DM soll zur unveränderten Dividende von zwölf Prozent ein Bonus von zwei Prozent zum 100jährigen Firmenjubiläum ausgeschüttet werden. Weiter wird der Hauptversammlung (15. Dezember) vorgeschlagen, nach der jüngsten Kapitalerhöhung auf 85,5 (57) Mill. DM wieder ein genehmigtes Kapital von 30 Mill. DM zu schaffen.

Nicht mehr am Frankona-Grundkapital beteiligt ist seit einiger Zeit die Vereinigte Haftpflicht Versicherung (VHV), Hannover, die ihren Anteil von 12,6 Prozent – unverändert gut 53 Prozent hält der Gerling-Konzern – verkauft hat. Aus diesem Grund wird auch VHV-Vorstandsmitglied Hans-Joachim Scherzberg sein Aufsichtsratsmandat niederlegen. Aus diesem Gremium ausscheiden wird auch Detlef Wunderlich. Zu ihren Nachfolgern sollen Alfons Titzrath, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, und Günter Völker, Vorstandsvorsitzender der Barmenia-Versicherungen, berufen werden.

Frankona Rück	1985/86	±%
Bruttoprämie (Mill. DM)	1 473,7	+ 3,2
Auslandsanteil (%)	41,3	(42,6)
Netto-Prämie [1]	1 119,4	+ 1,1
Selbstbehalt (%)	76,0	(77,5)
Aufw. f. Vers.-Fälle	749,2	- 1,4
Vers.-techn. Ergebn. [2]	- 45,4	(- 39,6)
Kapitalanlagen [3]	1 108,1	+ 16,2
Kapitalerträge [4]	58,0	- 15,5
in % der Nettoprämie	1982/83	1981/82
Vers.-techn. Ergebn.	- 4,1	- 3,6
Vers.-techn. Rückst.	181,3	173,8
Garantiemittel	198,5	185,7
Betriebskosten	29,8	30,1
Eigenkapital	17,2	12,0

[1] Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeiträge; [2] nach Zuführung von 19,0 (16,0) Mill. DM zu den Schwankungsrückstellungen und vor Abzug d. Aufwendungen f. eigene Verwaltung; [3] ohne Depotforderungen; [4] netto.

Tesa klebte flott, aber weniger als zunächst erhofft

adh. Frankfurt

Ganz so flott wie geplant ist es mit dem Wachstum der Tesa-Sparte der Beiersdorf AG, Hamburg, in diesem Jahr nicht vorangegangen. Der Einfluß der Dollarkurs-Entwicklung hat sich in Mark umgerechnet bremsend ausgewirkt, so daß mit einem Umsatzplus von zwei Prozent auf knapp eine Milliarde DM diese Grenze noch nicht überschritten wird. Kurt-Friedrich Ladendorf, für Tesa zuständiges Vorstandsmitglied von Beiersdorf, ist gleichwohl recht zufrieden. Zwar stieg auch der Anteil des Umsatzes, den Tesa mit Industriekunden macht, nur um zwei Prozent auf 745 Mill. DM, aber die Geschäfte bei Sonderprodukten wuchsen mit einem Plus von sechs Prozent deutlich schneller als die übrigen Bereiche. Sonderprodukte sind zwar forschungsaufwendiger als andere Gebiete des großen deutschen Klebeband-Herstellers, sie bringen aber auch entsprechend bessere Gewinne. Dazu gehören Chipgurte für die Elektronikindustrie ebenso wie die Endlosklebung bei der Herstellung von Papier- und Folienbahnen.

Jüngstes Kind der Tesa-Forschung: ein laserbeschriftetes Folienschild, mit dem die herkömmlichen Metall-Typenschilder beispielsweise im Maschinenbau ersetzt werden können. Im Verpackungsklebeband-Bereich, der traditionellen Tesa-Domäne, spürt man dagegen sehr stark wachsenden Wettbewerb, zur Zeit vor allem aus Italien.

Im Consumer-Bereich wird in diesem Jahr weltweit ein Plus von drei Prozent auf 240 Mill. DM erwartet. Im Inland wird Tesa insgesamt rund 417 Mill. DM umsetzen, fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei wächst das Industriegeschäft (Anteil rund 300 Mill. DM) schneller als das Verbrauchergeschäft.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Wolfgang Schauerte, Schlosserei, Sundern; **Bad Homburg:** Kranz-Electronic KG, Steinbach/Ts.; Haus Perfecta Bauges. mbH; **Bielefeld:** GFB – Ges. f. Betonmaschinentechnik mbH; **Braunschweig:** Hans-Georg Wedekind; **Dortmund:** Walbaum & Meermann GmbH & Co. KG, Lünen; **Düsseldorf:** Möbelhaus Frank GmbH; Nachl. d. Georg Richard Andtolej Cubuk; **Hannover:** Nachl. d. Antonin Podrouzek, Brunnenbauer; **Herford:** polima R. Heemeier GmbH & Co. KG, Löhne 2; **Korbach:** Maschinenfabrik Schneider GmbH; **Waldbröl:** PPB Print & Production Beratung GmbH, Nümbrecht.

Daimler stockt das Grundkapital weiter auf

… Stuttgart

Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, erhöht ihr Grundkapital unter Inanspruchnahme eines Teilbetrags des [illegible] Mill. DM betragenden genehmigten Kapitals um 170,5 Mill. auf 2,117 Mrd. DM durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien. Diese werden den Aktionären im Verhältnis 11:1 zum Ausgabepreis von 150 DM je 50-DM-Aktie angeboten und sind für das Geschäftsjahr 1986 voll dividendenberechtigt.

Die Kapitalerhöhung, an der ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank mitwirkt, soll bis zum Jahresende erfolgen, die Zeichnungsfrist für die jungen Aktien läuft in der Zeit vom 5. bis zum 19. Dezember 1986. In diesem Jahr hat Daimler-Benz bereits eine Kapitalerhöhung um 246 Mill. DM durch Umwandlung von Rücklagen durchgezogen, um so – wie es Finanzchef Edzard Reuter formulierte – „unser Grundkapital an die neue Struktur anzupassen". Für das Geschäftsjahr 1985 war eine von 10,50 auf 12 DM erhöhte Dividende zuzüglich eines Jubiläumsbonus von 2,50 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet worden.

Abschied von der Strategie des dritten Standbeins

Batig will sich von Pegulan trennen – Neuer Schwerpunkt ist der stark wachsende Markt für Formteile aus Kunststoff

JAN BRECH, Hamburg

Die Batig Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Hamburg, die als Holding für alle deutschen Interessen des britischen BAT-Konzerns fungiert, will sich von der Pegulan AG, Frankenthal, trennen. Dem Vernehmen nach gibt es drei Interessenten aus dem europäischen Ausland. Die Verhandlungen sollen relativ weit gediehen sein.

Die Pegulan AG, die von der Batig 1976 mit großen Expansionserwartungen übernommen wurde, setzt rund 750 Mill. DM um und schreibt schwarze Zahlen. Ob Batig zunächst nur einen Partner aufnimmt, oder sich von Pegulan ganz trennt, ist offen. Strategisch dürfte für die Hamburger Holding ein vollständiger Verkauf Priorität haben.

Zum Verkauf steht ferner die Hüppe GmbH, Oldenburg, die erst vor wenigen Jahren in die Pegulan AG integriert, dann aber wieder ausgegliedert worden ist. Hüppe setzt rund 300 Mill. DM mit den Sparten Badzubehör (einschließlich der Firma Schock), Sonnenschutz und Raumtrennung um. Während der Badbereich rentabel ist, sind die Sparten Sonnenschutz und Raumtrennung defizitär. Im vergangenen Jahr dürfte Hüppe rund 10 Mill. DM Verlust gemacht haben.

Vorgesehen ist, die drei Bereiche getrennt zu verkaufen. Für die Sparte Badzubehör (vor allem Duschtrennwände) ist mit dem US-Konzern Masco offenbar bereits ein Käufer gefunden worden. Bei den beiden anderen Bereichen schwebt der Batig vor, sie an das jeweilige Management abzugeben, die die Firmen weiterführen könnten. Da aber auch andere Seiten Interesse angemeldet haben, bleibt abzuwarten, welche Lösung die Batig realisiert.

Mit dem beabsichtigten Verkauf von Pegulan und Hüppe nimmt die Batig Abschied von der Strategie, die Heimausstattung neben Tabak (BAT) und Dienstleistungen (Horten) als dritten Geschäftszweig international auszubauen. Neue Zielrichtung ist statt dessen der stark wachsende Markt für Formteile aus Kunststoff.

Aus der Pegulan AG wird deshalb zum Jahresende die Peguform-Werke GmbH ausgegliedert und in die Batig-Tochtergesellschaft Europlast-Formteile GmbH eingebracht. In dieser Gesellschaft hat Batig bereits ihre Auslandsbeteiligungen Manducher (Frankreich) und Inerga (Spanien) konzentriert. Die Europlast-Gruppe dürfte 1987 in eine Umsatzgröße von 650 Mill. DM hineinwachsen.

Die strategische Neuorientierung der Batig ist Teil eines Maßnahmepakets, mit dem die 1985 deutlich erkennbar gewordenen Schwächen der Gruppe behoben werden sollen. Dem Ziel, das Geschäft der angeschlossenen Gesellschaften zu stabilisieren, ist die Hamburger Holding 1986 offenbar näher gekommen. Die BAT Cigaretten-Fabriken GmbH werden trotz weiterer Verluste von Marktanteilen ein erheblich besseres Ergebnis als 1985 vorlegen.

Bei der Horten AG, an der Batig mit 51 Prozent beteiligt ist, sind die angegliederten Gesellschaften Peter Hahn und Dogmoch/Ypsilon abgestoßen worden. Beide zusammen hatten das Horten-Ergebnis 1985 mit 45 Mill. DM belastet. Das operative Batig-Ergebnis, das 1986 von der BAT, Horten, Pegulan und Europlast gespeist wird, dürfte sich insgesamt um 50 bis 70 Prozent verbessern. 1985 hatte die Holding bei 8,57 Mrd. DM Umsatz nur 42 Mill. DM Gewinn ausgewiesen. Die Rendite sank auf magere 0,8 Prozent.

Als gelöst werden bei der Batig schließlich die Managementprobleme gesehen, die sich durch den Weggang von Dieter Vogel (Pegulan) und Bernd Hebbering (Horten) ergeben hatten. Deren Nachfolger Thomas Ries (Pegulan) und Heinz Garsoffsky (Horten) sind offenbar über Erwarten gut eingeschlagen. Aufgefrischt werden soll der BAT-Vorstand, dessen Vorsitzender Dieter von Specht Anfang 1987 aus Altersgründen ausscheidet, und der Holding-Vorstand selbst, dem gegenwärtig nur Harald Erichsen und Eberhard Scheffler angehören.

Bis zum Jahresende soll die um Heimausstattung bereinigte Struktur stehen, die als „bessere Mischung" angesehen wird. Expansionsfeld neben der Europlast-Gruppe bleibt die Sparte Dienstleistungen, auch wenn bei den hochgesteckten Plänen in Sachen „finanzieller Dienstleistungen" zurzeit Funkstille herrscht.

„Wasser des Lebens" mit Sahne verfeinert

HEINZ HILDEBRANDT, Dublin

Whiskey, die nationale Spirituose der Iren, wird von ihnen nachweislich bereits seit grauer Vorzeit hergestellt – ursprünglich „Uisce Beatha" genannt, frei übersetzt „Wasser des Lebens". Vermutlich wurde dieses stark alkoholische Getränk ebensolange auch schon gelegentlich mit Milch vermischt oder mit Sahne. Aus diesem Hausgetränk eine weltweit akzeptierte, eigenständige Spirituosen-Spezialität gemacht zu haben, ist das Verdienst der heutigen Generation.

Sie entwickelten Ende der sechziger Jahre den Irish Cream Liqueur, ein Produkt, zuerst nur für den heimischen Markt gedacht. Die Kunst, zwei so gegensätzliche Komponenten wie Whiskey und Sahne zu einem aromatischen Getränk zu vermischen, ist dabei nach wie vor streng gehütetes Geheimnis. Hergestellt wird dieses Produkt seit 1974 durch die R. & A. Baileys & Co. Ltd., Dublin, Tochtergesellschaft des Handelsunternehmens Gilbeys of Ireland Group Ltd. Dieses aber gehört zum britischen Getränkekonzern International Distillers & Vintners (IDV), der nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch ein erhebliches Know-how im Marketingbereich zur Verfügung stellte.

Ein Absatz von jährlich rund 100 000 Kisten mit je zwölf Flaschen war das Planziel der neugegründeten irischen Firma. Lediglich 8000 wurden im ersten Jahr abgesetzt, aber dann ging es schnell aufwärts. Innerhalb eines Jahrzehnts wurde weltweit eine Spitzenposition erreicht. Zwar ist Likör, der Spirituosenbereich, dem auch Irish Cream zugerechnet wird, am weltweiten Spirituosenabsatz von rund einer Milliarde Kisten nur mit fünf Prozent beteiligt, aber zu diesen 50 Mill. Kisten steuerte Baileys mit seinem Produkt 1985 immerhin 2,4 Mill. Kisten bei. Mit einem Gesamtabsatz von fast 30 Mill. Flaschen und einem wertmäßigen Umsatz von rund 100 Mill. irischen Pfund ist „Baileys Original Irish Cream" heute die stärkste Likörmarke der Welt.

Selbstverständlich sind solche Spitzenumsätze nur durch erfolgreiche Exportaktivitäten zu erzielen. Zum größten Markt mit einem Absatz von rund zwölf Mill. Flaschen jährlich entwickelte sich für Baileys die USA, bei ihrem hohen Anteil an Einwohnern irischer Abstammung nicht verwunderlich. Mit immerhin mehr als vier Mill. Flaschen liegt Großbritannien auf Platz zwei, vor Kanada mit zwei Mill. und Australien mit 1,6 Mill. Flaschen.

Zwischen die letzteren Märkte im englischen Sprachenraum hat sich inzwischen jedoch der deutsche Markt geschoben. Hier werden Baileys-Produkte bereits seit 1979 angeboten; nach einigem Auf und Ab ging der Vertrieb 1982 über an die Roland Marken-Import KG, Bremen, an der neben dem Weinhaus Reidemeister & Ulrichs auch Baileys britische Mutter IDV beteiligt ist.

Inzwischen entwickelte sich die irische Spezialität für die Bremer zu einem ausgesprochenen Erfolgsprodukt, von dem im laufenden Jahr etwa zwei Mill. Flaschen abgesetzt werden dürften. Insgesamt hat die Zahl der in die Bundesrepublik eingeführten Flaschen bereits die Zehn-Mill.-Marke überschritten. „Wir sind mit dieser Spirituose bereits aus der Spezialitäten-Ecke heraus und haben uns damit im teils stagnierenden, teils sogar rückläufigen Spirituosenmarkt voll durchgesetzt", sagt Roland-Geschäftsführer Rolf Meyer-Lübcke. Sein Ziel für die nächste Zukunft ist ein Jahresabsatz von drei Mill. Flaschen, und genau darauf ist die neue Werbung mit einem ausgesprochenen TV-Schwerpunkt ausgerichtet.

Deckel: Dividende bereits gesichert

sz. München

Begünstigt durch das positive Konjunkturklima ist es der Münchner Werkzeugmaschinenfabrik Friedrich Deckel AG gelungen, den Erfolgskurs der vergangenen drei Jahre auch in den ersten neun Monaten 1986 fortzusetzen. Bis zum Jahresende dürfte das Umsatzziel von 550 (471) Mill. DM erreicht werden. Widerspiegeln wird sich diese günstige Entwicklung, wie der Vorstand im Aktionärsbrief schreibt, auch im Ertrag, denn bereits jetzt ist „die Dividendenzahlung für das laufende Jahr gesichert". Für 1985 waren 6 DM je 50-DM-Aktie auf ein Grundkapital von 60 (inzwischen: 60) Mill. DM ausgeschüttet worden. Mit einem Umsatzplus von 22 Prozent auf 329 (298) Mill. DM per Ende September wurden die hohen Planvorgaben des Vorstands voll eingehalten. Auch der Auftragseingang stieg auf 409 (359) Mill. DM.

Ymos plant hohe Investitionen

dpa/VWD, Frankfurt

Die Ymos AG, Obertshausen, will im Geschäftsjahr 1986/87 (30. Juni) rund 120 Mill. DM investieren. Dabei soll vor allem das neue Werk in Straubing für die Fertigung von Teilen für die Innenausstattung von Personenwagen erweitert werden. Wie das Unternehmen weiter mitteilte, ist der Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr um 8,5 Prozent auf 530 Mill. DM gestiegen. In diesem Jahr will Ymos noch einmal rund 40 Mill. DM zulegen. Der Umsatz mit Auto-Teilen erhöhte sich um 4,2 Prozent auf 423 Mill. DM, während das Geschäft mit Verschlüssen für Hausgeräte und Sanitärarmaturen um über 22 Prozent auf 45 Mill. DM anzog und der Werkzeugumsatz sich auf über 40 Mill. DM verdoppelte. Der Jahresüberschuß kletterte um 13 Prozent auf rund 8 Mill. DM. Das mehrheitlich in Familienbesitz befindliche Unternehmen produziert derzeit in vier Werken und beschäftigte am 30. Juni 5393 (5252) Mitarbeiter.

Kunststoff ist im Vormarsch

DuPont präsentiert auf der K '86 neue Produktfamilie

J. G. Düsseldorf

Ob Auto-, Elektro- oder Verbrauchsgüterindustrie bis hin zu Sport-/Freizeitartikeln, überall werde das neue Produkt den Ersatz von Metall, Glas und anderen herkömmlichen Werkstoffen beschleunigen. So und mit dem Anspruch, einen weiteren „Durchbruch in der Kunststofftechnologie" erzielt zu haben, präsentiert der US-Chemiekonzern DuPont de Nemours, Wilmington/Delaware, auf der Düsseldorfer K '86 unter dem Handelsnamen „Arylon" eine neue Produktfamilie technischer Kunststoffe.

Der bislang weltgrößte Chemiekonzern, auch in der Bundesrepublik mit einer 2,5 Mrd. DM Umsatz schweren Tochter präsent, im 1985er Weltumsatz von 29,5 Mrd. Dollar allerdings knapp zur Hälfte aus Energieaktivitäten (vor allem Öl) gespeist, preist so einen weiteren Innovationsschritt seiner Kunststoffproduktion im angestammten Polymerbereich, der 1985 rund 3,5 Mrd. Dollar zum Weltumsatz beisteuerte. Als vorerst einziger Produzent der Welt könne man nur dank neuer Produktionsverfahren Polyarylate, ein bisher zwar hochwertiges, aber zu teures Produkt, um reichlich ein Fünftel billiger als bei den (kleinen) Konkurrenten als stabilen, temperatur- und witterungsbeständigen Werkstoff für praktisch jeden Lebensbereich anbieten.

Die großen Worte zu dieser Innovation im Sektor technische Kunststoffe, der weltweit mit reichlich acht Prozent jährlicher Wachstumsrate derzeit Spitzenreiter im Kunststoff-Vormarsch ist, begleitet DuPont auch mit Taten. Im Konzernbetrieb Chattanooga/Tennessee wurde die vorherige Polyester-Faserproduktion auf Polyarylate umgestellt. Die Jahreskapazität von 7000 t übertrifft da bereits die bei der Konkurrenz weltweit vorhandene Kapazität. Noch Größeres und mit der Aussicht auf weitere Produktverbilligung kündigt der Konzern für die nahe Zukunft an.

Klima im Handel hellt sich auf

Creditreform-Umfrage: Nur 20 Prozent pessimistisch

dpa/VWD, Köln

Die bundesdeutschen Groß- und Einzelhandelsunternehmen beurteilen ihre Geschäftslage derzeit wesentlich günstiger als noch vor einem Jahr. Das ergab eine Umfrage des Verbandes der Vereine Creditreform, Neuss, bei 5000 Betrieben aus 28 Wirtschaftsbereichen. So beurteilten 28,2 (1985: 19,1) Prozent ihre Situation als gut oder gut bis befriedigend. Weniger als 20 Prozent schätzten ihre Lage pessimistisch ein.

Allerdings bestehe noch immer ein konjunkturelles Ungleichgewicht zwischen Handel und industriellem Mittelstand. Letzterer habe seine Lage bei einer Creditreform-Untersuchung zu über 50 Prozent als gut oder gut bis befriedigend angegeben, hieß es in Köln.

Die Belebung im Handel habe sich jedoch noch nicht im gleichen Umfang auf die Umsätze ausgewirkt. So berichteten 55,3 Prozent der Betriebe über seit Jahresbeginn unveränderte oder gar gesunkene Umsätze.

Sorgen bereiten weiterhin eine ungünstige Ertragslage und erhebliche Forderungsausfälle. An den voraussichtlich 14 000 Insolvenzen im Jahr 1986 werde der Handel wohl 25 bis 26 Prozent stellen. Im Einzelhandel rechnet Creditreform mit 2000, im Großhandel mit 1500 Pleiten, etwa drei Prozent mehr als 1985.

Dennoch dürfte das insgesamt freundliche Klima im Handel nicht nur anhalten, sondern allmählich auch auf die bisher noch nicht begünstigten Bereiche übergreifen. Die Mehrzahl der Betriebe erwarte innerhalb des nächsten halben Jahres eine zumindest gleichbleibende Kaufbereitschaft. Mehr als ein Drittel erwarteten steigende Umsätze.

Geburt eines Marktführers

Computer-Kooperation zwischen Siemens und BASF

Wb. Frankfurt

Nun sind sie sich einig: Der Chemiekonzern BASF und der Elektrokonzern Siemens legen ihre Aktivitäten im Bereich der IBM-kompatiblen Großcomputer zusammen und werden so größter europäischer Anbieter in diesem Markt. Damit ziehen beide die Konsequenz daraus, daß die hohen Fixkostenblöcke im Großrechnergeschäft – für Service und Vertrieb – eine breitere Installationsbasis erfordern als sie jeder der beiden Partner derzeit vorweisen kann.

Siemens wird etwa zehn Prozent seiner insgesamt rund 5 Mrd. DM Geschäftsvolumen in der Datentechnik einbringen, die BASF 600 Mill. DM. Das Joint-venture der beiden bisherigen Konkurrenten soll in Form einer GmbH (Stammkapital: 80 Mill. DM) mit Sitz in Mannheim gegründet werden.

Der für 1987 geplante Umsatz von „deutlich über 1 Mrd. DM" (Rolf Brillinger, Geschäftsführungs-Vorsitzender der noch namenlosen Gesellschaft) soll zu mehr als der Hälfte aus dem Ausland stammen, überwiegend aus Europa, aber auch aus Südamerika, Nahost und Südafrika. Von den weltweit rund 1000 Mitarbeitern wird gut jeder zweite im technischen Kundendienst beschäftigt sein.

Den zusammen 3000 Kunden in zehn Ländern, bei denen insgesamt etwa 650 Großrechner und 30 000 Peripheriegeräte installiert sind, wird die gewohnte Angebotspalette zur Verfügung stehen: große und mittlere Computer (ab 250 000 Dollar Kaufpreis), Peripheriegeräte (Platten- und Magnetbandspeicher, Drucker) sowie Dienstleistungen für Hard- und Software. Beide Mütter setzen dabei auf Ergänzungen sowohl in regionaler Hinsicht als auch im Programm.

Wenn auch die neue Gesellschaft freie Hand bei der Wahl ihrer Bezugsquellen hat, so soll doch vorerst an den bisherigen japanischen Lieferanten (Fujitsu bei Siemens, Hitachi bei BASF) festgehalten werden. Ein Lizenzstreit zwischen Fujitsu und IBM um die Betriebssystem-Software, von dem auch Siemens betroffen war, wird die gemeinsame Tochter nicht berühren: Sie wird ihre Rechner – wie bisher schon bei der BASF üblich – ohne Betriebssystem anbieten.

Brasilien schwört auf Privatinitiative

Ausländische Firmen haben dem Präsidenten aufwendige Investitionspläne vorgelegt

HEINZ HECK, Bonn

Die brasilianische Regierung hat nicht die Absicht, die Gesetzgebung für Auslandsinvestitionen zu ändern. Das erklärte Staatspräsident Jose Sarney in einem Gespräch mit deutschen Journalisten in Brasilia. Angesichts der jüngsten Meldungen über den sich verstärkenden Abfluß ausländischen Kapitals fügte er hinzu, kein brasilianischer Präsident vor ihm habe sich je so „emphatisch" für Auslandsinvestitionen eingesetzt.

Seine Haltung untermauerte Sarney auch mit politischen Argumenten: Die Erfahrung der letzten 20 Jahre belege, daß bei eingeschränkter wirtschaftlicher Freiheit auch die politische Freiheit abgenommen habe. Die Formel für Brasiliens Entwicklung basiere auf wirtschaftlicher Privatinitiative und politischer Freiheit.

„Wir haben seit 30 Jahren ein Gesetz für Auslandsinvestitionen, das zufriedenstellend gearbeitet hat", betonte er. Er gebe keine Vorschläge, dieses Gesetz zu ändern. Allerdings haben alle am 15. November zur Wahl stehenden Parteien solche Ankündigungen gemacht.

Rezession überwunden

Die Ursache für den zu beobachtenden Kapitalabfluß – die Zentralbank rechnet für 1986 mit einem Negativsaldo von 760 Millionen Dollar – sei vielmehr, so Sarney, die „schwerste Rezession" der letzten Jahre. Seit 1980 sei daher ein verringertes Investitionsinteresse auch ausländischer Firmen zu beobachten. Für ihn besteht jedoch kein Zweifel, daß die Investoren jetzt – nach der Überwindung der Rezession – wiederkehren. Das gehe natürlich nicht von heute auf morgen. In diesem Optimismus bestärkt wird der Präsident durch jüngste Gespräche mit Chefs ausländischer Großkonzerne, darunter Bayer, Volkswagen, Kodak und Monsanto, die ihm Investitionspläne in Höhe dreistelliger Millionen-Dollar-Beträge angekündigt hätten.

Mit Blick auf seinen für 1987 geplanten Deutschland-Besuch nannte Sarney die Bundesrepublik „einen der wichtigsten Partner in der Welt". Er wolle mit seinem Besuch die Beziehungen festigen. Es gebe aber „keine Reibungen". Die Zusammenarbeit auf vielen Feldern sei glänzend. Die Bundesrepublik habe unter anderem Kredite und technische Hilfe in großem Umfang gewährt.

Sarney bekräftigte sein Bekenntnis zum Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Das deutsch-brasilianische Abkommen hierüber sei von äußerster Wichtigkeit. „Brasilien als achtgrößte Wirtschaftsmacht der Welt kann sich nicht den Luxus leisten, auf die Beherrschung einer so wichtigen Energiequelle zu verzichten." Vor allem die finanziellen Schwierigkeiten Brasiliens hätten die Realisierung des Abkommens erschwert.

Nach heutigen Erwartungen zum Beispiel des Nuclebras-Präsidenten Licinio Seabra wird sich die Inbetriebnahme der beiden ersten von der Kraftwerk Union (KWU) gelieferten Kernkraftwerke (Angra 2 und 3) von ursprünglich 1983 und 1984 auf voraussichtlich 1992 und 1995 verzögern. Jedoch fehlt noch die Entscheidung über die erforderlichen Mittel.

Nach Angaben Seabras hat Brasilien bisher rund 4,8 Milliarden Dollar in die mit dem Programm verbundenen Vorhaben, also die Kraftwerke und den Aufbau des Kernbrennstoffkreislaufs, investiert. Bis zum Abschluß seien schätzungsweise weitere rund 2,5 Milliarden Dollar erforderlich. Angesichts der erheblichen Verzögerungen und der dadurch erhöhten Finanzierungskosten rechnet man für Angra 2 mit etwa 3000 Dollar je Kilowatt installierter Leistung.

Beim Bau weiterer Kernkraftwerke, über die nicht vor 1989 entschieden werden dürfte, wird mit Investitionen zwischen 1500 und 1800 Dollar je Kilowatt gerechnet, vorausgesetzt, daß die diesmal eingetretenen Verzögerungen vermieden werden.

Technik macht Fortschritte

KWU-Chef Klaus Barthelt erklärte zur nuklearen Zusammenarbeit mit Brasilien: „Wenn uns alles, was jetzt leider passiert ist, vorher bekannt gewesen wäre, hätten wir es trotzdem gemacht." Er würdigte den erheblichen Technologietransfer von der Bundesrepublik nach Brasilien und nannte beispielhaft die Tatsache, daß deutsches Personal inzwischen auf einem brasilianischen Simulator für den Einsatz in deutschen Kernkraftwerken ausgebildet werde. Ein deutlicherer Beweis sei nicht vorstellbar.

Die brasilianische Industrie sei heute in der Lage, für das nächste Kernkraftwerk (also nach Angra 3) etwa die Hälfte der erforderlichen Bauteile selbst herzustellen. Damit verringere sich auch der Devisenbedarf. Allerdings brachte Barthelt im Gespräch mit Seabra seine Sorge über die Abwanderung brasilianischer Fachleute zum Ausdruck. Zahlreiche Ingenieure hätten gekündigt wegen schlechter Bezahlung und wegen der Unsicherheit über die Zukunft des Projekts.

هكذا من الأصل

Aktien verunsichert

Gewinnmitnahmen der Börsenkulisse

DW. – Da Unsicherheit darüber bestand, wie Wall Street auf das Wahlergebnis in den USA reagieren würde, stellte die Börsenkulisse zunächst einmal Positionen glatt. Deshalb kam es in fast allen Standardaktien zu rückläufigen Notierungen, obwohl das Anlageinteresse spürbar auflebte.

Nach Tagen freundlicher Tendenz kamen die Gewinnmitnahmen bei den Aktien nicht überraschend. Bemerkenswert ist, daß sich schon bei nur wenig rückläufigen Notierungen sofort echte Anlagekäufe einstellen. Das deutet nach Ansicht einiger Experten auf eine gesunde Verfassung des Marktes hin. Durch Stabilität zeichneten sich am Mittwoch vor allem Daimler- und Conti-Gummi-Aktien aus. Bei Daimler wartet man mit Spannung auf das Ergebnis der AR-Sitzung. Stärker unter Druck lagen die Papiere der Großchemie. Begründet wird dies mit dem neuen Engagement von Hoechst in den USA. In diesem Zusammenhang wird befürchtet, daß Hoechst in absehbarer Zeit das Kapital erhöhen muß und daß dies dann zu einer Belastung des gesamten Chemiemarktes führen wird. Eine Kurseinbuße mußten auch die in den letzten Tagen favorisierten Nixdorf-Vorzugsaktien hinnehmen, bei denen sich Gewinnmitnahmen lohnten. Am Bankenmarkt litt die Deutsche Bank unter Gewinnmitnahmen. Pegulan-Aktien blieben bisher von den BATIG-Verkaufsabsichten unberührt.

Nachbörse: leichter

DW-Ak.ind.: 271,71 (274,12)
DW-Ums.ind.: 3255 (4232)
Adv.-decline-Zahl: 60 (122)
38-Tg-Linie: 271,21 (271,38)
200-Tg-Linie: 278,16 (278,51)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausland

Devisenmärkte

Die Tatsache, daß nach den Wahlen in beiden Häuser eine demokratische Mehrheit das Regieren für Präsident Reagan beschwerlicher machen wird, löste am 5. November im Fernen Osten Dollarverkäufe aus. Bei 2,04 regte sich dann erheblicher Widerstand, der eine Gegenbewegung einleitete. Durch den Rückgang der Industrieproduktion von 1,7 Prozent in der Bundesrepublik wurde sie unterstützt. Zur Notiz kam der Dollar 2,058 und kletterte nachbörslich bis 2,07. Im Sog des Dollar erholte sich das Pfund um 0,7 Prozent auf 2,929. Die seit Tagen zu beobachtende Schwäche des Schweizer Franken hielt an. Erstmals seit 6 Monaten wurde mit 119,98 ein amtlicher Kurs unter 120 notiert. US-Dollar in: Amsterdam 2,332; Brüssel 42,8275; Paris 6,7315; Mailand 1427,35; Wien 14,464; Zürich 1,7153; Ir. Pfund/DM 2,727; Pfund/Dollar 1,4232; Pfund/DM 2,929.

Devisen und Sorten

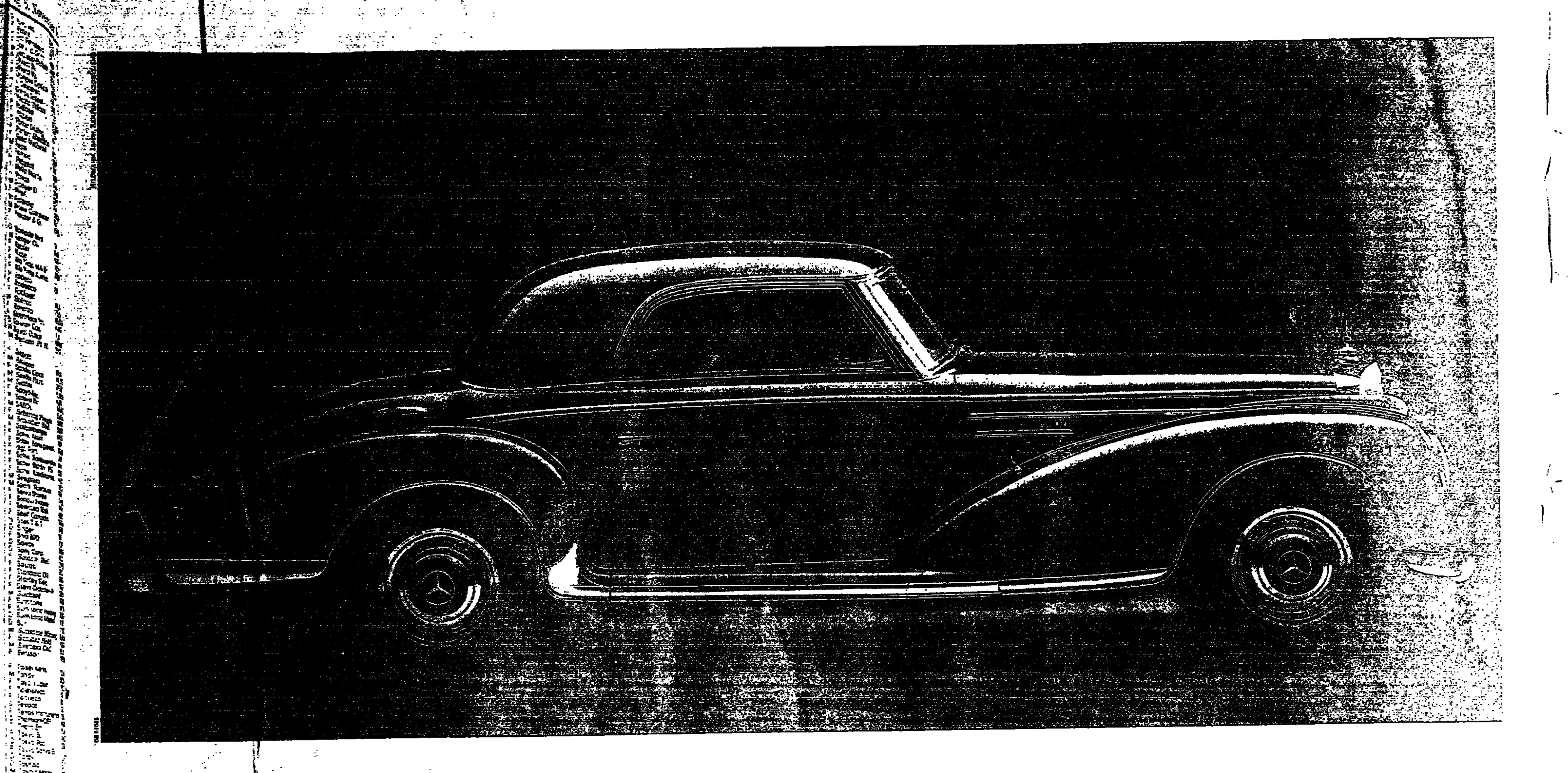
5.11.1986	Diskontsatz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs	Sorten Ankauf	Sorten Verkauf
New York	5,50	2,054	2,062	2,0364	2,01	2,11
London	11,0	2,922	2,936	2,866	2,86	3,01
Dublin	12,0	2,720	2,734	2,667	2,65	2,78
Montreal	8,55	1,4825	1,4905	1,4567	1,43	1,53
Amsterd.	4,50	88,405	88,625	88,555	87,50	89,25
Zürich	4,00	119,88	120,08	120,07	118,50	121,25
Brüssel	8,00	4,808	4,828	4,828	4,69	4,87
Paris	9,50	30,60	30,76	30,38	29,75	31,48
Kopenh.	7,00	26,575	26,635	26,26	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,355	27,475	26,67	26,80	28,25
Stockh.	7,50	29,295	29,455	28,99	28,25	30,00
Mailand	12,0	1,442	1,452	1,426	1,41	1,49
Wien	4,00	14,195	14,235	14,17	14,10	14,51
Madrid	8,00	1,492	1,502	1,463	1,435	1,555
Lissabon	14,5	1,36	1,38	1,324	0,98	1,58
Tokio	3,00	1,255	1,258	1,2515	1,215	1,275
Helsinki	8,50	41,19	41,39	40,40	40,80	42,60
Belgrad	–	–	–	–	0,18	0,58
Bukarest	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen	20,5	1,440	1,502	–	0,85	1,60
Ankara	–	–	–	–	0,18	0,37
Sydney	–	1,318	1,337	–	1,26	1,38
Johannbg.	10,0	0,895	0,927	–	0,65	0,90
Hongkong	–	26,32	26,60	–	25,50	30,00

Alles in Hundert; 1 Dollar; 1 Pfund; 1000 Lire; Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810B, VAB 2850. Düsseldorf: BMW 551, Goldschm. 231G, Lehnkering 205, O & K 120, Thüga 463T. Frankfurt: BMW 550, Frankona 620, Fuchs St. 171, Fuchs Vz. 161, Goldschm. 230,5, Magdeburger Feuer NA 500, Magdeburger Feuer 1100G, Mercedes 1123, Thürgas 460, Ymos Vz. 190. Hamburg: –. München: Mercedes 1120, Stumpf 117, VAB 2700TB. Stuttgart: BMW, 560G, Fuchs St. 168G, Fuchs Vz. 160G, Goldschm. 230G, Mercedes 1115.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Allianz 5, Nixdorf 48,5. Frankfurt: Allianz 5, Nixdorf 49. München: –.



Warum wir unsere Ersatzteile so lange auf Lager haben.

Nichts hält ewig.

Aber es gibt doch manche Dinge, die weit über das normale Maß ihren Wert behalten.

Dazu gehört auch ein Mercedes.

Kaum ein anderes Auto wird so lange gefahren wie er.

Kein Wunder, daß man deshalb so viele Mercedes-Benz, Personenwagen und Nutzfahrzeuge auch älterer Baujahre, auf den Straßen sieht.

Man fährt einfach gut mit ihnen.

Ihre lange Lebensdauer stellt uns allerdings in unseren Ersatzteillagern vor knifflige Probleme.

Denn wir müssen nicht nur alle Originalteile für unsere neuen Modelle griffbereit auf Lager haben, sondern auch für ältere Modelle, die schon lange nicht mehr produziert werden.

Die Langlebigkeit unserer Fahrzeuge soll ja nicht dadurch beeinträchtigt werden, daß plötzlich keine Originalteile mehr zu haben sind.

Daher halten wir grundsätzlich nach Ablösung einer Modellreihe alle Originalteile über 10 Jahre bereit. Und für noch ältere Modelle haben wir auch noch eine ganze Menge auf Lager.

Das heißt in der Praxis, daß wir über 280.000 verschiedene Teile nicht nur im Inland, sondern auch weltweit ständig bereithalten müssen. Manche halten das für unmöglich.

Aber was sollen wir machen, wenn jemand für seinen 350 SL, Baujahr 1971, eine neue Bremsscheibe braucht?

Wir helfen ihm.

Oder wenn bei einem perfekt erhaltenen 220 SE von 1962 ein Teil des Motors ersetzt werden muß?

Ehrensache, daß wir das in Ordnung bringen.

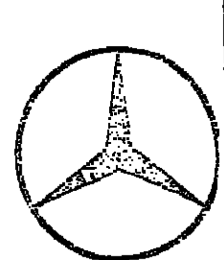
Und selbst für noch ältere Jahrgänge versuchen wir nach besten Kräften zu helfen.

Denn wir möchten, daß auch die ersetzten Teile dem Qualitätsstandard eines Mercedes entsprechen.

Das ist nun einmal unser Prinzip.

Jeder Mercedes ist nur so gut wie die Qualität des kleinsten Details.

Das ist auch der Grund, weshalb ein Mercedes so lange seinen Wert behält. Und weshalb wir so lange auf unseren Ersatzteilen sitzen.



Renten nachgebend

Da die Reaktion des US-Bondmarktes auf den Wahlausgang in den USA noch nicht abzuschätzen war, tendierte der deutsche Rentenmarkt unsicher. Die Kurse öffentlicher Anleihen gaben überwiegend nach, teilweise bis zu 0,40 Prozentpunkte. Die Umsatztätigkeit blieb gering. Bei den Pfandbriefen veränderten sich die Renditen nur wenig, im 10jährigen Bereich lagen sie im Handel unter Banken bei 6,95 Prozent, im fünfjährigen Bereich bei 5,95 Prozent.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

F	PWA 86/94	107,2	109
F	Renown Look 86/91	870	825bG
F	5⅝ Rhythm W. 83/88	1499	1500G
F	dgl. W. 84/89	610	620
F	3½ RWE 86/96	94,5	95,4
F	Ryobi 85	810	850
F	Salamander 86/96	150	160
F	6¼ Schering 83/90	307	320
F	3 Schw. Bankgesell.	3200	3050
F	3¼ Sch. Bankver. I	254	260bG
F	2½ dgl. II	155	155
F	Schw. Kreditanst.	1560T	1670

[illegible]

F	3⅞ dgl. o. O. 84	80,35	80,1
F	7¾ dgl. m. O. 96	102,25	102,5
F	7¾ dgl. o. O. 86	75	78,15
F	4 SKA Fin. m. O. 85	179,75T	179,75G
F	4 dgl. 85 o. O.	97,75	96,9
F	3 Teijin S. m. O. 85	200G	200G
F	3 dgl. o. O. 85	91,5G	91,5G
F	3¼ Trio Kenw. 85 m. O.	119G	119G
F	3¼ dgl. o. O. 85	94,5	94,4G
F	3¾ Tsumura Jun.84 m. O.	106,5G	106,5
F	3¾ dgl. 84 o. O.	95,5G	95,4T
F	4 Veba 85 m. O.	190,5G	190,5G

[illegible]

F	3½ dgl. 84 o. O.	96	95,9G
F	3¼ Nipp. Shin. 85 m. O.	180G	186G
F	3¼ Nipp. Shin. 85 o. O.	93,75G	93,75
F	3¼ Philips 84 m. O.	116T	116,5
F	3¼ dgl. 84 o. O.	93,5	93,4
F	5⅞ Rhythm Watch 83	145G	145G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	100T	100T
F	4¼ dgl. 84 m. O.	115,5G	115,5G
F	4¼ dgl. 84 o. O.	98,1G	98,1
F	3½ RWE 86 m. O.	140	142
F	3½ dgl. 86 o. O.	76,25	76,1
F	3¼ SBC Fin. 84 m. O.	154	–

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

9¾ dgl. 81/91	112,25bG	112
9¾ dgl. 82/91	113G	112,25
7¾ dgl. 82/92	107	106,9
6¾ dgl. 85/93	105,5	104,65
7¼ dgl. 84/96	103,1	102,7
6¼ dgl. 86/96	97,25	97,2
6¾ Austral IDC 72/87	100,6T	100,5G
6¾ Autop. C.E. 72/87	100,75G	100,5bG
7½ Avon 83/93	102,15G	102,15
10¼ Banruel 82/90	108,5T	107,5T
8½ BNDE 77/87	101G	101G
9¾ dgl. 80/88	103,5bG	102,85

[illegible]

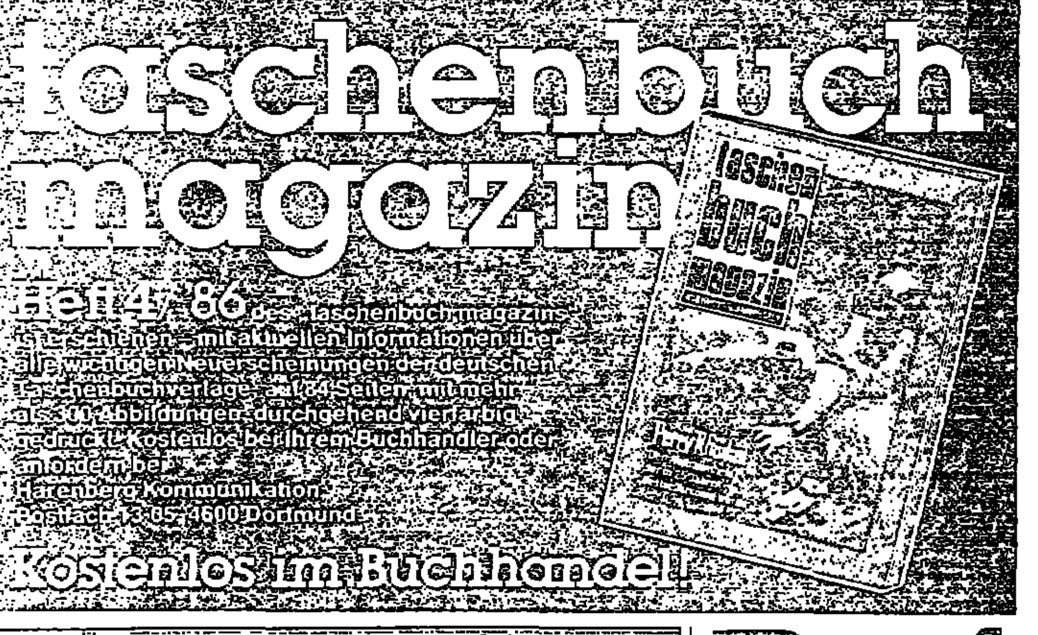
8¼ dgl. 82/97	108,35	108,3bG
7¾ dgl. 83/91	106,4T	106,7
8½ dgl. 83/95	108,25bG	108,85
7¾ dgl. 84/94	106,4G	106,7
8 dgl. 84/94	106,9	106,7
7¾ dgl. 85/97	106,1T	106G
6½ dgl. 95/96	100bG	99,5bG
6¼ dgl. 86/96	97,1	96,95
7¾ Audi Fin. 84/94	103,5	103,5
7½ Aumar 73/88	107,5G	102,5G
7 Australien 72/87	100,1bG	100,1G
5¾ dgl. 77/89	100,25	100,25
6 dgl. 78/88	101,6	101

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]





Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft Berlin

Wertpapier-Kenn-Nummern
530 300 530 303

Wir laden hiermit die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der

am Montag, dem 15. Dezember 1986, 11.00 Uhr,

im Internationalen Congress Centrum Berlin, Saal 1, am Messedamm, D-1000 Berlin 19, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes mit dem Bericht des Aufsichtsrates für das am 30. Juni 1986 abgelaufene 57. Geschäftsjahr
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes
3. Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und der Mitglieder des Aufsichtsrates
4. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat
5. Wahl des Abschlußprüfers

Weitere Angaben zur Tagesordnung sind im Bundesanzeiger Nr. 206 vom 05. November 1986 veröffentlicht.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Inhaberaktien bis spätestens Montag, den 08. Dezember 1986, im Finanzbüro unserer Gesellschaft, Stauffenbergstraße 26, D-1000 Berlin 30, oder bei einer der im Bundesanzeiger genannten Stellen hinterlegen und dort bis zur Beendigung der Hauptversammlung belassen.

Inhaberaktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Inhaberaktien können auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. Deren Bescheinigung über die Hinterlegung ist bis spätestens Dienstag, den 09. Dezember 1986, dem Finanzbüro unserer Gesellschaft einzureichen.

Für Namensaktien gilt folgendes: Im Aktienbuch eingetragene Aktionäre sind zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigt, wenn sie sich bis spätestens Mittwoch, den 10. Dezember 1986, bei unserer Gesellschaft angemeldet haben.

Berlin 30, im November 1986
Stauffenbergstraße 26

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates



هكذا صدر الأصل

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Durchweg um das Limit niedriger notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	4.11.	5.11.
Dez.	290,75	289,50-2[illegible]
März	272,50-273,00	271,00-27[illegible]
Mai	256,25-256,00	256,75-25[illegible]

WEIZEN Winnipeg (can $/t) Wheat Board cif.		
SL. 1 CW	201,78	20[illegible]
Am. Durum	199,56	19[illegible]

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	97,20	96[illegible]
März	100,50	100[illegible]
Mai	101,10	100[illegible]

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	83,50	83,[illegible]
März	81,20	80,5[illegible]
Mai	80,70	80,5[illegible]

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	135,00	133,75
März	134,50	134,50
Mai	135,00	135,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	175,75-175,00	175,25-175,00
März	183,75-184,00	183,25-183,00
Mai	189,80	188,50-188,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	84,10	83,50
März	85,30	87,40
Mai	85,89	85,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	4.11.	5.11.
Dez.	175,25-174,70	179,50-180,00
März	166,00-166,25	173,00
Mai	168,54	172,50-172,75

KAKAO New York ($/t)	4.11.	5.11.
Dez.	1888-1890	1875-1880
März	1937-1938	1925-1928
Mai	1966	1958
Umsatz	-	2244

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	6,60-6,70	6,69-6,70
März	7,18-7,19	7,22-7,24
Mai	7,26-7,28	7,29-7,31
Juni	7,42-7,44	7,45
Sept.	7,54	7,44
Umsatz	15551	16661

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,90	5,66

KAFFEE London (£/t) Robusta	4.11.	5.11.
Nov.	2338-2340	2320-2325
Jan.	2348-2350	2321-2325
März	2280-2210	2200-2205
Umsatz	4540	3158

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1478-1479	1485-1487
März	1513-1514	1518-1519
Mai	1535-1536	-1541
Umsatz	2199	2081

ZUCKER London ($/t) Nr. 6 (fob)	4.11.	5.11.
Dez.	147,20-148,60	148,80-150,80
März	160,00-160,40	161,20-161,20
Mai	162,60-165,00	163,60-164,20
Umsatz	4777	2797

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	5.11.	4.11.
schw.		
Sarow.spez.	952,50	952,50
weiß Sarow.	1355,00	1355,00
weiß Munt.	1370,00	1370,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	4.11.	5.11.
Nov.	120,80-121,00	119,90-120,20
Jan.	121,55-121,70	120,90-121,00
März	121,35-121,50	120,60-120,80
Mai	121,50	120,60-120,80
Juli	121,50-121,60	120,70
Umsatz	800	600

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	4.11.	5.11.
	30,50	30,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,00	21,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	15,39	15,50-15,45
Jan.	15,50-15,48	15,62-15,58
März	15,77-15,73	15,82
Mai	15,99	16,05
Juli	16,10	16,15
Aug.	16,20	16,25
Sept.	16,20-16,25	16,25

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	16,25	16,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,50	15,50
Choice white hog 4 % fr. F.	10,50-10,75	10,50-10,75

TALG New York (c/lb)		
top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf.	11,50	11,50
yellow max 10% fr F	9,00	8,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	51,95-51,85	51,20-51,50
Febr.	48,40-48,65	48,45-48,60
April	44,12-44,20	44,35-44,25

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	66,30-66,60	66,10-66,10
März	66,60-65,45	65,10-64,95
Mai	65,30-65,60	65,25-65,00

HÄUTE Chicago (c/lb)	4.11.	5.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	500,5-500,75	501,25-500,70
Jan.	499,75-499,2	501,00-501,25
März	504,0-503,5	504,50-504,00
Mai	507,5-509,0	508,50
Juli	510,5-510,75	510,50
Aug.	509,0	509,50
Sept.	500,5	501,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	149,9-150,1	150,70-150,80
Jan.	149,9	150,70-150,90
März	150,1-150,2	150,80-151,00
Mai	150,2-150,4	151,00
Juli	150,3-150,4	151,00-151,50
Aug.	150,5	151,40-151,50
Sept.	149,5-149,6	150,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	4.11.	5.11.
Okt.	234,10	231,90
Dez.	247,50	240,20
März	247,40	245,80

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	4.11.	5.11.
	17,50	18,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	5.11.	4.11.
jegl. Herk. cif	575,00	575,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	375,00	380,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	320,00	320,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	74,50	76,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	390,00	430,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr 1		
cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr. Nr 2	4.11.	5.11.
Dez.	45,95-46,12	46,65-46,73
März	46,09-46,10	46,85
Mai	46,40-46,41	47,15
Juli	46,62	47,70
Okt.	47,90-48,10	48,50-48,70
Dez.	48,45	49,40-49,41

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	46,00	46,375

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.	5.11.	4.11.
Dez.	565-577	572-585
Jan.	554-559	561-562
März	556-558	561-563
Umsatz	2451	2440

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	5.11.	4.11.
Okt.	ausg	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	-	-

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	5.11.	4.11.
Dez.	650,00-670,00	650,00-670,00
	-	-
	-	-
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthafen	5.11.	4.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	5.11.	4.11.
Nov.	12260	17750
Dez.	12150	12157

KAUTSCHUK London (p/kg)	4.11.	5.11.
spot	67,00-70,00	67,50-70,50
RSS 1 Dez.	65,50-66,50	66,00-67,00
RSS 2 Dez.	64,50-65,50	65,00-66,00
RSS 3 Dez.	63,50-64,50	64,00-65,00

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	5.11.	4.11.
Dez.	226,00-228,00	230,00-232,00
Jan.	228,00-230,00	230,00-232,00
Nr. 2 Dez.	225,50-226,50	228,00-229,00
Nr. 3 Dez.	221,50-222,50	224,00-225,00
Nr. 4 Dez.	217,50-218,50	220,00-221,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)	5.11.	4.11.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5.11.	4.11.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	235,47-235,76	232,91-233,20
dritt. M.	238,84-238,99	237,28-237,43
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	94,83-94,98	93,28-93,35
dritt. M.	92,78-92,92	92,11-92,26
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	758,08-758,96	746,87-747,70
dritt. M.	768,06-768,35	759,36-760,82
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	167,94-170,88	164,70-167,61
Prod.-Pr.	189,70	189,70
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	5.11.	4.11.
	15,87	15,90

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5.11.	4.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	275,98-278,04	274,16-276,20
BLEI in Kabeln	102,50-103,50	101,00-102,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 11 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	5.11.	4.11.
MS 58, 1. VS	268-269	268
MS 58, 2. VS	317-320	317-319
MS 63	295-299	293-297

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	5.11.	4.11.
Leg. 225	245-260	245-260
Leg. 226	247-262	247-262
Leg. 231	282-292	282-292
Leg. 233	292-307	292-307

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	5.11.	4.11.
PLATIN (DM/g)	40,208	40,408
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt)		
Bank-Vkfpr.	31350	31236
Rückn.-Pr.	26700	26600
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27650	27650
Rückn.-Pr.	26910	26910
verarbeitet	290008	290108
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27050	27050
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	389,70	389,50
Rückn.-Pr.	377,80	377,50
verarbeitet	406,208	406,608

Internationale Edelmetalle

	5.11.	4.11.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10 30	410,25	408,50
15 00	405,25	408,00
Zürich mitt.	408,25-408,75	408,00-408,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	88600	88500
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	404,45	405,40
3 Mon.	415,10	416,40
6 Mon.	425,90	427,00
12 Mon.	447,95	448,80
PLATIN (£/Feinunze) London	5.11.	4.11.
fr. Markt	392,95	407,35
PALLADIUM (£/Feinunze) London	4.11.	5.11.
L. Händl.-Pr.	90,65	91,95

New Yorker Metallbörse

	4.11.	5.11.
GOLD H & H Ankauf	408,00	406,20
SILBER H & H Ankauf	574,00	573,00
PLATIN		
f. Händl.-Pr.	573,00-575,50	570,00-573,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
L. Händl.-Pr.	130,00-132,50	130,00-133,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Nov.	409,30	405,00
Dez.	411,00-411,30	406,60-407,00
Febr.	414,20-414,80	410,20
Apr.	417,30	412,80
Juni	421,00-412,50	416,20
Umsatz	34000	27000
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	573,00	573,00-574,00
Jan.	575,10-576,00	576,20
März	578,30	581,50-582,50
Mai	583,00-584,00	586,80
Juli	590,00	592,50
Sept.	596,00	598,40
Nov.	600,40	607,50
Umsatz	13500	14000

KUPFER (c/lb)	4.11.	5.11.
Dez.	59,20-59,25	59,05-59,15
Jan.	59,30	59,25
März	59,70	59,60-59,65
Mai	60,10-60,15	60,10
Juli	60,55	62,45
Sept.	60,85	60,75
Nov.	61,40	61,35
Umsatz	3600	2700

Londoner Metallbörse

	5.11.	4.11.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	802,00-803,00	801,00-802,00
3 Mon.	813,50-814,00	814,00-814,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	323,00-323,50	319,00-320,00
3 Mon.	316,00-316,50	314,00-315,00
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	921,50-922,00	922,00-922,50
3 Monate	944,50-945,00	944,00-944,50
ab. Kasse	–	974,00-975,00
3 Monate	–	947,00-947,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	901,00-901,50	906,00-907,00
3 Monate	924,00-926,00	929,00-938,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	606,50-607,00	595,00-596,00
3 Monate	590,50-591,00	583,00-584,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl)	–	150-170
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	40-45

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	4.11.	5.11.
Dez.	42,40-42,80	41,00-41,15
Jan.	43,60-43,90	42,48-42,50
Febr.	44,80-44,90	43,35-43,50
März	43,85-44,00	42,60

GASÖL – London ($/t)	4.11.	5.11.
Nov.	120,75-121,00	119,00–
Dez.	125,75	122,00-124,00
Jan.	129,50-129,75	127,50-127,75
Febr.	131,50-132,00	130,25-130,50
März	129,00-129,50	127,50-128,50
April	128,00-129,00	126,50–
Mai	120,00-126,00	120,00-126,50
Juni	130,00	120,00-127,50

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	4.11.	5.11.
Dez.	41,00-41,20	40,00-40,10
Jan.	41,60-41,75	40,80-40,90
Febr.	42,70-42,50	41,60-41,75
März	43,00	42,50
April	43,75	43,30

ROHÖL – New York ($/Barrel)	4.11.	5.11.
Dez.	14,93-15,00	14,68-14,73
Jan.	15,16-15,24	14,95-15,00
Febr.	15,28-15,35	15,08-15,15
März	15,25-15,30	15,10-15,15
April	15,35	15,20

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	4.11.	5.11.
Arabian Lg.	14,05	10,72
Arabian Hv.	10,92	10,32
Iran Lg.	10,58	14,10N
Forties	13,70	14,00
North Brent	13,90	14,25
Bonny Light	13,55N	14,00N

Kartoffeln

London (£/t)	4.11.	5.11.
Nov.	112,00	112,00
Febr.	122,00	122,00
April	167,50	165,70
Mai	186,20	184,30

New York (c/lb)	4.11.	5.11.
Nov.	4,50-4,55	4,55
März	4,65	4,60-4,68
Mai	5,65-5,70	5,60
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	4.11.	5.11.
Nov.	184,00-184,20	186,20
Jan.	171,60-171,50	173,90-174,20
März	169,60-170,00	171,90-171,80
Mai	170,30	171,00

Devisenterminmarkt

Die Dollarzinssätze zogen am 5.11. um 1/10 Prozentpunkte an und sorgten für höhere Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,28-0,18	0,74-0,64	1,44-1,24
Pfund/Dollar	0,60-0,58	1,79-1,74	3,35-3,30
Pfund/DM	2,30-0,90	5,30-3,90	9,40-3,00
FF/DM	-15+1	32-16	59-43

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5.11.: Tagesgeld 4,50-4,60 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5.11.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5.11.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5.11. Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	str.
1 Monat	5⅞-6⅛	4½-4⅝	5-5¼
3 Monate	5¾-6⅛	4½-4⅝	5⅛-5¼
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4⅝	5⅛-5¼
12 Monate	6-6¼	4½-4⅝	5¼-5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 5.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,00, Verkauf 17,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 13,00, Verkauf 16,00 DM West

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 5.11. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl. MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	198,00	254,22	35,46
20 ffr. Napoleon	5,8070	150,00	199,50	34,36
20 sfr Vreneli	5,8070	161,00	212,04	36,51
½ Sovereign (E.II)	3,6610	102,00	139,08	37,99
1 Sovereign Neu	7,3220	184,00	238,26	32,23
1 Sovereign Alt	7,3220	186,00	240,54	32,85
100 Kronen Öster.	30,4880	790,00	957,60	31,41
20 Kronen Öster.	6,0980	152,00	196,08	32,15
10 Kronen Öster.	3,0480	82,00	109,44	35,91
4 Dukaten Öster.	13,7700	370,00	456,00	33,12
1 Dukaten Öster.	3,4420	84,00	114,28	33,55
10 Rubel Tscherw.	7,7423	198,00	254,22	32,84
Krugerrand 1 Uz	31,1035	824,00	979,26	31,48
Krugerrand ½ Uz	15,5517	456,00	519,84	33,43
2 Rand Südafrika	7,3220	180,00	233,70	31,93
1 Rand Südafrika	3,6610	84,00	118,56	32,37
50 C.S Mapl.L 1 Uz	31,1035	853,00	1012,32	32,55
5 C S Mapl. 1/10 Uz	3,1103	89,00	112,86	36,29
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1005,00	1293,90	43,00
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1210,00	1425,00	45,81
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	125,00	156,18	50,21

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer) Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 5,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent) 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent) Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,75

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 5.11.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,039	6,70
Commerzbank	100,00	27.5.95	57,50	6,68
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,75	6,84
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	140,50	9,09
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,62	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,20	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,73	6,70
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	51,10	7,20
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,03	6,55
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,65	7,05
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,57	6,65
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,56	7,15
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,43	7,05
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,06	7,17
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,85	6,95
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,94	6,56
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,95	6,64
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,00	7,06
WestLB 606	100,00	1.8.06	25,70	7,13
WestLB 500	126,86	16.7.89	114,50	4,60
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,05	5,20
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,80	5,56
WestLB 505	145,24	1.9.92	103,60	5,73
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	115,00	6,87
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,34
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	36,10	8,25
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	136,35	7,87
Prud. Realty	$ 100	15.1.99	72,90	9,04
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	77,975	7,59
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	65,00	8,51
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,25	10,40
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,375	8,68
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.97	64,00	8,69
Gen. Elec. (AAA)	100,00	17.2.93	59,375	8,61
Caterp. Fin. (AA)	100,00	11.2.94	51,25	9,60
Penney (A+)	100,00	17.2.94	57,00	9,36
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,625	9,10
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,50	9,10
Gen. Elec. (AAA)	100,00	4.3.95	49,25	8,84

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	5,02 (5,02)	99,95	101,7	103,5	105,4	107,2	109,1
3	5,40 (5,38)	95,55	101,4	104,1	106,8	109,5	112,2
4	5,75 (5,72)	97,10	101,0	104,1	107,6	111,1	114,5
5	5,97 (5,95)	95,50	100,2	103,9	108,1	112,5	116,5
6	6,16 (6,15)	95,85	99,20	103,6	108,5	113,4	118,3
7	6,47 (6,47)	91,40	96,90	102,4	107,8	113,2	118,8
8	6,77 (6,77)	88,50	94,80	101,4	106,8	112,8	118,8
9	6,93 (6,93)	86,20	93,30	100,5	106,5	112,8	119,4
10	6,95 (6,95)	85,55	92,65	100,4	106,7	113,7	120,7
15	7,20 (7,20)	79,45	88,40	98,20	106,3	115,2	124,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 112,137 (112,183)
Performance-Rentenindex: 248,463 (248,485)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	4. Nov.	5,819-5,825
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,725
	60-270 Tage	5,500
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,730
	60 Tage	5,700
	90 Tage	5,675
Certificates of Deposit	1 Monat	5,70
	2 Monate	5,67
	3 Monate	5,65
	6 Monate	5,65
	12 Monate	6,00
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,25
	26 Wochen	5,35
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,29
	30 Jahre	7,58
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	20. Okt.	702,6 Mrd. $ (+6 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	142,00	141,10
März	142,50	141,55

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co. Frankfurt

Dollar-Anleihen

	4.11.	5.11.
9¾ EEC 90	105,875	Börse geschlossen
11⅛ dgl. 90	111,375	
10¾ EIB 93	110,5	
11 dgl. 91	113,75	
11½ dgl. 90	114,75	
11¾ dgl. 93	121	
12 dgl. 95	123	
12⅞ dgl. 90	117	
12⅞ dgl. 93	128,75	
13 dgl. 96	121	
[illegible]		
6⅞ Sears 91	104,625	Börse geschlossen
6¾ Swed. Ex. 91	102,5	
7 TRW 94	101,75	
6¾ Un.Tech. 92	102,875	
6⅜ W.Disn. 96	101,75	
6⅜ World Bk96	103	
6¾ dgl. 90	103,75	
6¾ dgl. 94	104,125	
7 dgl. 94	106,625	

Lux. Franc Bonds

	4.11.	5.11.
9½ Amro 81	[illegible]	
[illegible]		
11 Kredbk. 93	104	
7⅞ dgl. 87	99,75	
12¾ dgl. 88	102,5	
10 dgl. 90	104	
11⅜ dgl. 89	102,5	
8 Luxair 87	99,75	
8⅞ dgl. 87	99,75	
8⅞ Met.Chim92	103,5	
9 dgl. 95	105,5	

Euro-Yen

[illegible]

6¾ McDonal. 92	102,625	
6¾ Montreal95	103,625	
6½ NordLB 93	102,625	
6 NIB 91	101,75	
7 dgl. 92	105,625	
7 Pac.Gas 94	–	
6⅞ Penney 92	103,375	
6¾ Procter 92	103,625	
6¾ Sallie 92	103,375	

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

[illegible]

ECU

[illegible]		
9⅞ dgl. 95	107,125	
8⅞ Cargill 95	102,25	
10¾ Ceca 89	106,625	
9 Chrysl. 92	100,5	
9¾ dgl. 94	100,625	
9 ClubMed 88	103,625	
9 Colgate 91	102,625	
9 Cap City 95	101,5	
9¾ CCF 95	104,125	
9¾ CrdNord 91	104,625	

8 Norges 86	99,75	
8 Oslo 89	100	
8½ dgl. 87	100	
9 Paribas 92	105	Börse geschlossen
10¼ Paribas89	105,75	
8 Philips 89	100	
7¾ Renault 88	99,75	
7½ Sogenal 91	100	
9¾ dgl. 92	106	
10¼ Solvay 87	100,75	
8 Sverigas 88	100,25	
9¼ Volvo 87	100	
8 WorldBk. 96	103,5	
[illegible]		
8⅞ Motorola92	102,375	
9 Nerza 95	102,375	Börse geschlossen
8⅞ N.S.Wal. 93	103	
9⅞ N.Zeal. 90	105	
9⅞ N.Zeal 92	106	
7⅞ Nissan 96	93,75	
9 Ostbk. 89	104,875	
8⅞ Olivetti95	102,5	
8⅞ Parbel 89	101,625	
10 Pechin. 90	105	

11⅞ CrdFonc90	–	
11⅛ dgl. 90	–	
6¾ CrdLyon 97	93,5	
8⅞ CrdNat 95	104	
10¾ dgl. 94	110	
8⅞ Crdomi. 94	105,375	
9⅞ Credito 92	104,5	
7¾ Denmark 96	95,75	
9 EDF 97	104,125	
8¾ EEC 93	104	
8¾ ELFAqu. 88	102,375	
9 Enso Gut 91	101,675	
9⅞ dgl. 93	101,875	
[illegible]		
9 Petroc 93	98,5	
9⅞ Peugeot 90	104,75	
8⅞ Pirbra 96	99,25	
9 Philips 93	102,5	
9⅞ Pitbo 92	105,625	
10 Prvbk. 92	107,25	
7⅞ Rabobk 96	94,875	
8⅞ Reynolds91	102,375	
9 SAS 95	103,25	
9 Samwc 95	103	
8⅞ Secsuc 90	102,375	Börse geschlossen
9 SNCT 95	105,625	
8⅞ Sumitomo92	103	
[illegible]		

ECU-Tageswerte

[illegible]		
Kan-$	1,41398	1,40434
Esc	155,231	152,742
Fmk	5,08378	5,06903
Yen	166,56	165,907
Drachme	142,353	141,571

SZR-Wert

	4.11.	5.11.
Dollar	1,18966	1,18622
DM	2,44837	2,45963

Wir trauern um unseren Seniorchef und Firmengründer

Dr.-Ing. Helmut Reese

16. 12. 1913 — 4. 11. 1986

Nach einem arbeitsreichen und ausgefüllten Leben, das von der Fürsorge für unser Unternehmen und die Mitarbeiter geprägt war, ist er nach längerer Krankheit verstorben.

Durch sein großes fachliches Wissen und seine Weitsicht, gepaart mit unermüdlichem Fleiß und Schaffenskraft, prägte er die erfolgreiche Entwicklung unseres Unternehmens.

Er wird uns immer Vorbild und Verpflichtung bleiben.

Geschäftsführung und Belegschaft
der Firma

HÄRTEREI BOCHUM
Dr.-Ing. H. Reese
GmbH & Co. KG

4630 Bochum 1, Oberscheidstraße 25

Die Trauerfeier ist Montag, den 10. November 1986, um 11.00 Uhr in der großen Trauerhalle des Hauptfriedhofes Freigrafendamm.
Die Beisetzung erfolgt gegen 12.30 Uhr auf dem Kommunalfriedhof in Bochum-Grumme, Heckenstraße.

An Stelle evtl. zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende für die Deutsche Parkinson Vereinigung e. V., Volksbank Neuss 501 77 50 10, BLZ 305 600 90; Stadtsparkasse Neuss 280 842, BLZ 305 500 00.

Am Montag, dem 3. November 1986, starb in Lochham im 70. Lebensjahr

Professor Dr. rer. nat.

Walter Hoppe

Emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Biochemie, Martinsried bei München

Die Max-Planck-Gesellschaft hat mit Walter Hoppe einen hervorragenden Forscher und akademischen Lehrer verloren, dessen Arbeiten unsere Kenntnisse über die Strukturen von Molekülen wesentlich erweitert haben. Auf diesem Grenzgebiet zwischen Physik, Chemie und Biologie hat er mit Engagement zu einer Verbindung dieser Forschungsbereiche beigetragen.

Walter Hoppe hat der Max-Planck-Gesellschaft über ein Vierteljahrhundert angehört. Von 1959 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1985 hat er die Abteilung für Strukturforschung zunächst im Max-Planck-Institut für Eiweiß- und Lederforschung und ab 1972 im Rahmen des Max-Planck-Instituts für Biochemie als Wissenschaftliches Mitglied und Direktor geleitet.

Die Max-Planck-Gesellschaft trauert um Walter Hoppe und gedenkt seiner in Dankbarkeit.

Heinz A. Staab
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.

München, den 6. November 1986
Residenzstraße 1a

Am Sonntagmorgen, dem 2. November 1986, entschlief sanft nach langer Krankheit mein geliebter Mann, unser lieber Vater und Großvater, mein Bruder

Dr. Otto Gustav Framhein

Landgerichtsdirektor i. R.

geb. am 12. September 1901

In tiefer Trauer

Linda Framhein geb. Nortebohm
Astrid von Beckerath geb. Framhein
Ulrich J. von Beckerath
Dr. Diederich Framhein
Dr. Gerhild Framhein-Peisert
Prof. Dr. Hansgert Peisert
Verena von Beckerath
Feliza von Beckerath
Nicolas von Beckerath
Gundalena Schröder geb. Framhein

Droysenstraße 7
2000 Hamburg 52

Trauerfeier am Dienstag, dem 11. November 1986, um 12.00 Uhr in der St.-Johannis-Kirche zu Hamburg-Eppendorf, Ludolfstraße.

Am 3. November 1986 verstarb im Alter von 81 Jahren Herr

Friedrich Willi Jäckel

Herr Jäckel hat über drei Jahrzehnte als Leiter der Wesermühlen Hameln mit großer Kreativität und persönlichem Einsatz die Entwicklung dieses Betriebes entscheidend geprägt.

Darüber hinaus hat Herr Jäckel sich um die Belange der Branche verdient gemacht.

Wir werden Herrn Jäckel ein ehrendes Andenken bewahren.

Kampffmeyer Mühlen GmbH

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Hoft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 - 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit, Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Peter Koch über Konrad Adenauer als Erfinder

Immerwährendes Sieb

War Konrad Adenauer ein früher [illegible]? Pestizide waren ihm [illegible] Privatvermögen suspekt, Smog ein Ekel, Autoabgase zuwider, für Schrotbrot schwärmte er. Der [illegible] Peter Koch jedenfalls hat [illegible] ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland eben jene Züge [illegible]. Nach seiner politischen Biographie von 1985 zeigt er [illegible] Staatsmann nicht im [illegible], sondern mit der grünen Schürze. Adenauer – ein bißchen trot[illegible] genial, aber immer [illegible] im Dauer-Kampf mit der [illegible] und dem Objekt.

[illegible] Sie das Problem einer ver[illegible] Gießkanne? Adenauer kann[illegible] Er tat etwas dagegen. Im Juni



[illegible] erreichte das Reichspatentamt in Berlin ein Brief des patenten Alten aus Rhöndorf wg. eines „ortsfesten [illegible], der sowohl das Gießen [illegible] einem ungeteilten Strahl als auch [illegible] Sprühregen ermöglicht und der [illegible] jederzeit leicht gereinigt wer[illegible]. Genial hatte der Garten[illegible] der Kannentülle, in die das [illegible] etwas hineinragt, ein auf[illegible]bares und zu arretierendes Sieb [illegible]. Nun, das Ganze war schon [illegible], behauptete man in Berlin.

Adenauer hatte mal wieder den [illegible]. Jedesmal, wenn er mit dem [illegible] den Garten sprengte, wurde [illegible]. Der Rhetoriker, dem böse [illegible] nachsagten, er käme bei sei[illegible] mit dem Wortschatz eines [illegible] aus, muß lange nach[illegible] haben, bis er seine konkrete [illegible] von einem optimierten Garten[illegible] folgt zu Papier gebracht [illegible] Schlauchmund[illegible] beschrieben, dadurch [illegible], daß die eingebaute [illegible] nach Art eines Wasser[illegible] ausgebildet und der [illegible] Teil des Hahnes durch eine ein[illegible] Feder im geöffneten oder ge[illegible] Zustand gehalten wird [illegible] ein aus dem Mundstück mit [illegible] Drehpunkt befestigter einar[illegible] Hebel es dem Benutzer gestattet, durch einen mit seiner das Mundstück haltenden Hand ausgeübten Druck die Wirkung der Feder auszuschalten." Die schöpferische Auffassungsgabe der technischen Beamten hielt sich in Grenzen – auch diese Erfindung wurde keine.

Koch bettet die zum Teil recht skurrilen Anekdoten in Adenauers privates Schicksal zur Zeit des Nationalsozialismus und deutet seinen Erfinderdrang als Ventil eines überschäumenden Denkers. Er liest aus dessen technischen Ideen Adenauers „praktische Intelligenz", seinen „hochentwickelten Möglichkeitssinn" und „sein Gespür für die Gefahren des technischen Fortschritts". Dokumentarisch und lebendig ist die Freilegung des Denkfundaments, der Primärquellen des ersten Bundeskanzlers, so des „Gesundheits-Ingenieurs", der „Zeitschrift für die gesamte Stadthygiene". Ihr verdankt die liebste Behörde Adenauers einen weiteren Vorschlag.

Als Kommunalpolitiker und Bronchienkranker kannte Adenauer die Probleme der Industrie- und Hausbrandabgase. 25 Jahre nach dem Vorschlag seiner Fachzeitschrift, die Abgase der Fabrikschlote und Kamine in einem Rohrnetz aufzufangen und zu reinigen, schreibt Adenauer nach Berlin, die Idee sei „nicht zur Durchführung gelangt wegen der großen Kosten". Seinem Naturell entsprechend natürlich nicht, ohne in einer eigenen Eingabe die kostengünstige Ableitung der Abgase in das bestehende Rohrnetz vorzuschlagen. Aber auch hier lehnten die Patenthüter ab.

Doch Kochs Spürsinn läßt den rheinischen Geist nicht ruhen. Ob das innenbeleuchtete Stopfei oder der stromdurchflossene Kamm zur Ungezieferbekämpfung, die rutschfeste Haarklammer oder die auf Zug reagierende Schreibmaschine, die selbstwärmende Teekanne oder die blendfreie Brille – dem verdienten Politiker blieb der Dank des Patentamtes versagt. Bis, ja, bis Adenauer der Einfall kam, ein „Verfahren zur Herstellung eines dem rheinischen Schwarzbrot ähnelnden Schrotbrotes" zu entwickeln. Das Kriegsbrot, das ganz auf den raren Roggen verzichten konnte und auf der Basis von Maismehl gefertigt wurde, war endlich nach dem Geschmack der Staatsdiener.

ARMIN RECK

Peter Koch: „Die Erfindungen des Dr. Konrad Adenauer", Wunderlich Verlag, Reinbek. 128 S. mit Abb., 28 Mark



Von ehrwürdiger Schönheit: Die romanische Zwerggalerie der Ostapsis von St. Kastor in Koblenz FOTO: RUDOLF BAUER

Im Fadenkreuz europäischer Geschichte: 1150 Jahre Kastorkirche in Koblenz

Die Krone als Zeichen der Demut

Eine der ältesten Kirchen Deutschlands, die Kastorkirche am Deutschen Eck in Koblenz, wird am Wochenende 1150 Jahre alt. Sie ist nicht nur eine Perle der Romanik, sie hat neben der kirchlichen auch historische und politische Bedeutung.

Die wichtigsten Daten und Ereignisse: In der 836 durch den Trierer Erzbischof Hetti am Zusammenfluß von Rhein und Mosel geweihten Kirche verhandelten im Jahr 842 Bevollmächtigte Ludwigs des Deutschen, Karls des Kahlen und Lothars I. über die Teilung des Frankenreichs. Hier wurde der Friede von Verdun (843) vorbereitet und in den wichtigsten Grundzügen festgelegt. Es waren keine Sternstunden für Europa. Ebenfalls in Kastor stellten im Jahr 860 Bischöfe, Äbte und weltliche Fürsten den Frieden zwischen den karolingischen Königen wieder her. 1138 wählte eine Fürstenversammlung in der Stiftskirche St. Kastor Konrad III. zum deutschen König, der hier 1151 als Zeichen der Demut seine Krone vor den Hochaltar legte. Anläßlich des großen Fürstentags 1338 nahmen Kaiser, Könige und Kurfürsten an Gottesdiensten in St. Kastor teil.

So wie Europa 843 in diesem Gotteshaus geteilt wurde, so wuchs es hier 1100 Jahre später wieder ein Stückchen zusammen: Franzosen, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Besatzungsmacht gekommen waren, feierten gemeinsam mit den Koblenzern Gottesdienst; es waren erste Schritte der Versöhnung und Annäherung. Und auch für das Land Rheinland-Pfalz hat die Kastorkirche Bedeutung: Hier begann am 22. November 1946 der erste Landtag seine Arbeit mit einem Gottesdienst.

Die Schönheit der Kirche ist eigenartig. Denn nachdem der karolingische Bau mehrfach geändert worden ist (1208 Weihe der erneuerten Kirche), entspricht im Innern keineswegs alles der reinen Lehre. Für eine romanische Kirche ist das Hauptschiff – schon von der Gründung her – verhältnismäßig breit, der Altarraum ist ungewöhnlich groß, der Triumphbogen hoch, die ursprüngliche romanische Decke ist von einem gotischen Gewölbe verdrängt worden. Doch alles fließt zusammen zu einer überraschenden Geschlossenheit und zu einer außergewöhnlichen, kraftvollen Schönheit. Zur Ausstattung der Kastorkirche gehören bemerkenswerte Kunstwerke; zwei gotische Wandgräber im Chor zum Beispiel zählen zu den Hauptwerken der mittelalterlichen Plastik am Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts.

Als 1936 die 1100-Jahr-Feier anstand, sorgten die nationalsozialistischen Machthaber dafür, daß das Ereignis nur innerhalb der Kirche gefeiert wurde; die Stadt nahm nicht daran teil, und die Koblenzer Zeitungen wußten, daß sie – von einem Vorbericht abgesehen – dem Fest nur geringe Beachtung schenken durften.

Diesmal, 50 Jahre später, zieht die immer noch nicht abgeschlossene Innenrestaurierung dem Jubiläum Grenzen; das Pontifikalamt, zu dem der Trierer Bischof Spital am Sonntag nach Kastor kommt, kann nur im Vorderteil der Kirche gefeiert werden. Die Restaurierungsarbeiten erwiesen sich als komplizierter als angenommen – und teurer. Die klein gewordene Pfarrgemeinde ist auf Spenden angewiesen, und die fließen nicht so, wie es für eine zügige Arbeit gut wäre. Es wird nach Mäzenen gesucht für die 1150 Jahre alte Kirche.

RUDOLF BAUER

Ein internationales Lexikon der Vulgärsprache

Schimpfwörter gesucht

Wenn Ihnen jemand mitten ins Gesicht niest – was sagen Sie da? Angenommen, das tat eine gut gekleidete junge Dame? Aber wenn es ein alter Mann war? Oder wenn eine Einkaufstüte durchgeweicht ist, der ganze Einkauf auf die Fliesen der Küche donnert, eine Saftflasche zerbricht und Sie vollspritzt – was rufen Sie in so einem Falle aus? Wie nennen Sie einen 16jährigen, der gerade im Vorübergehen mit einem Schraubenzieher Ihre Autotür zerkratzt hat? Wenn Sie ihm drohen wollen, sagen Sie dann „Dir werd' ich gleich..." Ja, was wohl?

Das sind ein paar Fragen von 250, die der Schimpfwortforscher Reinhold Aman in einem Fragebogen zusammengestellt hat. Er will herausbekommen, wie in aller Welt geschimpft wird, und zwar echt und spontan, nicht mit frisiertem Mundwerk und gebremstem Schaum. Außerdem werden Kose- und Schimpfwörter für intime Körperteile erfragt und Bezeichnungen dafür, was man so alles damit machen kann.

Versucht man, derartiges Vokabular in Wörterbüchern nachzuschlagen, dann staunt man über die Zurückhaltung der Herausgeber. Ernest Bornemanns 600 Seiten „Sex im Volksmund" waren 1971 eine Pioniertat. Bornemann, der Hochdeutsch eine „senile Eunuchensprache" nennt (im Gegensatz zur „Virilität" des Mittelhochdeutschen), will zehn Jahre lang am Frankfurter „Nuttenmarkt" Material gesammelt haben – andere Quellenangaben machte dieser merkwürdige Wissenschaftler nicht. Heinz Küppers „Wörterbuch der deutschen Umgangssprache" (ab 1955) ist solider, aber stubenrein. Küpper sargt in seinen Karteikästen ein, was ihm allzu deftig vorkommt. Der Einwand, daß solche Selbstzensur das Werk entwerte, läßt ihn kalt.

Jedenfalls gab es inzwischen eine Revolution der Vulgärsprache. Sie ging von England in den 50er Jahren aus. Erst seitdem gibt es eine Chance für die wissenschaftliche Erforschung der gesprochenen Sprache. Aman kann das für den amerikanischen Bereich bestätigen. Das „Dictionary of American Regional English" (DARE) fordert Aman besonders heraus. Voriges Jahr ist der erste Band erschienen – ein hochgelobtes Wörterbuch, aber Aman nennt es „unehrlich".

Nahezu alle Ausdrücke für Ausscheidungen und Körperteile zwischen Nabel und Knie seien unterdrückt worden. „Es gibt allein im Englischen wenigsten eintausendfünfhundert Ausdrücke für Genitalien." Aman muß es wissen, er ist die Kapazität für verbale Vulgarität in aller Welt. Seit 1977 hat er in der Kleinstadt Waukesha im US-Staat Wisconsin eine Schimpfwortzentrale eingerichtet. Material von überall trifft dort ein, man fragt Aman nach Herkunft und Gewicht von Neuprägungen. Im Sommer 1977 erschien die erste Nummer von „Maledicta", dem „internationalen Journal für verbale Aggression", eine beispiellose, weltweite Chronik der Umgangssprachen, eine witzige Mischung aus Intellektualität und Vulgarität, dennoch als linguistische Zeitschrift ernst zu nehmen.

Mit Hilfe von „Maledicta" will Aman den „prüden Wortpopen" von „DARE" ein „DRAT" entgegensetzen: „Dictionary of Regional Anatomical Terms". Besagter Fragebogen geht zunächst an die 5000 „Maledicta"-Leser in 64 Ländern, später an jeden, der mitarbeiten will (Maledicta Press, 331 South Greenfield Avenue, Waukesha, Wisconsin 53186, USA), Diskretion zugesichert.

„Das Unternehmen wird mich wenigstens 20 000 Dollar kosten und unzählige Arbeitsstunden, Sie aber nur eine Briefmarke und rund zwei Stunden, um an einer einzigartigen, historischen, faszinierenden und nützlichen Pioniertat teilzunehmen." Entstehen soll ein internationales, vielbändiges Wörterbuch der Vulgärsprache, das erste echte, unzensierte, ungereinigte, Amans Hauptwerk. An Standard-Wörtern ist er nicht interessiert, rechnet aber damit, daß „anständige" Leute wenig andere Wörter benutzen. Und er sieht kommen, daß mehr Akademiker als ungelernte Arbeiter antworten werden, mehr Weiße als Farbige, mehr Bisexuelle als Homophile, mehr ältere Leute als Teenager.

Daß die eigene Branche Amans Absicht diskreditiert und seine Arbeit anschwärzt, das ist er allmählich gewöhnt. Aber er hat ein großes Vorbild: Martin Luther, ein großer Schimpfer vor dem Herrn und Verfasser eines Vorworts für ein „Rotwelsch Vocabularius". Aman kann in sechs Sprachen schimpfen. Angefangen hat er damit in Straubing, Niederbayern. Das muß eine gute Schulung gewesen sein.

HANS DAIBER

Die Schüler wurden ganz still und sahen ihn groß an

Lateinlehrer als Star

[illegible] Straßen der hessischen Kleinstadt Amöneburg sind heute [illegible] wieder wie leergefegt, wenn [illegible] 19.30 Uhr Wim Thoelkes „Großer Preis" (ZDF) beginnt. Mit Begeisterung verfolgen die Bürger „ihren [illegible]neburger" – den Altphilologen Reinhard Forst, der schon zweimal als Champion aus der Sendung mit seinem Spezialwissen über die griechischen Kykladeninseln hervorgegangen ist. Nicht nur die Nachbarn, auch die Kassiererin im Supermarkt und der Angestellte der Städtischen Sparkasse kennen Reinhard Forst, [illegible] er das erste Mal an der Show teilgenommen hat.

Der Erfolg des Champions, der im bürgerlichen Leben sein Brot als Gymnasiallehrer für Latein und Griechisch verdient, hat auch die Schüler nicht unbeeindruckt gelassen. „Als ich am Morgen nach der ersten Fernsehsendung meine Klasse betrat, kam ich fünf Minuten lang nicht zu Wort. Die Kinder trommelten und klatschten vor Begeisterung Beifall", erzählt Reinhard Forst. Als er an einer Gruppe von Sextanern vorbeiging, wurden alle mit einem Mal ganz still und sahen ihn groß an.

Reinhart Forst, Champion in „Der große Preis" FOTO: v.ESTORFF

Da die Show nicht live gesendet, sondern bereits einige Tage vorher aufgezeichnet wird, ist Forst sein eigener kritischer Zuschauer. Gemeinsam mit seiner Frau und den vier Kindern sitzt er dann vor dem Bildschirm. Ein wenig nervös ist er vor jeder Sendung, gesteht er. Und wenn er ruhig und im Familienkreise alles noch einmal miterlebt, fällt ihm auf, daß der eine oder andere Hinweis in der Nervosität nicht an sein Ohr gedrungen ist. Aber Reinhard Forst ist bescheiden und ärgert sich nicht über solche Kleinigkeiten. Seine Bescheidenheit ist es auch, daß er seinen Erfolg nicht überbewertet. Von Glück und Zufall spricht er und davon, daß derjenige, der den Fragen [illegible] entgegensieht, auch besser [illegible] und nachdenken kann. Ein Konzentrationsspiel also, der „Große Preis", und ein Spiel, bei dem es auf Schnelligkeit ankommt. Denn welcher von den Kandidaten zuerst den Knopf gedrückt hat, hat auch die Chance, die Frage richtig zu beantworten.

[illegible] Reinhard Forst überhaupt dazu gekommen ist, sich bei Wim Thoelke zu bewerben, ist eine lange Geschichte. Sein Bruder hat vor einigen Jahren als Fachmann für mitteleuropäische Orchideen an dem Fernsehratespiel teilgenommen. Von diesem wurde Forst animiert, sich ebenfalls zu bewerben. Vor drei Jahren dann hatte er sich also an Wim Thoelke gewendet und zwei Spezialthemen vorgeschlagen: Griechische Briefmarken und die griechischen Kykladeninseln.

Auf das Schreiben hin, haben Thoelkes Mitarbeiter geprüft, ob die vorgeschlagenen Themen für die Sendung interessant sind. Sie waren es. Und so wurde Reinhard Forst angerufen und einer Prüfung unterzogen, denn nicht nur seine Spezialgebiete, sondern auch er selber mußte für die Show geeignet sein. So wurden ihm per Telefon etwa 50 Fragen gestellt, um sein Allgemeinwissen zu überprüfen, und etwa 10 Fragen zu seinem Fachgebiet. Als er auch diese Hürde genommen hatte, erfolgte eine persönliche Vorstellung in Berlin, bei der ihm mitgeteilt wurde, daß er im Laufe der nächsten zwei Jahre zur Show eingeladen würde. Eine lange Zeitspanne, in der Forst sein Fachwissen nicht ständig auf dem Höhepunkt halten konnte. Im Mai dieses Jahres dann, kam endlich die Einladung und bis September war genügend Zeit zur Vorbereitung.

Damit, daß er Champion werden würde, und dies gleich zweimal, hatte Forst im Traum nicht gerechnet. Gewonnen hat er bisher 11 500 Mark. Was er mit dem Geld machen will, weiß er noch nicht. Er überlegt laut, daß er „sein Haus mal verputzen lassen" könnte.

Vielleicht gewinnt er heute wieder. Dann kann er sich außer dem Verputz noch einen Anstrich für sein Haus leisten. Zu wünschen wäre es dem sympathischen Lehrer. Aber auch verlieren muß man können und selbst das ist bei Wim Thoelke geradezu angenehm. Denn jeder Kandidat kann vor der Sendung Literatur zu seinem Fachgebiet aussuchen, die ihm dann in einem Köfferchen zum Abschied überreicht wird. Auch Reinhard Forst hat seine Bücher schon ausgewählt.

SUSANNE HERRMANN

KRITIK

Trostloses um 23 Uhr

Ist natürlich schick: **Wiedergefundene Zeit**, der Titel des Fernsehfilms von Jochen Richter, bringt sogleich Marcel Proust ins Spiel. Besser wäre es freilich gewesen, wenn Richter außer der Erzähltechnik des französischen Romanciers auch dessen sprachliche Disziplin wahrgenommen hätte.

Richter erzählt in der Tat wie Proust: Vergangenes ist in der Gegenwart enthalten. Das Verhör eines Mannes mit NS-Vergangenheit durch einen amerikanischen Offizier wird gezeigt, und daß dieser sich in die Frau des Deutschen verliebt. „Gleichzeitig" ist zu sehen, wie der Offizier Jahre später nach der Frau sucht. Damit solches Fabulieren aber den weniger Geübten nicht verwirre, zeigt Richter die Vergangenheit in Schwarz-Weiß, die Gegenwart dagegen in Farbe. Und damit keine Spannung aufkomme, wechselt die Farbe schon Sekunden vorher.

Diese angestrengte Intellektualität wurde nur noch übertroffen durch den Text, den die durchaus begabten Darsteller zu sprechen hatten, um die psychische Lage der Beteiligten nicht darzustellen, sondern erläuternd auszuplaudern. Gewiß, ein Bürokrat spricht miserables Juristen-Deutsch; aber doch wohl nicht seine musisch angehauchte Frau, die sich zu dem Satz versteigen mußte, ihre französischen Freunde hätten sie „die Schönheiten des Landes kennengelernt".

Daß man derart Trostloses erst um 23 Uhr auf den Bildschirm bringt, hat seine Richtigkeit.

HORST ZIERMANN

Zocker-Philosophie

Der englische Schriftsteller Jonathan Swift hat einmal geschrieben: „Glück ist derjenige Zustand, in dem man geschickt betrogen wird." Also gewinnt immer nur der, der nicht wettet?

Ein Schwede soll mit Pferdewetten Millionen verdient haben. Sagt man. Aber eigentlich sagt man in diesen Kreisen gar nichts. Jedenfalls nichts, was übers Allgemeingültige hinausgeht, wenn vom Wetten gesprochen wird.

Zum Beispiel sagt man in solchen Kreisen, es gebe auch bei den Zokkern eine Klassengesellschaft. Da sei zu allererst der gehobene Zocker, also der erfolgreich sein Geld auf Trab- und Galopp-Pferde setzende Wett-Mensch. Dieser spielt niemals mit hohem Einsatz, sondern unauffällig. Er gewinnt selbstredend auch unauffällig, aber oft sehr hoch. Denn merke: Der gehobene Zocker hat Sachverstand. Ihn erwirbt man, wie überall, durch sture Beharrlichkeit.

Morgen siegt Arszian in Cagnes-sur-Mer – ARD, 23.00 Uhr

Ständiges Beobachten der Szene ergibt auf Dauer das geschulte Auge und den berühmten Pferdeverstand. Wer sich auf solche Art und Weise zielstrebig in der Zocker-Zunft etabliert hat, schweigt auch über Wett-Verluste sich aus. Des Images und der Kreditwürdigkeit wegen.

Der mittelmäßige Zocker, im Trabrennsport, wo Fohlen schon für 2000 Mark zu erwerben sind, oft auch Mitbesitzer, setzt meist zwischen 100 und 150 Mark pro Renntag. Er bringt es nie zu großem Gewinn, denn ihm fehlt zum Pferdeverstand der 7. Sinn. Und so versteht er sich in erster Linie darauf, seine Verluste in erträglichen Grenzen zu halten.

Das wiederum unterscheidet ihn vom Hasard-Zocker, der auch dann noch wettet, wenn er längst schon pleite ist. Wenn die Schweizer Uhren im Pfandhaus und der Daimler verhökert sind.

Natürlich kennen sich die Zocker untereinander, die draußen auf der Bahn oder die drinnen in der Stadt beim Buchmacher. Da gibt es zum Beispiel jenen Politologie-Studenten im 35. Semester, der zum Leben lediglich 500 Mark benötigt – alles andere verwettet er.

Oder jener ehemalige Student der Wirtschaftswissenschaften im Ruhrgebiet, der als berufsmäßiger Zocker auf den Trabrennbahnen besser zurechtkommt. Glaubt er jedenfalls.

Bei den Buchmachern ist auch ein 91jährige Rentner gefürchtet, der als ausgefuchster Fachmann für französische Hindernisrennen gilt. Oder jener Polizeibeamte aus dem Betrugsdezernat, der dem alten Herrn in seiner Freizeit große Konkurrenz macht.

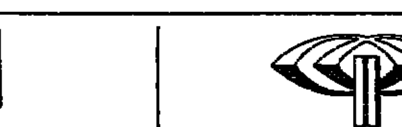
Was diese Star-Zocker von gelegentlichen Hobby-Wetter unterscheidet, ist das Maß, nach dem sie leben: Nicht so viel ausgeben, stets auf der Hut sein, nicht auffallen, möglichst kein Konto bei einer Bank einrichten. Denn es gilt der eherne Grundsatz: Auf der Pferderennbahn ist schon mancher reich geworden. Doch vorher war er steinreich.

PETER PETERSEN

ARD

9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.03 Fußball-Europapokal
2. Runde, Rückspiele
11.35 Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle
12.10 Kennzeichen D
Deutsches aus Ost und West
12.55 Presseschau
13.00 heute

9.00 Aus dem Bundestag
Debatte über den Reykjavik-Gipfel und seine Folgen
15.50 Tagesschau
16.00 „Das Lieben bringt groß' Freud"
Lieder und Chorsätze von Friedrich Silcher
16.45 Die Kinder vom Mühlental
7. Scharik, der Hund, und Konrad, der Habicht
17.15 Kein Tag wie jeder andere
Tanker, Tod für 1000 Vögel
Film von Peter Brandt
17.35 Der Clown im Hinterhof
Auf hoher See
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der amerikanische Traum
Filmdokumentation von Ralph Stroehle
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Geschichten aus der Heimat
Drei Episoden vom Rhein
Regie: Gerhard Schmidt
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
„Väter und Söhne" – Die Filmgeschichte der IG-Farben. Jacqueline Picassos Abschied – Bilder aus Madrid. Hebbels „Nibelungen" in Bochum
22.30 Tagesthemen
23.00 Morgen siegt Arszian in Cagnes-sur-Mer
Spielfilm von Eberhard Scharfenberg
0.35 Tagesschau
0.40 Nachtgedanken



16.00 heute
16.04 Bühnenzauber (6)
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Pinnwand
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 S. Y. Arche Noah
Heiße Ware aus Afrika
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Heiteres Spiel mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Themen: Aids – Bestandsaufnahme der Experten. Schwanger über 40 – Risiko-Glück? Frauenselbsthilfe – Krebs-Bilanz nach zehn Jahren
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.15 Der Tod wird exportiert
Braucht die EG den Waffenhandel? Bericht von Bernd Wiegmann, Otto Wilfert
23.00 Wir haben uns doch mal geliebt
Film von Daniel Christoff
Mit Lisa Kreuzer, Joachim Bliese, Gisela Uhlen, Corny Collins
Kurt und Helga sind seit 14 Jahren verheiratet. Ihre Verhältnisse erscheinen bei oberflächlicher Betrachtung geordnet. Doch Kurt greift zunehmend zum Alkohol und wird aggressiv gegenüber seiner Frau.
0.35 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Die Modellstadt
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Mit James Stewart, Jane Wyman
Regie: William Wellman
21.55 Wenn der Intercity kommt
Das „Aus" für Altenbeken?
22.25 Haus mit Traurigkeit und Freude
Zeichnungen krebskranker Kinder
23.10 Das große Thema
Was kommt nach Beuys?
0.30 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Damals in Bonn
Das Verbrechen der Marie Kahle
19.00 Musik für uns – Musik für Euch
19.15 Kiesgruben – Oasen für bedrohte Natur?
Film von Joachim Hinz
20.00 Tagesschau
20.15 Des Königs Dieb
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit David Niven
Regie: Robert Z. Leonard
21.30 Kultur aktuell
22.20 Ich und Du
Diskussion über das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern
23.30 Nachrichten

HESSEN
20.00 Die Ausreißerin
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Mit Rod Cameron, Ella Raines
Regie: Charles Lamont
21.25 Autoreport
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 In bester Gesellschaft (2)
23.00 Franz von Assisi

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.28 König Rollo, König Frank
18.33 Mad Movies
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Theodora, Kaiserin von Byzanz
Italienischer Spielfilm (1954)
Regie: Riccardo Freda
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Politik / Wirtschaft
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Julia-Migenes-Show
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.15 Die Tier-Sprechstunde
Windhunde-Rennen
18.45 Rundschau
19.00 Betrug
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit John Payne, Joan Caulfield
Regie: George Sherman
20.25 Flash Gordon (15)
20.45 Stationen
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
Am Todtnauberg
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.26 Vertrauen
Ungarischer Spielfilm (1979)

SAT 1

15.35 Indian River
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
16.25 Die Waltons
17.10 Lou Grant
18.00 Josh
Anschließend: Goldies
18.30 blick
18.45 Bravo-TV
19.45 Duell im Dschungel
Englischer Abenteuerfilm (1954)
Mit Jeanne Craine, Dana Andrews
Regie: George Marshall
21.40 blick
22.15 Jazz-Konzert
Mit der Philip Morris Band
22.45 Hawaii Fünf-Null
Die Reise nach Kalifornien
Regie: Charles Dubin
23.30 blick

1 PLUS

19.00 Kino-Werkstatt
20.00 Tagesschau
20.15 Jede Menge Kohle
Fernsehfilm von Jost Krüger, Gerd Weiss und Adolf Winkelmann
21.55 Sieben Diebe
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit Rod Steiger, Edward G. Robinson
Regie: Henry Hathaway
Theo Wilkins ist als Wissenschaftler auf die schiefe Bahn geraten. Um seine kriminelle Karriere mit einem einmaligen Coup zu beenden, hat der alternde Amerikaner einen raffinierten Plan ausgearbeitet.
23.35 Nachrichten

3sat

18.00 Mini-ZiB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Derrick
Ein unheimliches Erlebnis
20.30 Rundschau
21.20 Oberösterreich im Flug
Das Innviertel
21.45 Zeit im Bild 2
22.05 Kulturjournal
22.15 Kennwort: Kino
Bette Davis
22.25 Reise aus der Vergangenheit
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Bette Davis, Claude Rains
Regie: Irving Rapper
0.20 Nachrichten



18.15 Starmix / Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
Am Tisch zubereitete Spieße
18.53 7 vor 7
19.22 RTL-Spiel
19.30 Insiders
Neue amerikanische Serie
1. Heiße Monde
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die Herrin vom Salzerhof
Deutscher Spielfilm (1953)
Mit Marianne Koch
Regie: Anton Kutter
22.15 RTL-Spiel
22.20 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.30 Popeye und das goldene Vlies
22.35 Neu im Kino
23.15 Wetter/Horoskop/Betthupferl
0.35 Wall Street Final

Der Kranich und die Maus

egw. – Daß eine Maus dieses reizende, possierliche Tierchen, Elefanten erzittern läßt, hat man schon öfters gehört. Aber was ist das gegen den Vorfall, der sich im Wiener Flughafen Schwechat ereignet hat: Eine Maus, die eine Boeing 707 am Abflug hindern kann? Sie wurde von einem Piloten beobachtet, wie sie im Mittelgang hin und her lief. Entsetzlich! Der Pilot verständigte die Polizeitruppe „Kranich", und die Kraniche suchten nur einen Tag und eine Nacht lang nach dem fürchterlichen Tier, das Flugzeug wurde evakuiert, die Passagiere auf eine andere Maschine umgebucht.

Höchst bedauerlicherweise war von dem winzigen Tierchen in der riesigen Boeing keine Spur zu finden, so eifrig die Kraniche auch ihre Schnäbel in jede Lücke steckten. Sollte es am Ende eine Halluzination gewesen sein, was die Gelehrten ja auch von dem kürzlich ins Gespräch gekommenen Yeti behaupten, den Messner gesehen haben will? Und schließlich hat man auch schon von weißen Mäusen gehört, die nur bestimmten Leuten in einem entsprechenden Zustand erscheinen ...

Natürlich hätte man keine Kraniche auf die fragliche Maus ansetzen sollen, sondern einen Kater, aber auf diese Idee scheint man nicht gekommen zu sein, und schließlich ist ja im tierfreundlichen Wien nicht so leicht ein heißhungriger Kater aufzutreiben. So *konnte* es also geschehen, daß eine kleine Maus einen Riesenvogel lahmlegte, was allerdings in der Klassik ein gewisses Vorbild hat, denn bekanntlich haben einst, nach dem lateinischen Zitat, dort sogar „die Gebirge gekreißt – und zum Vorschein kam eine lächerliche Maus (nascitur ridiculus mus)".

Fragt sich nur, weshalb man so aufgeregt nach dem Mäuslein im Flugzeug suchte, das doch im Grunde zum Amüsement der Fluggäste hätte beitragen können? Schuld daran waren die naturwissenschaftlichen Kenntnisse der Pilotencrew, wonach Mäuse Nagetiere sind und sich mit besonderem Gusto auf *elektrische Drähte stürzen,* um sie anzuknabbern. Darüber gibt es zwar noch keine genauen Nachrichten, und logische Überlegungen lassen vermuten, daß eine Maus, die auf ein Kabel beißt, alsbald vom elektrischen Schlag getroffen wird *und kein Unheil mehr anrichten* kann. Aber wer weiß? Ein Bordkater wäre unbedingt anzuraten!

Schlaglichter auf eine unterschätzte Kulturlandschaft: Düsseldorf stellt mit den „Nordischen Wochen" Skandinaviens Kunst vor

Das Licht, das durch die Ritzen der Tür dringt

Mit der Schweiz fing es an, die Niederländer folgten, und derzeit sind es gemeinschaftlich die Länder *des europäischen Nordens, die in* Düsseldorf ein breit angelegtes Panorama ihrer Kulturen entfalten. „Nordische Wochen" finden dort bis tief in den Dezember hinein statt.

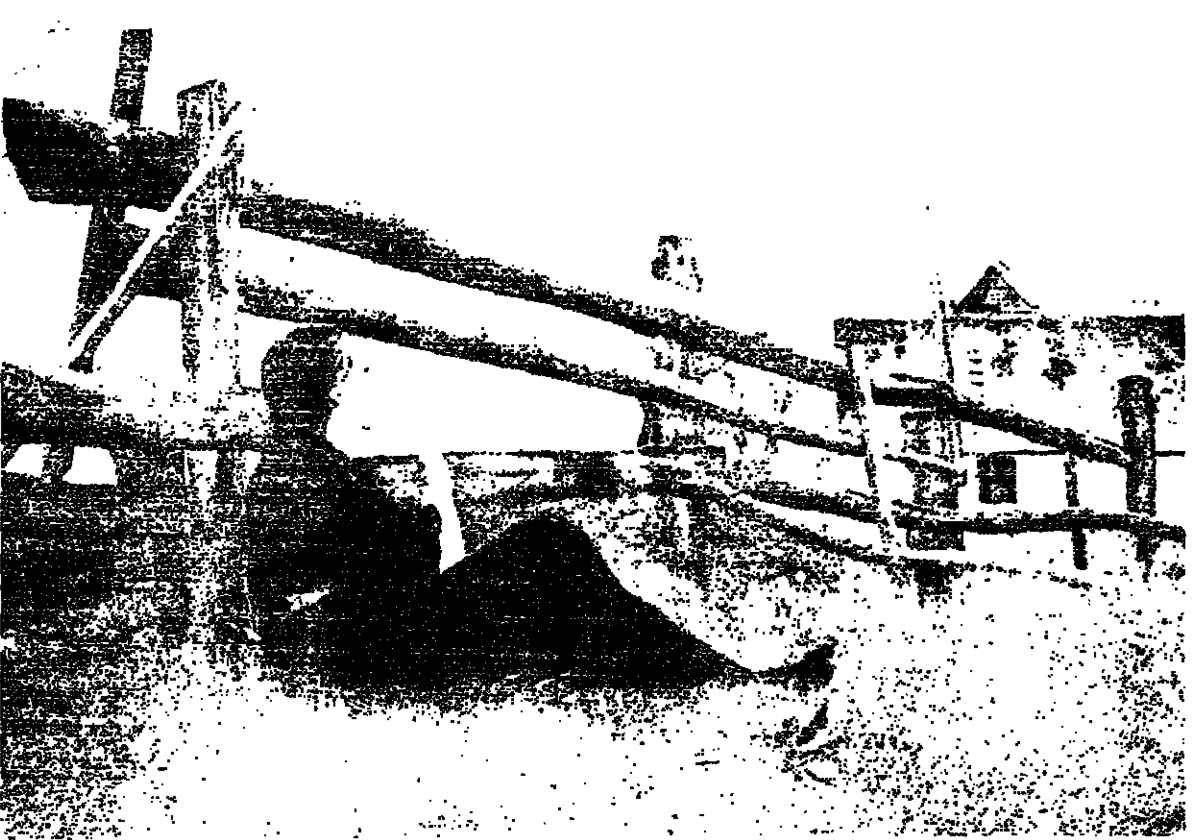
Das ist jedoch keines jener notorischen Austauschprodukte, nach dem *Motto: „Zeigst du bei mir was, zeig ich bei dir was",* wofür sich dann Politiker lobend auf die Schultern klopfen. Diese „Nordischen Wochen" sind eine Reklameveranstaltung ohne Gegenleistung, sie sind eine Werbekampagne für die Kunst und Kultur *des Nordens.*

Die Logik ist klar: Randkulturen wie die der nordischen Länder, in Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland von einer nur nach Millionen, auf *Island, Grönland und den* Färöer-Inseln gar nur nach Tausenden zählenden Bevölkerung gestützt, brauchen solche Initiativen, um ihre Position international behaupten zu können. Das hat nicht einmal etwas mit Stolz zu tun. Ohne eine kräftige staatliche Förderung stünden sie möglicherweise schon im eigenen Lande auf schlechtem Posten gegen die durch Film, Fernsehen und Literatur kraftvoll ausstrahlenden und eindringenden Kulturen der größeren Nachbarvölker. Auch jenseits der Grenzen die Lebensrechte der „Kleinen" zu behaupten, bedarf es wahrscheinlich immer wieder solcher Aktivitäten in Sachen Kulturexport.

In Düsseldorf ist das Angebot schier unermeßlich: Konzerte zu allen Tageszeiten, Filme für Kinder, Spielfilme, Videos; Theater und Ballett; Lesungen, Vorträge, Seminare und Symposien; Ausstellungen aller *Art. Statt die Gaben hierhin und dort*hin zu verträpfeln, wird eine Region massiv durchdrungen. Die Chance, daß bei dieser Methode mehr hängen bleibt als die Erinnerung an eine beiläufige Begegnung, rechnet man sich nach den Erfahrungen der Schweizer und der Holländer aus. Daß die Wahl des Schauplatzes auf Düsseldorf fiel, hat einen einfachen Grund: In Hamburg, sagte man sich, läßt sich noch eine befriedigende Kenntnis der nor*dischen Länder annehmen und* das rheinisch-westfälische Industriegebiet ist dann schon der nächstwichtige Wirtschafts- und Handelspartner der Skandinavier.

Ob es freilich klug war, diese Wochen als gemeinschaftliche Veranstal*tung der nordischen Länder aufzuzie*hen, ist eine Frage, die die einzelnen Kulturministerien noch zu knacken haben werden. Natürlich gibt es übergreifende Phänomene und Entwicklungen in den Kulturen des Nordens, aber ebensogut auch Abgrenzungen, die von Eifersüchteleien nicht frei *sind. Das Verhältnis Norwegens zu* seinem ehemaligen dänischen Landesherren oder das der Finnen zu ihrem einstigen Kolonialherren Schweden ist nicht frei von komplizierten Gefühlen – wie auch in umgekehrter Richtung.

Mit solchen nordischen Wochen vier mittlere und drei kleine Kulturen *in einen Topf zu werfen,* das könnte auch ausgesprochen kontraproduktiv ausgehen, indem nämlich nur der Eindruck bleibt, nördlich von Flensburg sei eben doch alles eins. Die *Gefahr besteht vor allem in Deutsch*land, das immer schon eine kulturelle Vormachtstellung der Schweden in Skandinavien unterstellte, nordische Kultur mit schwedischer Kultur gleichsetzte. Eben das zu zementieren könnte der unfreiwillige Effekt dieser *nordischen Wochen werden (Veran*staltungsprogramm: Kulturamt Düsseldorf, Ehrenhof 3, Telefon 0211 / 89911). REINHARD BEUTH



Leuchtpunkt in einer eher düsteren Malerwelt: „Im Juni. Mädchen mit Löwenzahn" von Laurits Andersen Ring (1899), aus der Düsseldorfer Ausstellung „Im Lichte des Nordens" FOTO: KATALOG

Diese Gefahr wird bei der bildenden Kunst besonders deutlich. Im Kunstmuseum breitet sich das „Licht des Nordens" mit einer Über*sicht über die skandinavische Malerei* um die Jahrhundertwende aus. Es ist allerdings ein Zwielicht. Das Gemälde „Die Tür" von Helene Schjerfbeck charakterisiert das recht gut. Zu sehen ist ein dunkler, kahler Raum, von einer Tür verschlossen, durch deren Ritzen helles Licht ringt, spärlich wie unsere Kenntnis der nordischen Malerei.

Gewiß, Carl Larsson mit den Iyllen des „Hauses in der Sonne" ist hierzulande populär, und Anders Zorn mit seinen drallen Badeschönheiten war *zwischen den Kriegen mehr als jetzt* bei uns geschätzt. Ernst Josephson und Carl Frederik Hill (der in der Düsseldorfer Auswahl fehlt) wurden uns in den letzten Jahren mehrfach als aus dem Gleichgewicht geratene Existenzen auf dem schmalen Grat *zwischen Genie und Wahnsinn* präsentiert. Und natürlich ist uns Munch, dem gleiche Gefährdungen nicht fremd waren, vertraut.

Vilhelm Hammershoi erregte dagegen jüngst nur Aufmerksamkeit, weil er plötzlich erstaunlich hohe Auktionspreise erzielte. Das sind jedoch *keine Zufallszuschläge,* denn die Bilder, romantische Interieurs mit einer eigenartigen Atmosphäre der Ungewißheit, brauchen den Vergleich mit den Impressionisten nicht zu scheuen. Und mögen uns die heroischen Kalevala-Mythen bei Akseli Gallen-Kallela auch zu nordisch trutzig, die Märchenmotive bei Gerhard Munthe zu ornamental geschmäcklerisch dünken, die Landschaften von Kitty L. Kielland oder Prinz Eugen stehen ihren Zeitgenossen aus südlichen Ländern nicht nach.

*Allerdings läßt sich nicht verken*nen, daß das „Licht des Nordens" düstere Schatten wirft. Die Porträts (z.B. von Ejnar Nielsen, Richard Bergh, Eugène Jansson) stellen uns Menschen vor, die gewiß eher zum Grübeln, zur Depression als zu unge*brochener Lebensfreude neigen.* Und die Landschaften, zumeist im Gegenlicht der untergehenden Sonne oder im kalten Schein des Mondes – vorwiegend ohne Staffage – künden kaum von einer Welt der Fröhlichkeit. Auch in den Innenräumen (z.B. August Eiebakkes „Auftragen der Mahlzeit") scheint eher Strindberg (der sich hier als ein interessanter Maler vorstellt) als Ludvig Holberg zu Gast. Und nicht zufällig hängen gegenüber von Larssons heiteren Aquarellen Theodor Kittelsens Variationen über den „Schwarzen Tod". Denn auch Larsson war – wie er in seiner Autobiographie gestand – alles andere als jene Frohnatur, die alle Welt in ihm zu sehen glaubte.

Aber dieses Mißverständnis hatte in Schweden selbst eine ungeahnte Wirkung. Ellen Key, die sozialistische Reformerin, inspirierten Larssons Bilder zu ihrer Programmschrift „Schönheit für alle", die zum Anstoß für eine ästhetisch anspruchsvolle Produktgestaltung wurde. Vor allem von den Glashütten wurde diese Idee aufgenommen. Das belegt die Ausstellung „Glas in Schweden 1915–1960" im Kunstmuseum und der Tonhalle exemplarisch.

Dabei läßt sich nicht verkennen, daß dem Kunstglas mit seinem Drang zur „zeitlosen Schönheit" der Zeitgeist viel stärker mitspielte als den Gebrauchsgläsern mit ihren einfachen Formen. Die Schweden liebten einerseits den Mattschliff mit seinem plastischen Relief und andererseits die dickwandigen Überfanggläser, für die sie verschiedene neuartige Dekorationstechniken entwickelten. Das alles wird in der Ausstellung, einem Dorado für Glasliebhaber, ausführlich vorgeführt, wobei die Präsentation in der vom Kunstlicht abhängigen Tonhalle die Gläser sehr viel besser als im lichten Kunstmuseum zur Geltung kommen läßt.

Der Katalog ist allerdings ein zwiespältiges Produkt. Der Preis von 98 Mark für die broschierte Ausgabe im Museum ist unangemessen, während die 128 Mark für das gebundene Buch *(Prestel Verlag, München) durchaus* verständlich sind. Es handelt sich nämlich um einen wissenschaftlicen Katalog, der jeden Sammler und Händler begeistert, weil er mit Akribie alles Wissenswerte – samt Listen der genauen Modellnummern, die die präzise Datierung eines jeden Glases erlauben – zusammenträgt. Aber für den Museumsbesucher ist solche Ausführlichkeit kaum von Belang. Weniger und billiger wäre für ihn mehr. PETER DITTMAR

„Das Licht des Nordens": bis 1. Februar, Katalog 28 Mark; „Glas in Schweden": bis 18. Januar; Zürich: 4. März bis 26. April, danach Stockholm; Katalog 98 Mark, im Buchhandel, Prestel Verlag, 128 Mark

JOURNAL

Deutsche Buchausstellung in Spanien eröffnet

dpa, **Barcelona**

Die Ausstellung „Das deutsche Buch: Mittler des kulturellen Dialogs mit Katalonien" wird heute in Barcelona eröffnet. Sie steht unter der Leitung des Börsenvereines des Deutschen Buchhandels (Frankfurt), der Generalität von Katalonien, dem katalanischen Verlegerausschuß und dem Deutschem Kulturinstitut in Barcelona. 1400 Bücher und Zeitschriften aus 152 Verlagen werden präsentiert, und mit großem Interesse werden Schriftsteller wie Christa Wolf, Peter Härtling, Martin Walser und Egon Holthusen erwartet. Parallel dazu wird eine deutsche Kulturwoche mit Konzerten und Filmvorführungen eröffnet.

Wiederentdecktes Werk von R. Strauss aufgeführt

dpa, **Wien**

In einem Konzert der Wiener Gesellschaft der Musikfreunde ist ein Jugendwerk von Richard Strauss vorgestellt worden, das seit der Uraufführung am 18. März 1882 in München verschollen war. Im vorigen Jahr war das Werk bei einer Auktion wieder aufgetaucht, wo es vom Archiv der Wiener Gesellschaft der Musikfreunde erworben wurde. Der 18jährige hatte die „Variationen für Streichtrio über ein bayerisches *Volkslied" für ein Familien*fest komponiert.

Reges Interesse am Architekturmuseum

gur. **Frankfurt/M.**

Ein immer noch zunehmendes Besucherinteresse meldet das Deutsche Architekturmuseum in Frankfurt. Schon Ende Oktober hatte es mit 162 000 die Besucherzahl des gesamten Vorjahres erreicht. Besuchermagnet in diesem Jahr war die Lego-Ausstellung in Kombination mit einer Gropius- und einer Cüppers-Ausstellung, gefolgt von der *Ausstellung „Vision der Moderne".* Die laufende Ausstellung „Internationale Bauausstellung Berlin 1987" verzeichnet in den ersten drei Wochen bereits knapp 7000 Besucher.

Architekt Hittorf in Frankreich gewürdigt

AFP, **Paris**

Das Pariser Museum Carnavalet zeigt bis zum 15. Januar in Zusam*menarbeit mit dem Kölner Wallraf*-Richartz-Museum eine Auswahl aus dem Werk des in Köln geborenen Architekten Jacob Ignaz Hittorf (1792–1867), der Paris im 19. Jahrhundert wesentlich mitgestaltet hat. Die großen Werke des letzten Vertreters der neoklassischen Schule, der Nordbahnhof, die Ausschmückung der Place de la Concorde, die Kirche St. Vincent de Paul sowie das Rathaus des ersten Arrondissements, *gehören noch* heute zu den großen Bauwerken der französischen Hauptstadt.

Großbritanniens zweitgrößtes Festival

DW. **Belfast**

Vom 12. bis zum 29. November findet zum 24. Mal das „Belfast Fe*stival" statt, das nach dem Edin*burgh Festival das zweitgrößte Kulturereignis auf den britischen Inseln ist. Auf dem Programm stehen mehr als 100 verschiedene Veranstaltungen. Neben einem Gastkonzert des Leipziger Gewandhaus-Orchesters, Gastspielen der Royal Shakespeare Company, Folk Music und Jazzkonzerten findet die Uraufführung des irischen Schauspiels „Der große Hunger" von Tom MacIntyre statt.

Gemälde und Zeichnungen von Christian Mali

DW. **Biberach/Riss**

Zum 80. Todestag von Christian Mali zeigen die Städtischen Sammlungen Biberach eine Auswahl seiner Ölgemälde aus der Frühzeit mit romantischen Stadtansichten aus Süddeutschland. Dazu kommen Aquarelle, die zum Teil noch nie ausgestellt waren, sowie Zeichnungen aus Skizzenbüchern, die Malis *Kontakt zur „Schule von Barbizon"* dokumentieren. Die Ausstellung dauert bis zum 23. November.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Was haben Charlotte Elisabeth Sophie Louise Wilhelmine Gräfin von Ahlefeld und Hermynia zur Mühlen gemeinsam? Daß sie zu den dichtenden deutschen Damen gehören. So eröffnen und beschließen *sie das „Lexikon deutschsprachiger* Schriftstellerinnen 1800–1945", das mehr als zweihundert Poetinnen – viele unbekannt oder längst wieder vergessen – mit Bild, Biographie und Bibliographie vorstellt. Die wichtigsten, und das sind recht viele, verzeichnet zwar jedes Schriftsteller-Lexikon, aber inzwischen *gilt ja auch in der Literatur:* Alle Schreibenden sind gleich, nur die Autorinnen sind gleicher. P. D.

Gisela Brinker-Gabler, Karola Ludw[illegible] und Angela Wöffen: „Lexi[illegible] deutschsprachiger Schriftstelleri[illegible] 1800–1945", dtv, 364 S., 16,80 Ma[illegible]

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Info „Trendwende"

Kassandra hinterm Berg

„New Age" nennt sich das neue Zeitalter des Wassermanns, das die ganz große Wende bringen soll. Die „New Age"-Bewegung mit ihrer eigentümlichen Mischung aus Okkultismus, alternativer Lebensform und Wissenschaftstheorie hatte bei uns ihren ersten großen Auftritt auf der Frankfurter Buchmesse von 1983, als der Dalai Lama mit dem Ältesten der Hopi-Indianer ein spirituelles Gipfeltreffen abhielt. Seither rollt eine „New Age"-Bücherwelle, die bereits acht Prozent des Umsatzes der Buchhandlungen ausmacht. Es kommt zu immer neuen Tagungen, Workshops, Seminaren, und schon *mußte* ein „New Age Travelservice" eingerichtet werden.

Weniger markant ist die Entwick*lung auf dem* Zeitschriften-Sektor. An den Kiosken wird „New Age" durch „2000 – Magazin für Neues Bewußtsein" (Goßlerstr. 33, 3400 Göttingen 1) und „Sphinx – Magazin für Sucher/innen" *(Lange Gasse 43,* CH-4006 Basel) vertreten. Auffällig ist, daß unter den „New Age"-Zeitschriften sich die stärker okkultistisch ausgerichteten gegenüber den weniger okkultistischen durchsetzen. *Das äl*teste deutsche „New Age"-Organ „Hologramm" ging in der „Sphinx" auf, die den Namen des Gründungsorgans des deutschen Okkultismus aus dem Jahre 1886 weiterführt. *Da*neben verdient der Informations*dienst „Trendwende" (Hinterm Berg* 81, 2862 Worpswede) Beachtung.

„Trendwende" wurde 1982 mit der Absicht gegründet, ausschließlich „positive Nachrichten" zu drucken, die „darauf hindeuten, daß wir die Gegenwart meistern und die Zukunft gewinnen werden". *Eine neue Art* zu denken und neue Wege des Handelns *würden sich* allenthalben bereits abzeichnen. Doch die Katastrophe von Tschernobyl, deren Horoskop erläutert wird (Uranus am östlichen Horizont symbolisiert Versagen der Technik, Pluto im Skorpion das Regiment der Radioaktivität), *führte zu einem* „Ruck durch das Bewußtsein", nicht, wie anfangs angenommen, der Verantwortlichen, sondern der Redaktion der „Trendwende".

Ganz Kassandra, druckten sie nun einen 20seitigen „Krisenreport" ab, *der die „ungebrochene Krisendyna*mik" auf den Feldern Atomenergie, Gentechnologie, Mikrowellen („Elektrosmog durch Funk und Radar"), Ozonabbau, Spurengase („Treib*haus-Effekt"), Sauerstoff (Abbau in* den unteren Luftschichten durch industrielle und landwirtschaftliche Großprozesse), Artentod, Tropenwald- und Feuchtgebiet-Vernichtung, Waldsterben, Grundwassergefährdung, Allergie, Rüstungswettlauf auflistet.

Doch nicht nur die Liste ist bemerkenswert, sondern auch das aus ihr gezogene Fazit. Es lautet: „Die Kraft, auch nur einer der gigantischen Bedrohungen erfolgreich entgegenzutreten, erweist sich heute dort, wo sie bislang gesucht worden war – im Feld der Politik, im Feld der Bürgerinitiative, im Feld der gesellschaftlichen *Veränderung –, als nahezu gleich* Null." Der bisherige Weg der „sozialen Diffusion" durch geduldige Überzeugung sei nicht mehr gangbar, da die Zeit davongelaufen sei. Als letzte *Option bleibe noch, von der Vorstel*lung des extrem individualistischen Westens, das Bewußtsein sei jeweils mein, dein, sein, abzurücken und das nach alter östlicher Vorstellung zugrundeliegende „trans-personale Bewußtseinsfeld" aller, „mit dem wir *womöglich verbunden sind",* direkt anzusprechen.

„Trendwende" werde daher künftig über Initiativen berichten, die die Veränderung des „menschlichen Kollektivbewußtseins" auf die Fahne geschrieben haben. „Tat tvam asi" contra Tschernobyl.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

KULTURNOTIZEN

Georg Meistermann wird die 18 Fenster des Kapellenkranzes im Dom zu Münster neu gestalten.

Peter Brooks Theaterstück „Mahabharata" wird 1987 erstmals in einer englischen Fassung zu sehen sein (in Zürich und London).

Lorin Maazel, Ernest Bour und Rudolf Barshai sind von 1987 an die drei offiziellen Chef-Dirigenten des „Orchestre National de France".

Bonn zur Kaiserzeit (von 1871 bis 1914) ist das Thema einer Ausstellung im Rheinischen Landesmuseum Bonn (bis 4. Januar).

In der Lombardei sind jetzt erstmals Beweise für einen dort vor *400 000 Jahren lebenden „homo erectus"* gefunden worden.

Peter Pietzsch, stellvertretender Intendant in Wiesbaden, wird neuer Theaterchef in Hagen.

Hitchcock grüßt: „Psycho III" mit Anthony Perkins

Mord an einer Mumie

Norman Bates ist wieder da. Schon wieder. Oder wieder einmal. Noch immer betreibt er, noch immer von Anthony Perkins dargestellt, sein Motel, hoch über ihm thronend in einer düsteren Festung, wie einst in Alfred Hitchcocks „Psycho" von 1960.

Noch immer lebt – und schläft – er neben seiner mit Sand gefüllten, ausgestopften toten Mutter. 22 lange Jahre hat er in der Klapsmühle verbracht, erfährt man, und wurde doch als geheilt entlassen. Was ihn nicht hinderte, in „Psycho II" sein Unwe*sen zu treiben und es jetzt in „Psycho* III" fortzusetzen. Dieser unterscheidet sich von seinen Vorgängern nur dadurch, daß Perkins nicht nur die Hauptrolle spielt, sondern auch Regie *führt – zum ersten Mal.*

Daran liegt es wohl: Es geht Norman Bates an den Kragen, von allen erdenklichen Seiten. Zunächst durch die Presse: Eine Reporterin ist da, die *seine Geschichte kennt. Sie sucht* den unsäglich dummen und gutgläubigen Sheriff zum Handeln zu veranlassen. Sie zwingt ihn zu einem Interview. Sie fahndet nach einer verschwunde*nen alten Kellnerin, die sich zuletzt in* Normans Motel aufhielt.

Ein Mädchen ist da, das sich das Leben nehmen will und das Norman, zu Mord ausgezogen, mit durchschnittenen Pulsadern in der Bade*wanne findet – und ret*tet. Worauf es sich prompt in den manischen Spinner verliebt. Und damit dessen Unglück vollkommen besiegelt, ihm aber auch *nichts* erspart werde, kommt uns das Drehbuch teils als Krimi, teils psychologisch: Die Norman für seine Mutter hält und die ihn, als „Stellvertreter", in seine Mädchenmorde treibt, ist gar nicht seine *Mutter: Sie hat ihn einst* entführt. Wenn er es er*kennt* – heilige, psychologische Katharsis! –, bringt er nicht die Journalistin um, die sich groteskerweise allein in die gräßliche Mörderhöhle gewagt hat, son*dern die Mumie.* Dennoch kommt er wiederum in eine Anstalt, aber er ist „frei", sagt er.

Man sieht: Was im deutschen Kino als Spannungsele*ment gilt, sind in Amerika und in* Hollywood landläufige und entsprechend abgegriffene Klischees. Deswegen greift der Regisseur Anthony Perkins auch zu ganz anderen Zutaten. Er klebt die Mordszene aus Hitchcocks Schwarzweiß-Film *dazwischen. Er läßt die Stimme der* Mutter nicht von Norman sprechen: Sie ertönt aus dem Off, ebenso die Stimme der Mutter des selbstmordsüchtigen Mädchens. Neben realisti*sche Morde – einer davon, Tiefpunkt* der jüngeren Kinogeschichte, vollzieht sich auf dem Klo – treten groteske Szenen voll makabrer Komik. Voller Mühe werden die Elemente *des Horror-Films zitiert: Regen und* Gewitter, schummrige Beleuchtung, ein mit Kerzen umstellter Katafalk, knarrende Türen. Es fehlt eigentlich nichts.

Dennoch: Weil man die Personen, die Zusammenhänge und auch das *Szenario seit einem Vierteljahrhun*det kennt, führt der Film – und der ist für einen Debütanten erstaunlich sicher – neuerliches Ensetzen nicht herbei. Deshalb kann man ihm viel*leicht sein letztes Wort glauben: Daß* Norman für immer hinter Anstaltsgittern verschwindet.

HORST ZIERMANN



Und immer wieder das Haus: Anthony Perkins, Darsteller und Regisseur von „Psycho III" FOTO: UIP

Musikalische Novitäten beim „steirischen herbst"

Schöpfung, Erschöpfung

Die jahreszeitenbedingte, trügerische, verführerische Endzeitstimmung wurde diesmal zum Motto *erhoben: „Sprache der Liebe"* und „Literatur als Erotik" bestimmten als Generalthema in Graz den „steirischen herbst". Mit Theater- und Ausstellungsaktivitäten wurde diese Fall*studie der besonderen Art betrieben.*

Die Musikszene durfte dagegen, eigensinnig wie fast immer, andere und eigene Wege gehen. Scheinbar in die (jüngste) Vergangenheit fallend, konnte sie sich auch innovativ gebärden. Die Rädelsführer waren zwei alte Branchenhasen: Otto M. Zykan mit einer „Opern"-Uraufführung und György Ligeti mit der ersten Präsentation seines seit mehr als einem Jahrzehnt erwarteten Klavierkonzertes. Damit ist auch bei einem abgebrühten Avantgardefestival wie dem „steirischen herbst" Staat zu machen.

Zykan, früher ein hervorragender Schönberg-Pianist, dann Experimen*tator in allen nur denkbaren Kunst*sparten, schließlich eine nationale Größe in der Werbeszene, gehört längst in die Galerie der unvergleichlichen Originale. Wo er hintritt, gibt's *nur Zykan total. Zykan* als Autor, Komponist, Regisseur und Hauptdarsteller seiner selbst. Gagenvorschuß auf Darmverschluß zu reimen, das kann natürlich nur er. Und zu einem Sinnesrausch und ins Theater kann er auch verführen. Denn in jedem Menschen, vor allem in den Selbstdarstellern, stecken Clown und Philosoph. Durch Entlarven von Wort-Lauten und -Inhalten erhält deren Unsinn erst den richtigen Sinn. So böse wie lustig treibt der Intellekt sein Spielchen und stellt alles scheinbar auf den *Kopf. Von der Schöpfung ist es* nur ein kleiner Weg – nämlich zwei Buchstaben – bis zur Erschöpfung. Oder: Wie absichtlich ist der Zufall? Zykans Antwort: Er ist zufällig absichtlich.

So zufällig wie absichtlich kam Zykan in Graz zu Uraufführungsehren: „Der Zurückgebliebenen Aus*zählreim" nennt er sein „Theater für* ein Opernhaus", ein Auftragswerk des „steirischen herbstes": eine ironische Kollage aus sog. Musiktheater, Pantomime, großem und kleinem Kabarett. Als Virtuose der Gedankensprünge und Doppeldeutigkeiten weiß Zykan zu unterhalten. In 28 Szenen wird die unheilvolle Welt heillos *auseinandergenommen. Zykan* resümiert quasi seine bisherigen Werke, steckt sie, neu gemischt, in ein kunterbuntes Theaterkleid.

Trotz beträchtlichen Aufwandes – ein mittelgroßes Opernorchester würzt mit Streicherteppichen und Schlagzeugbombardements die allzu braven Synthesizer-Zuspielungen – werden musikalisch keine neuen Türen aufgestoßen. Mit Zykans Totaleinsatz kann allerdings nur einer mithalten: Bühnenbildner Hans Hoffer *setzt der grotesk wirbelnden Insze*nierung starke Lichter auf. Viel Technik saust zwar durch Luft und Raum, schafft aber zwischen Ironie, Absurdität und zynischer Gegenständlich*keit hinreißende Bilder und Einstel*lungen – vergleichbar nur mit der Qualität eines Achim Freyer.

Ganz so unterhaltsam ging's beim Musikprotokoll, der steirischen Mustermesse der Neuen Musik, natürlich nicht zu. Die Aktualität gehörte da der österreichischen Erstaufführung von Friedrich Cerhas „Requiem für Hollensteiner" nach einem Text von Thomas Bernhard (aus der Erzählung „Gehen"). Wegen angeblich *staatsfeindlicher Tendenzen der sar*kastischen Bernhard-Texte sorgte das Cerha-Requiem seit der Hamburger Uraufführung vor zwei Jahren in Österreich für Konflikte. Die Schluß*pointe hätte allerdings nicht typi*scher gelingen können: Am Nationalfeiertag erhielt Cerha vor seiner Wiener Requiem-Aufführung den großen österreichischen Staatspreis aus den *Händen von Unterrichtsminister Her*bert Moritz, der früher Thomas Bernhard öffentlich angegriffen hatte.

In gemächlichen Auf- und Abbewegungen schleppte sich dann das Musikprotokoll dahin, bis György Ligeti wieder einmal aus der Reihe tanzte. *Mehr als ein Jahrzehnt* spielte er mit dem Gedanken eines Klavierkonzerts. Im Vorjahr schrieb er es endlich nieder: ein gutes, starkes qualitätsvolles Stück, das sofort die Runde machen müßte. Wie in seinen Klavieretüden (1985), geht es Ligeti im dreisätzigen Klavierkonzert um geschlossene Formen mit fließenden Mustern. *Das ist nun nicht als Widerspruch zu* verstehen, sondern als ein Streben nach neuen rhythmischen Bewußtseinsebenen. „Illusionsrhythmik" nennt es der wortgewandte Komponist, es ist „einfach" eine Überlagerung verschiedener Geschwindigkeitsschichten. Die Wahrnehmung wird überlistet, scheinbar entstehen neue „Bilder". *Die Musik, so greifbar,* leicht und gut hörbar sie mit ihrer geballten Motorik auch daherkommt, schickt sich an „abzuheben". Ligeti hat keine Angst vorm Fliegen. Auch das zeichnet ihn aus.

WALTER GÜRTELSCHMIED

Visa-Schwindel in deutschem Generalkonsulat

E. A[illegible], Istanbul

[illegible]

Ein simples Utensil aus der Welt der Jäger und Wanderer wurde zum farbenfrohen Begleiter einer Modewelle

Die Abkömmlinge eines alten Sacks machen Furore

Es war in Italien, vor zirka sechs Jahren, als ich die ersten chic angezogenen, nicht mehr ganz jungen Frauen mit einem Rucksack sah. Ich glaubte meinen Augen nicht zu trauen, denn die Damen rüsteten sich weder zu einer Bergpartie, noch schienen sie den weiblichen Pfadfindern anzugehören. Sie hatten lediglich alles Störende, das sie sonst in der Hand oder über der Schulter getragen hatten, in einen modischen Rucksack gesteckt.

Es waren die ersten mutigen Vorreiter einer Modewelle, die den Rucksack ..zivilisierte" dieses Behältnis aus seiner Außenseiterrolle holte, er schließlich salon- und gesellschaftsfähig machte. Mit der Begeisterung für das Zweirad und dem damit verbundenen Zwang, möglichst beide Hände zum Lenken frei zu haben, war dem Rucksack in breiter Front die Bahn gebrochen. So staunt in den Geschäftsmetropolen der USA keiner mehr, morgens einen Manager mit Rucksack die Verstandeslage betreten zu sehen. Und dennoch fragt man sich, wie hat ein simpler Sack es geschafft, von heute auf morgen aus der Berg-, Sport- und Wanderwelt in den ganz normalen Alltag übernommen zu werden?

Bei näherer Betrachtung fällt einem sofort auf: Rucksack ist nicht gleich Rucksack. Es sind nicht die grauen oder grünen Dinger, mit denen man in den Alpen auf die Pirsch geht, sondern nuancenreiche Abkömmlinge. Es fängt an beim niedlichen Kinderrucksack, etwa in Gestalt eines Bären, der sich kuschelig an den Rücken schmiegt. Bei Schulkindern herrschen Nylonqualitäten vor, superleicht und in poppigen Farben. Ganz Lässige tragen sie, ganz gegen die Natur dieser Säcke, über nur einer Schulter.

In alternativen Kreisen entdeckte man die Liebe zum Naturledersack in allen Formen und Qualitäten. Modebewußte junge Frauen tragen Lacklederrucksäcke, und wenn sie es sich leisten können und mögen, sogar Beutel mit den unübersehbaren Initialen hochkarätiger Designer. Beutel, mit denen man wohl kaum eine Bergtour machen würde.



Ungewohntes Bild: Manager mit Rucksack

Manager und andere Zeitgenossen, die ihren Tag am Schreibtisch verbringen, haben lange Zeit eine gewisse Abstinenz Rucksäcken gegenüber gezeigt. Das hatte weniger mit ihrem mangelnden Bedürfnis diesem praktischen Stück gegenüber zu tun als vielmehr mit der Tatsache, daß Papiere von einer bestimmten Größe an nie ganz unbeschadet einen Transport im Rucksack überstehen. Doch auch den Herren in feinem Tuch kann geholfen werden. In den Mode-Trendzentren Paris und Mailand werden die ersten Männer mit attraktiven Tornistern gesichtet. Sie lösen Aktentasche und Aktenkoffer ab. Außerdem kommt der edel gemachte Leder-Look dem Gefühl nach qualitativ hochwertiger und gut verarbeiteter Mode entgegen.



Praktische Accessoires eines sportlichen Lebensstils: Rucksäcke allerorten FOTOS: DIE WELT

Der Tornister, auch Ranzen genannt, wird zum erstenmal in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erwähnt. Bis zu diesem Zeitpunkt trugen Wanderer, Pilger, Soldaten, kurz alle Leute, die unterwegs waren und sich selbst verpflegen mußten, Säcke. Diese nannten sie aufgrund ihrer Verwendung Brotsack oder Hafersack. Als dann im 17. Jahrhundert in Frankreich das Fusil, ein fast mannshohes Gewehr, bei der Armee eingeführt wurde, brauchte der Soldat beide Hände zum Laden, Stopfen, Zielen und Schießen. So hängte er sich den Beutel nicht mehr über die Schulter, sondern mit gekreuzten Riemen auf den Rücken.

Der Tornister war erfunden. Natürlich unterschied sich das normale Fußvolk von den Offizieren, deren Tornister aus feinem Lackleder glänzten, während der Gemeine sich mit Leinen oder grobem Leder begnügen mußte. Noch heute haben die Soldaten der Schweizer Armee einen „Habersack", den sie auf langen Märschen gefüllt mit Brot, Käse, Wurst an ihrem Tornister befestigen.

Und der Tornister für Schüler? Er wurde erst Ende des 19. Jahrhunderts in Verbindung mit der allgemeinen Reformbestrebung an unseren Schulen eingeführt. Bis dahin trugen die Kinder selbstgenähte Stoffbeutel für ihre Bücher. Der lederne Tornister oder Schulranzen war der Traum eines jeden Kindes.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war dies zunächst nicht anders. Doch schließlich wurden Schultornister oder Ranzen doch selbstverständlich und erfuhren sogar eine Spezifizierung: Die Modelle für Jungen waren auf einen Blick von denen für Mädchen zu unterscheiden. Bei einem Bubenschulranzen bedeckte die Umschlagklappe die ganze Vorderseite, bei einem Mädchenschulranzen nur die Hälfte. Und welcher arme Junge den Tornister seiner älteren Schwester auftragen mußte, hatte bei seinen Geschlechtsgenossen einen schweren Stand.

In den sechziger Jahren wurde der Tornister dann durch die Aktentasche oder -mappe abgelöst. Letztere mit der Hand (und in oft schiefer Haltung) zur Schule zu schleppen, wurde zur absoluten Prestigefrage schon bei Zehnjährigen. Doch heute ist dies kein Thema mehr. Schüler schwören wieder auf jene Behältnisse, die der Gesundheit bei weitem förderlicher sind: Tornister und Rucksack. REGINA WILLNECKER

Bahnverbindung von München nach Warschau

AP, Bonn

Für eine Verbesserung der Eisenbahnverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen haben sich Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und sein polnischer Amtskollege Janusz Kaminski ausgesprochen. Die Deutsche Bundesbahn und die polnischen Eisenbahnen werden im Auftrag der beiden Minister prüfen, ob bereits im Fahrplan 1988 eine direkte Bahnverbindung zwischen Warschau und München aufgenommen werden kann.

Operation „gut verlaufen"

D. D. Berlin

Quizmaster Hans Rosenthal muß voraussichtlich noch eine Woche im Krankenhaus bleiben. Ein gestern in Berlin vorgenommener Eingriff zur Beseitigung von Vernarbungen, durch die die Nahrungsaufnahme behindert wurde, ist nach Mitteilung seines Büros „gut verlaufen". Vor sieben Wochen waren Rosenthal Magen und Milz entfernt worden.

Pro Huhn 265 Eier

dpa, Münster

Jede deutsche Henne hat im vergangenen Wirtschaftsjahr (Juli 1985 bis Juni 1986) durchschnittlich 265 Eier gelegt. Wie die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe gestern in Münster mitteilte, war das Huhn im Kleinbetrieb (mit weniger als 100 Tieren) mit 212 Eiern nicht so fleißig wie die Henne in der „Legefabrik" (über 10 000 Hennen), deren Leistung bei 271 Eiern lag.

Betäubt und mißbraucht?

dpa, Recklinghausen

Von morgen an muß sich ein 57jähriger praktischer Arzt aus Oer-Erkenschwick wegen des Verdachts der Körperverletzung und des sexuellen Mißbrauchs vor der Recklinghäuser Strafkammer des Landgerichts Bochum verantworten. Er soll in sechs Fällen Patientinnen betäubt und sich anschließend an den bewußtlosen Frauen vergangen haben.

Wieder Kindersuchdienst

dpa, Münster

Der Kindersuchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) hat bisher 32 654 Kinder, die in den Kriegswirren ihre Eltern verloren hatten, wieder zu Vater und Mutter gebracht oder Informationen über ihre Schicksale besorgt. Die 349 noch offenen Fälle sollen jetzt in einer neuen Medien-Kampagne geklärt werden.

Zwerge als „Projektile"

rtr, Brisbane

Die Organisatoren eines „Zwergenweitwurf"-Wettbewerbs haben sich gegen öffentliche Kritik gewehrt, ihr Vorhaben sei menschenunwürdig. David Naylor, Chefredakteur des Magazins „People", das den Wettbewerb sponsort, sagte, die Lilliputaner fühlten sich als „professionelle Projektile". In einer Disziplin werden die Lilliputaner auf Skateboards gebunden und als lebendige Kugel auf einer Kegelbahn eingesetzt.

Drogenhändler verurteilt

SAD, Valence

Drei deutsche Drogenhändler sind in Valence im südfranzösischen Departement Drome zu sieben und zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Außerdem müssen sie eine Entschädigung von 5,5 Millionen Francs an den französischen Zoll zahlen. Die Männer waren im Dezember 1985 verhaftet worden, als sie 220 Kilo marokkanischen Haschisch aus einem Hubschrauber ausluden. Der Handel war aufgeflogen, als Wildschweinjäger den Hubschrauber bemerkten.

Frau zum Schein verkauft

dpa, Syrakus

Der 33jährige Sizilianer Salvatore Fava, der 1979 seine Frau zum Schein für zwei Millionen Lire (3000 Mark) an einen Rentner „verkauft" hatte, ist zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Der „Vertrag" wurde nie vollzogen, weil sich Fava und seine Frau nach Zahlung des vereinbarten Preises aus dem Staub gemacht hatten. Das Gericht in Syrakus verurteilte Fava dennoch, weil er seine Frau zur Prostitution mit dem anvisierten „Käufer" gezwungen hatte, um ihn „auf den Geschmack" zu bringen.

Nur ein Elternteil

AFP, Washington

Einem Viertel aller amerikanischen Familien steht nur ein Elternteil vor. Wie aus Statistiken des Volkszählungsbüros (Census Bureau) hervorgeht, finden sich 60 Prozent dieser Fälle innerhalb der schwarzen Bevölkerung; die Mehrzahl der alleinstehenden Elternteile sind Frauen. Grund dafür sei unter anderem die zunehmende Bereitschaft zu Schwangerschaften außerhalb einer Ehe.

ZU GUTER LETZT

„Lebende Gänsefedern verkauft: Doris Thiessen, Tellingstedt." Kleinanzeige im „Bauernblatt für Schleswig-Holstein".

Ost-West-Dialog auf Schülerebene

Jugendliche aus Hessen und der Sowjetunion tauschten Gedanken und Gefühle aus

R[illegible] BORNGÄSSER, Moskau

[illegible] auf ein rotes Abzeichen in Form einer Fahne mit einem [illegible], das auf dem Revers [illegible]. Dieses Abzeichen zeigt, daß [illegible], so Sergej aus [illegible]. Und stolz setzt er hinzu: [illegible] sind die Reserven der Partei."

Ost-West-Dialog zwischen Jugendlichen in Moskau. Der erste einwöchige Schüleraustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR endete in diesen Tagen. [illegible] Mädchen und Jungen aus der Bundesrepublik waren an diesem Pilotprojekt beteiligt. Die Anregung zum ersten offiziellen Schüleraustausch geht auf die Initiative des SPD-Politikers Egon Bahr zurück. Mit Unterstützung und Einwilligung der hessischen Landesregierung wurde die Oberstufe eines Wiesbadener Gymnasiums ausgewählt und eine Berufsfachschule in Kassel, deren Schüler [illegible] Volkswagenwerk beschäftigt sind. Die Landeszentrale für politische Bildung informierte die Schüler umfassend über ihr Gastland.

Mitunter schien der Graben zwischen den Systemen doch sehr tief, wie die deutschen Schüler berichteten. Die ideologischen Stanzformeln gingen den Moskauer Schülern flüssig über die Lippen. Man hatte sie gründlich auf den „Westbesuch" durch das sowjetische Unterrichtsministerium vorbereitet. Die Diskussionen über Frieden und Abrüstung standen denn ja auch ganz obenan.

„Doch da schalteten wir einfach ab", sagt Sven. Bei Gesprächen über Film, Literatur und Discomusik trat man wieder aufeinander. Es waren – auch äußerlich – schon gegensätzliche Welten, die da aufeinanderprallten. Hier die deutschen Schüler locker in Jeans mit farbigen Sweatshirts gekleidet, Haarfrisuren je nach Mode und Laune. Ihnen gegenüber die sowjetischen Schüler in korrekten dunkelblauen Schuluniformen mit weißem Hemd oder weißer Bluse. Hier die lässig Sprüche klopfenden Jugendlichen aus der Bundesrepublik, die locker auch den Lehrkräften gegenüber auftraten – dort die disziplinierten sowjetischen Jugendlichen, von klein auf an Drill und Führung gewöhnt.

Damit die Begegnungen zwischen den Jungen aus Ost und West nur unter Aufsicht abrollten, hatte man von morgens bis abends Termine und Besichtigungen geplant. „Einen einzigen Nachmittag hatten wir nur frei", stöhnt eine Schülerin aus Wiesbaden. Diese Zeit haben die westdeutschen Schüler genutzt, um etwas über das Privatleben der sowjetischen Jugend zu erfahren.

Sie wurden in Moskauer Familien eingeladen. „Das hat uns mehr gebracht als dieses ideologische Geschwafel", so äußert sich despektierlich ein Schüler. Lohnend war dieser Austausch sicher. Horizonte wurden erweitert, und Flirts ließen sich auch trotz strenger Kontrolle nicht verbieten: es flossen viele Tränen beim Abschied – übrigens auf beiden Seiten.

Kredit nur mit richtigem Puls

AFP, Nizza

Gegen Kreditkartenbetrüger will ein Elektroniker aus Nizza einen zuverlässigen Schutz entwickelt haben: Die Identifizierung des rechtmäßigen Eigentümers durch dessen Pulsschlag. Der 43jährige Regis Vanoni, der sich auf medizinische Geräte spezialisiert hat, fand in zweijähriger Arbeit heraus, daß der Blutstrom in den Fingerarterien individuell verschieden ist und eine exakte Identifizierung der Person erlaubt. Dieser Puls wird elektronisch gespeichert, und der Computer kann durch einfachen Vergleich feststellen, ob die Karte im wahrsten Sinn des Wortes „in den richtigen Händen" ist.

Nach Vanonis Vorstellungen soll der Empfänger einer Kreditkarte künftig nicht nur seine Unterschrift und Geheimzahl hinterlegen, sondern auch seinen Blutstrom messen lassen. Das Gerät zur Pulsidentifizierung soll 70 Mark kosten. Mehrere Unternehmen haben bereits Interesse an Vanonis patentrechtlich geschützter Erfindung angemeldet.

Oberrabbinat lenkt ein

Empfehlungen für Herztransplantationen verabschiedet

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Das Thema Organverpflanzung ist in Israel heiß umstritten. Wichtiger Grund dafür ist, daß die Religion die Beisetzung eines Toten in unversehrtem Zustand fordert. Die Entnahme eines Organs gilt daher als Entwürdigung des Toten. So führen selbst Autopsien häufig zu Konflikten mit dem Rabbinat. Ein weiterer Grund ist, daß das Rabbinat den klinischen Tod – den Gehirntod – bislang nicht anerkannte. Solange das Herz eines Organspenders schlägt, gilt er als lebend und die Entnahme des Herzens als „Mord". Zwar kann das Rabbinat Transplantationen gesetzlich nicht verbieten, doch gläubige Juden richten sich nach den Empfehlungen, an die sich auch viele Nichtreligiöse moralisch gebunden fühlen.

Vor zehn Jahren wurden in Israel die beiden ersten Herzverpflanzungen vorgenommen – beide Empfänger starben. Seit damals verhandeln Ärzte und Rabbiner. Die Ärzte wiesen nach, daß ein Mensch tot ist, sobald keine Gehirnströme mehr meßbar sind. In dieser Woche genehmigte das Oberrabbinat schließlich Herzverpflanzungen unter der Bedingung, daß die Atmung des Spenders mindestens zwölf Stunden lang ausgesetzt haben muß. Während dieser Zeit müßten die Ärzte die Herzfunktion des Toten künstlich aufrechterhalten, damit das Organ verpflanzungsfähig bleibt. Der Eintritt des Todes muß dann von drei Ärzten bestätigt werden, von denen zumindest einer vom Oberrabbinat akkreditiert ist.

Der jetzige Beschluß des Rabbinats gilt nur für Herzverpflanzungen. Es ist jedoch anzunehmen, daß bald schon die Erlaubnis zur Transplantation anderer Organe gegeben wird. Die extrem Orthodoxen in Israel wollen diese Beschlüsse des Oberrabbinats jedoch nicht anerkennen. Sie haben dem berühmten Hadassah-Krankenhaus in Jerusalem, das Organtransplantationen durchführen will, mit einem „finanziell verheerenden Boykott" gedroht. (SAD)

WETTER: Wolkig und mild

Lage: Ausläufer eines umfangreichen Nordmeertiefs überqueren ganz Deutschland nach Südosten. Auf ihrer Rückseite fließt feuchte Meeresluft nach Mitteleuropa und gelangt erneut unter Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Donnerstag: Zunächst stark bewölkt und vereinzelt Regen. Im Tagesverlauf zunehmende Bewölkungsauflockerung und niederschlagsfrei. Nachts vielfach aufklarend. Am Morgen gebietsweise Nebelbildung. Temperaturen zwischen 8 und 12, nachts zwischen plus 3 und minus 2 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus West bis Südwest.

Weitere Aussichten: Teils neblig trüb, teils aufgelockerte Bewölkung und niederschlagsfrei.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.25 Uhr, Untergang: 16.46 Uhr; **Mondaufgang:** 13.43 Uhr, Untergang: 21.13 Uhr (MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 6. Nov., 8 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	8	R
Bielefeld	9	R
Braunlage	3	R
Bremen	8	R
Dortmund	6	bd
Dresden	9	R
Düsseldorf	9	bd
Erfurt	6	bd
Essen	6	bd
Feldberg/S.	6	bw
Flensburg	8	R
Frankfurt/M.	7	bd
Freiburg	7	bw
Garmisch	7	he
Greifswald	8	bd
Hamburg	7	R
Hannover	8	R
Kahler Asten	2	[illegible]
Kassel	7	bw
Kempten	3	he
Kiel	8	R
Koblenz	9	bd
Köln-Bonn	9	bd
Konstanz	4	bw
Leipzig	7	bd
List/Sylt	9	R
Lübeck	7	R
Mannheim	6	bw
München	7	he
Münster	8	R
Norderney	9	R
Nürnberg	7	bw
Oberstdorf	5	he
Passau	4	bd
Saarbrücken	3	Ne
Stuttgart	6	he
Trier	6	bw
Zugspitze	-9	he
Ausland:		
Algier	15	Gw
Amsterdam	12	bd
Athen	16	Gw
Barcelona	17	he
Belgrad	7	bw
Bordeaux	7	Ne
Bozen	11	he
Brüssel	9	bw
Budapest	9	he
Bukarest	7	he
Casablanca	21	he
Dublin	12	R
Dubrovnik	14	he
Edinburgh	13	he

Ort	°C	Wetter
Faro	20	he
Florenz	14	[illegible]
Genf	7	he
Helsinki	2	bw
Hongkong	25	he
Innsbruck	6	he
Istanbul	12	bd
Kairo	27	he
Klagenfurt	5	he
Konstanza	6	bd
Kopenhagen	8	R
Korfu	21	bw
Las Palmas	23	bw
Leningrad	2	bd
Lissabon	16	he
Locarno	10	he
London	11	bd
Los Angeles	6	[illegible]
Luxemburg	6	[illegible]
Madrid	13	he
Mailand	10	he
Malaga	21	he
Mallorca	19	he
Moskau	0	he
Neapel	15	he
New York	19	bw
Nizza	17	he
Oslo	[illegible]	R
Ostende	10	bd
Palermo	17	he
Paris	8	bw
Peking	9	bd
Prag	6	bw
Rhodos	19	bw
Rom	14	he
Salzburg	3	he
Singapur	30	bw
Split	15	he
Stockholm	3	bw
Straßburg	8	bw
Tel Aviv	24	he
Tokio	17	R
Tunis	19	he
Valencia	–	–
Varna	5	R
Venedig	15	he
Warschau	6	he
Wien	8	[illegible]
Zürich	5	he

Mietrecht: Wenn Heizungsrohre platzen könnten

dpa Düsseldorf/Köln

Wenn ein Mieter verreist ist, darf der Hauseigentümer die Wohnung aufbrechen lassen, wenn durch Nachtfrost Heizungsrohre zu platzen drohen (Amtsgericht Köln, Az.: 216 C 84/84). Wenn ein Abwasserrohr durch Baumwurzeln verstopft wird, muß der Nachbar, auf dessen Grundstück der Baum steht, für die Reparaturkosten aufkommen (OLG Düsseldorf, Az.: 9 U 51/86). Auf diese Entscheidungen hat gestern der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in Düsseldorf aufmerksam gemacht.

Eine Mieterin hatte schriftlich versichert, sie würde bei längerer Abwesenheit dem Hauseigentümer die Schlüssel ihrer Wohnung „an einer schnell erreichbaren Stelle" hinterlegen. Im Dezember 1984 verreiste sie, ohne den Vermieter zu verständigen. Dieser befürchtete Schäden an den Heizungsrohren durch scharfen Nachtfrost. Er ließ die Wohnung öffnen. Über die Kosten für den Schlüsseldienst stritt man sich.

Im anderen Streitfall waren die Wurzeln einer Birke auf ein Nachbargrundstück hinübergewachsen und drangen in ein Abwasserrohr ein, das nach starken Regenfällen verstopfte. Eine Erdgeschoßwohnung wurde überschwemmt. Der Wohnungseigentümer ließ die Leitung reparieren und verlangte Schadenersatz.

Hackethal – ein Mann „auf Messers Schneide"

Es ist schön zu sehen, daß das normale Volk denkt. Hackethal ist unser Mann." Zumindest bei dieser Behauptung, die der Chirurgie-Professor in einem Interview für eine Illustrierte tat, wird ihm wohl niemand widersprechen können. Unter mangelnder Aufmerksamkeit hat er nicht zu leiden: Auflagenstarke Blätter füttern ihr Publikum mit Berichten über ihn, und die Telefonapparate in seinem „Eubios-Zentrum" am Chiemsee stehen nicht still. Zu kämpfen hat er nur mit seinen Standeskollegen, die ihm nicht verzeihen, daß er sie seit zwanzig Jahren der „Scharlatanerie" bezichtigt. Von den Kunstfehlern („Auf Messers Schneide") bis zu der „relativ nutzlosen" Krebsvorsorge („Keine Angst vor Krebs") reichen seine Vorwürfe an die Schulmedizin, mit denen er seine Bücher zu hohen Auflagen führte.

Doch Angriffe haben ihm nie etwas ausgemacht. Wer sich so oft in den Clinch mit Ärzten, Wissenschaftlern, Politikern und Behörden begab, wer durch so viele Rechtsstreitigkeiten ging, muß hart im Nehmen sein. Im Gegenteil. Hackethal ergriff immer wieder die Initiative, löste erbitterte Diskussionen in der Öffentlichkeit aus, zuletzt mit seiner Forderung nach „Sterbehilfe" für schwer und unheilbar Kranke. Anfang dieses Jahres überraschte er mit der Ankündigung, er habe „das Mittel gegen den Krebs gefunden". Zwar fehlt bis heute der wissenschaftliche Nachweis für die Wirksamkeit seiner Therapie, doch Hackethal hält „den Nachweis am Einzelfall für ungleich beweiskräftiger als jede Statistik".

Es macht ihm nichts aus, daß die von ihm selbst erfundene medizinische Terminologie („Haustierkrebs",



Wird 65: Julius Hackethal

„Heilpreis", „Gesundfleiß") in manchen Kreisen Gelächter auslöst, daß seine Ratschläge für ein gesundes Leben („Wer meine 30 Gebote befolgt, wird nie schwer krank werden") Kopfschütteln hervorrufen. Er verfolgt seine Ideen und Pläne hartnäckig weiter. „Mit 60 sollte ein Chirurg das Messer aus der Hand legen", sagte er vor Jahren. Auf ihn trifft das freilich nicht zu: Julius Hackethal, der heute seinen 65. Geburtstag feiert, operiert weiter. LUDWIG KÜRTEN